DER SPIEGEL

Nr. 14 / 3.4.06
Deutschland: 3,40 €

4 190700 703403 14

Gewalt im Klassenzimmer

Wenn Lehrer nicht mehr weiterwissen

PRINTED IN GERMANY

Österreich € 3,60 Schweiz sfr 6,–
Belgien € 3,50 Dänemark dkr 38,– Finnland € 5,80 Frankreich € 4,30
Griechenland € 5,– Großbritannien £ 3,40 Hongkong HK$ 65,– Italien € 4,30
Japan (inkl. tax) Yen 1.080 Norwegen NOK 45,– Polen (ISSN 0038-7452) Zł 22,– Portugal (cont.) € 4,30
Schweden skr 47,– Slowakei Sk 200,– Slowenien SIT 1070,– Spanien € 4,30
Spanien / Kanaren € 4,50 Thailand Baht 380,– Tschech. Republik Kc 160,– Türkei YTL 9,2
Ungarn Ft 1.190,– Zypern Cyp. 3,10

www.spiegel.de

DER SPIEGEL
DAS DEUTSCHE NACHRICHTEN-MAGAZIN

Hausmitteilung

3. April 2006 **Betr.: Titel, Clinton-Interview, Fußball-WM**

Die schemenhafte Szene, die der SPIEGEL auf seinem Titelbild zeigt, gehört mancherorts zur furchtbaren Wirklichkeit deutscher Schulen: Ein Schüler erhebt die Faust, um einen Mitschüler zu malträtieren, den Fortgang hält ein Mittäter mit einer weiteren Aufnahme fest (Foto unten). Nur selten werden solche Exzesse wie an einer Hildesheimer Schule dokumentiert, zumeist geschehen Tätlichkeiten im Verborgenen.

BILD ZEITUNG

Der Hilfeschrei von Lehrern aus Berlin-Neukölln, die sich mit der Gewalt an ihrer Schule überfordert sahen, überraschte SPIEGEL-Redakteur Peter Wensierski, 51, vergangene Woche nicht. Schon vor neun Jahren hatte er unter der Überschrift „Endstation Neukölln“ den Verfall des Bezirks schonungslos beschrieben. Mit den Redakteuren Stefan Berg, 42, Klaus Brinkbäumer, 39, Dominik Cziesche, 28, und Sven Röbel, 33, recherchierte er nun wieder in dem Stadtteil, in dem viele junge Leute, so Wensierski, „das Gangster-Image als Auszeichnung empfinden“. Die Lage ist nicht nur in der Hauptstadt bedrohlich: SPIEGEL-Redakteur Markus Verbeet, 31, untersuchte mit Kollegen die Ursachen für die bundesweit zunehmende Gewalt unter Jugendlichen (Seite 22).

Sein Einfluss als Elder Statesman ist beachtlich, und als der frühere US-Präsident Bill Clinton, 59, die Redakteure Stefan Aust, 59, und Gerhard Spörl, 56, vorigen Montag am Rande der Internationalen Konferenz zur Frühwarnung vor Naturkatastrophen in Bonn traf, berichtete er im SPIEGEL-Interview denn auch stolz über die Erfolge seiner „Bill Clinton Global Initiative“. Mit dem 2005 ins Leben gerufenen Projekt will Clinton mit Unterstützung von Staatsmännern, Wirtschaftsführern und Menschenrechtsorganisationen eine Politik zur Steuerung der Globalisierung entwickeln. Damit, so Spörl, habe Clinton „praktisch seine eigenen Vereinten Nationen gegründet“. Mit harten Regeln: Wer Verpflichtungserklärungen etwa für Spenden abgibt und nicht einhält, wird ausgeschlossen (Seite 116).

JÜRGEN BINDRIM

Clinton, Aust, Spörl

Ein Bürgerkrieg zwischen dem Norden und dem Süden des Landes zerrüttet die Elfenbeinküste, friedlich ist es nur, wenn die jungen Männer auf ihren Bolzplätzen Fußball spielen oder das Nationalteam antritt. SPIEGEL-Reporter Ullrich Fichtner, 40, traf Spieler und Funktionäre, die hoffen, dass ein Erfolg des Teams bei der Weltmeisterschaft in Deutschland zu einem Ende der Kämpfe beitragen könnte. „Sport und Politik“, sagt Fichtner, „sind dort nicht zu trennen“ (Seite 70). Fichtners Reportage ist eine von vielen Geschichten eines SPIEGEL specials zur Weltmeisterschaft, SPIEGEL-Redakteure haben auf vier Kontinenten recherchiert und erzählen von der Faszination und der Macht des Spiels. Ergänzt wird das Heft durch einen 34-seitigen WM-Almanach über die Nationen und ihre Teams. „Planet Fußball“, konzipiert von den Redakteuren Lothar Gorris, 46, Cordt Schnibben, 53, und Alfred Weinzierl, 46, ist ab Dienstag im Handel, im Mai erscheint eine Version in englischer Sprache.

In diesem Heft

Titel

Der verzweifelte Hilferuf der Rütli-Hauptschule in Berlin-Neukölln offenbart die Kapitulation vor gewalttätigen Schülern 22

Deutschland

Panorama: Spurensuche nach den Verantwortlichen der Bürgschaftszusage für Gasprom / CDU-Experte drängt auf Atomendlager / Innenminister Schäuble will Geheimdokumente freigeben 17
Bundesregierung: Auch nach den jüngsten Landtagswahlen fehlt der Großen Koalition der Reformschwung 38
Interview mit dem hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch über Angela Merkels Politik der kleinen Schritte 40
Sicherheit: Die Bundesregierung interveniert gegen eine internationale Liste von Terrorverdächtigen 42
Außenpolitik: Schwieriger Umgang mit der palästinensischen Hamas 44
Diäten: Interview mit dem früheren Verfassungsrichter Hans-Joachim Jentsch über eine Reform der Abgeordnetendiäten 46
Justiz: Mit Monika Harms wird erstmals eine Frau Generalbundesanwältin 47
Grüne: Der innerparteiliche Kampf um die Nachfolge Joschka Fischers ist voll entbrannt 48
Atomschmuggel: Deutsche Ermittler auf der Spur dubioser Geschäftemacher, die Iran beliefern 50
Katastrophen: Nach dem Einsturz der Eishalle will Bad Reichenhall schnell Ruhe haben 54
Aufbau Ost: Die neuen Bundesländer streiten um die Verwendung der Milliarden-Hilfen 64

Gesellschaft

Szene: Internet-Programm zum Kauf von WM-Tickets von Fifa gesperrt / Buch über Ozeanriesen und ihre Reisen 67
Eine Meldung und ihre Geschichte 68
Fußballer: Die Nationalelf der Elfenbeinküste wird bei der WM in Deutschland auch um den Frieden in ihrem Land kämpfen 70
Ortstermin: In Köln zeigt eine Ausstellung, wie begehrt deutsche Trainer und Fußballer früher in aller Welt waren 79

Wirtschaft

Trends: Neuer Kandidat für VW / Das Finanzministerium warnt vor Mindest- und Kombilohn / Mehr Rechte für ältere Arbeitnehmer 81
Übernahmen: Heuschrecken attackieren den deutschen Mittelstand 84
Manager: Der ehemalige Chef der Deutschen Börse verarbeitet seine traumatischen Erfahrungen mit Hedgefonds in einem Buch 88
Kriegsökonomie: SPIEGEL-Gespräch mit dem Wirtschaftsnobelpreisträger Joseph Stiglitz über die wahren Kosten des Irak-Feldzugs 90
Wirtschaftskriminalität: Kieler Strafkammer blockiert zwei spektakuläre Verfahren 94
Handel: Der Discounter Lidl setzt auf sogenannte faire Produkte 96

Ausland

Panorama: Der Siegeszug der Linkspopulisten erreicht Peru / Tschechiens Grüne im Aufwind / Disput um Mutter Teresa in Albanien 99
Italien: Berlusconi, ein Milliardär im Klassenkampf 104
USA: Ungeliebt und unentbehrlich – die Debatte um die Immigranten 110

JOHANNES EISELE / DDP

Tatort Schule

Seite 22

Das Lehrerkollegium einer Hauptschule im Berliner Problembezirk Neukölln schlägt Alarm: Intensivtäter seien Vorbilder für die Kids, Unterricht sei kaum mehr möglich, Gewalt an der Tagesordnung, schreiben sie in einem Brandbrief an Berlins Bildungssenator Klaus Böger (SPD). Der Eklat löst eine bundesweite Debatte aus, über Probleme mit Migranten, Sinn und Unsinn von Hauptschulen und die Bildung von Unterprivilegierten-Ghettos in deutschen Städten, wo jungen Menschen keinerlei Chancen mehr geboten werden.

Berliner Rütli-Schule

Abdul Rahmans deutsche Akte

Seite 118

Fast sieben Monate lebte der afghanische Konvertit Abdul Rahman Jawid im Jahr 2000 in Passau. Den Asylantrag des Mannes, dessen Schicksal jetzt die Weltöffentlichkeit bewegte, lehnten deutsche Beamte wegen wirrer Erzählungen ab.

Das Ende der Bodenschätze

Seite 128

Der Hunger nach Rohstoffen war nie größer als heute. Doch die Ressourcen sind begrenzt. Rohöl dürfte noch in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts zur Neige gehen. Auch das Ende von Gold, Erdgas oder Uran ist absehbar. Teil 2 der SPIEGEL-Serie beschreibt, wie aufwendig und teuer die Förderung schon heute ist.

Metallschmelzer

DANIEL LECLAIR / REUTERS

Alte Sprachen – tote Sprachen?

Seiten 144, 146

JENS HARTMANN / PEOPLE PICTURE

Platon und Homer, Caesar und Jupiter – immer mehr deutsche Schüler entscheiden sich für den Latein- und Griechischunterricht und haben Freude an den Mythen der Antike. Auch TV-Moderator Günther Jauch unterstützt den Trend und schickt seine Töchter aufs humanistische Gymnasium, weil die alten Sprachen „analytisches Denken“ fördern.

Jauch

COLORFOTO ARTIGIANA / OLYMPIA / ACTION PRESS

Berlusconi

Machtkampf um Rom

Seite 104

Am Sonntag wählt Italien – zwischen dem Milliardär Silvio Berlusconi und dem früheren EU-Kommissionspräsidenten Romano Prodi, der als nüchterner Retter antritt. Der Premier hat schlechte Karten: Sein Land ist der kranke Mann Europas, seine Regierung hat kaum etwas bewirkt, aber vielleicht rettet ihn seine Medienmacht. Über Jahrzehnte hat Berlusconi sich zum allgegenwärtigen Gesicht Italiens stilisiert.

Blutjung und früh erwachsen

Seite 148

„Die Jugend von heute“ kommt ins Museum. Die Frankfurter Schirn zeigt Teenager in der Kunst als blutjunge Beautys. In der Realität aber gilt: Während sich Mittvierziger wie Teenies benehmen, wird der Nachwuchs früh erwachsen. Der neue Typ des „Metroleszenten“ will nicht so kindisch wirken wie seine Eltern.

COURTESY TORCH GALLERY AMSTERDAM

Fotografie aus der Schirn-Ausstellung

Saures für Riffe

Seite 166

Kohlendioxid lässt die Ozeane versauern. Schon drohen sich die kalkhaltigen Skelette mariner Lebewesen aufzulösen. Besonders leiden die wenig erforschten Kaltwasserriffe. Viele von ihnen könnten noch in diesem Jahrhundert verschwinden.

JIM REID / DFO-CANADA

Kaltwasserkoralle

Sternstunden im Fernsehen

Seite 190

Esoterische Call-In-Shows sind angesagt auf deutschen Bildschirmen, zahlreiche Hellseher und Astrologen geben zweifelhaften Rat – und ein kleines Berliner Unternehmen profitiert.

Astro TV

Humanitäre Hilfe: Interview mit Ex-US-Präsident Bill Clinton über seine „Global Initiative“ und das bessere Gesicht Amerikas 116
Afghanistan: Die deutsche Asylakte des Konvertiten Abdul Rahman Jawid 118
Moldau: Die geheimnisvollen Juden von Chişinau 122
Global Village: In Hongkong tafeln im „Spoon“ die vereinten Nationen 127

Serie

Der Kampf um die Rohstoffe (2): Wann gehen die Ressourcen zur Neige? 128

Kultur

Szene: Der britische Popsänger Seal über sein neues Album „One Night to Remember“ / Museen in Basel und London feiern Hans Holbein d. J. ... 141
Alte Sprachen: Wachsendes Interesse für Latein und Griechisch an deutschen Gymnasien 144
Interview mit Moderator Günther Jauch über den Nutzen humanistischer Bildung 146
Ausstellungen: Eine Frankfurter Schau zeigt, wie Künstler die heutige Jugend sehen 148
Kabarett: Eine Rundreise durch die wundersame Welt der politischen Kalauer 150
Bestseller 152
Literatur: Peter Glaser über Maxim Billers „Moralische Geschichten“ 156
Debatte: Schriftstellerin Nahed Selim plädiert für ein neues Koran-Verständnis 158

Wissenschaft · Technik

Prisma: Fisch ist doch nicht gesund / Die Deutschen werden dümmer 163
Meeresforschung: Die ersten Opfer der Klimagase in den Ozeanen 166
Psychologie: SPIEGEL-Gespräch mit der Oberstaatsanwältin Gabriele Gordon über sexuellen Missbrauch und ihren neuen Kriminalroman 169
Medizin: Protonenbeschleuniger erobern die Krebstherapie 174
Automobile: DaimlerChrysler bringt die US-Marke Dodge nach Deutschland 178

Sport

Fußball: Europäische Topclubs buhlen um Argentiniens Ausnahmetalent Sergio Agüero 180
Doping: Interview mit dem Wissenschaftler Werner Franke über Genmanipulation, die Rolle der Medien und seinen Prozess gegen die ARD ... 183

Medien

Trends: Arenas ehrgeizige Pläne / Doku-Soap mit Tatjana Gsell und ihrem Prinzen 187
Fernsehen: Interview mit Désirée Nosbusch zum Zweiteiler „Eine Liebe in Saigon“ 188
Vorschau / Rückblick 189
TV-Shows: Auf immer mehr Sendern wimmelt es von Astrologen, Hellsehern und Kartenlesern 190
Models: Die Siegerin der Casting-Show „Germany’s Next Topmodel“, Lena Gercke, über ihre Angst vor dem Scheitern 192

Briefe 8
Impressum, Leserservice 194
Chronik 195
Register 196
Personalien 198
Hohlspiegel / Rückspiegel 200

Titelbild: Foto BILD ZEITUNG

SPIEGEL-Titel 13/2006

„Schuld an allem ist Zeus, hätte er damals Europa nicht aus Kleinasien entführt, hätten wir jetzt das Öl."

Prof. Dr. Hans-Jürgen Quadbeck-Seeger aus Bad Dürkheim zum Titel „Der neue Kalte Krieg – Kampf um die Rohstoffe"

Finale Krise

Nr. 13/2006, Titel: Der neue Kalte Krieg – Kampf um die Rohstoffe

Es ist gut möglich, dass künftig Armeen losgeschickt werden mit der Parole „Volk ohne Energie". Europa muss den erneuerbaren Energien höchste Bedeutung geben. Dies ist der einzige Weg, unsere Abhängigkeit zu mindern oder vielleicht zu beseitigen. Zusätzlich werden so neue Industrien entstehen, weil alle anderen Länder sich für diese Techniken interessieren. Wann wird es zum Beispiel so weit sein, dass man Heizungen mit Bioöl betreibt?

ALZEY (RHLD.-PF.) DR. DIETER HOFFMANN

Auf der Frühjahrstagung der Deutschen Physikalischen Gesellschaft vergangene Woche in München wurde berichtet, dass nicht die ausreichende Verfügbarkeit fossiler Energie das künftige Hauptproblem der Menschheit sei, sondern die mit deren ständig wachsender Nutzung verbundene massive und auch für Europa bedrohliche Klimaänderung. Es wurde sogar von einer erforderlichen Renaissance der Atomenergie und dem Voranbringen der Fusionstechnik (ITER) gesprochen. Nur die Bereitstellung ganz neuer Verfahren zur inertialen Energiewandlung (die in Bearbeitung sind) wird in der Lage sein, durch konkurrenzlos niedrige Kosten auch mit Kleinanlagen den globalen Verbrauch der viel teureren fossilen Energien schließlich abzubremsen.

STUTTGART DR. MANFRED BÖHM

Das mögliche Szenario für 2012 ist sicherlich nicht nur in den Köpfen der CIA-Agenten verankert. Der Kampf um die Energiereserven hat schon längst begonnen, und Deutschland täte gut daran, geeignete eigene Strategien zu entwickeln. Ich habe kürzlich in Namibia erlebt, wie die Chinesen an den Epupa-Wasserfällen ein Staudammprojekt an der ansässigen Bevölkerung, den Himba, vorbei durchziehen wollen. Dabei ist dieses Land mit 330 Sonnentagen gesegnet und wäre prädestiniert als Großeinsatzgebiet für Solartechnologie. Warum hat die Bundesrepublik nicht die Kraft und das Können, hier dagegenzuhalten. Hier hätte man sicherlich mit Entwicklungshilfegeldern und Private Partnership einiges Sinnvolles bewegen und die eigene Kompetenz international darstellen können.

MAISACH (BAYERN) WERNER DOLLANSKY

Der SPIEGEL beschreibt Aspekte der finalen Krise des kapitalistischen Wirtschaftssystems und Folgen seiner systemimmanenten Ausbeutung menschlicher und natürlicher Ressourcen, die auf globaler Ebene nun umschlägt in irreversibles Chaos (Klimaveränderung). Die Frage lautet einmal mehr: Wie kann eine Wirtschaftsweise noch beizeiten überwunden werden, deren Widersprüche die Lebensgrundlagen der technischen Zivilisation zerstören?

AP / SÜDDEUTSCHER VERLAG

Britische Truppen im Irak (2003)
Kampf um Energiereserven

VALENS (SCHWEIZ) CHRISTIAN BEYERLE

Sie beschreiben mit erschreckender Klarheit die politischen und wirtschaftlichen Verwerfungen durch das letzte Aufbäumen des fossilen Energiesystems. Doch das Potential erneuerbarer Energien zur Lösung der globalen Energiekrise spielen Sie – gestützt auf Prognosen der Deutschen Shell (!) – auf fatale Weise herunter. Studien in zahlreichen Ländern belegen, dass eine Vollversorgung mit erneuerbaren Energien technisch und wirtschaftlich möglich ist. Ein Beispiel sind die Berechnungen des Energieexperten und Bundestagsabgeordneten Hermann Scheer, den die Right Livelihood Award Stiftung 1999 mit dem Alternativen Nobelpreis ausgezeichnet hat. Die ihm und anderen Abgeordneten zu verdankende Verdoppelung des Stromanteils erneuerbarer Energien in Deutschland in nur fünf Jahren gilt international als richtungsweisend.

STOCKHOLM OLE VON UEXKÜLL
RIGHT LIVELIHOOD AWARD FOUNDATION

Im Kalten Krieg um Rohstoffe und Energien haben wir doch dank Gerhard Schröder einen kleinen Vorteil: Eine Gaspipeline direkt durch die Ostsee und unseren Vertreter im Aufsichtsrat von Gasprom. Wetten, dass „Bild"-hörige Politiker und Journalisten auch nach Lektüre Ihrer Serie die Bedeutung der Schröderschen Initiative nicht begreifen (wollen) und immer noch meinen, dass deutsche Politiker nach ihrer Abdankung keine deutschen Interessen mehr vertreten dürfen, es sei denn nach einer Schamfrist. Absonderlich.

LUDWIGSHAFEN (RHLD.-PF.) ROLF JANSEN

Schier unendliche Dreistigkeiten

Nr. 12/2006, Altersversorgung: Millionen Beitragszahler stehen vor einem finanziellen Debakel

Ein Staat, der Gesetze rückwirkend ändert, muss sich nicht wundern, dass er zukunftswirkend etwas verliert: das Vertrauen seiner Bürger. Oder anders ausgedrückt: „Wie die Finsternis der Sonne großen Jammer bedeutet und verursacht, also bringen auch der Obrigkeit Fehler und Irrtümer großen Schaden!" (Kaiser Karl V.)

BERGHEIM (NRDRH.-WESTF.) KNUT PETER CHRIST

Statt in die private Krankenversicherung zu gehen, die lange für mich billiger gewesen wäre, habe ich in der gesetzlichen andere solidarisch mitfinanziert. Und was ist der Dank dafür? Ich muss jetzt so viel zahlen wie nie zuvor! Mein letzter Beitrag als Berufstätige zur gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung betrug 245 Euro im

Vor 50 Jahren DER SPIEGEL vom 4. April 1956

Wiederaufnahme des Schmeißer-Prozesses Adenauer gegen den SPIEGEL. **Der Kanzler auf Urlaub** Überraschender Quartierwechsel. **Missachtung des Kündigungsschutzes durch Besatzer** Beispiel für amerikanische Extratouren. **Untersuchungsbericht über US-Kriegsgefangene in Nordkorea** Gelungene Gehirnwäsche. **Psychologie bei der britischen Luftwaffe** Ethos und Trieb. **Autorin Françoise Sagan** „Das kleine Ungeheuer".
Diese Artikel sind im Internet abzurufen unter **www.spiegel.de** oder im Original-Heft unter Tel. 08106-6604 zu erwerben.

Titel: Staatssekretär Hans Globke

SEBASTIAN WILLNOW / DDP

Rentner im Bundestag
Lieber Bares im Schuhkarton

Monat. Als Rentnerin muss ich 445 Euro zahlen (128 Euro auf die staatliche Rente, 223 auf meine Betriebsrente, 94 Euro auf meine Lebensversicherung). Wenn nicht schleunigst prozentuale Beitragshöchstgrenzen für Rentner eingeführt werden, sondern sich stattdessen herumspricht, was einem im Alter blüht, dann werden auch junge Besserverdiener die GKV in Scharen verlassen. Die sind doch nicht blöd.

München — Christine Heide

Ich möchte daran erinnern, dass der an diesem Machwerk mitbeteiligte Herr Seehofer schon einmal durch das Gesundheitsstrukturgesetz von 1992 eine ganz ungerechte Regelung einführte, der zufolge freiwillig versicherte Rentner auf ihre sonstigen Einkünfte, wie die aus Vermietung und Verpachtung, Krankenkassenbeiträge zu zahlen hatten, nicht aber die pflichtversicherten Rentner. Das Bundesverfassungsgericht urteilte dazu im Juli 2000: „Diese Ungleichbehandlung ist durch keinen hinreichenden sachlichen Grund gerechtfertigt."

Frankfurt am Main — Jürgen Kremser

Vielen Dank für den aufklärenden Artikel über die schier unendlichen Dreistigkeiten unserer lieben Politiker, die um eine weitere Facette bereichert wurden. Nun geht es also der privaten Vorsorge an den Kragen. Mich beschleicht zunehmend das Gefühl, dass sich das Politikerdasein darauf beschränkt, sich im stillen Kämmerlein zu treffen, um immer neue Wege zu finden, den armen Michel weiter zu schröpfen. Ich kann allen zahlungsbedrohten Mitbürgen nur empfehlen, für die Altersvorsorge einfach Bares in einem Schuhkarton zu sammeln, damit kein offizielles Vermögen nachweisbar ist. Oder gibt es schon eine „Kartonsteuer"?

Burgdorf (Nieders.) — Dr. Matthias Hecht

Jetzt ist es endlich bewiesen, dass es ein Leben nach dem Tod gibt. Wenn gesetzliche Krankenkassen dies beschlossen haben, werden sie sicherlich zehn Jahre die Leiche pflegen und Lachfalten oder Magengeschwüre behandeln lassen – gilt nur für Erdbestattungen. Die Beiträge dafür werden ja bezahlt, oder verstehe ich etwas falsch?

Berlin — Helmut Joobs

Alarmierendes Versagen

Nr. 12/2006, Bildung:
Wie lernen Schüler am besten Lesen und Schreiben?

In unserer Schule, die seit zehn Jahren Kinder und Jugendliche mit Lese-Rechtschreib-Schwäche (LRS) in Kleinstgruppen fördert, mussten wir bestürzt feststellen: während sieben Jahre lang im 5. Schuljahr durchschnittlich 16 bis 20 von 120 Schülern als leserechtschreibschwach getestet wurden, waren es im vergangenen Schuljahr schon 37 von 120. Die standardisierten Tests bei den diesjährigen Fünftklässlern ergaben, dass 83 von 114 LRS haben! Erste Indizien weisen auf eine Korrelation zwischen der im Artikel beschriebenen Schreiblernmethode und dem alarmierenden Rechtschreibversagen hin.

Mannheim — Dr. Brigitte Hohlfeld, Tulla-Realschule

Ein fachfremder Leser muss den Eindruck gewinnen, dass eine auf freies Schreiben basierende Schreiblernmethode einem Fibellehrgang in Bezug auf die Rechtschreibentwicklung des Kindes prinzipiell unterlegen ist. Dem ist nicht so. Fakt ist vielmehr, wie Sie selber erwähnen, dass der Erfolg jeder Methode entscheidend von ihrer kompetenten Umsetzung abhängt. Davon kann aber nicht die Rede sein, wenn ein Kind, wie in Ihrem Beispiel, erst im vierten Schuljahr mit orthografischen Phänomenen konfrontiert wird.

PATRICK PLEUL / PICTURE ALLIANCE/ DPA

Schülerin im Schreibunterricht
Alle paar Jahre neue Methoden

Köln — Dr. Thomas Auras

Mit großer Verwunderung habe ich gelesen, dass ich den Berliner Bildungssenator aufgefordert hätte, das freie Schreiben zu unterbinden. Das ist eine Zeitungsente. Auch habe ich mich nicht gegen das freie Schreiben ausgesprochen, das ich für einen wichtigen Bestandteil des Erstunterrichts im Schriftspracherwerb halte, und zwar kombiniert mit einem systematischen Vorgehen beim Lesenlernen anhand von Schlüsselwörtern, so wie es der vielfach überarbeitete halboffene Leselehrgang „Fara und Fu" realisiert. Ausgesprochen habe ich mich allerdings gegen den Ansatz „Lesen durch Schreiben", der in der Tat viele Nachteile in sich birgt, vor allem für die Kinder, die kein lautreines Hochdeutsch beherrschen.

Berlin — Prof. Dr. Renate Valtin, Abteilung Grundschulpädagogik, Humboldt Universität

Wenn immer mehr Kinder große Schwierigkeiten haben, Lesen und Schreiben zu erlernen, halte ich „freies Schreiben" für verantwortungslos. Falsche Schreibungen prägen sich ebenso ein wie richtige, dadurch wird der Aufbau des „inneren Lexikons" als zentrale Hilfe unnötig und nachhaltig gestört. Die sich alle paar Jahre ändernden Moden und Methoden des Erst-Lese- und -Schreibunterrichts ignorieren die schlichte Erkenntnis, dass Kinder Lesen und Schreiben im Wesentlichen durch Lesen und Schreiben lernen.

Glückstadt (Schl.-Holst.) — Jan Wallraf

Mut und Weitsicht

Nr. 12/2006, Energie: Schweden will sich bis 2020 vom Erdöl unabhängig machen

Die Pionierrolle Schwedens bei der Einführung von Biotreibstoffen kann bestenfalls für Europa gelten: In Brasilien wird bereits seit 1931 generell dem Normalkraftstoff Bioethanol aus Zuckerrohr beigesetzt. Der Anteil der Kfz, die ausschließlich mit Bioethanol fuhren, betrug Mitte der achtziger Jahre sogar 90 Prozent, leider ist in den Jahren danach der Weltmarktpreis für Zucker gestiegen und der für Erdöl gefallen, so dass der Anteil der Alkoholfahrzeuge stark abnahm. Inzwischen werden mehr als 70 Prozent aller Neuwagen in Brasilien mit moderner „Flexfuel"-Technologie, die das Betanken von Ethanol und Normalbenzin im beliebigen Mischungsverhältnis gestattet, ausgerüstet.

Rio de Janeiro — Prof. Dr. Stefan Krauter

Ich bin begeistert und inspiriert von der Initiative der Schweden, auf Ethanol als Treibstoff umzusteigen. Was wäre das für eine Chance für Deutschland! Der sich drastisch entvölkernde Osten der Republik könnte die Rohstoffe produzieren. Land ist in Hülle und Fülle vorhanden. Die nötigen Technologien könnten von den deutschen Ingenieuren beherrschbar gemacht werden. Und das Ganze wäre sicher ein Verkaufshit im Ausland.

Recklinghausen (Nrdrh.-Westf.) — Eddie Wagner

Im Zweiten Weltkrieg und danach bis 1958 wurde in Tornesch (Kreis Pinneberg) nach dem Scholler-Tornesch-Verfahren für die Monopolverwaltung Ethanol aus billigen Sägespänen gewonnen. Die Cellulose wurde mit Schwefelsäure aufgeschlossen und der Holzzucker dann vergoren und gebrannt. Der Prozess wurde in ca. 20 Kubikmeter großen Tanks durchgeführt. Der Rückstand, das Lignin, wurde im Kessel-

JON ARNOLD IMAGES / IFA

Nadelwald in Schweden
Pionierrolle in Europa

haus verbrannt. So neu ist die schwedische Idee also nicht.

APPEN (SCHL.-HOLST.) HENRI OSSENBRÜGGEN

Die fossilen Kraftstoffe sind teuer und knapp. Wasserstoffantrieb ist kein Ausweg, weil die Produktion der benötigten Elektrizität durch Solarzellen extrem unwirtschaftlich ist. Bio-Diesel aus Raps ist wegen des Einsatzes großer Mengen von Kunstdünger ökologisch bedenklich. Der Artikel zeigt zum ersten Mal einen wirtschaftlich und technisch praktikablen Weg, der auch die Versorgungssicherheit gewährleistet. Es ist zu hoffen, dass unsere Politiker den Mut und die Weitsicht haben, die Entwicklung des Verfahrens und der notwendigen Infrastruktur zu fördern. Unsere Automobilindustrie wird schon aus eigenem Interesse mitmachen, bei den Ölkonzernen erscheint mir das weniger wahrscheinlich.

BAD WINDSHEIM (BAYERN) DR. UWE KLEEN

Peinlich und unangebracht

Nr. 12/2006, Staatsbürgerschaft:
Nach Jahrzehnten der Unsicherheit erprobt die Politik neue Regeln zur Einbürgerung

Das unerträgliche Gezerre um Checklisten und Quizfragen zeigt klar: Die Kriterien zur Einbürgerung und Integration müssen unverzüglich bundeseinheitlich geregelt werden. Die Regelungen der aus dem multikulturellen Traum erwachten Niederlande geben die Richtung an. Schließlich geht es nicht um die Mitgliedschaft im nächstbesten Turnverein. Wenn die seit Jahrzehnten vom politisch korrekten Wahlvolk tolerierte Vogel-Strauß-Politik fortgesetzt wird, wächst das Heer der Sprach- und Chancenlosen in den Parallelwelten der Vorstadtghettos weiter an.

KÖLN ARNDT LUDWIG

Es geht in der Diskussion über den Einbürgerungstest mehr als nur um die Integrationsfähigkeit von Ausländern. Mit so einem Einbürgerungstest wird auf Kosten von Ausländern der seit 1945 nicht da gewesene Patriotismus der Deutschen wiederentdeckt. Als in Deutschland geborener Mensch türkisch-kurdischer Abstammung wage ich zu bezweifeln, dass mein Großvater, der in den Sechzigern als Bauarbeiter nach Deutschland kam, so einen Test jemals bestanden hätte. In seiner Zeit hatten Begriffe wie Leitkultur oder Einbürgerungstest in der Politik nichts zu suchen.

BERLIN AZIZ YEKTA KÜCÜK, 18 JAHRE

Die 100 Fragen unseres hessischen Innenministers können mich nur zum Lachen reizen. Wenn diese auch für Deutsche Pflicht werden würden, müssten wahrscheinlich 75 Prozent ausgebürgert werden. Warum hält man sich nicht an den Rat von Roman Herzog, der auf die Frage, was junge Menschen in Deutschland wissen sollten, die Kenntnisse und die Umsetzung der zehn Gebote, des Grundgesetzes und der Straßenverkehrsordnung für ausreichend hielt, um ein anständiger Staatsbürger zu sein. Die hessischen Fragen sind bei einer so ernsten und weitreichenden Angelegenheit wie die Annahme unserer Staatsbürgerschaft peinlich und unangebracht.

WETTENBERG (HESSEN) INGRID FEISTNER

Melde meine Frage für den Einbürgerungstest für Ausländer an: Fußballweltmeisterschaft 1966: drin oder Linie?

TRIER PELLO BENDER

Die Einbürgerungstests sind Integrations- und Zuwanderungsverhinderungsstrategie. Natürlich ist es unerlässlich, die Sprache eines Landes zu beherrschen. Was aber will man mit einem Test bezwecken, der 100 zum Teil auch für Deutsche sehr schwierige Fragen beinhaltet? Viele Unionspolitiker reden noch zu viel von Begrenzung der

THOMAS FREY / IMAGO

Einbürgerungszeremonie (in Koblenz)
Patriotismus auf Kosten von Ausländern?

Zuwanderung, tun aber zu wenig für die Integration. Aber auch sie sollten gemerkt haben, dass die deutsche Bevölkerung rapide altert und wir dringend auf Zuwanderung angewiesen sind.

MELLE (NIEDERS.) YASIN BAS

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe – bitte mit Anschrift und Telefonnummer – gekürzt zu veröffentlichen. Die E-Mail-Anschrift lautet: leserbriefe@spiegel.de

Eine Teilauflage dieser SPIEGEL-Ausgabe enthält einen Prospektbeikleber der Firma Buchwerbung der Neun (Thalia), München. In einer Teilauflage dieser SPIEGEL-Ausgabe befinden sich Beilagen der Firmen SPIEGEL TV (Kabel Deutschland), Hamburg, World Vision, Friedrichsdorf, EECH, Hamburg, sowie Zeit-Verlag, Hamburg.

AFFÄREN

„Die Sache stinkt gewaltig“

Eine Milliardenzusage der Schröder-Regierung für Gasprom sorgt in Berlin für Aufregung.

Die staatliche Bürgschaft für einen möglichen Milliardenkredit an das russische Unternehmen Gasprom sorgt für Unruhe unter den Regierungsparteien. Bayerns Wirtschaftsminister Erwin Huber (CSU) fordert Bundeskanzlerin Angela Merkel auf, die Finanzzusagen unverzüglich zu überprüfen: „Angesichts der breiten öffentlichen Diskussion ist eine Aufklärung dieser Angelegenheit im Interesse aller Beteiligten.“ In der CSU wird auch von Wirtschaftsminister Michael Glos erwartet, dass sein Haus in diesem Sinne tätig wird. Vergangenen Freitag war durch einen vertraulichen Vermerk des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesfinanzministerium, Karl Diller (SPD), bekannt geworden, dass die Regierung Schröder noch in den letzten Tagen ihrer Amtszeit dem russischen Energieversorger Gasprom Hilfe bei einem Milliardengeschäft angeboten hat. In seiner vertraulichen Mitteilung („VS – nur für den Dienstgebrauch“) hatte das Finanzministerium den Haushaltsausschuss des Bundestags am 23. März über den Vorgang informiert. Aus dem Schreiben geht hervor, dass die rot-grüne Regierung eine „Garantie für einen ungebundenen Finanzkredit an die Gasprom“ über eine Milliarde Euro zuzüglich Zinsen zugesichert hatte. Die Haftungszusage erfolgte „im Rahmen des von Altbundeskanzler Schröder und Präsident Putin vereinbarten Nordeuropäischen Gaspipeline-Projekts (NEGP)“.

Der „Interministerielle Ausschuss für die Vergabe der Garantien“ habe die „energiepolitische Förderungswürdigkeit des Projekts (Sicherung des Zugangs Deutschlands zu wichtigen Rohstoffquellen) bejaht“. Gasprom wolle mit dem Kredit einen Teil der Pipeline finanzieren, die das westsibirische Gasfeld Juschno Russkoje mit St. Petersburg verbindet. Von dort ist der Bau einer Unterwasser-Pipeline durch die Ostsee bis nach Greifswald geplant. Anders als sonst bei derartigen Krediten üblich „erfolgte die Deckungszusage sowohl für das politische als auch wirtschaftliche Risiko“, heißt es in der Vorlage des Finanzministeriums. Der Bund wolle einspringen, falls Gasprom diesen Kredit nicht zurückzahlen könne. Die Höchsthaftung liege bei 900 Millionen Euro zuzüglich Zinsen.

RIA-NOVOSTY / DPA

Bau der Gaspipeline in Russland

Eine Sprecherin der staatlichen KfW-Bankengruppe bestätigte am vergangenen Freitag, man arbeite gemeinsam mit anderen Banken an einem Kredit, doch noch sei keine Geldzahlung bewilligt. Schröder, der am Donnerstag voriger Woche zum Vorsitzenden des Aktionärsrates der NEGP gewählt worden war, erklärte zu dem Vorgang: „In meiner Regierungszeit hatte ich keinerlei Kenntnis von einem solchen Vorschlag und war deshalb auch nie damit befasst.“ In einer Stellungnahme versicherte Gasprom, das Unternehmen habe sich entschieden, die Kreditangebote der Banken abzulehnen. Bodo Ramelow, Fraktionsvize der Linkspartei im Bundestag, will seiner Fraktion dennoch raten, rechtliche Schritte gegen Schröder zu prüfen. Offensichtlich seien bei der Vergabe der Bürgschaft persönliche Interessen im Spiel gewesen: „Ich sage ausdrücklich, auch eine strafrechtliche Überprüfung muss erwogen werden.“ Aus der sächsischen SPD kam ebenfalls Kritik. Der Landtagsabgeordnete Karl Nolle nennt die Bürgschaft für Gasprom „eine politische Unrechtsvereinbarung“: „Die Sache stinkt gewaltig.“

DMITRY ASTAKHOV / DPA

Schröder am 30. März in Moskau

Nun hat die Spurensuche nach den Verantwortlichen für den Russendeal begonnen. Nach Informationen der „Süddeutschen Zeitung“ ist die Bürgschaftszusage am 24. Oktober 2005 erteilt worden. Zu jenem Zeitpunkt hatte Schröder seinen Rücktritt vom Regierungsamt bereits angekündigt, aber noch nicht vollzogen. Vehement verteidigte er danach die politische Unterstützung seiner Regierung für den Pipeline-Bau gegen Einwände Litauens und Polens. Es sei „unrealistisch“, auf einen anderen Kurs der neuen Bundesregierung zu hoffen.

Am 22. November wurde Angela Merkel als Bundeskanzlerin vereidigt. Am 9. Dezember gab Gasprom bekannt, dass Schröder die Führung des Aufsichtsrats des deutsch-russischen Konsortiums übernehmen solle. Nun wird in Berlin gerätselt, wer die Bürgschaftszusage politisch zu verantworten hat. Die alte Regierung war zwar formell noch im Amt, aber politisch nur noch bedingt geschäftsfähig. Schröder, der sich am Freitag mit seiner jetzigen und damaligen Büroleiterin Sigrid Krampitz beriet, konnte sich an keinen derartigen Vorgang erinnern. Auch Joschka Fischer, damals Schröders Außenminister, zuckte mit den Achseln: „Davon ist mir nichts bekannt.“

ATOMMÜLL

Endspurt für Endlager

So weit wie möglich vorantreiben soll die Große Koalition den immer wieder aufgeschobenen Bau zweier Endlager für radioaktive Abfälle. Das fordert der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Laurenz Meyer. Für schwach wärmeentwickelnde Nuklearabfälle, wie sie vor allem in Forschungseinrichtungen und beim Abriss von Atommeilern anfallen, müsse unverzüglich mit dem Ausbau des Schachtes Konrad bei Salzgitter begonnen werden, so Meyer. Vor gut drei Wochen erst hatte das Oberverwaltungsgericht Lüneburg die Klagen verschiedener Anwohner gegen das Vorhaben zurückgewiesen. „Es macht keinen Sinn, weiter Zeit zu vertrödeln“, sagte Meyer – und kritisierte damit indirekt Umweltminister Sigmar Gabriel (SPD), der noch warten will, ob das Bundesverwaltungsgericht eine Revision gegen das Urteil zulässt. Aber auch das in Gorleben vorgesehene Endlager für stark radioaktiven Müll müsse nun gebaut werden. Anders als Gabriel will Meyer dabei auf ein weiteres Standortauswahlverfahren verzichten. „Ein politisch so heikles, aber dennoch notwendiges Vorhaben kann nur eine Große Koalition beschließen“, sagte Meyer. Weltweit wird die Atomkraft seit über 50 Jahren kommerziell genutzt – doch bislang gibt es in keinem Land ein genehmigtes Endlager für radioaktiven Abfall.

SIEGMANN / IMAGES.DE

Schacht Konrad

ERDBEBENHILFE

Offene Rechnung

Ein bizarrer Streit ums Geld überdauert die am vergangenen Freitag beendete Hilfe der Bundeswehr für die Erdbebenopfer in Pakistan. Seit Beginn der Aktion im Oktober vergangenen Jahres fordert das Verteidigungsministerium, das Auswärtige Amt solle die Kosten aus dem Etat für humanitäre Hilfe erstatten. Das Außenressort lehnt ebenso stur ab: Es gelte der „Grundsatz“, dass die Bundeswehr ihre Einsätze selbst bezahlen müsse. So wird noch immer ein Kabinettsbeschluss zu der Aktion blockiert, die Kosten von rund 7,4 Millionen Euro verursacht hat. Eine unerfreuliche Nebenwirkung hat dies für die rund 300 beteiligten Soldaten: Sie müssen einstweilen auf Geld verzichten. Denn der zugesagte Auslandszuschlag von gut 53 Euro pro Tag darf ihnen erst ausgezahlt werden, wenn das Kabinett zugestimmt hat. Das Wehrressort gewährte im Vorgriff zwar einen „Abschlag“, allerdings nur „unter Vorbehalt“.

CARSTEN KOALL / GETTY IMAGES

Bundeswehr-Hilfseinsatz im pakistanischen Erdbebengebiet

DRITTE WELT

Weniger Hilfe

Das Entwicklungshilfeministerium hat Mühe, seine internationalen Verpflichtungen einzuhalten. Nachdem die Bundesregierung im Jahr 2005 den Anteil der Entwicklungshilfe am Bruttosozialprodukt auf 0,35 Prozent gesteigert hatte, sinkt das Verhältnis 2006 voraussichtlich wieder auf 0,33 Prozent. Dies geht aus einem Vermerk des Finanzministeriums für den Haushalt 2006 hervor. Und auch 0,33 Prozent sind nur aufgrund massiver Entschuldungsleistungen für Nigeria (1,3 Milliarden Euro) und den Irak (350 Millionen Euro) erreichbar – andernfalls käme Deutschland auf einen Anteil von gerade noch 0,27 Prozent. Schon Rot-Grün hatte sich zu einer Quote von 0,7 Prozent verpflichtet. Als Zwischenschritte wurden 0,33 Prozent (2006) und 0,51 Prozent (2010) zugesagt. So steht es auch im schwarz-roten Koalitionsvertrag. Im Bundestag hatte Kanzlerin Angela Merkel (CDU) vergangene Woche die Dringlichkeit deutscher Entwicklungspolitik betont, „weil ansonsten andere auf der Welt uns und unsere Wertvorstellungen nicht ernst nehmen“. Daraus werde sich „die Erfüllung unserer Verpflichtungen ergeben“.

HOCHWASSER

„Flüsse brauchen Raum“

SW ECHO

Emil Dister, 56 , Leiter des Auen-Instituts an der Universität Karlsruhe, über verfehlten Hochwasserschutz

SPIEGEL: In Sachsen und Bayern treten wieder die Flüsse über die Ufer, Schäden in Millionenhöhe sind die Folge. Gibt es kein Mittel gegen Hochwasser?

Dister: Absoluten Hochwasserschutz gibt es nicht, aber eine deutliche Minderung der Gefahr ist möglich. Was wir jetzt erleben, ist an Rhein und Donau noch ein normales Frühjahrshochwasser, an der Elbe ist es schon ein ungewöhnliches Ereignis. Die Klimaforschung zeigt aber, dass wir uns auf immer extremere Wetterlagen einstellen müssen. Das Problem derzeit sind die durch die Schneeschmelze bereits mit Wasser gesättigten Böden, die weitere Niederschläge direkt den Flüssen zuleiten. Da kann noch einiges kommen.

SPIEGEL: In den Schutz wurde viel Geld investiert.

Dister: Allein mit Deichen, Sperranlagen oder Flutmauern ist eben den Flüssen nicht beizukommen. Die meisten Bundesländer, NRW ausgenommen, setzten zu Unrecht überwiegend auf den technischen Hochwasserschutz.

SPIEGEL: Was wäre die Alternative?

Dister: Flüsse brauchen Raum. Dazu gehören Überschwemmungsflächen wie naturnahe Auenlandschaften, die die Grundlast des Hochwassers abfangen. Steuerbare Polder, wie wir sie am Rhein schon gebaut haben, sollten ergänzend der Gefahrenabwehr vor Siedlungen dienen. In Bayern, Sachsen-Anhalt und Rheinland-Pfalz wird bei der Flächenumwidmung allerdings vor der Lobby der Landwirte kapituliert, und etliche Kommunen sperren sich weiterhin gegen jegliche Form der Hochwasserrückhaltung.

SPIEGEL: Angesichts des Klimawandels fordert der bayerische Umweltminister einen 15-prozentigen Zuschlag im Hochwasserschutz.

Dister: Da hat er recht, aber bisher sind es nur schöne Ankündigungen. In den Planungen der Bundesländer spielt ein wirksamer ökologischer Hochwasserschutz kaum eine Rolle.

AP

Adenauer (M.) 1955 in Moskau

GEHEIMAKTEN

Freie Fahrt für Forscher

Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU) will in großem Umfang Geheimdokumente aus der Altbundesrepublik freigeben. Damit kommt er einer von Bundesarchiv wie Historikern seit Jahren erhobenen Forderung nach. In den Depots des Bundesarchivs in St. Augustin-Hangelar und Freiburg liegen über 100 000 als Verschlusssache eingestufte historische Akten, die von Forschern bisher nicht eingesehen werden dürfen. Die Geheimniskrämerei der Bundesregierung hat teils absurde Konsequenzen: Die von Bonner Seite gefertigten Protokolle etwa der Gespräche Konrad Adenauers bei seinem legendären Moskau-Besuch 1955 sind immer noch gesperrt, nicht aber die russischen. Auch die Korrespondenz zwischen Kanzler Helmut Schmidt und US-Präsident Jimmy Carter lässt sich im Ausland nachlesen: in der Jimmy Carter Library in Atlanta. Schäuble will dies nun per Novellierung der Verschlusssachen-Anweisung „grundsätzlich ändern“; die Geheimakten sollen pauschal freigegeben werden und lediglich im Ausnahmefall weggesperrt bleiben.

Calmund, Holzhäuser (2003)

PS PRESS / ACTION PRESS

AFFÄREN

Dubiose Rechnungen

In der Finanzaffäre um Reiner Calmund könnten demnächst auch die Verbindungen des Ex-Fußballmanagers von Bayer 04 Leverkusen zu dem südamerikanischen Spielervermittler Juan Figer ein Thema werden. Hintergrund ist die Stellungnahme des Bayer-Anwalts Walther Graf vom 9. März. Ausweislich dieses zwölfseitigen Schreibens soll Calmund im Sommer 2003 seinem Mitgeschäftsführer Wolfgang Holzhäuser mehrere „dubiose Rechnungen des Spielervermittlers Juan Figer“ vorgelegt haben. In den Schreiben soll es um „angebliche Provisionen für die Vermittlung der Spieler Juan, Ze Roberto und Ponte“ gegangen sein, die für Holzhäuser „nicht nachvollziehbar“ gewesen seien. So habe Juan zu diesem Zeitpunkt bereits über eine Saison bei Bayer gespielt, Ze Roberto war schon zu Beginn der Saison 2002/2003 zu Bayern München weitergezogen. Und mit Ponte, der zwischenzeitlich nach Wolfsburg ausgeliehen war, habe es bereits einen Rückkehrvertrag gegeben. Laut dem Bayer-Papier verschwanden die Originalrechnungen wieder aus dem Büro von Holzhäuser, nachdem dieser Calmund über seine Bedenken unterrichtet habe. Calmunds Anwalt Stefan Seitz teilte dem SPIEGEL mit, sein Mandant habe „zu den unzutreffenden Erklärungen von Herrn Holzhäuser gegenüber der Staatsanwaltschaft bei seiner Vernehmung bereits Stellung genommen“.

ADEL

„One for the music“

Mit dem Ziel, die Wiederaufnahme seines Strafverfahrens zu erreichen, hat der nach einer Verurteilung wegen schwerer Körperverletzung rechtskräftig vorbestrafte Ernst August Prinz von Hannover beim Landgericht Hildesheim eine neue Aussage seiner Gemahlin, Prinzessin Caroline von Monaco, angeboten. Sie könne bezeugen, dass der Prinz 2000 in Kenia einen Hotelier, dessen Stranddisco mit Lärm und grellem Licht belästigend gewesen sei, nicht heftig, sondern nur in einer Weise geohrfeigt habe, die zu keinen Verletzungen geführt habe. Ihr Mann sei dann mit den Worten auf sie zugegangen, er habe ihm „one for the music, one for the light“ gegeben („eine wegen der Musik, eine wegen des Lichts“). Der Prinz war vom Landgericht Hannover im November 2004 zu einer Geldstrafe von 445 000 Euro verurteilt worden. Für die Wiederaufnahme, so das Landgericht auf Anfrage, habe er unter anderem vier weitere neue Augenzeugen benannt, die seine Darstellung stützten, sowie Ärzte einer kenianischen Klinik, die bestätigen könnten, dass das Opfer keine schweren Verletzungen davongetragen habe. Andere Zeugen könnten aussagen, dass ein Teilgeständnis, das sein früherer Anwalt im Prozess vortrug, nicht autorisiert gewesen sei. Der Prinz strebt eine mildere Verurteilung wegen tätlicher Beleidigung an. Die Staatsanwaltschaft hat beantragt, die Wiederaufnahme als unzulässig zu verwerfen.

G. SCHOBER / S. BRAUER PHOTOS

Prinzessin Caroline, Prinz Ernst August

ZIVILDIENST

Günstige Arbeitskräfte

Private Klinikkonzerne und andere Firmen können künftig Zivildienstleistende einstellen. Die profitable Beschäftigung wird durch neue Richtlinien des Familienministeriums erleichtert. So schaffte das Ressort der CDU-Politikerin Ursula von der Leyen jetzt die Vorschrift ab, dass Zivis nur in Einrichtungen arbeiten dürfen, „die dem Allgemeinwohl dienen“ und bei denen „die Erzielung von Gewinn entweder gänzlich ausgeschlossen ist oder zumindest stark in den Hintergrund tritt“. Nun heißt es, die Institutionen müssten „dem Allgemeinwohl dienende Aufgaben erfüllen“; anerkannt würden aber auch „andere Einrichtungen“, sofern sie „besonders schützenswerte Leistungen für die Allgemeinheit erbringen“, von der Umsatzsteuer befreit oder als Krankenhaus zugelassen seien. Billigere Kräfte gibt es kaum: Ein Zivi – derzeit sind rund 70 000 Posten besetzt – kostet im Jahr etwa 15 000 Euro. Davon zahlt der „Arbeitgeber“ nur knapp die Hälfte, den Rest trägt der Staat.

PETER BIALOBRZESKI / LAIF

Zivildienstleistende

Steinewerfende Rütli-Schüler (vergangenen Donnerstag): *„Wir sind der Abschaum von Neukölln“*

CHRISTIAN SCHROTH

Die verlorene Welt

Es sind Brandbriefe, Bankrotterklärungen und Hilferufe: Die Lehrer mehrerer Berliner Hauptschulen klagen über die Unmöglichkeit ihrer Aufgabe. In einer Gesellschaft, in der Oben und Unten auseinanderdriften und Eltern ihre Kinder nicht mehr erziehen, eskaliert die Gewalt.

Jeden Morgen, auf dem Weg zur Arbeit, träumt Karl-Heinz Fischer von schlechten Nachrichten. Er hofft auf diese schlechten Nachrichten, er sehnt und fleht sie herbei.

Nachrichten sollen das sein, die diesem verdammten Leben mit diesen verdammten Schülern dieser verdammten Schule ein Ende machen. Irgendwelche grausamen Nachrichten, fatale Nachrichten, zum Beispiel Nachrichten von einer Explosion. Karl-Heinz Fischer träumt also, wenn er in seinem Wagen sitzt und zur Arbeit fährt, dass er eines wunderbaren Tages in ebendiesem Wagen sitzt, das Autoradio einschaltet und die Meldung hört, „der Kasten“ sei „endlich abgebrannt“. Einfach weg, in Rauch aufgegangen, wie ein böser Lebensabschnitt, den man hinter sich lässt, um noch mal von vorn anzufangen.

Karl-Heinz Fischer würde wenden, heimfahren, glücklich werden.

Nicht blass, nicht krank, nicht gescheitert. Sondern mit Spaß und Elan und Kraft.

Nicht mehr vor einer Klasse stehen, um es zu überleben. Sondern um neugierigen Kindern etwas beizubringen.

Karl-Heinz Fischer heißt nicht wirklich Karl-Heinz Fischer, der wahre Name musste geändert werden, weil Herr Fischer wie alle Lehrer der Berliner Rütli-Schule nun Sprechverbot hat, das hat sein Bildungssenator verfügt. Wie absurd schon die erste Hälfte diese Wortes ist: „Bildung“.

Im Zusammenhang mit der Rütli-Schule.

Karl-Heinz Fischer stellt sich dann vor, dass er nie mehr zurückkommen müsste an diesen Ort, der seinem Gesicht die Farbe genommen hat und seinen Augen die Lebendigkeit. Er sitzt da, ein grauer Mann an einem grauen Tag, und spreizt Daumen und Zeigefinger der rechten Hand, er spreizt sie so weit er kann, um die Stärke dieser „Lederhaut“ zu beschreiben, die er sich zugelegt hat, zulegen musste, damit er nicht durchdreht in diesem Job.

Karl-Heinz Fischer ist Lehrer. In Berlin. Und der „Kasten“, den er brennen sehen möchte, liegt im sogenannten Reuterkiez, einem Teil des Bezirks Neukölln, nicht weit vom Hermannplatz.

Der Kasten ist die Rütli-Hauptschule. Seit vergangener Woche: „Die Terrorschule“.

Es war Mitte der Woche, da schockierte ein Brief die Republik. Drei Seiten, verabschiedet von der Gesamtlehrerkonferenz ohne Enthaltung und ohne Gegenstimme, verfasst von Petra Eggebrecht, kommissarische Schulleiterin. Ein Brandbrief. Eine

JOHANNES EISELE / DDP

Polizeipräsenz vor der Rütli-Schule (vergangenen Freitag): *Es sieht gediegen aus auf dem Planeten dieser Jugend*

Anklage. Eine Bankrotterklärung. Und zugleich ein Schrei nach Hilfe.

Es beginnt mit ein paar Zahlen. Der Anteil der Schüler und Schülerinnen mit arabischem Migrationshintergrund liege inzwischen bei 34,9 Prozent, schreibt Frau Eggebrecht, der Anteil derer mit türkischem bei 26,1 Prozent, „der Gesamtanteil der Jugendlichen n.d.H. beträgt 83,2 %“ – „n.d.H.“ steht für „nicht deutscher Herkunft.

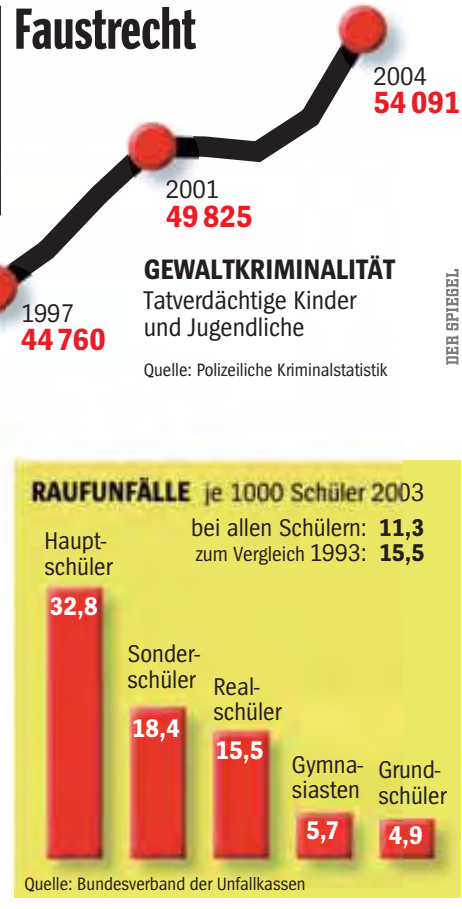
Frau Eggebrecht schreibt:

„Wir müssen feststellen, dass die Stimmung in einigen Klassen zurzeit geprägt ist von Aggressivität, Respektlosigkeit und Ignoranz uns Erwachsenen gegenüber … Die Gewaltbereitschaft gegen Sachen wächst: Türen werden eingetreten, Papierkörbe als Fußbälle missbraucht, Knallkörper gezündet und Bilderrahmen von den Wänden gerissen … Täter können in den wenigsten Fällen ermittelt werden. Laut Aussage eines Schülers gilt es als besondere Anerkennung im Kiez, wenn aus einer Schule möglichst viele negative Schlagzeilen in der Presse erscheinen. Die negative Profilierung verschafft Anerkennung in der Peergroup … In vielen Klassen ist das Verhalten im Unterricht geprägt durch totale Ablehnung des Unterrichtsstoffes und menschenverachtendes Auftreten. Lehrkräfte werden nicht wahrgenommen, Gegenstände fliegen zielgerichtet gegen Lehrkräfte durch die Klassen, Anweisungen werden ignoriert. Einige Kollegen/innen gehen nur noch mit dem Handy in bestimmte Klassen, damit sie über Funk Hilfe holen können … In den meisten Familien sind unsere Schüler/innen die Einzigen, die morgens aufstehen … Schule ist für sie auch Schauplatz und Machtkampf um Anerkennung. Der Intensivtäter wird zum Vorbild.“

Das hat es noch nicht gegeben, jedenfalls wurde so etwas bisher nicht bekannt. Immer wieder mal sind in den vergangenen Jahren Schulen ins Blickfeld gerückt, Schulen wie das Erfurter Gutenberg-Gymnasium, das war nach Verbrechen, nach Katastrophen – dass der ganz normale Irrsinn des Alltags zur öffentlichen Kapitulation eines Kollegiums führt, das war neu.

Was ist da los? Was für eine Welt zeigt sich da?

Wenn man sich die Wirklichkeit der Rütli-Schule und anderer Schulen in Berlin und im Bundesgebiet ansieht, die Wirklichkeit von Hauptschulen vor allem, dann sieht es so aus, als ginge es dort inzwischen



FOTOS: UTE MAHLER / OSTKREUZ

Dokumentierte Prügelszenen an der Rütli-Schule (1992)*: *Respekt kriegen nur die Harten, wer mit einem Lehrer spricht, bekommt nichts*

zu wie einstmals in der Bronx. Es wirkt wie eine Ansammlung vieler kleiner Kopien von Städten wie Karatschi oder Lagos, Städten also, die nicht mehr zu kontrollieren, nicht mehr zu regieren sind. In Deutschland sind es keine ganzen Metropolen, es sind bloß Viertel, aber sie sind abgetrennt vom Rest der Stadt, sie sind Ghettos. Und dort scheint sich inzwischen eine verlorene Welt neben der ganz normalen deutschen Wirklichkeit geformt und längst verfestigt zu haben, die mit der anderen Wirklichkeit nichts mehr zu tun hat.

Aufklärung? Bildung? Lernen, für Zensuren, vielleicht sogar fürs Leben?

Was soll der Scheiß?

So reden die Bewohner dieser Welt. *Ey, Mann, ey. Nutte. Killer. Krass.* Es gibt viele „sch"- und „ch"-Laute in dieser Sprache, kaum noch ganze Sätze. *Dreckische Deutsche*, so reden sie.

In dieser Welt, mitten und vielerorts in Deutschland, geht es nur noch um einen Wert: Respekt. Respekt bekommt, wer cool und wer stark ist, wer die richtige Kleidung trägt, die richtige Sprache spricht, die richtige Musik hört, wer die richtigen Freunde und die richtige Bande hat. Respekt bekommt, wer die eigene, also die türkische oder libanesische Schwester vor Sex und Liebe und diesem großen glitzernden Westen schützt und selbst *deutsche Schlampe fickt*.

Ohne Artikel. Wie sie eben reden.

Und deutsche Kinder, 17 Prozent nur noch an der Rütli-Schule, aber anderswo 80 oder 90 Prozent, sind auch nicht konstruktiver, sprechen betont schlechtes Deutsch, sprechen den Slang der Einwanderer, denn Respekt bekommt, wer sich abgrenzt von der Welt jenseits des Ghettos, wer sich nichts gefallen lässt, wer nicht weich und zart ist.

Respekt kriegen die Harten, und genau das ist das Problem, vor dem Lehrer und Erzieher und Sozialarbeiter und Bildungspolitiker nun stehen: Sie können nicht einfach strenger sein oder neue Regeln aufstellen – es gibt ja längst eine Menge Regeln an der Rütli-Schule und an allen deutschen Schulen. Die Pädagogen müssen einen Dialog in Gang bringen, den die andere Seite auf keinen Fall will, weil gerade keinen Respekt, sondern nichts als Verachtung kriegt, wer mit Lehrern spricht.

Lehrer anzuspucken bringt viel Respekt.

Lehrern den Rücken zuzudrehen oder einfach aus dem Raum zu gehen, das bringt ein bisschen Respekt.

Lehrer *Wichser* zu nennen und Lehrerinnen *Fotze*, den strengen Mathe-Lehrer zu bestehlen oder mit dem Messer zu bedrohen, die heulende Vertrauenslehrerin aus dem Klassenzimmer zu jagen, das bringt sehr viel Respekt.

Es sieht eigentlich ganz gediegen aus auf dem Planeten dieser neuen Jugend. Die Rütlistraße, nicht weit von der Sonnenallee, ist zur Sackgasse geworden, verkehrsberuhigt. Alte Bäume stehen hier, es gibt einen Meisterbetrieb für Heizungstechnik nebenan und Kopfsteinpflaster und gegenüber den Jugendclub „Manege". Das Gebäude, teilweise vier und teilweise fünf Etagen hoch, ist mit gelblichem Rauhputz überzogen, es hat weiße Fensterrahmen, es hat die Form eines eckigen „U", drei Seiten eines Quadrats.

Rechts ist die bessere Welt: die Heinrich-Heine-Realschule. Und links der Abgrund: die Rütli-Hauptschule.

Einen fassbaren, einen konkreten Auslöser, gab es nicht, als das Kollegium an jenem Morgen im Februar zusammentrat. Rund 25 Pädagogen saßen auf ihren Stammplätzen um die vier großen und zwei kleinen Arbeitstische des Lehrerzimmers – in ihrem Refugium mit den frischgetünchten Wänden in freundlichem Beige, dem grauen Teppich und dem strikten Rauchverbot. Und sie resümierten nüchtern die zum Alltag gewordene Katastrophe: Noch immer war kein neuer Schulleiter gefunden, noch immer waren sie zu wenige Lehrer, noch immer waren da diese ständige Gewalt, diese ewigen Beleidigungen. Das Schlimmste, so erinnert sich ein Teilnehmer, sei diese „völlige Hoffnungslosigkeit" gewesen, der verlorene Glaube daran, dass sich hier „irgendwann irgendwie was ändert".

Darum schrieben sie ihren Brief. Und sie wollten damit nicht erreichen, dass ihre Schule geschlossen wird, auch wenn sie so verstanden wurden. Sie wollten Hilfe. Und ganz grundsätzlich wollten sie anregen,

Ehemalige Schulleiterin Pick, Neuköllner Bürgermeister Buschkowsky: *Schulalltag in einem*

* Aus der Reportage einer Berliner Fotografin.

als Verachtung, Lehrer anzuspucken bringt viel Respekt

dass das System Hauptschule, diese Ghettoisierung und Stigmatisierung von Schülern, die nicht mitkommen, in Frage gestellt wird, aufgelöst wird, und dafür bekamen sie gegen Ende der Woche zunehmend Unterstützung. „Es ist Zeit, diesen Schultyp aufzulösen“, sagte Karla Werkentin von der Heinz-Brandt-Hauptschule.

Was sie zunächst erreichten, war jedoch der übliche Irrsinn: Kamerateams, Fotografen, Reporter, alle schrien alle an, und dann kamen Politiker mit neuen Fotografen und neuen Reportern und sagten, dass sie das alles sehr ernst nehmen und künftig Polizisten vors Schultor stellen würden.

An jenem Morgen, als die Bombe platzt, verschwimmen in Neukölln die Grenzen zwischen Realität und Fiktion. „Hauptstadt knallhart“, hatte der Berliner „Tagesspiegel“ getitelt, in Anspielung auf den Film von Detlev Buck, der Jugendgewalt am Beispiel Neukölln zum Thema hat.

Es ist Donnerstag, der 30. März, kurz nach der großen Pause, als die Republik beginnt, das Herz der Finsternis ihres Bildungssystems in Augenschein zu nehmen. Ein Fotograf greift sich eine Gruppe 13-, 14-jähriger Araber, drapiert sie in Gangsterpose und sagt den Kindern, dass sie die Kapuzenjacken tief ins Gesicht ziehen sollen, weil das gefährlicher aussehe. Anderthalb Wochen sei er jetzt hier, erzählt der 16-jährige Mahmad, und schon vier Schlägereien habe er mitgekriegt, die letzte am Donnerstag, als sich zwei Mädchen mit Steinen beworfen hätten. Mahmad trägt eine grüne Bomberjacke der Marke „Alpha Industries“, und er sagt, dass er nur hier ist, weil er von seiner alten Schule geflogen sei, er sagt, dass seine Eltern es „Scheiße“ fänden, dass er jetzt auf „die Rütli“ muss. „Die hat einen ganz schlechten Ruf“, sagt Mahmad noch, und dann greift er nach seinem Mobiltelefon; „Geschäfte“, sagt er.

HEIKE NIEMEIER / BZ (L.); SOPHIE WOLFBAUER / OPA (R.)

sozial segregierten Gebiet

„Der Satz ‚Verpiss dich, du Missgeburt!‘ gilt als ganz normale Begrüßungsformel.“

Ein paar Meter weiter steht Neuköllns SPD-Bürgermeister Heinz Buschkowsky vor seinem schwarzen Dienst-BMW und doziert ziemlich gelehrt über „den Alltag in einer Schule in einem sozial segregierten Gebiet“. Buschkowsky trägt eine gelbe Krawatte, und der Alltag, den er meint, gerät hinter ihm gerade wieder aus den Fugen: Die Kameras sind vor dem Schulhof postiert, in sicherer Entfernung hinter dem grünen Metallgitterzaun, das Ganze erinnert an einen Zoobesuch.

Ah, nun, so sehen die also aus!

Diese … diese … diese … ja, Kinder, immer noch, Kinder mit Basecaps, mit Bomberjacken, mit Turnschuhen und Jeans, die zu tief sitzen, zu weit sind und sowieso zu lang. Gebeugt schleichen sie durch ihr Gehege, denn wer die Füße hebt, ist nicht cool. Kriegt keinen Respekt mehr.

„Wir sind Außenseiter!“, brüllt ein Siebtklässler in Richtung Presse, „wir sind der Abschaum von Neukölln!“ Dann fliegen Steine. Erst einer, dann viele, es ist eine ganze Kanonade, begleitet von aufgebrachten Schreien. Die beiden Männer, die sich die Schule vor ein paar Monaten von der Arbeitsagentur geholt und „Ordnungsdienst“ genannt hat, treiben die Schüler zurück. Den Pausenhof dürfen die Rütli-Kinder nicht verlassen, das erzählt einer der beiden Aufpasser, weil sich die Filialleiter des Viertels beschwert hatten, dass die Schüler in den Pausen immer die „ganzen Läden leer geklaut“ hätten. Der Mann, ein Ein-Euro-Jobber, schüttelt müde den Kopf und sagt: „Die haben hier alles aufgegeben. Alles ist im Arsch.“

Vor einem halben Jahr hat der Hausmeister die äußeren Klinken der beiden Schultore abgeschraubt. Weil immer wieder „schulfremde“ Jugendliche aufgetaucht waren, die „Stress gemacht“ hätten. Einmal, erinnert sich Pädagoge Fischer, sei „so ein Kampftyp“ mit einem scharfen Pitbull aufs Gelände gekommen, und ein anderer Lehrerkollege sei ohne jede Vorwarnung verprügelt worden, Faustschläge ins Gesicht, von einem fremden Jugendlichen, ohne zu wissen, worum es überhaupt ging.

Und der Grat zwischen verbaler und körperlicher Gewalt ist an der Rütli-Schule eine filigrane, scheinbar willkürlich verlaufende Linie. In einem Klima, in dem der Satz „Verpiss dich, du Missgeburt!“ als ganz normale Begrüßungsformel zwischen zwei Schülern gilt, ist es schwer auszuloten, wann der Punkt erreicht ist, dass die Ehre nur noch mit Kickbox-Attacken wiederhergestellt werden kann.

Erst Ende vorvergangener Woche gab es wieder so einen Vorfall. Der Schüler Ahmad T. hatte ein muslimisches Mädchen aus der neunten Klasse „angemacht“, weshalb das Mädchen über Handy den großen Bruder alarmierte. Kurz danach flog die Tür des Klassenzimmers auf, und der Bruder, begleitet von zwei Freunden, stürmte in den Unterricht. Er wolle dem Delinquenten auf „die Fresse hauen“, sagte er, und nur dem Mut und der Autorität der Lehrerin war es zu verdanken, dass das Rollkommando bald wieder abzog. Aber was hätte die Frau tun sollen, wenn der Kerl ein Messer gezogen hätte?

Lehrer Fischer jedenfalls ist froh, dass er seine „Lederhaut“ hat. Dass er keine psychosomatischen Schmerzen hat und keine

SPIEGEL TV (L.); JENS-ULRICH KOCH / DDP (R.)

Amokläufer Steinhäuser*, Bergung von Opfern vor dem Erfurter Gutenberg-Gymnasium (2002): *Virtuelle Gewalt wird real*

Psychopharmaka schlucken muss. Sein Leben zwischen den Schulferien, sagt er, würde er ausblenden. Immer wieder habe er um Versetzung an eine andere Schule gebeten, immer wieder habe er denselben Satz gehört: „Vergessen Sie's."

Dabei wollte er „immer Lehrer werden und immer Lehrer sein", doch die „Frustration" hätte „den Idealismus längst besiegt". Den wenigen Schülern, „aus denen man was machen könnte", werde durch die Hackordnung an der Hauptschule „jegliche Chance genommen": Früher oder später müssten sie sich dem übermächtigen Gruppenzwang eines Systems beugen, in dem „das Negativum die Heldentat ist". Prestige, so Fischer, hätten an der Rütli-Schule vor allem diejenigen, „die schon mal im Jugendgefängnis waren oder kurz davor sind".

Perspektiven? „Ich will Hartz IV werden", das soll ein arabischstämmiger Rütli-Schüler auf die Frage nach seinen Berufswünschen geantwortet haben. Ein anderer holte seinen Personalausweis heraus und rief: „Ist doch egal, ihr könnt mich jetzt nicht mehr ausweisen."

Das Ganze ist eine Welt, die sieben Kilometer vom Bundestag entfernt ist und drei Kilometer vom Hotel „Estrel", aus dem „Wetten, dass …?" und der „Echo" übertragen werden. Für gutbürgerliche Konservative muss diese Welt wirken wie ein Jurassic Park voller degenerierter Halbstarker, und all die, die wieder Überfremdung durch Migration fürchten und sich viele deutsche Kinder wünschen, könnten sich natürlich bestärkt fühlen.

Aber Hauptschulen mit deutschen Schülern geht es nicht besser. Das Problem ist ein soziales: Die da oben haben die dort unten längst abgehängt. Reich wird reicher, arm wird ärmer, klug wird klüger, dumm wird dümmer, das ist die Welt, wie sie die Schüler von der Rütli-Schule sehen.

Natürlich, manchmal und viel zu oft geht es um Schulen mit hohem Ausländeranteil. Dass es gerade dort Probleme gibt, hat mit Integration zu tun oder ihrem Scheitern. Integration, gebaut auf Selbstbewusstsein und Toleranz, findet kaum statt, von beiden Seiten aus nicht. „Rational wissen wir, dass unsere Gesellschaft Zuwanderung braucht, emotional aber sind wir davon überzeugt, dass es zu viel Ausländer in Deutschland gibt", so der Berliner Schriftsteller Zafer Senocak.

All die Kurden und Libanesen von Neukölln sind geduldet, offiziell jedenfalls, aber mehr auch nicht. Darum dürfen sie nicht arbeiten, leben von Sozialhilfe, leben ganz unter sich auf ihrem Nebenplaneten. Und ihre Kinder lernen nicht Deutsch oder deutsches Leben, lernen nur die eigenen Regeln, lernen, dass sie in der Welt der Deutschen, der erfolgreichen Deutschen jedenfalls, ohnehin keine Chance haben. Die Berufsberaterin Hilde Holtmanns ließ ihre Rütli-Schüler mal Collagen anfertigen, auf denen sie erklären sollten, wie sie sich „Gestern", „Heute" und „Morgen" vorstellten, und im „Morgen" tauchten dann Villen, Motorräder, und Limousinen auf. Die Wirklichkeit von heute ist die, dass nicht ein Abgänger des letzten Jahrgangs der Rütli-Schule eine Lehrstelle erwischt hat.

„Kein einziger Abgänger des letzten Jahrgangs der Rütli-Schule bekam eine Lehrstelle."

Sie sind Ghetto-Kids, und sie wissen es. Und das Einzige, was ihnen Selbstbewusstsein bringt, ist die Kultivierung oder Verkultung dieser Ghetto-Welt. *Ich bin Gangsta. Ich will gar nicht dazugehören. Leckt mich, alle.*

Und fürchtet mich.

Inzwischen werden sogar Touristen zu zweistündigen Stadtrundgängen ins Reuterquartier gelockt – „zwischen Kiezidylle und Ghettoklischee", steht auf dem Werbefaltblatt, das geziert wird von fünf Kindern in Gangsterposen, 8,50 Euro kostet das Erlebnis.

Eltern des Viertels trafen sich erstmals Ende März unter dem Motto „Es reicht!", weil in letzter Zeit etliche Kinder auch außerhalb ihrer Schulen Opfer von Gewalt geworden waren. Nun wollen diese Eltern „den öffentlichen Raum" für friedfertige Zeitgenossen „zurückerobern". Dabei ähnelt der Reuterkiez den Betonghettos westdeutscher Großstädte noch nicht einmal: Fünfstöckige Altbauten stehen hier; es gibt Rad- und Fußwege, und am Straßenrand parken neue Volkswagen; es gibt die Kleingartenkolonie „Freie Stunde", die Kindertagesstätte „Villa Kunterbunt" und perfekt gezapftes „Schultheiss" im „Tell Stübchen".

Was also ist geschehen?

Vor langer Zeit war das Viertel eine ziemlich sumpfige Wiesen- und Buschfläche. Im 19. Jahrhundert siedelten sich dann erste Betriebe an, die Bevölkerungszahl wuchs, und aus der Gründerzeit um die Jahrhundertwende stammen die meisten der Bauten.

Inzwischen sind mehr als 30 Prozent der Bewohner des Quartiers Ausländer, die Arbeitslosenquote liegt bei 35 Prozent. Der Reuterkiez, wo etwa 18 000 Menschen leben, gilt als eines von 17 Arealen mit „besonderem Entwicklungsbedarf" in Berlin. Ein sogenanntes Quartiersmanagement-Büro soll helfen, die Lebensqualität zu verbessern – Vereine fördern, Projekte gegen Gewalt starten, Schulhöfe verschönern. „Aber das Hauptproblem, die Arbeitslosigkeit, können wir nicht lösen", sagt Quartiersmanagerin Ilse Wolter, die ziemlich ruhig, ziemlich gelassen hinter ihrem Schreibtisch aus Kiefernholz sitzt. Zum Teil, das sagt Ilse Wolter, lebten die Kinder hier in der „dritten oder vierten Generation" von Sozialhilfe. Und zu viele Kinder einstiger Migranten würden eingeschult, ohne annähernd Deutsch zu sprechen, „und wenn sie in die Hauptschule kommen, haben sie nur Frustration erlebt".

Wenn Sophie am Morgen die Wohnung verlässt und in die Schule geht, verlässt sie

* Im September 2001 mit Requisiten für eine Schüler-Theateraufführung.

das Leben, das sie mag. Sie geht dorthin, wo sie das Leben nicht mag.

Sie geht in die Schule.

Es sind nur zwei Straßen bis dorthin. Sophie spaziert sie entlang wie eine Dame. Jeans, schwarzer Mantel, schwarze Handtasche, große silberne Ohrringe, blonde Strähnen, Lidschatten. Sie ist 16. Sie sieht älter aus. Die Jungs hauen drauf auf die Jugend. Die Mädchen schminken sie.

Sophie hat vor sieben Monaten geheiratet, muslimisch, einen Libanesen, den sie seit zwei Monaten kannte. Sie wollte das, unbedingt. Vor der Schule räumt sie auf, mittags kocht sie. „Meistens will er Fleisch“, sagt sie. Fünf andere Mädchen in der Schule sind auch verheiratet, einige sind verlobt.

An der Schule nimmt Sophie den linken Eingang. Er führt in einen der beiden Trakte des Gebäudes, in die Unterwelt, in die Hauptschule. Sophie findet die Schule hässlich und kalt. Es ist ein Altbau mit hohen Fenstern und Fluren, der Boden ist aus braunem Stein, es gibt kaum Bilder an den Wänden, aber Kleiderhaken. Mittags kommen die Putzfrauen. Überall im Treppenhaus ist dieser Steinfußboden. Es gibt ein paar Räume, die mit Teppichboden ausgelegt sind. Das Lehrerzimmer zum Beispiel, in dem es nach Kaffee duftet. Und das Zimmer über dem Sekretariat in Etage eins. Das ist der Raum, in den die Schüler müssen, die während des Unterrichts rausgeflogen sind, ein schöner Raum mit Ikea-Couch. Die Schüler müssen sich in eine Liste eintragen. Dann sitzt ein Lehrer neben ihnen, der aufpasst.

Ansonsten haben sie hier: zwei Computerräume, drei Turnhallen, eine Aula, in der Instrumente stehen, den Schulhof nach hinten. Und 268 Schüler.

ACTION PRESS

Abtransport einer erstochenen Lehrerin in Meißen (1999): *Die Tat vorher angekündigt*

Sophie ist eine von drei deutschen Mädchen in Raum 204, Klasse 9/II. Die Jungs nennen eine wie Sophie „Schlampe“ und „Hurentochter“.

„Das sagen sie besonders, wenn sie ein Mädchen süß finden“, sagt Sophie. Ihre Freundinnen stehen neben ihr, Jasmin, 16, und Tugba, 17, sie nicken. „Sie haben eine große Klappe. Sie glauben, das kommt an“, sagt Sophie. Zum Kino oder zum Eislaufen verabredet sich keiner der coolen Jungs mit den deutschen Mädchen. „Das wäre ihnen voll peinlich, wenn das rauskommt“, sagt Jasmin. Sie wolle mal Hebamme werden, sagt sie, und Cihan, 16, der dazu kommt, fragt: „Was ist das denn?“

„Geburtshelferin“, sagt Jasmin.

Dann erzählt sie weiter, wie das so läuft in dieser Welt mit diesen Jungs. „Sie gehen ins Internet und chatten uns an“, sagt sie. Und vielleicht sitzen sie gerade nebeneinander in einem der Klassenräume.

Auf die Tische sind Namen geritzt, Flaggen gemalt, die libanesische, die türkische. Und die deutsche? „Die gibt es hier nicht“, sagt Jasmin. „Wir sind hier Klein-Istanbul“, sagt sie. Die deutsche Flagge weht draußen, vor der Schule.

Sophie ist Deutsche, aber muslimisch erzogen, ihr Stiefvater wollte es so. Sie sitzt ganz hinten im Klassenraum, sie wird die Schule nicht schaffen, wird ohne Abschluss gehen, dabei wollte sie Bürokauffrau werden. Es hängen gelbe Vorhänge in den Fenstern, unten gibt es eine Metallwerkstatt, die Aula liegt unter dem Dach. In den Etagen eins, zwei und drei gibt es Türen, die in den zweiten Trakt führen, hinüber zur Realschule. Aber dorthin dürfen die Hauptschüler nicht gehen. Sogar die Pausen der beiden Schulen sind so gelegt, dass die Schüler sich nicht begegnen.

Und das soll die Lösung sein: die Schulen zusammenlegen? Das jedenfalls ist, was der Bildungssenator ankündigt.

Samir, der 22 ist und reifer als die Jungs in der Schule, hat Sophie den Antrag gemacht, als ihre Mutter neben ihr am Küchentisch saß. Ihre Mutter stimmte zu, die Tochter zog aus, nun lebt sie mit Samir in einer Zwei-Zimmer-Wohnung, in der Sonnenallee, ein paar hundert Meter von der Schule entfernt. „Zu Hause bei meinen Eltern und draußen gab es immer Stress“, sagt sie. Jetzt ist Ruhe, wenigstens zu Hause, wenn schon nicht in der Schule.

MARCUS POSTHUMUS

Angezündete Autos (im Januar in Bremen): *Eskalation der Gewalt*

Gewalt in der Schule ist nicht neu. Neu ist die Normalität der Gewalt, dieser Alltag, der an vielen Orten aus Hass und Aggressivität besteht.

Für das Schuljahr 2004/2005 hat die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport gerade einen Bericht über Gewalt an Schulen vorgelegt. Dort steht der Bezirk Neukölln mit 135 gemeldeten Gewaltvorfällen auf Platz zwei, hinter Mitte mit 205; Neukölln hatte damit mehr als viermal so viele Meldungen gemacht wie 2001. Allein 29-mal ging es jetzt um gefährliche, 54-mal um einfache Körperverletzung. Aber solche Statistiken sagen nicht unbedingt die

Computerspiel „Counterstrike“: *Verlorene Welt neben der Wirklichkeit*

Wahrheit, sondern vor allem, wo Polizisten fleißiger waren oder eher träge – und wo Lehrer besonders viele Fälle melden.

Schon in den sechziger Jahren des 20. Jahrhunderts klagten Lehrer über aggressive Schüler, und immer mal wieder kam es auch zu Exzessen. Im März 1967 überfiel der 15-jährige Axel B. im sauerländischen Neheim-Hüsten mit zwei Kumpeln seine Lehrerin, Tatmotiv: ein Blauer Brief. Die Schüler misshandelten die Studienrätin und warfen sie in die Badewanne. Und im Berliner Stadtteil Wedding erstach 1972 ein Schüler den Direktor der Otto-Bartning-Schule. Anlass: ein paar strenge Worte, ein Streit im Direktorzimmer.

Mitte der siebziger Jahre schlossen sich Banden zusammen. Rund 20 Jugendliche, die sich „Wild Pumas“ nannten, terrorisierten eine Schule am Münchner Bayernplatz, bewaffnet waren sie mit Schnappmessern und Wasserhähnen. Die Gewaltausbrüche trafen auf überraschte Lehrer – im Juni 1967 beklagten sich Lehrer im badischen Radolfzell über „unvorstellbare Zustände“ in ihrer Gewerbeschule, „unser Lehrpersonal wird mit den Rüpeln – es sind nur einige – einfach nicht mehr fertig“, schrieb der Direktor. Und im Hamburger Stadtteil Neu-Rahlstedt protokollierten Lehrer: „Schüler wirft mutwillig Mitschüler über das Treppengeländer. Schüler drückt Mitschüler den Kopf unter Wasser. Schüler legt Mitschüler einen Gürtel um den Hals und zieht zu.“

Trotzdem blieb die Gewalt an Schulen lange Zeit ein Tabuthema. Erst Ende der neunziger Jahre begann eine intensive Debatte über Jugendgewalt im Klassenzimmer, die durch spektakuläre Fälle immer weiter aufgeheizt und befeuert wurde.

Am 9. November 1999 erstach ein 15 Jahre alter Gymnasiast im sächsischen Meißen seine Lehrerin. Den Mitschülern hatte er die Tat vorher angekündigt. Am 16. März 2000 erschoss ein 16-Jähriger den 57-jährigen Leiter eines Realschulinternats. Tatmotiv: Schulverweis. Am 19. Februar 2002 tötete ein 22-Jähriger den Direktor einer Wirtschaftsschule im oberbayerischen Freising und dann sich selbst.

Und schließlich, es war der 26. April 2002, es geschah im Erfurter Gutenberg-Gymnasium, da erschoss der 19-jährige Robert Steinhäuser zwölf Lehrer, zwei Schüler, eine Sekretärin, einen Polizisten und sich selbst. Tatmotiv: Schulverweis, Scham, Rache.

Natürlich, Extremfälle. Klar, Katastrophen, denn bei diesen Fällen ging schief, was nur schiefgehen konnte, aber unter Experten ist unstrittig, dass in vielen Schulen zu viele Schüler glauben, Probleme mit Gewalt lösen zu können.

Es ist die Eskalation der Gewalt, es sind die fehlenden Grenzen in den Köpfen der Schüler, die stets aufs Neue erschüttern. In Wolfen, Sachsen-Anhalt, traktiert ein 18-jähriger ehemaliger Schüler einen Kameraden, über den er gehört hat, dass er ihn als „männliche Schlampe“ bezeichnet haben soll. Die Prügelei endet in einem Exzess. Mit beiden Fäusten trifft der Randalierer seinen 16-jährigen Gegner so fest, dass sich die Halswirbelsäule verdreht und das Rückenmark gequetscht wird. Das Opfer stirbt.

Eine Jugend in deutschen Randbezirken ist darum vieles, aber sicherlich nicht mehr unbeschwert: Kinder und Jugendliche prügeln, erpressen, rauben und vergewaltigen. Und das heißt: Kinder und Jugendliche werden verprügelt, erpresst, beraubt und vergewaltigt. Denn junge Täter suchen sich fast immer junge Opfer.

Die Polizeiliche Kriminalstatistik lässt befürchten, dass sich die Jugendkriminalität längst eingepegelt hat auf einem sozial unverträglichen Maß. Ein Vergleich des Jahres 1993, als die erste einheitliche Bundesstatistik erstellt wurde, mit dem Jahr 2004 zeigt: tatverdächtige Kinder plus 31 Prozent, tatverdächtige Jugendliche plus 43 Prozent.

Immer wieder fordern deshalb Politiker, der kriminelle Nachwuchs müsse früher und strenger bestraft werden. Anfang Februar plädierte der Bundesrat erneut für mehr Härte, damit junge Kräfte nicht sinnlos walten. Friedbert Pflüger will in Berlin straffällig gewordene Schüler künftig „notfalls abschieben“; natürlich, Wahlkampf, der Mann will Regierender Bürgermeister werden. Bildungssenator Klaus Böger verweigert die Schließung der Rütli-Schule

Per Fotohandy verbreitete Gewaltvideos als neues Tauschobjekt auf dem Schulhof: *Es sind die fehlenden Grenzen in den Köpfen der*

Szene aus dem Neukölln-Film „Knallhart“: *Den Kiez kurzerhand zum härtesten Ghetto des Landes hochstilisiert*

mit Vokabeln wie von der Front: „Wir werden an keinem Standort zurückweichen.“ Und das übliche Geschrei nach Schärfe, nach Waffenkontrollen, nach Strafen kommentierte der Hamburger Erziehungswissenschaftler Peter Struck im NDR-Hörfunk; Struck sagte: „Solche Täter sind relativ immun gegen Strafen. Wir wissen, dass es nur hilft, wenn unerwünschtes Verhalten aus dem Mund von hochanerkannten Gleichaltrigen verpönt wird und wenn erwünschtes Verhalten von hochanerkannten Gleichaltrigen verstärkt wird.“

Und der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit sagte, die Geschichte von Neukölln werfe die Frage nach der Zukunftsfähigkeit der Hauptschule auf.

Aber diese Geschichte spielt nicht nur in Berlin, sie spielt genauso in Frankfurt oder im Münsterland, denn das Problem ist ein Problem der Bundesrepublik, da sind sich alle Fachleute einig. Rüdiger Niemann, Sozialarbeiter im Frankfurter Kinderbüro, sagt: „Da braut sich was zusammen.“ Die Aussichten am Arbeitsmarkt würden immer schlechter, die Aggressionen immer größer, die Jugendlichen fühlten sich abgehängt. Problemstadtteile wie der Frankfurter Ben-Gurion-Ring könnten „schon in fünf Jahren so aussehen wie heute die Vorstädte in Paris“.

Komplexer Förderbedarf – das ist, was den Kampf gegen die Jugendgewalt so schwierig macht. Denn der Bedarf ist so komplex wie die Ursachen der Gewalt. In den vergangenen Jahren warnten Experten immer wieder vor Horrorfilmen und Ballerspielen. Robert Steinhäuser, Amokläufer von Erfurt, liebte „Counterstrike“ – Zufall oder kausaler Zusammenhang? Die Forscher sind uneins, aber viele gehen davon aus, dass sich virtuelle Gewalt in realer Gewalt niederschlagen kann – wenn die Jugendlichen ohnehin zu Gewalt neigen.

Als wichtigste Risikofaktoren hat das Kriminologische Forschungsinstitut Niedersachsen einmal die folgenden drei genannt: „Erfahrung innerfamiliärer Gewalt, gravierende soziale Benachteiligung der Familie und schlechte Zukunftschancen der Jugendlichen selbst aufgrund eines niedrigen Bildungsniveaus“. Das Risiko erhöhe sich drastisch, wenn mindestens zwei der Faktoren zusammenkämen.

Streitigkeiten zwischen ethnischen Gruppen sind besonders typisch; „intern hält man relativ gut zusammen, gegen Fremde lässt man die Muskeln spielen“, sagt Institutsdirektor Christian Pfeiffer. Und dann spricht Pfeiffer über eine „Macho-Kultur“, die besonders Migranten präge: Jugendliche seien umso gewalttätiger, je stärker sie sich einer „Kultur der männlichen Ehre“ verpflichtet fühlten.

In Berlin sollen Schulen Gewaltvorfälle binnen 24 Stunden melden, und jedes Jahr veröffentlicht der Senat eine Statistik, die nach Bezirk und Herkunft unterscheidet. Dass es eine besonders gewalttätige Ethnie gebe, sei schlicht falsch, sagt die Berliner Referentin für Gewaltprävention, Bettina Schubert, „aber Migration ist wie eine Scheidung der Eltern ein Risikofaktor, weil die Kinder Brüche verarbeiten müssen“.

In der Gewaltstatistik fielen in Berlin 0,1 Prozent der deutschen Kinder auf, bei den Migranten seien es 0,15 Prozent, so Bettina Schubert. Kinder der dritten Einwan-

Schüler, die stets aufs Neue erschüttern

UMFRAGE: HANDY-VERBOT

„Halten Sie ein Handy-Verbot an Schulen für sinnvoll, um Störungen und die Verbreitung von Gewaltvideos zu unterbinden?“

JA	70 %
NEIN	28 %

TNS Infratest für den SPIEGEL vom 28. bis 30. März; rund 1000 Befragte; an 100 fehlende Prozent: „weiß nicht“

TIM BOYLE / GETTY IMAGES

Waffenkontrolle in einer US-Schule: *„Annähernd anarchische Situation“*

derergeneration würden eher kriminell als jene der ersten Gastarbeiter, sagt sie, „weil sie merken, dass ihre Eltern hier nichts zu sagen haben“.

Eines der wesentlichen Merkmale komplizierter Konflikte ist, dass sich die Experten oft schon bei der Beschreibung nicht einig sind. „Die Gewaltbereitschaft unter Schülern hat enorm zugenommen. Es wird viel schneller und härter gedroht und zugeschlagen“, sagt Josef Kraus, der Präsident des Deutschen Lehrerverbandes. Joachim Kersten, Soziologe an der Polizeifachhochschule Villingen-Schwenningen, allerdings sagt: „Die Schule war im 19. Jahrhundert ein Ort jugendlicher, vor allem männlicher Gewalt, sie war es im 20. Jahrhundert, und – o Wunder – sie ist es auch im 21. Jahrhundert.“

Die Wahrheit ist: Die meisten Lehrer und die meisten Schüler fühlen, dass Gewalt an Schulen zunimmt, aber keiner hat Werte, keiner Zahlen, da es keine Langzeituntersuchungen gibt. Der Osnabrücker Kriminologe Hans-Dieter Schwind hat nach Durchsicht zahlreicher Untersuchungen über Gewalt an Schulen immerhin einige Trends herausgearbeitet: Die Zahl der Schüler, die Schwierigkeiten in der Schule haben, nimmt zu, und deren aggressives Verhalten mündet oft in Gewalt; Haupt- und Sonderschüler sind häufiger Täter als Schüler anderer Schulformen; Gewalttätigkeiten gehen meist von einem kleinen Kreis aus, der zum Teil von Cliquen außerhalb der Schule beeinflusst wird; zu körperlichen Misshandlungen kann es heute schon aus nichtigen Anlässen kommen, mitunter ereignen sich die Angriffe auch völlig grundlos; der harte Kern der Rauflustigen trinkt mehr, geht häufiger in Discos und sieht mehr Gewaltvideos als die Mitschüler.

So groß und dominierend der Einfluss der Gewalt von außen auf die Schule auch sein mag, gewalttätige Konflikte entstehen auch durch mangelhaftes Verhalten innerhalb der Schule. Die Jugendlichen sehen im Lehrer die Person, die sie mit Leistungsdruck belästigt, die das Tempo vorgibt, dem sie nicht folgen können – und die ihnen verdammt fremd ist. Am Freitag voriger Woche konnte auch an der Berliner Rütli-Schule keiner mehr erklären, warum es dort bisher nie einen türkisch- oder einen arabischstämmigen Lehrer gab.

In dieser Schule, in diesem Viertel, bei diesen Schülern.

„Weil sie uns hassen und verachten“, diesen Grund vermutet ein Schüler aus dem Libanon.

Die Lehrer wiederum, frustriert über die nachlassende und in ganzen Stadtteilen kaum mehr wahrnehmbare erzieherische Kraft der Eltern, scheinen immer weniger bereit zu sein, mitmenschlichen Einsatz zu zeigen. Soll der Pädagoge in Hamburg-Mümmelmannsberg oder Berlin-Neukölln ausbaden, was die Integrationspolitik für Ausländer in Deutschland jahrelang versäumt hat? Und sowieso, wie soll er gegensteuern, wenn sich Jugendliche immer weiter abschotten? Aus Überforderung entstehe ein „Rückzugsverhalten der Lehrer“, sagt der Kriminologe Schwind, und das steigere die „Erosion der Lehrerautorität“ weiter und immer weiter.

„Ein Großteil der Schüler hat keinerlei Empfinden für allgemeine Werte, Normen und Grenzen.

Die Verwaltung von Berlins Bildungssenator Böger jedenfalls hat die Lage an den Hauptschulen und dann auch noch die Sprengkraft des Notrufs aus Neukölln schwer unterschätzt. Erst am Mittwoch, vier Wochen nach Eingang des Briefs bei der zuständigen Schulaufsicht, will der Senator persönlich über den Vorgang informiert worden sein – am Vorabend der ersten Veröffentlichung im „Tagesspiegel“.

Und nun droht, am anderen Ende der Hauptstadt, dem Arbeiterbezirk Wedding, die nächste Katastrophe: Lehrer der Theodor-Plievier-Oberschule haben ein Schreiben entworfen, das sich noch drastischer liest als der Hilferuf der Neuköllner Pädagogen. An ihrer Schule, so der Entwurf der Kollegen aus Wedding, hätten sie einen faktischen Ausländeranteil von 92,6 Prozent – eine Zahl, die den „Integrationsbegriff“ geradezu „ad absurdum“ führen würde. In einigen Klassen seien „bis zu 50 Prozent der Schüler nicht beschulbar“. Ein Großteil der Schüler habe „keinerlei Empfinden für allgemeine Werte, Normen und Grenzen“; und durch die Ballung dieser Problemfälle an der Brennpunktschule „entwickelt sich eine annäherungsweise anarchische Situation“. Besonders die Quote polizeibekannter Kleinkrimineller sei „erschreckend hoch, gewaltbereite Intensivtäter mit erheblichem Einfluss“ säßen „kurze Zeit nach ihrer Verurteilung“ schon wieder im Unterricht.

Es geht so weiter: „Gewaltvorfälle verbaler wie physischer Art sowohl gegen Mitschüler als auch gegen Lehrkräfte“ hätten „in besorgniserregendem Maße zugenommen“ und „respektloses, ignorantes, teilweise menschenverachtendes oder demütigendes Schülerverhalten, gipfelnd in Beschimpfungen und Bedrohungen“ gehörten „zum Alltag“. Die Zuweisung „extrem verhaltensauffälliger“ Schüler „scheint kein Ende zu nehmen“, was den Sinn der Hauptschule in Frage stelle.

Vielleicht muss man das wirklich: die Hauptschule in Frage stellen. Wer auf Lehranstalten wie die Rütli-Hauptschule oder die Theodor-Plievier-Oberschule gehen muss, ist gleichsam vorbestraft. Es war ja eine der Diagnosen der Pisa-Studie, dass in keiner zweiten Industrienation Bildung so abhängig von Wohlstand und Status der Eltern sei wie in Deutschland. Das dreigliedrige Schulsystem gleicht kaum Unterschiede aus, fängt selten Schwächen ab, führt die Überrundeten nicht zurück in die Spitze. Die Unterschiede werden immer nur größer. Unten bleibt unten und kommt nicht mehr hoch.

Darum lehnen die Lehrer der Theodor-Plievier-Oberschule es inzwischen ab, „Hauptschulen wie unsere zu Aufbewahrungseinrichtungen für problematische jugendliche Randgruppen zu machen“.

Und sie fordern eine Diskussion darüber, ob das dreigliedrige Schulsystem überhaupt noch sinnvoll ist; die Präsenz eines Polizisten, der Schülerkonflikte deeskaliert und Ansprechpartner für Lehrer ist; die zügige, konsequente Durchsetzung von Strafen bei Regelverstößen; Eltern für die Vernachlässigung ihrer Erziehungspflicht zur Verantwortung ziehen zu können; den Einsatz aller juristischen Möglichkeiten zum verschärften Umgang mit jugendlichen Ge-

CARSTEN KOALL / VISUM

Hofpause, Berliner Problembezirk Neukölln, Jugendliche vor einem Internet-Café: *Sie sind Ghetto-Kids, und sie wissen es – unten bleibt unten und*

waltstraftätern; und die bessere Absicherung des Schulgebäudes, die schulfremde Personen fernhält.

Am vergangenen Freitag wurde sehr offensichtlich, was hinter den dramatischen Sätzen steckt: Gegen 12.05 Uhr, die Schulleiterin gab gerade ein Fernsehinterview, kam ihr Stellvertreter ins Büro gestürmt. Er habe gerade die Polizei rufen müssen, sagte er, vor dem Schulhof habe es eine Massenschlägerei gegeben.

Zwei Streifenwagen fuhren vor. Die Beamten nahmen den Vorfall auf. Und verschwanden wieder.

Es ist gar nicht die Gewalt, die die Lehrerin von der Rütli-Schule als so problematisch ansieht. Die direkte Gewalt, sagt sie und zuckt mit den Schultern, sei natürlich nicht schön, aber die gebe es an fast jeder Schule. „Da holt man die Polizei – und die Sache ist vorbei“, sagt die Lehrerin, namenlos, wegen des Redeverbots.

Es ist der Zermürbungskrieg, der sie so fertigmacht und dem die Versetzungsanträge geschuldet sind, die auch sie gestellt hat. Nur weg von dieser Schule, das wollen die meisten Lehrer. Und weil man sie nicht lässt, werden sie eben krank. „Hier kämpfst du um deine Existenz“, sagt die Lehrerin.

Denn dies ist der Schulalltag im „Rütli“: Morgens wird der Ausfallplan verteilt. Sie muss rein in die Klasse. Und das Problem beginnt schon mit den Verwechslungen: Da sitzen alles Mustafas und Alis, und alle sprechen sie an mit *Ey Alte* – wenn sie höflich sind.

Es gibt keine positiven Helden in dieser Schule, sagt die Lehrerin. Die, die ihre ersten Raubüberfälle schon hinter sich haben, die, für die sich die Polizei interessiert – das sind die Helden. Und wenn die Bösen die Besten sind, fliegt halt auch wenig auf. „Die halten einfach zusammen“, sagt die Lehrerin.

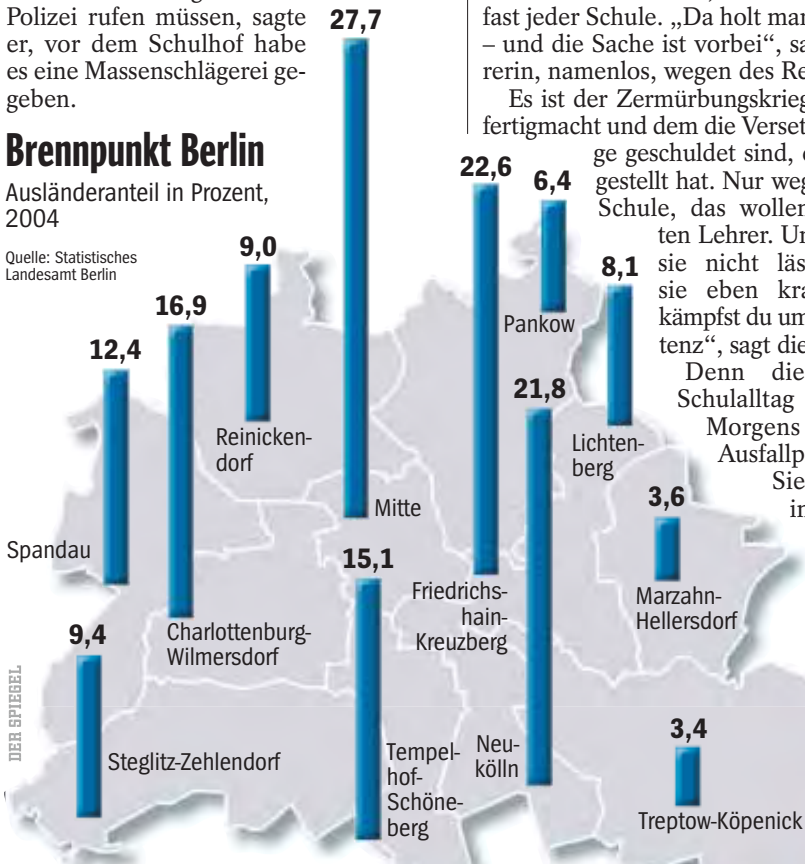
Die einzige hin und wieder wirksame Drohung ist die Drohung, den Vater anzurufen. Der Vater, das zieht, bei den Kurden-Kids, bei den Türken-Kids, bei den Libanesen-Kids. Neulich diskutierten sie über den hessischen Fragenkatalog für Einbürgerungswillige, auch über die Frage, ob es erlaubt sei zu schlagen bei der Erziehung. *Klar Mann*, das war das Echo am Rütli.

Aber oft zieht die Drohung mit dem Vater nicht. Wenn die Lehrer überhaupt noch zu Hause anrufen, weil das Kind nicht erschienen ist oder weil es Mist gebaut hat, dann ist meist eine Mutter am Telefon, die kein Wort Deutsch spricht. „Die kommen aus einem anderen Leben als unserem“, sagt die Lehrerin, „an die kommen wir nicht ran – und die nicht an uns.“ Wenn die Lehrer den in Deutschland geborenen

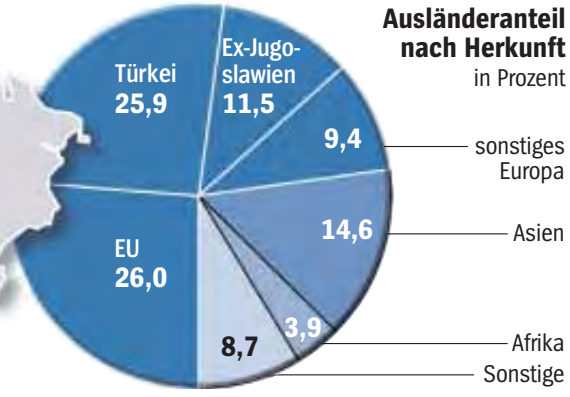
Brennpunkt Berlin

Ausländeranteil in Prozent, 2004

Quelle: Statistisches Landesamt Berlin



Ausländeranteil nach Herkunft
in Prozent



Ausländeranteil gesamt..... 13,4 %
Ausländeranteil Schüler*..... 16,5 %
*an allgemeinbildenden Schulen, Schuljahr 2005/06

Ausländeranteil an der Rütli-Hauptschule in Neukölln 83 %

ESPEN EICHHÖFER (M.); JORDIS ANTONIA SCHLOSSER / OSTKREUZ (R.)

kommt niemals mehr hoch

Kindern erklären, dass es ohne Schulabschluss schwer werde, dann hören sie: *Ey, Alte, ich werd eh Hartz IV.*

Die deutschen Kids passen sich an – oder ziehen sich zurück. Sie sprechen die gleiche Sprache, *Hast du Ball, eh?* „Kanackensprache“, so nennen das die Lehrer.

„Seit dem ‚Knallhart‘-Film“, erzählt ein Neuköllner Café-Besitzer, würden die Jugendlichen im Kiez „regelrecht durchdrehen“. Vor ein paar Tagen hätten sie sich an der Pannierstraße getroffen, bewaffnet mit Holzlatten, und „Bandenkrieg“ gespielt – wie im Kino, nur mit echten Schlägen. Die Geschäftsleute hätten es inzwischen aufgegeben, ihre Autos hier zu parken – aus Angst vor eingeschlagenen Scheiben.

Das Wiederaufleben der Berliner Straßengangs und die Erinnerung an die Zeiten, in denen sich die Spandauer „Kurdish Boys“ blutige Gefechte mit den „Black Panther“ aus Wedding oder den Neuköllner „Arabic Boys“ lieferten, zeigen das kulturelle Vakuum, das viele Jugendliche der zweiten und dritten Migrantengeneration mit kruden Lebensentwürfen zu füllen suchen: Auf der Suche nach Identität, irgendwo zwischen dem stockkonservativen, islamischen Elternhaus und der brutalen Fäkalsprache des Hauptschulhofs, entscheiden sich viele für den vermeintlich einfachsten Weg: das heroische Übertreiben der eigenen Unterbemitteltheit.

Darum stilisieren sie die eher biederen Kieze von Neukölln zum härtesten Ghetto der Stadt, des Landes, der Welt – und die Nacht im Polizeigewahrsam zur Heldentat. Heute tragen sie Namen wie „Ausländische Gangster Boys 44“ – „A.G.B. 44“.

Und längst haben sie ihre eigenen Gesten, Symbole und Rituale entwickelt. Auf der Rütli-Schule lernen bereits die Jüngsten, wie man das Zusammenzucken bei einer angedeuteten Kickbox-Attacke vermeidet. Wer Angst zeigt, hat verloren. Wer als Elfjähriger den Zug aus der angebotenen Zigarette ablehnt, ist freigegeben als Opfer künftiger Demütigung.

„Die wissen noch nicht mal, dass es in diesem Jahr eine Fußball-Weltmeisterschaft gibt“, so beschreibt ein Aufpasser vor dem Pausenhof das Niveau der Rütli-Schule, und was er damit meint, ist ein paar Meter weiter zu beobachten: Ein Hauptschüler fragt einen Journalisten, was eigentlich los ist, bekommt von ihm eine aktuelle Tageszeitung, und als der Junge nicht gleich kapiert, was da steht, zerfetzt er wütend das Papier und rennt weg.

„Das ist der Alltag. Totschläger und Glotze, Gras, Ecstasy und Heroin.

Für die Lehrer ist das alles ein Alptraum, schließlich ist ihr Kasten steingewordene Geschichte. 1909 wurde er als „Mädchen- und Jungenschule“ eingeweiht, im Ersten Weltkrieg zur preußischen Kaserne umfunktioniert und in der Weimarer Republik wieder zur Lehranstalt, zu einer der besseren Berlins: Bis 1933 war hier die weltliche Gemeinschaftsschule untergebracht, ein pädagogisches Reformkonzept, das ohne starre Stundenpläne auskam. 1933 zerschlugen die Nazis das Modell; 1942 wurden sieben ehemalige Rütli-Schüler von der Gestapo festgenommen, ein Jahr später wurden sie hingerichtet – sie hatten eine Widerstandsgruppe aufgebaut.

Jahrelang waren die Lehrer hier sehr stolz auf die Vergangenheit ihrer Schule. Die, die hier unterrichteten, meinten es ernst. Es muss eine Menge schiefgelaufen sein in all den Jahren.

Heute wird die Schule morgens um acht, wenn eigentlich alle da zu sein haben, geschlossen. Die beiden Sicherheitsleute lassen die Zuspätkommer rein und führen sie in die Klassenzimmer. Die Schlüssel zum Klo werden ausgehändigt – einzeln abholen, Beleg abzeichnen im Sekretariat. Für Jugendliche, die Ärger machen, gibt es wie in jeder Schule einen Strafkatalog. Aber der setzt ein bizarres Karussell in Gang: Für die, die von der Schule fliegen, kommen die, die anderswo gefeuert wurden.

In der Hausordnung steht: „Nimm Rücksicht auf deine Mitschüler/innen. Behandele sie so, wie du behandelt werden willst – mit Respekt! Beleidige niemanden mit Ausdrücken … Du darfst keine gefährlichen Dinge in die Schule … mitbringen. Dazu gehören Messer, Waffen, Knallkörper, Tränengas … Spucke nicht auf den Boden aus, das ist ekelerregend und passt nicht länger in unsere Zeit.“

Aber wen interessiert die Hausordnung?

Es führen ein paar Stufen in den Raum, in dem Christopher sitzt und sagt, er sei jetzt schlauer als die Jungs da draußen. Er sieht rüber zur Schule, die gegenüberliegt. Er sitzt an einem runden Tisch in der „Manege“, dem Jugendtreff. Christopher trägt eine Baseball-Mütze, seine Haut ist die eines Kindes, hell und weich. Christopher ist 16 und sagt, er wolle seine Vergangenheit hinter sich lassen.

Er wolle sich bessern, das sagt er. „Ich habe kapiert, dass das Leben scheiße war bisher.“ Er ist von der Hauptschule geflogen, weil er nie da gewesen ist und wieder und wieder die siebte Klasse nicht schaffte. Weil er Waffen besaß, Autos geknackt hat, Motorräder angezündet, all das, was die Jungs da drüben immer noch tun. Deswegen hat Christopher den Totschläger noch in der Tasche. „Wenn einer ’ne Waffe zieht, ziehe ich auch“, sagt er. Sein Vater ist arbeitsloser Dachdecker und sitzt zu Hause in seinem Sessel und sieht fern.

Das ist der Alltag. Totschläger und Glotze. Gras, Speed, Ecstasy, Pilze, Heroin.

SPIEGEL TV

Berliner Hauptschüler (vergangenen Freitag in Wedding): *Wer Angst hat, verliert*

Christopher hat gedacht, er brauchte keinen Abschluss. Er könne doch Drogen verkaufen. Das würde sein Beruf werden.

Christopher ist vor ein paar Wochen zusammengeschlagen worden, sechs Mann, Türken und Araber, sechs Totschläger. Er schützte mit den Armen seinen Kopf. Sie schlugen so lange auf ihn ein, bis ihm schwarz vor Augen wurde. Sie schlugen, um sich zu rächen, für irgendwas. *Pure hate*, sagt Christopher. Sie leben in Cliquen und bekämpfen sich.

Christopher gehört zu den Sprayern. Er sprüht auf U-Bahnen, Häuser, Autos. Er ist einer, der das gut kann, sprayen. Er sprüht „Toy“, „Spielzeug“, auf die Sachen der anderen, die er billig findet und lächerlich. „Toy“ zu schreiben, das ist eine Kampfansage, das ist Phase eins.

„Paar Tage später kriege ich auf die Schnauze“, sagt Christopher. Phase zwei.

Phase drei ist, wenn die, die auf die Schnauze gekriegt haben, ihre Freunde holen, um denen auf die Schnauze zu geben, die ihnen auf die Schnauze gegeben haben. Und irgendwann kommt die Massenschlägerei, Phase vier, fünf, sechs oder sieben, „eigentlich geht es nur um Respekt“, sagt Christopher.

Christopher blickt noch mal raus, hinüber zur Schule. Da grölen Schüler aus dem Fenster, sie rufen den Reportern jenseits des Zauns „Ihr Schweine“ zu. Warum? Ach, nur so. Andere tanzen, andere albern rum, sind laut und lachen. Sie sind gerade wer, für ein paar Tage, sie spüren RESPEKT, und das ist der absurde Effekt des Briefs von Frau Eggebrecht: Er lockte all die Journalisten und die Politiker her, so viel Respekt gab es nie für die Schüler vom Rütli, und darum lieben sie ihre Rolle, nie wurden sie so darin bestärkt wie durch diesen Brief und die Folgen.

Und was tut man dagegen?

Einige Lehrer versuchen, die Schüler, die sich nachmittags mit Gaspistolen und auch mit Messern bekämpfen, durch mehr Hausaufgaben und einen Verweis aus dem Klassenzimmer zu bestrafen. Christopher denkt, die Wiedereinführung der Prügelstrafe wäre effektiver.

„Alle finden ihr Leben scheiße hier, keiner hat Geld, keiner hat eine Chance“, das sagt Christopher zum Schluss, „man hat überall Probleme“, auf der Straße, in der Schule, zu Hause, und das bisschen Geld, das sie haben, geben sie für Drogen aus. Christopher sagt: „Dann ist alles leichter. Man sieht die Dinge, die sonst fehlen.“

Alles ein Panoptikum? Ein außer Kontrolle geratener Stadtteil, doch ohne Aussagekraft für den Rest der Republik?

Vielleicht zieht man es anderswo ja auch nur vor zu schweigen, damit der gute Ruf nicht leidet. So jedenfalls handhabt das Problem die Charlottenburger Pommern-Hauptschule, in der es vorvergangene Woche zu einem Rausch der Gewalt kam.

Was geheim blieb. Weil es so schrecklich peinlich war.

Eine Gruppe von rund 15 vermutlich arabischstämmigen Jugendlichen drang in den Unterricht einer 10. Klasse ein und verhöhnte den Lehrer, der gerade „Arbeitslehre“ unterrichtete. Die Jungs wollten, sagten sie, einen Schüler namens Paolo „entweder an Ort und Stelle im Klassenzimmer verprügeln oder ihn einfach mitnehmen“, so beschreibt es ein Lehrer. Der Kollege, der während der Attacke in der Klasse war, versuchte Paolo, einem Schwarzafrikaner, zu helfen, indem er ihn in einer Art Besenkammer einsperrte.

Und darum griffen sich die Angreifer einen anderen farbigen Schüler aus der Klasse und schleiften ihn über den Fußboden aus dem Gebäude. Als einer aus der Gruppe mit dem Messer vor seinen Augen herumfuchtelte und ein anderer ihn mit dem Totschläger drangsalierte, hörten Schüler und Lehrer seine Hilfeschreie. Erst nachdem sie den Jungen eine Weile misshandelt hatten, ließen sie von ihm ab und verschwanden. Dann kam die Polizei.

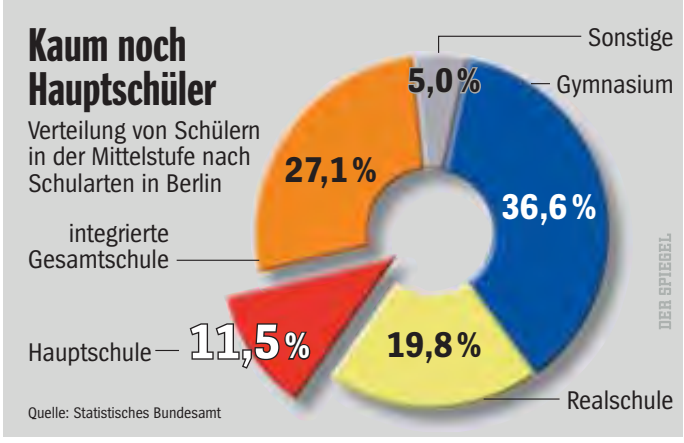
Extreme, auch dies? Beim Wettbewerb um den Berliner „Präventionspreis“ war die Pommern-Schule Sieger geworden. Noch vor fünf Monaten hatte ihr Direktor den 1. Preis aus der Hand des Regierenden Bürgermeisters Klaus Wowereit empfangen; die 5000 Euro sollten für Anti-gewaltprojekte ausgegeben werden.

„Die Zustände an der Neuköllner Rütli-Schule sind erschreckend, aber kein Einzelfall“, das schrieb am Freitag eine weitere Gruppe Berliner Lehrer in einem Brief an den Schulsenat. Diese Pädagogen berichten, dass zwei ihrer Schulen bereits von bewaffneten Jugendbanden überfallen worden seien; organisiert, mit Messern und Totschlägern ausgerüstet waren die Kämpfer angerückt. Lehrer „werden bestohlen, beworfen, Steine fliegen durch die Fensterscheiben in Klassenräume und Lehrerzimmer. Einer Lehrerin wurde das Tafelwasser über dem Kopf ausgeschüttet. Andere Kollegen bekommen direkt oder indirekt Morddrohungen, Beleidigungen sind an der Tagesordnung. Auf Dauer kann niemand diesen Belastungen standhalten“.

Der Staat könne seine Lehrer und auch die lernwilligen Schüler nicht schützen, indem er die problematischen Schüler und Schülerinnen aussortiert und in den Hauptschulen konzentriert. „Im Verbund sind bestimmte männliche Jugendliche verheerend“, berichtet einer der Unterzeichner weiter, der aus Angst vor Repressionen durch die Schulbehörde natürlich ebenfalls ungenannt bleiben will, „es gibt unter den Clans der 15-, 16-, 17-Jährigen regelrechte Mafiastrukturen, die Gewalt ohne ein reflektiertes Ziel praktizieren.“

„Die Ursache“, das sagt dieser 43-jährige Lehrer, „ist letztlich eine Abkoppelung ihrer Eltern von unserer Gesellschaft.“

KLAUS BRINKBÄUMER; STEFAN BERG, DOMINIK CZIESCHE, BARBARA HARDINGHAUS, UDO LUDWIG, SVEN RÖBEL, MARKUS VERBEET, PETER WENSIERSKI



Partner Müntefering, Merkel: *„Wir gehen viele kleine Schritte“*

FRANKA BRUNS

BUNDESREGIERUNG

„Ganz großes Kino“

Wie viel Merkel steckt in der Kanzlerin? Die CDU-Vorsitzende hat sich von der Reformrhetorik früherer Zeiten verabschiedet, aber nur, wie sie behauptet, um am Ende doch noch Veränderungen durchzusetzen. Die verordnete Entschleunigung der Politik kommt beim Wahlvolk gut an.

Im Saal des Filmtheaters „Babylon“ in Berlin-Mitte schlüpfte Angela Merkel in ihre derzeitige Lieblingsrolle: Mutter der Nation. Vierzig Minuten hatte sich die Kanzlerin am vergangenen Freitagnachmittag Zeit genommen, um die Parteitagsdelegierten der Berliner CDU über ihr segensreiches Wirken aufzuklären. Das Land sei auf einem gutem Wege, die Lage schon besser als gedacht. „Wir gehen viele kleine Schritte“, berichtete Merkel. Die Parteitagsregie sorgte dafür, dass goldgelbes Scheinwerferlicht ihre Haare umschimmerte.

Vor allem das Soziale liegt der Kanzlerin neuerdings am Herzen. Die Gesundheitsreform – halb so schlimm. „Wir werden dafür sorgen, dass auch den sozial Schwachen die bestmögliche Behandlung zuteil wird“, beteuerte sie. Die Rentenreform – ein wahrer Segen. „Wir müssen ja auch an die Alten denken.“ Und natürlich, so die Kanzlerin, habe man stets die Kinder im Blick, auch „die, die noch gar nicht geboren sind“.

Da freute sich die Basis: Von Merkel war man früher ja eher ruppige Töne gewöhnt. Ist es wirklich erst ein halbes Jahr her, fragte sich manch Delegierter, dass sie mit ihrer Forderung nach Kopfpauschalen und radikalen Subventionskürzungen die eigenen Leute verstört und dazu beigetragen hatte, dass die CDU in der Hauptstadt nur noch ein einziges Direktmandat für den Bundestag geholt hatte?

So wollte denn auch der Applaus kein Ende nehmen. Genug, genug, beschied Merkel schließlich. Sie müsse nun leider weg. Und lediglich den CDU-Landesvorsitzenden Ingo Schmitt schien der Verdacht zu beschleichen, Zeuge einer ganz besonderen Form von Schauspielkunst geworden zu sein. Er hatte Merkel vor ihrer Rede mit den Worten begrüßt: „Ganz großes Kino“.

Tatsächlich sind Fragen gestattet. Wie ernst war es Angela Merkel, als sie auszog, das Land zu erneuern? Hat sie mit der Übernahme des höchsten Regierungsamts nur die Strategie oder womöglich doch auch die Überzeugung gewechselt?

Selbst ihre Parteifreunde fahnden nach einer schlüssigen Antwort auf die alles entscheidende Frage: Wie viel Merkel steckt noch in der Kanzlerin?

Denn auffällig ist schon, das die Regierungschefin genau jene Worte meidet, die sie als Oppositionsführerin einst so überaus reichlich verteilte: Reform, Mut, Entschlossenheit. Die seinerzeit aufstrebende CDU-Politikern, so schien es, liebte die Hitze des Gefechts.

Deutschland brauche eine „Politik, die keine Angst hat, sondern Mut. Mut zur Auseinandersetzung, um eigene Überzeugungen auch gegen Widerstände zu behaupten und durchzusetzen“, so sprach sie auf einer Festveranstaltung im vergangenen Sommer. Deutschland stehe „am Scheideweg“, habe „Schicksalsjahre“ vor sich, für die es „den Geist des Aufbruchs, des Mutes und der Entschlossenheit“ bedürfe. So sprach sie im Deutschen Historischen Museum zum 13. Jahrestag der Einheit.

Von Merkel, der Mutigen, ist derzeit nichts zu sehen, nichts zu hören, nichts zu spüren. Das Reformpathos früherer Tage blieb beim Umzug von der CDU-Zentrale ins Kanzleramt auf der Strecke. Ausgerechnet seit jenem Tag, an dem Merkel maximale Gestaltungskraft bekam, wirkt ihr Reformelan wie abgestorben. Sie hört zu, anstatt anzutreiben. Sie wartet ab, sie beschwichtigt, sie versucht zu bremsen, wo immer sie kann. Die Vokabeln der neuen

Zeit heißen: Verlässlichkeit, Vertrauen, kleine Schritte.

Die neue Merkel spricht derart gravitätisch, als wenn sie schon seit Jahrzehnten die Bürde des Amtes verspürte. Ihre Auftritte sind wohltemperiert, sie leistet sich keine Keckheiten, die den Wähler über Gebühr verunsichern könnten. Während der Bundespräsident zuweilen noch nach dem richtigen Ton zur richtigen Zeit sucht, scheint sie ihn gefunden zu haben. Im Licht der TV-Kameras gibt sie die gütige Landesmutter, die sich einer formelhaften Sprache bedient, die vielleicht gerade deshalb Seriosität verströmt.

Das Auffälligste aber ist der Tempowechsel. Die neue Merkel lässt es deutlich ruhiger angehen als die alte. Nichts ist mehr so dringend, wie es mal war. Die Hitzköpfe in der eigenen Fraktion sollen sich gefälligst gedulden. Die Erneuerung des Landes hat Zeit.

Der Sanierungsfall Deutschland wirkt im neuen Lichte wie ein Patient auf Kurlaub. Frau Dr. Merkel bevorzugt nun die Mittel der Homöopathie.

Der Haushalt ist im fünften Jahr in Folge verfassungswidrig – aber eine entsprechende Sparanstrengung scheint ihr nicht nötig. Die Krankenkassen erwarten für 2007 ein Zehn-Milliarden-Defizit, aber für eine Sofortsanierung sieht sie keine Notwendigkeit. Die Zahl der regulären Jobs schrumpft im Wochentakt dahin – und niemand unternimmt etwas dagegen.

Sie selbst versteht die Zweifel an ihrer Entschlossenheit zwar, aber will sie nicht teilen. Zu Unrecht sei sie auf die Verdachtsliste der abtrünnigen Reformkräfte geraten, wendet Merkel ein. Dass sie als Regierungschefin anders auftrete als zu Zeiten der Opposition, verstehe sich doch von selbst. Sie sei die Kanzlerin aller Deutschen, vor allem aber auch die Kanzlerin aller Sozialdemokraten, sagen ihre Berater.

Gerade um das alte Ziel zu erreichen, müsse man nun anders vorgehen. Kraftmeierische Erklärungen würden das Gegenteil dessen bewirken, was erreicht werden sollte. Deshalb unterblieben sie. Das Merkel-Experiment besteht also darin, scheinbar nichts zu wollen, um gerade dadurch vieles zu bekommen.

Und ein Weiteres kommt hinzu, worüber Merkel höchst ungern redet. Sie genießt die Anerkennung, die ihr nun überall zuteil wird. Erstmals in ihrem jüngeren Politikerleben ist sie nicht von Gegnern umringt; erstmals gelingt es ihr, eine derart hohe persönliche Zustimmung im Wahlvolk zu erreichen.

Sie wollte die Aura der Macht, die gerade erst im Entstehen sei, nicht schon wieder durch Parteienhader zerstören, sagen ihre Büchsenspanner. In dieser frühen Stunde des Regierens komme es darauf an, die Autorität des Amts wirken zu lassen; sie nach Möglichkeit zu mehren. Ziel sei, das „unangefochtene Verweilen im Amte“ zu befördern, wie sich einer ihrer engsten Berater ausdrückt.

Merkel ist daher fest entschlossen, die Politik der Entschleunigung fortzusetzen. Das Volk genieße es geradezu, ein wenig verweilen zu dürfen, so ihre Analyse. Die Unruhe über das angebliche Nichtstun verortet sie in Kreisen von Wirtschaftsbossen, bei unfreundlich gesinnten Parteikadern und in den Redaktionsstuben von Zeitungen und Zeitschriften. „Sie ist in hohem Maße gelassen“, sagt ein Kanzlerinnenberater.

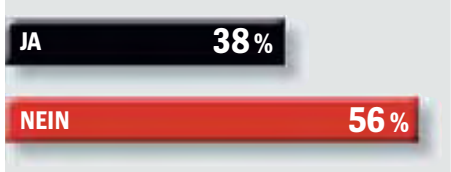
Allzu ambitionierte Projekte der Oppositionspolitikerin Merkel haben bei der Kanzlerin Merkel derzeit keine Chance auf Fürsprache. Persönlich ist sie zwar davon überzeugt, dass der von der rot-grünen Vorgängerregierung beschlossene Atomausstieg ein Fehler war. Doch wenn sich an diesem Montag die Lobbyisten der Strombranche im Kanzleramt einfinden, um über die Zukunft der Energieversorgung zu debattieren, bleibt für sie das Thema Kernkraft ausgesperrt. Stereotyp verweist Merkel auf den Koalitionsvertrag, in dem der rot-grüne Ausstieg zementiert worden ist.

Auch in der Gesundheitspolitik zieht sich die Kanzlerin bisher auf die Rolle der Moderatorin zurück. Zur Gesundheitsprämie, ehedem ihr Herzensthema, ist ihr in der Öffentlichkeit kein werbendes Wort zu entlocken. Als sich die Koalitionsspitzen vergangene Woche trafen, um die Grundzüge einer Krankenkassenreform festzulegen, fühlte sich manch Teilnehmer an eine Gruppensitzung beim Gesprächstherapeuten erinnert.

Die Parlamentsaussprache über den Etat des Kanzleramtes, normalerweise Anlass für leidenschaftlich geführte Grundsatzdebatten, nutzte Merkel am vergangenen Mittwoch vor allem für Gunsterweise an Freund und Feind. Den FDP-Chef Guido Westerwelle begrüßte sie per Du und machte ihn mütterlich auf einen Fussel aufmerksam, der da an seinem Sakko hing.

UMFRAGE: REFORMEN

„Erwarten Sie, dass die Große Koalition die anstehenden Reformen nach den jüngsten Landtagswahlen jetzt zügig umsetzt?“



TNS Infratest für den SPIEGEL vom 28. bis 30. März; rund 1000 Befragte; an 100 fehlende Prozent: „weiß nicht“

Auch in der Runde ihrer SPD-Minister um Vizekanzler Franz Müntefering sorgt sie für gute Stimmung. Umweltminister Sigmar Gabriel („Merkel hat einen scharfen Blick für Umweltfragen“) fühlte sich angemessen wahrgenommen. Immerhin hatte die Regierungschefin in ihrer Ansprache auch die Themen Bio-Diesel und Ausarbeitung eines „Nationalen Allokationsplanes 2“ ausführlich gewürdigt.

Finanzminister Peer Steinbrück wiederum kriegte sich vor Freude kaum ein, als ihm Merkel nach seiner Rede über den Haushalt ein anerkennendes „gut gemacht“ ins Ohr wisperte. Da ließ es sich gleich leichter verschmerzen, dass der SPD-Mann einen verfassungswidrigen Etat hatte verkünden müssen.

Kein Wunder, dass bei den Parlamentariern und auf der Zuschauertribüne keine

STEFAN BONESS / IPON

Streitpunkt Gesundheitspolitik*: *Nichts ist dringend*

rechte Spannung aufkam. Im Plauderton trug Merkel in ihrer Rede vor, was die Koalition in Sachen elektronischer Gesundheitskarte („ein Leuchtturm“), Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie („diesen Weg weitergehen“) und ODA-Quote für Entwicklungshilfe („Ich bekenne mich dazu“) geleistet habe.

Am Ende blieb den meisten Zuschauern wohl nur in Erinnerung, dass sie im Reichstag einmal dem leibhaftigen Thomas Gottschalk begegnet waren. Der Showmoderator hatte mit seinem jüngsten Sohn Merkels Auftritt verfolgt.

Dabei ist die CDU-Vorsitzende seit Beginn ihrer Kanzlerschaft innenpolitisch keineswegs so untätig geblieben, wie es der Öffentlichkeit scheint. Nur ging es dabei weniger ums Modernisieren und Reformieren als um die Befestigung ihrer Macht.

Die zweite Etappe, die sie nun angekündigt hat, dient dem Aufbau reißfester Netzwerke, die auch dann halten sollen, wenn die Zeiten stürmischer werden.

Ihre Aktivitäten zielen vor allem auf die eigene Fraktion, die sie regelrecht bemuttert. Gern lädt sie zum Essen in ihre neuen

* Ärztedemonstration am 24. März in Berlin.

„Nur ein Minimalkonsens“

Der hessische Ministerpräsident Roland Koch über die Große Koalition und Angela Merkels Politik der kleinen Schritte

SPIEGEL: Die Kanzlerin hat die zweite Etappe ihrer Regierungszeit angekündigt. Was erwarten Sie von Angela Merkel?

Koch: Die Regierung muss in diesem Jahr wichtige Vorhaben bewältigen: den Umbau des Gesundheitssystems, die Reform der Unternehmensteuer, die Modernisierung des Arbeitsmarkts. Ob in einer Großen Koalition dann wirklich große Reformen das Ergebnis sind, wird man sehen. Ich erwarte ernsthaftes Bemühen um große Lösungen.

SPIEGEL: Das klingt nicht sehr hoffnungsfroh.

Koch: In vielen Bereichen wäre mehr nötig, als mit der SPD möglich ist. Zwischen den beiden großen Parteien gibt es halt nur einen Minimalkonsens.

SPIEGEL: Viele in der Union würden gerade beim Thema Kündigungsschutz gern über diesen Minimalkonsens hinausgehen. Sie auch?

Koch: Im Arbeitsrecht wären sicher sehr viel umfassendere Reformen sinnvoll, als die SPD zugestehen will. Man muss abwarten, wie weit das trägt, was bei den Koalitionsverhandlungen vereinbart wurde. International wettbewerbsfähiger werden wir nicht, nur weil wir die Probezeit auf zwei Jahre ausweiten. Und klar ist: Beide Seiten, Union und SPD, werden gleichermaßen daran gemessen, dass die Arbeitslosigkeit signifikant zurückgeht.

SPIEGEL: Ihre Kollegen wie der saarländische Ministerpräsident Peter Müller fordern deshalb weitergehende Reformen.

Koch: Mehr als vereinbart ist derzeit nicht möglich. Vielleicht kommen die Sozialdemokraten ja im Verlauf der Legislaturperiode selbst zu dem Ergebnis, dass die Regierung mehr tun muss.

SPIEGEL: In der Gesundheitspolitik fällt es ebenso schwer, sich vorzustellen, wie eine Reformpolitik in der Großen Koalition aussehen könnte.

Koch: Eigentlich sind CDU und SPD wegen ihrer in den Grundsätzen unterschiedlichen Ansätze gerade in der Gesundheitspolitik als Konstellation für tiefgreifende Reformen schwer geeignet. Es muss versucht werden; aber es wäre wirklich eine ganz außerordentliche Leistung, wenn die Große Koalition in diesem Bereich eine grundlegende Lösung der Strukturprobleme vereinbaren würde.

SPIEGEL: Was müsste eine Gesundheitsreform leisten?

Koch: Zunächst einmal müssten die Patienten mehr Verantwortung für die Kostenentwicklung übernehmen.

SPIEGEL: Im Klartext: Sie sollen mehr zahlen.

Koch: Wir müssen Anreize schaffen, Arztbesuche und Medikamenteneinnahme auf das Notwendige zu beschränken. Der Patient soll weiterhin selbst entscheiden dürfen, wann und wie oft er zum Arzt geht. Nur können die Kosten dafür nicht allein der Solidargemeinschaft aufgebürdet werden. Wir dürfen uns nichts vormachen. Die Alternative wären Leistungskürzungen.

HARDY MUELLER / WIRTSCHAFTSWOCHE

Christdemokrat Koch: *„Mehr ist nicht möglich“*

SPIEGEL: Beides sind keine Vorschläge, mit denen Sie die SPD begeistern können.

Koch: Auch wir werden Positionen räumen müssen.

SPIEGEL: Welche könnten das sein?

Koch: Wir werden sicher darüber reden müssen, ob das Punktesystem bei der Abrechnung von Ärzten zu halten ist oder ob Krankenhäuser künftig auch die ambulante Versorgung übernehmen können.

SPIEGEL: Von der Prämie redet in der CDU niemand mehr.

Koch: Die Gesundheitsprämie bleibt das richtige Modell, wie auch der SPD-nahe Managerkreis fachkundig festgestellt hat. Kein Kompromiss darf diesen Weg endgültig verstellen.

INTERVIEW: RALF NEUKIRCH

Räumlichkeiten ein, gönnt den einfachen Abgeordneten einen ausführlichen Blick in das 140 Quadratmeter große Kanzlerbüro, durchstreift mit ihnen die Weiten ihrer Herrschaftszentrale.

Eine Abendverabredung im Kanzleramt gilt mittlerweile als Pflichttermin für jeden Abgeordneten, der etwas auf sich hält. Die Landesgruppenvorsitzenden waren da, die Frauen, die Sprecher, die Fraktionsführung. Die Jungen dürfen in dieser Woche vorbeischauen.

Die Einladungen zum Abendessen sind für Merkel ein sehr zeitaufwendiges, aber wichtiges Mittel der Machtsicherung. Das Klima ist stets freundlich, der Wein fließt reichlich. Wenn es etwas zünftiger zugehen soll, bereitet der diensthabende Koch des Kanzleramts die Gerichte zu. Für mehr Luxus ist ein Caterer zuständig, der im Wechsel von den großen Nobelhotels der Stadt gestellt wird.

Anders als Schröder, der die Innenausstattung der Macht gern mit protzigem Gehabe im Stil des „alles meins“ vorführte, liebt Merkel die gespielte Zurückhaltung. Sie gibt den Besuchern das Gefühl, mit ihr zusammen im Heiligsten eingezogen zu sein – alles unsers.

Nicht nur die Unionspolitiker dürfen sich über Zuwendung freuen. Auch die Außenpolitiker der SPD waren schon im Kanzleramt, ebenso wie deren Haushälter. Selbst SPD-Altvordere wie Klaus von Dohnanyi, der Merkel schon zu Oppositionszeiten zugetan war, wurden beim gemütlichen Dinner im achten Stock mit Nähe verwöhnt.

Auf die Parlamentarier wirkt die Merkelsche Fürsorglichkeit wie eine Droge, von der sie gern mehr konsumieren würden. Laute Kritik, das ist klar, würde die Wohlfühlstimmung empfindlich stören, weshalb sie zu unterbleiben hat

Weil Vertrauen gut, Kontrolle aber besser ist, nimmt die Kanzlerin gern auch an Fraktionssitzungen teil. Sie sagt zwar nicht viel, aber allein ihre Anwesenheit signalisiert: Ich habe die Bodenhaftung nicht verloren.

Zugleich stellt sich ein nicht unerwünschter Nebeneffekt ein: Der Drang zur öffentlichen Nörgelei, in der gemeinsamen Fraktion von CDU und CSU seit je ausgeprägt, plagt den Unionsabgeordneten weit weniger, wenn die Regierungschefin persönlich den Sitzungen beiwohnt.

Damit auch in ihrer Abwesenheit nichts passiert, hat Merkel alle wichtigen Funktionen mit Gewährsleuten besetzt, deren oberstes Merkmal die Loyalität ist. In der Partei wacht Generalsekretär Ronald Pofalla darüber, dass niemand den Koalitionsfrieden stört.

Als in der vorvergangenen Woche in der Union eine Diskussion um den Kündi-

gungsschutz aufflammte, war er es, der den Disput abwürgte. „Es gilt der Koalitionsvertrag“, sagte der General und gab damit die Meinung seiner Chefin wieder.

Der übliche Generalsekretärsauftrag, das Profil der Partei zu schärfen, besitzt für ihn keine Priorität. Er soll die Popularität der Kanzlerin befördern – und sonst gar nichts. Dafür gewährt ihm Merkel einen Logenplatz im Innersten der Macht.

An der Fraktionsspitze wacht Volker Kauder darüber, dass die Kanzlerinwerdung Merkels nicht durch vorwitzige Äußerungen Einzelner gestört wird. Der frühere CDU-Generalsekretär sieht sich als Vollstrecker des Willens der Kanzlerin. Zu einem eigenständigen Machtzentrum will er die Fraktion nicht ausbauen.

Merkels Strategie ist nicht ohne Risiken. Die Wähler könnten sich schneller an ihre Version der Politik der ruhigen Hand gewöhnen, als der Kanzlerin lieb sein dürfte. Ermattet von den aufreibenden und oftmals wirkungslosen Reformversuchen der vergangenen Jahre, sehnen sie sich nach Ruhe. „Man kommt nur langsam zu Entschlüssen, während die Entmutigung mit Leichtigkeit Platz greift“, schrieb Madame de Staël schon 1810 über die Deutschen. Der Befund der französischen Baronin ist auch zwei Jahrhunderte später noch gültig.

Merkels Trippelschritte wirken auf viele wie ein gutdosiertes Narkotikum, das den quälenden Veränderungsdruck erst einmal lindert. Wenn selbst die einstige Großreformerin plötzlich alle Zeit der Welt zu haben scheint, wird die Lage so schlimm wohl nicht sein. Diese Botschaft entspannt für den Moment, kann auf Dauer allerdings Nebenwirkungen haben, weil am Ende die gesellschaftliche Einsicht in die Notwendigkeit unbequemer Umbauten schleichend abhanden gekommen ist.

Die Gefahr ist groß, dass auch die Kanzlerin irgendwann dem eigenen Betäubungsmittel erliegt. Ihre Popularitätswerte sind so hoch wie nie, ihre parteiinternen Rivalen auf den Status handzahmer Provinzfürsten geschrumpft, und das Regieren läuft unkomplizierter als erwartet. Warum also sollte sie sich freiwillig Ärger durch einen ungeliebten Reformkurs einhandeln?

Die Wähler scheinen der Kanzlerin die langsame Gangart bisher nicht zu verübeln. Zwar glauben nach einer Infratest-Umfrage im Auftrag des SPIEGEL 56 Prozent der Deutschen nicht daran, dass die Regierung nach den Landtagswahlen die anstehenden Reformen zügig umsetzen wird. Sie scheinen aber nicht unglücklich darüber zu sein. „Je weniger man ihnen Gelegenheit gibt, selbständig einen Entschluss zu fassen“, schrieb Madame de Staël über die Deutschen, „um so zufriedener sind sie.“

Konstantin von Hammerstein, Alexander Neubacher, Ralf Neukirch, Gabor Steingart

ANDREAS BASTIAN / CARO

Europäischer Gerichtshof in Luxemburg: *Wie weit darf man im Antiterrorkampf gehen?*

SICHERHEIT

Unerwünschte Nebenwirkung

Die EU hat eine Antiterrorliste der Uno übernommen, die Verdächtige isolieren soll, doch Unschuldige in Mitleidenschaft zieht – und gegen die nun die Bundesregierung vorgeht.

Sie glaubte an ein einfaches Geschäft – und fand sich in der Weltpolitik wieder. Eine Berliner Rentnerin beschloss Ende der neunziger Jahre, ein altes Familiengrundstück an der Haberstraße zu verkaufen, ein tristes Industriegelände in Neukölln, 2260 Quadratmeter groß, bebaut mit einem dreigeschossigen Bürogebäude, das schon länger leer stand.

Ein Interessent war nach einem Jahr gefunden, eine harmlos klingende „Grundstücksverwaltungsgesellschaft Haberstraße 3 GbR“, mit der sich die Dame rasch handelseinig war. Im Dezember 2000 unterzeichneten die Geschäftspartner den Vertrag. Das Geld, als Kaufpreis hatte der Notar 2,375 Millionen Deutsche Mark eingetragen, floss auf das Konto der Verkäuferin. Es fehlte nur noch der Grundbucheintrag, um den Handel perfekt zu machen, reine Formsache, dachte die alte Dame.

Doch die Sache, die für die Frau längst abgehakt schien, verzögerte sich. Bis eines Tages ein Schreiben ihres Notars im Frühjahr 2005 den Traum vom ruhigen Rentnerdasein zerstörte. Es gebe ein Problem, hieß es dort, das Grundbuchamt verweigere die Eintragung. Einer der Herren der Gesellschaft, die das Grundstück erworben hatte, ein saudischer Scheich namens Ageel al-Ageel, stehe auf einer Antiterrorliste der Vereinten Nationen.

Die Rentnerin verstand nicht richtig: „Was habe ich mit dieser Antiterrorliste zu tun?“ Nach dem 11. September 2001, erklärten ihr die deutschen Behörden, habe die Uno eine Liste zusammengestellt, um den Finanziers des internationalen Terrorismus den Geldhahn zuzudrehen. Die sei von der Europäischen Union in geltendes Recht umgesetzt worden. Mit derart registrierten Personen darf nicht gehandelt werden, ihre Konten werden eingefroren, sie dürfen keinerlei öffentliche Gelder erhalten und nur eingeschränkt reisen.

Das Grundstücksgeschäft in Neukölln lag damit auf Eis und beschäftigt seitdem die Berliner Gerichte. Anfang März hat das Berliner Kammergericht den Fall dem Europäischen Gerichtshof vorgelegt.

Die höchsten europäischen Richter müssen nun nicht nur über die Rechtmäßigkeit einer auf den ersten Blick profanen Eigentumsübertragung urteilen. Sie werden sich mit einem der zentralen Instrumente im Kampf gegen den Terrorismus

DON EMMERT / AFP

Deutscher Botschafter Pleuger
Drängen auf Transparenz

auseinander setzen müssen – und dabei die Frage beantworten, wie weit in dieser Auseinandersetzung gegangen werden darf. Rund zwanzig Klagen gegen die Antiterrorliste, die in vielen Fällen auch Unschuldige in Mitleidenschaft zog, sind inzwischen beim Europäischen Gerichtshof anhängig.

Kritik kommt nicht nur von Betroffenen, sondern auch von der Bundesregierung und Rechtsexperten. Es fehlten, so Bundesjustizministerin Brigitte Zypries (SPD), „individuelle Klagerechte“ gegen die Aufnahme in die Liste. Der Rechtsweg für Personen, die einmal aufgeführt sind, sei ausgeschlossen, klagt Claus Kreß, Professor für internationales Strafrecht an der Universität zu Köln: „Man kann nur die Bundesregierung bitten, einen wieder herunterzunehmen.“ Eine Präzisierung der Listen fordert der Berliner Innensenator Ehrhart Körting (SPD), derzeit sei die Verwechslungsgefahr von gelisteten mit unschuldigen Personen einfach zu groß.

Auch das Auswärtige Amt hat sich der delikaten Sache angenommen. Vergangene Woche machten die Deutschen einen Vorstoß für die Reform dieses Antiterrorinstruments. Am Donnerstag stellte der deutsche Uno-Botschafter Gunter Pleuger bei den Vereinten Nationen eine Studie vor, in der „fehlende Transparenz“ bei der Erstellung der Liste beklagt wird. Die Deutschen drängen auf Änderungen, die Studie empfiehlt die Einführung eines „fairen und klaren Verfahrens“.

Seit Jahren setzt sich das Auswärtige Amt dafür ein, das fragwürdige Verfahren zu reformieren. Schon im November 2003 hatte der deutsche Botschafter bei den Vereinten Nationen die Eckpunkte eines Konzeptes unterbreitet, das zumindest den Titel „rechtsstaatlich“ verdient: Die Betroffenen sollten über ihre Aufnahme in die Liste, die Gründe und die rechtlichen Folgen informiert werden sowie das Recht haben, vor einem Gremium angehört zu werden, das die Fälle unabhängig prüfen müsse. Der Versuch war vergeblich. Die USA waren ausdrücklich dagegen. Auch dieses Mal rechnen sich die Deutschen keine großen Chancen aus: Zu attraktiv scheint das bisherige System, vor allem für die US-Regierung.

Alle Staaten der Uno sind durch Sicherheitsratsresolutionen verpflichtet, Informationen über Terrorverdächtige an den Uno-Sanktionsausschuss zu liefern. Gelistet werden seitdem jedoch nicht nur Anhänger al-Qaidas oder der Taliban, sondern auch Personen, die „mit ihnen assoziiert sind“ – eine „sehr, sehr weitgefasste Definition“, wie das Auswärtige Amt in Berlin bemängelt. 350 Personen sind inzwischen registriert, hinzu kommen derzeit 123 Institutionen, Stiftungen und selbst verdächtige Bankhäuser. Gerichtsfestes Material ist für diese Art Pranger nicht nötig, meistens kommen die Namen der Verdächtigen aus Washington und werden von den 15 im Sanktionsausschuss vertretenen Staaten einstimmig abgenickt. Auch die Streichung von der Liste erfolgt nach dem Einstimmigkeitsprinzip.

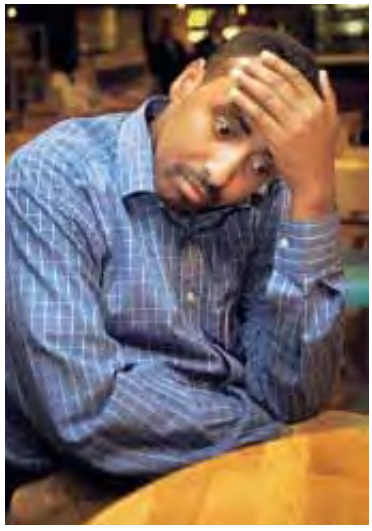
Die Bundesregierung hat sich bislang relativ sparsam daran beteiligt, Personen zu benennen. Rund 15 Namen haben die deutschen Sicherheitsbehörden eintragen lassen, darunter zwei Palästinenser, die in einer verwanzten Wohnung in Mainz über einen Selbstmordanschlag debattiert hatten, ein paar Versicherungen betrügen wollten und derzeit in Untersuchungshaft auf ihren Prozess warten.

Auch ein Mann namens Thaer Mansour wurde gemeldet, ein kleiner, untersetzter Jordanier mit ringerähnlichem Oberkörper. Mansour stand als einer der ersten in der EU-Verordnung Nr.1580/2002, Platz Nummer 9, mit der die Uno-Liste in geltendes Recht umgesetzt wird.

Die Verdachtsmomente gegen Mansour, der mittlerweile nach Jordanien ausgewiesen wurde, haben nie gereicht, um ihn anzuklagen oder zu verurteilen, aber sie haben gelangt, um ihn zu listen. Die Folgen waren beträchtlich. Zum Schluss konnte der Mann nicht mal mehr seine Handy-Rechnung bezahlen, weil seine Konten eingefroren worden waren. Nachdem sein Anwalt Andreas Schwarzer sich einschaltete, erlaubte ihm die Postbank immerhin, Bargeld abzuheben, allerdings nur in einer einzigen, eigens benannten Filiale in Bayern. Eine EC-Karte wollte ihm das Bankhaus „angesichts der weiter bestehenden Verfügungsbeschränkungen“ durch die Antiterrorliste nicht geben. „Es ist wirklich hart“, sagt Schwarzer, „dass Behörden und Private auf der Basis von Willkür zu Sanktionen ohne jede Prüfung verpflichtet sind.“

Menschen, die auf der Liste aufgeführt sind, verweigert die Europäische Union die Einreise, die Banken frieren nicht nur die Konten ein, die Sozialämter und die Arbeitsagentur sperren auch die Hilfen. Ausnahmegenehmigungen – wie bei Mansour – erteilt nur die Deutsche Bundesbank auf Antrag. Sogar der Uno-Sanktionsausschuss muss zustimmen.

Dabei ist die Verwechslungsgefahr mit Unschuldigen groß – und eine der unerwünschten Nebenwirkungen der Antiterrorliste. Denn unter den 350 Personen finden sich Menschen mit Allerweltsnamen, darunter auch ein Schwede namens Ahmed Ali Jussuf, der Vorstand einer umstrittenen Finanzorganisation ist. Besonders schwierig wird es, den Richtigen zu identifizieren, wenn jemand wie einer der prominentesten Terrorverdächtigen Ahmed Chalfan Ghailani 20 Aliasnamen hat – wie Foopie oder Fupi. Der Europäische Rat räumt sogar offiziell ein, dass Konten Unschuldiger gesperrt werden könnten. In mehreren Fällen mussten selbst die USA zugeben, dass der Verdacht gegen einige Finanzinstitute unberechtigt war – drei Firmen durften wieder geöffnet werden.



FALK HELLER / ARGUM (L.); AFTONBLADET BILD / ANGELI (R.)

Gelistete Verdächtige Mansour, Jussuf: *Keine Konten, keine Reisen*

Als unschuldig erwies sich auch der Berliner Mohamed H., 25 Jahre alt, glattrasiert und dunkelhaarig, dem eine Verwechslung erheblichen Ärger einbrachte. Als er im November vergangenen Jahres das Jobcenter aufsuchte, wurde ihm mitgeteilt, dass er ein „Embargo-Fall“ sei, wie die Behörde gelistete Terrorverdächtige nennt. Mehr als zwei Monate bekam er kein Arbeitslosengeld, dann ergab eine Prüfung seine Unschuld. Auch Wirtschafsverbände klagen über die Listen, ein unglaublicher Aufwand sei es etwa für Internethändler, inkriminierte Personen mit Hilfe einer teuren Software aus den Kundenkarteien herauszufiltern. Die Firmen riskieren, sich strafbar zu machen, selbst wenn sie nur versehentlich Terrorverdächtige beliefern.

Einzelne Islamisten haben indes höchst spezielle Wege gefunden, von der Liste zu verschwinden. Für den Jordanier Shadi Abdallah etwa hat sich die Bundesregierung an den Sanktionsausschuss gewandt.

Abdallah hat damit vorgemacht, was man tun muss, um wieder etwas normaler leben zu dürfen. Er bot sich den deutschen Behörden als Kronzeuge an und sagte vor Gericht gegen seine Komplizen aus – prompt strich die Uno seinen Namen von der Liste. Caroline Schmidt, Holger Stark

AUSSENPOLITIK

In arger Bedrängnis

Mit Millionenbeträgen unterstützte Berlin bislang den Aufbau in Palästina. Nach dem Wahlsieg der Terrororganisation Hamas wurden die Hilfen – wie sämtliche EU-Gelder – eingefroren.

Zu den herausragenden protokollarischen Pflichten eines Regierungschefs gehört der Glückwunsch, wenn ein anderer Staatsmann eine Wahl gewonnen hat oder in sein Amt eingeführt wurde. Es gibt dabei feine Abstufungen: Ein Anruf ist besser als ein Brief, je schneller die Gratulation erfolgt, desto höher die Wertschätzung.

So gesehen, steht der israelische Ministerpräsident Ehud Olmert bei Angela Merkel hoch im Kurs. Zehn Minuten sprachen die beiden am Mittwoch vergangener Woche miteinander, erst seit dem Morgen stand fest, dass Olmert die Wahl in Israel gewonnen hatte. Sie freue sich über seinen Erfolg, sie wünsche ihm alles Gute, ließ sich Merkel vernehmen, was man in solchen Fällen eben so sagt.

Eigentlich hätte die Kanzlerin sich gleich noch einmal verbinden lassen können, zu einem weiteren Höflichkeitsanruf in der Region. Denn am Mittwoch war, nur 80 Kilometer von Jerusalem entfernt, ein weiterer Regierungschef in sein Amt berufen worden. Palästinenser-Präsident Mahmud Abbas hatte den Hamas-Führer Ismail Hanija als Ministerpräsident in Gaza-Stadt vereidigt. Auf ein paar freundliche Worte aus Berlin kann Hanija lange warten.

Die Mitglieder der neuen Palästinenser-Regierung sind in Deutschland Personae non gratae, die Hamas gilt auch nach dem Wahlsieg vor zwei Monaten als Terrorgruppe, zu der man keine diplomatischen Kontakte unterhält. „Nicht reden, nicht schreiben, nicht telefonieren“, umreißt ein Diplomat im Auswärtigen Amt die offizielle Linie. „Unser Ansprechpartner bei den Palästinensern ist Präsident Abbas.“

Wenn es denn so einfach wäre. Tatsächlich bringt der Regierungswechsel bei den Palästinensern die Deutschen und die anderen europäischen Staaten in arge Bedrängnis. Nirgendwo sonst ist die EU finanziell so stark engagiert wie im Gaza-Streifen und im Westjordanland, kein anderes Volk bekommt pro Kopf so viel internationale Hilfe wie die 3,5 Millionen Palästinenser.

Kaum ein Thema treibt die europäischen Außenpolitiker deshalb derzeit so um wie die Frage, wie sie sich zu der Hamas-Regierung verhalten sollen – und sie sind sich alles andere als einig. Niemand will sich vorwerfen lassen, den Terror zu unterstützen, aber viele finden, dass die Hamas, jetzt, wo sie an der Regierung ist, anders behandelt werden muss als vorher.

REX FEATURES / ACTION PRESS

Außenminister Steinmeier*: *Unpopuläre Vorgaben*

Die Kanzlerin und Außenminister Frank-Walter Steinmeier haben sich frühzeitig festgelegt. Für die Anerkennung der neuen Palästinenser-Regierung und damit die Fortsetzung der direkten Finanzhilfen nennen sie drei Bedingungen: umfassender Gewaltverzicht, Bekenntnis zum Existenzrechts Israels, Einhaltung der bislang getroffenen Abkommen.

Wie unpopulär diese Vorgaben nicht nur bei Hanija und seinen Leuten, sondern auch bei vielen EU-Partnern sind, musste Steinmeier vor kurzem bei einem informellen Außenministertreffen in Salzburg erfahren. Haupttagesordnungspunkt waren die Atompläne Irans, aber beim gemeinsamen Mittagessen gerieten die Teilnehmer unversehens über die Hamas aneinander.

Gleich mehrere Minister, allen voran die Vertreter von Schweden, Finnland und Spanien, verkündeten, die EU solle der Hamas eine Chance geben, es nütze doch nichts, die neue Regierung „zu isolieren“. Die damalige schwedische Außenministerin Laila Freivalds regte sogar an, gleich nach den israelischen Wahlen die beiden Wahlsieger, also Hanija und Olmert, zusammen zum Außenministerrat nach Brüssel einzuladen.

Steinmeier musste plötzlich fürchten, dass der Meinungsaustausch an Ort und Stelle zu einem informellen Beschluss führen könnte, er riet zur Mäßigung und plädierte dafür, erst einmal die Regierungsbildung der Palästinenser abzuwarten. Viel Unterstützung hatte er nicht, lediglich die Kollegen aus Dänemark und Tschechien fand er an seiner Seite. „Das war ein hoher Kraftaufwand“, stöhnte ein Steinmeier-Vertrauter.

Ohne internationale Hilfe sind die Palästinenser nicht lebensfähig. 1,6 Milliarden Euro umfasste das Jahresbudget 2005 – gut die Hälfte kam aus dem Ausland. Die Europäer sind der großzügigste Spender: 500 Millionen Euro flossen 2005 an Aufbauhilfe dorthin. Die EU bezahlt Gehälter von Polizisten und Verwaltungsbeamten. Sie baut Straßen, unterhält Schulen und Krankenhäuser und sorgt für sauberes Wasser.

Seit dem Wahlsieg der Hamas sind die Hilfsgelder eingefroren. Im Februar überwies die EU eine Sonderzahlung von 120 Millionen Euro, um einen Kollaps der Verwaltung abzuwenden. Unstrittig ist bislang nur, dass die humanitäre Hilfe beibehalten werden soll, doch die macht lediglich gut 20 Prozent der EU-Mittel aus. Der größte Teil des Geldes floss bislang über Aufbauorganisationen vor Ort, das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen für die Palästinenser UNRWA oder wurde als direkte Budgethilfe gewährt.

Hamas-Sympathisanten*, neuer israelischer

* Oben: im Februar mit dem palästinensischen Präsidenten Mahmud Abbas in Ramallah; unten: im September 2005 auf dem Dach einer demolierten jüdischen Synagoge der geräumten israelischen Siedlung Netzarim.

EU-Beamte, die in Brüssel die Nahost-Politik koordinieren, überlegen, die humanitäre Hilfe deutlich auszuweiten, indem sie etwa Straßenbau und Bildung mit einbeziehen. „Wir müssen da etwas kreativer sein“, sagt Marc Otte, Nahost-Beauftragter des EU-Chefaußenpolitikers Javier Solana. „Wir können kein Interesse daran haben, dass alles zusammenbricht, aber wir sollten auch unsere Prinzipien nicht verraten. Unser Geld ist das Entscheidende, was uns in der Region Einfluss gibt.“

Dass die Hamas keinen direkten Zugang zu den Finanzhilfen bekommen sollte, steht für Leute wie Otte außer Frage. Doch je großzügiger sie andererseits den Katalog humanitärer Hilfe definieren, desto schwieriger wird es, sicherzustellen, dass die Gelder nicht zweckentfremdet werden, für die Schulung neuer Kämpfer beispielsweise.

Schon in der Vergangenheit gab es immer wieder Hinweise, dass die Gelder nicht dort ankamen, wo sie ankommen sollten. Tatsächlich war der Missbrauch so offenkundig, dass eine Gruppe von EU-Abgeordneten vor drei Jahren eine Untersuchung erzwang. Die interne Antikorruptionsbehörde kam schließlich zu dem Ergebnis, dass es keine Beweise gäbe für einen Zusammenhang zwischen Selbstmordanschlägen und EU-Mitteln. Aber die Ermittler mussten auch einräumen, dass sie selbst über keine wirkliche Einsicht in die Finanzbewegungen verfügten und sich auf die Angaben des palästinensischen Finanzministeriums verlassen mussten.

Dass die Hamas-Führung die EU-Gelder zur Aufbesserung ihres Lebensunterhalts verwendet, ist kaum zu befürchten – die strengen Islamisten gelten anders als die Funktionäre der davor herrschenden Fatah-Bewegung als ziemlich korruptionsresistent. Dafür droht bei ihnen die Zweckentfremdung für ihre Glaubenssache. Aus ihren Zielen haben die Islamisten nie ein Geheimnis gemacht, die Vernichtung Israels und die Verwandlung von ganz Palästina in einen Gottesstaat ist schon in der Gründungscharta niedergelegt. Ministerpräsident Hanija hat sich bis vor kurzem gern mit Kindern fotografieren lassen, die als Selbstmordattentäter verkleidet waren.

Wie fließend die Grenze zwischen beabsichtigter und unbeabsichtigter Entwicklungshilfe ist, zeigt schon ein Besuch der Islamischen Universität von Gaza-Stadt, die eine Reihe westlicher Geldgeber hat, neben europäischen Sponsoren die amerikanische Entwicklungshilfeagentur USAid oder den Chiphersteller Intel.

Die Universität ist eine der wichtigsten Kaderschmieden der Hamas, Hanija hat hier studiert. Fünfmal am Tag wird zum Gebet gerufen, Frauen dürfen das Gelände durch einen Sondereingang nur verschleiert betreten. Der Unterricht ist nach Geschlechtern getrennt, Aufseher wachen über die Kleider- und Benimmvorschriften.

Finanzhilfen

für die Palästinenser (geschätzt)

Gesamtaufwendungen 2005 (Staaten und internationale Organisationen) ..... **1,5** Mrd. €

davon aus dem EU-Haushalt sowie von einzelnen EU-Ländern ..... **0,5** Mrd. €

zum Vergleich

Haushalt der Palästinensischen Autonomiebehörde ..... **1,6** Mrd. €

Fachleute der EU haben sich vor ein paar Wochen daran gemacht, das Dickicht an Projekten und Geldzuwendungen einmal auf die Nähe zur Hamas und ihren Funktionären durchzusehen. Gut die Hälfte der 500 Millionen, die jedes Jahr aus Europa kommen, müssten der internen Analyse zufolge eingefroren bleiben, da sie „entweder durch die Palästinensische Autonomiebehörde (PA) verteilt oder über Verträge mit der PA abgewickelt werden“, wie es in dem Bericht heißt.

Auch die andere Hälfte der Lieferungen ist, so die Experten, nicht immer unproblematisch. 65 Millionen Euro flossen allein vergangenes Jahr über verschiedene Uno-Agenturen. Das Geld ist vor allem für Erziehung, Gesundheitsfürsorge und Sozialdienste bestimmt, aber auch dieses geht nicht an den neuen Herren vorbei. „Viele NGO in den palästinensischen Gebieten haben direkte oder indirekte Verbindungen zur Hamas“, stellt der Bericht nüchtern fest.

Tatsächlich zeigt die Erfahrung vor Ort, dass man ohne die Hamas kaum auskommt. Das gilt auch für die deutschen Projekte, die direkt mit der Palästinensischen Autonomiebehörde vereinbart wurden. 46 Millionen Euro hat Berlin 2005 über den EU-Beitrag hinaus investiert, das meiste geht in Abwasser- und Müllentsorgung, insgesamt belaufen sich die Zusagen von 1995 bis 2009 auf rund 250 Millionen Euro.

„Es gibt immer einen politischen Träger auf der anderen Seite, und der ist in der Regel staatlich“, sagt Joachim Prey, Leiter der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) in den palästinensischen Gebieten, die für das Berliner Entwicklungshilfeministerium die Projekte überwacht. „Wir Deutschen können ja nicht einfach an eine Ecke in Gaza drei Schulen bauen“, sagt der zuständige Staatssekretär im Entwicklungshilfeministerium Erich Stather.

In Bira beispielsweise, unmittelbar bei Ramallah, baut die GTZ ein System zur Abwasserentsorgung, rund 15 Millionen steckt die Bundesregierung allein in dieses Projekt. Regelmäßig müssen die GTZ-Mitarbeiter über Bauabschnitte und Planungen im Rathaus verhandeln, die lokalen Machthaber haben großes Interesse, dass der Bau zügig weitergeht: Eine funktionierende Kanalisation wird auch ihnen als Erfolg angerechnet, niemand fragt, woher das Geld kommt.

Am 10. April, beim nächsten EU-Außenministerrat, soll nun ein Beschluss zum künftigen Umgang mit der Hamas fallen – so ist es jedenfalls vorgesehen. Nicht wenige EU-Beamte halten es inzwischen für möglich, dass sich die Außenminister nicht einigen können und dann jedes Mitgliedsland seine eigenen Kriterien für Hilfe und Kontaktaufnahme festlegt.

RALF BESTE, JAN FLEISCHHAUER, CHRISTOPH SCHULT

KEVIN FRAYER / AP

ODED BALILTY / AP

Ministerpräsident Olmert*: *Niemand will sich vorwerfen lassen, den Terror zu unterstützen*

MARTIN LEISSL / VISUM (L.); MICHAEL KAPPELER / DDP

Staatsrechtler Jentsch, Bundestagssitzung: *„Es herrscht eine gewisse Mutlosigkeit“*

DIÄTEN

„Verstecken hilft nicht“

Der ehemalige Verfassungsrichter Hans-Joachim Jentsch (CDU) über die geplante Reform der Abgeordnetenbezahlung

SPIEGEL: Herr Jentsch, der deutsche Politiker hat es schwer: Erhöht er sich heimlich die Diäten, verstößt er gegen die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts. Tut er es offen, wird er als Raffke und Abzocker geschmäht. Gibt es einen Ausweg aus diesem Dilemma?

Jentsch: Es gibt keinen leichten Weg. Es geht nur, wenn sich die Abgeordneten vor die Öffentlichkeit stellen und klar sagen, was ihr Mandat wert ist, und sich zu dieser Bewertung auch bekennen. Die Abgeordneten dürfen sich nicht in die Büsche schlagen und die Entscheidung über ihre Diäten irgendjemand anderem überlassen.

SPIEGEL: Ein wohlfeiler Ratschlag eines pensionierten Verfassungsrichters, der sich für seine Bezüge öffentlich nie rechtfertigen musste …

Jentsch: … der aber als ehemaliger Bundestagsabgeordneter weiß, wovon er redet. Es herrscht eine gewisse Mutlosigkeit unter den Abgeordneten. Und es ist ja auch wirklich nicht leicht, erhobenen Hauptes in diese öffentliche Neiddebatte zu gehen. Sich wegducken und verstecken hilft aber nicht weiter.

SPIEGEL: Offenbar doch. In etlichen Landtagen wird über die Erhöhung der Diäten längst nicht mehr gestritten. In Thüringen zum Beispiel ist die Bezahlung der Abgeordneten an die allgemeine Einkommens- und Preisentwicklung gekoppelt. Kein Antrag. Keine Debatte. Kein Beschluss.

Jentsch: Ich halte diese Praxis für verfassungswidrig. Sie widerspricht klar und eindeutig dem Transparenzgebot.

SPIEGEL: Die Bayern und die Baden-Württemberger passen ihre Diäten ebenfalls jährlich der statistisch errechneten Einkommensentwicklung an, allerdings gibt es in Bayern wenigstens einmal pro Legislaturperiode einen förmlichen Beschluss des Landtags.

Jentsch: Auch diese Regelung ist problematisch. Formal wird zwar der Gesetzesweg beschritten: Das Parlament befasst sich mit dem Thema. De facto aber weiß niemand, wie hoch die Entschädigung ist und warum sie so und nicht anders ausfällt. Nicht der Gesetzgeber entscheidet und begründet die Höhe der Bezüge, sondern das jeweilige Landesamt für Statistik.

SPIEGEL: Und genau so will es jetzt auch Bundestagspräsident Norbert Lammert mit den Diäten halten: Das Parlament soll zumindest für diese Legislaturperiode beschließen, dass die Bezüge jedes Jahr nach Maßgabe der künftigen Einkommensentwicklung steigen.

Jentsch: Ich glaube nicht, dass das den Ansprüchen des Bundesverfassungsgerichts genügt. Die Entscheidung über die Höhe der Entschädigungen muss transparent sein. Man muss nachvollziehen können, warum diese Erhöhung angemessen wäre und jene nicht. Es genügt nicht, per Gesetz die Faktoren festzulegen und dann die Öffentlichkeit und die Beteiligten über die Umsetzung dieser Faktoren im Unklaren zu lassen. In Hessen gibt es auch solche Faktoren. Aber dort muss der Landtag jede Erhöhung formal beschließen. Das ist keine direkte Automatik. Das kann man so hinnehmen.

SPIEGEL: Nun ist es mehr als 30 Jahre her, dass die Karlsruher Richter die Ankopplung von Diäten an irgendeine Form von Beamtenbesoldung ausdrücklich verboten haben. Ist dieses Urteil noch zeitgemäß?

Jentsch: Ich glaube ja. Damals wurde das Koppelungsverbot ausgesprochen, und es wurde auch eindeutig gesagt, dass kein Automatismus der Anpassung stattfinden darf.

SPIEGEL: Wäre denn eine unabhängige, vom Bundespräsidenten berufene Kommission, wie sie die FDP immer wieder fordert, aus Ihrer Sicht eine Lösung?

Jentsch: Nein. Unser Parlament wird zu Recht kritisiert, dass es sich Aufgaben wegnehmen lässt. Eine Diätenkommission wäre ein weiterer Schritt auf diesem falschen Weg. Das Parlament muss schon den Mut aufbringen, seine eigenen Angelegenheiten selbst zu regeln.

SPIEGEL: Der nordrhein-westfälische Landtag hat die Bezüge der Abgeordneten stark erhöht und dafür die Pensionen zurückgefahren: Jeder Abgeordnete soll sich selbst versichern. Ist das ein Modell für andere?

Jentsch: Wir müssen unterscheiden, was verfassungsrechtlich geboten und politisch gewünscht ist. Die Verfassung gebietet, dem Abgeordneten während seiner Parlamentarierzeit auch den Aufbau einer Altersversorgung zu ermöglichen. Da ich aus einem freien Beruf komme und von Hause aus Anwalt bin, fände ich es grundsätzlich wünschenswert, selbst darüber entscheiden zu können, wie ich mich versichere. Aber ich hätte auch nichts gegen

ein Versorgungswerk für Abgeordnete. Das alles ändert aber nichts an der grundsätzlichen Diätenproblematik.

SPIEGEL: Es ist ja nicht das erste Mal, dass die Parlamentarier versuchen, sich der öffentlichen Kontrolle zu entziehen. Die letzte Bemühung, die Rechtsprechung des Verfassungsgerichts auszuhebeln, fand vor elf Jahren statt. Damals wollten CDU/CSU und SPD in trauter Eintracht die Ankoppelung der Diäten sogar per Verfassungsänderung sanktionieren. Der Coup flog auf. Die Sache scheiterte erst in letzter Minute. Jetzt versuchen sie es wieder.

Jentsch: Und deshalb ist es gut, dass es das Bundesverfassungsgericht gibt. In all den Entscheidungen, die die Politik in eigener Sache beschließt, ob es ums Parteien- und Parlamentsrecht geht oder um die Entschädigung, ist – plakativ gesagt – letztlich nicht das Parlament der Gesetzgeber, sondern das Bundesverfassungsgericht. Dass es hier immer wieder zu Überprüfungen und Korrekturen kommen muss, liegt in der Natur der Sache und ist auch weiter nicht schlimm, wenn es funktioniert.

SPIEGEL: Mehr Geld, weniger Transparenz – das war schon 1995 die Grundmelodie. Damals wollten die Bundestagsabgeordneten immerhin noch das Grundgesetz ändern, um die Missachtung des Verfassungsgerichtsurteils juristisch abzusichern. Jetzt soll dasselbe passieren – aber ohne Grundgesetzänderung. Was ist dreister?

Jentsch: Dreister ist es, das ohne Verfassungsänderung zu machen.

SPIEGEL: Glauben Sie, dass sich die Karlsruher Richter das gefallen lassen?

Jentsch: Noch reden wir hier über Pläne. Noch ist nichts beschlossen. Aber was man bisher gehört hat, geht eindeutig in die falsche Richtung.

SPIEGEL: Wenn Ihr Parteifreund Lammert Sie um Ihre Meinung fragte, was würden Sie ihm raten?

Jentsch: Ich würde vor allem versuchen, ihm diesen Automatismus auszureden. Ich würde ihm raten, es bei der jetzigen Praxis zu belassen: Orientierung an der Einkommensentwicklung – das ist in Ordnung. Aber um den Akt der Gesetzgebung – und damit die öffentliche Debatte – darf sich das Parlament nicht drücken.

SPIEGEL: Die Befürworter einer Neuregelung argumentieren, die ständigen Diskussionen über eine angebliche Raffgier der Abgeordneten müssten aufhören, weil sie dem Ansehen des Parlaments schadeten.

Jentsch: Ich glaube das nicht. Ich glaube, es würde das Ansehen des Parlaments und der Abgeordneten viel mehr beschädigen, wenn sie sich jetzt wirklich von der Rechtsprechung des Verfassungsgerichts verabschiedeten. Käme es tatsächlich zu einer Automatisierung der Abgeordnetenbezahlung, müssten das Parlament und an dessen Spitze der Bundestagspräsident das Verfassungsgericht fürchten.

INTERVIEW: DIETMAR HIPP, HARTMUT PALMER

JUSTIZ

Doppelt so gut

Die Nachfolge von Generalbundesanwalt Kay Nehm ist geklärt: An die Spitze der obersten Strafverfolgungsbehörde der Republik rückt erstmals eine Frau.

Als Monika Harms vor 19 Jahren zur Richterin am Bundesgerichtshof gewählt wurde, sagte sie: „Ich glaube, dass ich ein Beispiel geben kann, dass es auch Frauen in höchste Ämter schaffen können."

Wie recht sie damit behalten sollte, hat sie damals vermutlich nicht geahnt: Harms, zwischenzeitlich zur Vorsitzenden des 5. Strafsenats des Bundesgerichtshofs (BGH) aufgestiegen, soll jetzt Nachfolgerin von Generalbundesanwalt Kay Nehm, 64, werden, der Ende Mai in den Ruhestand geht. Sie wird die erste Frau auf diesem Posten sein.

Der Vorschlag kommt von Unionsfraktionsjustitiar Hermann Gröhe; Bundesjustizministerin Brigitte Zypries (SPD) und Bundeskanzlerin Angela Merkel haben bereits zugestimmt. Zypries soll in Kürze die Personalie im Kabinett vortragen.

Zunächst war Harms als Favoritin für einen Job beim Bundesverfassungsgericht gehandelt worden, wo in diesem Jahr zwei Stellen neu besetzt werden müssen. Doch die selbstbewusste Juristin hatte anderes im Kopf: Sie wollte lieber oberste Strafverfolgerin der Republik werden. Diese Entschlossenheit brachte einige Planungen der Ministerpräsidenten und Rechtspolitiker der Parteien durcheinander, die ein wohl abgewogenes Personalpaket ausgetüftelt hatten.

PETER ENDIG / DPA

Designierte Generalbundesanwältin Harms
„Keine Buchstabenauslegerin"

Die 1946 in Berlin geborene Harms wuchs in Frankfurt am Main auf, studierte in Heidelberg und Hamburg und war in der Hansestadt auch zunächst beruflich tätig: 1974 als Staatsanwältin für Wirtschaftsstrafsachen, danach als Richterin in einer Jugendstrafkammer am Landgericht und dann beim Hamburger Finanzgericht.

Obwohl CDU-Mitglied, machte sie keinesfalls wegen des Parteibuchs Karriere. 1987 schlug sie der damalige hamburgische SPD-Justizsenator Wolfgang Curilla als BGH-Richterin vor. Dort machte sie 1999 der damalige Präsident Karlmann Geiß, ein SPD-Mann, zur Vorsitzenden des 5. Strafsenats.

Sie selbst bezeichnete sich einmal als „eher konservativ", Ex-BGH-Präsident Geiß hat sich daran nicht gestört: Harms sei eben „keine Eiferin, die einen konservativen Durchsetzungsanspruch hat". Er halte die neue Generalbundesanwältin, für „qualitativ eine sehr gute Besetzung", sie könne „sehr gut integrieren", sei „keine Buchstabenauslegerin" und habe den Willen, die Dinge pragmatisch zu lösen.

Als Vorsitzende BGH-Richterin hat sie sich den Ruf erworben, konsequent auf die Einhaltung rechtsstaatlicher Vorschriften zu achten. Unter Revisionsanwälten gilt ihr Senat als derjenige, der die wenigsten Hemmungen hat, fehlerhafte Urteile auch dann aufzuheben, wenn Gerichte und Staatsanwaltschaften darin viel Zeit und Energie investiert hatten.

Kritik auch gegenüber der Politik scheut Harms nicht. Beispiel dafür ist eine höchst ungewöhnliche Nebenbemerkung zum jüngsten Urteil im Kölner Müllverbrennungsskandal, die sie gemeinsam mit ihren Senatskollegen verfasste. Bemängelt wurde darin, dass „bei einer Vielzahl von großen Wirtschaftsstrafsachen" eine „adäquate Bestrafung allein deswegen nicht erfolgen kann, weil für die gebotene Aufklärung derart komplexer Sachverhalte keine ausreichenden justiziellen Ressourcen zur Verfügung stehen".

Dass Harms nun an der Spitze der Bundesanwaltschaft stehen soll, wird in Karlsruhe schon deshalb als mutig empfunden, weil die Behörde bislang als eine der letzten Männerdomänen gilt: Unter den 25 Bundesanwälten befindet sich seit gut zehn Jahren keine einzige Frau.

Harms wird sich dadurch nicht irritieren lassen. Als sie noch Richterin in Hamburg war, lehnte an ihrer Schreibtischlampe eine Karte mit dem Spruch: „Frauen müssen alles doppelt so gut machen wie Männer, um anerkannt zu werden – glücklicherweise ist das nicht schwer."

DIETMAR HIPP

LIESA JOHANNSSEN / PHOTOTHEK.NET

Grüne im Bundestag*: *Man straft sich gegenseitig mit Missachtung*

GRÜNE

Krieg der Knöpfe

Statt die Regierung zu attackieren, quälen die grünen Spitzenleute einander im Kampf um die Nachfolge des Parteipatriarchen Joschka Fischer. Jürgen Trittin lauert auf seine Chance.

Fritz Kuhn hält eine gute Rede. Es ist Mittwochmorgen, der Bundestag berät über den Haushalt der Großen Koalition, und der Chef der Grünen-Fraktion nimmt genussvoll die schwerfällige Reformarbeit von Union und SPD auseinander.

Die Große Koalition habe einen „dicken Hintern“, sagt er. Sie sei bewegungslos. Neue, innovative Konzepte sehe er bei Union und SPD nicht. Sogar die Kanzlerin beugt sich auf ihrem Platz nach vorn und hört dem Grünen zu. Nur in einem Teil des Parlaments hält sich das Interesse eher in Grenzen – bei Kuhns eigenen Leuten.

Seine Co-Fraktionsvorsitzende Renate Künast sitzt mit verschränkten Armen in der ersten Reihe des Grünen-Blocks und kaut, offenkundig schlecht gelaunt, Kaugummi. Zwischendurch liest sie unter dem Pult Kurznachrichten auf ihrem Handy.

Wenige Reihen weiter spielt Grünen-Parteichefin Claudia Roth verträumt mit dem guten Dutzend Gold- und Silberringen an ihren Händen. Mal dreht sie die Klunker linksherum, dann wieder rechtsherum. Als sie genug davon hat, starrt sie auf ihre Fingernägel. Nur ab und an spendet sie dem Kollegen Kuhn einen kleinen Pflichtbeifall. Niemand soll ihr hinterher mangelnden Enthusiasmus vorwerfen können.

Ganz hinten im Saal hat es sich derweil Jürgen Trittin bequem gemacht. Der Umweltminister a. D. fläzt sich in seinem blauen Sessel wie ein Passagier auf einem besonders öden Langstreckenflug. Erst ganz am Ende von Kuhns Rede scheint er wach zu werden – vom Klang des mageren Schlussapplauses.

So geht es zu bei den Grünen im Jahr eins nach Joschka Fischer. Zwischen den neuen Führungsfiguren der Ökopartei herrscht eisige Dauerrivalität: Man straft sich gegenseitig mit Missachtung. Man gönnt den anderen keine Erfolge. Man hätte lieber selbst welche.

Gleich eine ganze Handvoll ehrgeiziger Spitzen-Grüner will das Machtvakuum füllen, das Joschka Fischer nach seinem Rückzug aus der ersten Reihe hinterlassen hat. Die beiden Parteichefs Claudia Roth und Reinhard Bütikofer, die Fraktionsvorsitzenden Künast und Kuhn. Und natürlich der ewige Fischer-Feind und Oberlinke Jürgen Trittin. Sie alle wären gern die eine, wichtigste Figur der Grünen. Das Alphatier. Allseits akzeptiert und beliebt – bei der eigenen Truppe und draußen im Land.

Für die Grünen könnte der Dauerkonflikt ihres Führungspersonals nicht ungelegener kommen. Nach der Wahlniederlage von Rot-Grün im vorigen Herbst und dem schwachen Abschneiden bei den Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt sind sie eine Partei in der Krise. Machtlos, mutlos und zusammengehalten nur von der Gewissheit, dass es so wie jetzt nicht bleiben kann.

Die Grünen sind in keiner Regierung mehr vertreten, sowohl im Bund als auch in den Ländern fehlen echte Machtperspektiven. Rot-Grün scheint wegen der Schwäche der SPD auf Jahre ausgeschlossen, für flächendeckende schwarz-grüne Bündnisse fehlt auf beiden Seiten bislang der Mut. Und rot-rot-grüne Koalitionen sind – außer vielleicht bei der im Herbst anstehenden Landtagswahl in Berlin – nicht in Sicht.

So wäre von den Führungsleuten eigentlich eine schlagkräftige Oppositionsarbeit gefragt. Doch die pflegen ihre Eitelkeiten und Eifersüchteleien.

* Vorn: Renate Künast, Fritz Kuhn; hinten: Christine Scheel, Jürgen Trittin, Claudia Roth, Thea Dückert.

ARNE DEDERT / DPA

Ex-Minister Fischer: *Der „alte Leitwolf“ hält still*

Dabei findet der „Krieg der Knöpfe“ (Grünen-Spott) nicht auf offener Bühne statt. Die Parteigrößen liefern sich lieber Scharmützel hinter dem Vorhang. Vorbei die Zeiten, in denen eine Jutta Ditfurth, ein Joschka Fischer oder eine Petra Kelly voller Leidenschaft und in aller Öffentlichkeit aufeinander los gingen. Die Grünen von heute quälen einander in Hinterzimmern. Sie nerven sich mit Nickeligkeiten. Sie sind kleinlich und irgendwie auch lustlos – immer wissend, dass niemand zurzeit stark genug ist, die ganze Macht an sich zu ziehen. So wird gestichelt und gemobbt auf Teufel komm raus.

In den Fraktionssitzungen genießt es Jürgen Trittin, den Rivalen Kuhn und Künast durch Dauergemurmel mit Kollegen seine Respektlosigkeit zu demonstrieren. Künast raunzt den Parteifreund dann an: „Jürgen, jetzt halt doch endlich mal die Klappe!“

Unentwegt kommt es zu Kompetenzstreitigkeiten wie in einer nachgeordneten Bundesbehörde. Als kurz vor den letzten Landtagswahlen Kuhn und Künast eine Telefonschaltkonferenz mit den grünen Spitzenkandidaten organisierten, sahen sich die Parteichefs Roth und Bütikofer übergangen. In ihren Augen sind Wahlkampffragen allein Angelegenheit der Partei. „Das ist nicht euer Revier“, knurrte Bütikofer die Parteifreunde an.

Umgekehrt fühlen sich Kuhn und Künast in ihrer Arbeit von Roth und Bütikofer gestört. Sie werfen ihnen Einmischung in Fraktionsangelegenheiten vor. Tatsächlich gibt es eigentlich kein aktuelles Thema, zu dem sich die beiden Parteichefs nicht äußern.

Ganz gleich, ob BND-Untersuchungsausschuss oder Gesundheitsreform – fast immer sind Roth und Bütikofer schon mit eigenen Meinungen auf Sendung, während Kuhn und Künast noch versuchen, unter ihren Abgeordneten eine einheitliche Position abzustimmen. Roth und Bütikofer meinen, es sei ihr gutes Recht als Parteivorsitzende, überall mitzureden. „Schließlich sind wir keine bolschewistische Organisation“, heißt es in der Parteizentrale.

Kuhn und Künast sind sich einig, allerdings in erster Linie dann, wenn es darum geht, Angriffe von den Parteivorderen Roth und Bütikofer abzuwehren. Untereinander belauert jeder den anderen, weil das Interesse der Öffentlichkeit an den Grünen nur schwerlich eine Doppelspitze ernährt.

So sorgte Künast erst jüngst für Unmut im Büro Kuhn, weil sie die Fachpolitiker der Fraktion zu einem Gespräch über den geplanten Kongo-Einsatz der Bundeswehr eingeladen hatte. Kongo sei eindeutig Außenpolitik und damit vor allem Kuhns Revier, befand man dort. Eine direkte Beschwerde bei seiner Parteifreundin kam von Kuhn jedoch nicht. Stattdessen protestierte sein Büroleiter bei Künasts Referenten.

Das Interesse der Öffentlichkeit an den Grünen ernährt nur schwerlich eine Doppelspitze.

Sein eigenes Spiel macht derweil auch Jürgen Trittin. Eigentlich wollte der Niedersachse nach der verlorenen Bundestagswahl Chef der Fraktion werden, bekam dabei jedoch keine Mehrheit. Nun ist er als Fraktionsvize theoretisch für die Außenpolitik zuständig, kümmert sich in der Praxis jedoch um alle Themen, die irgendwie eine Profilierungschance bieten.

Erst Mitte März sorgte Trittin für einen handfesten Eklat, als er in einer Hauruck-Aktion die Fraktion beim Thema Atomendlagersuche auf seine Linie brachte. Er setzte einen Gesetzentwurf durch, in dem festgelegt ist, dass die Atomindustrie selbst nach dem Standort für ein Endlager suchen soll. Sowohl die Umweltpolitiker als auch die Fraktionschefs Kuhn und Künast waren düpiert. Ihr Antrag, der die Suche durch die öffentliche Hand vorsah, fand keine Mehrheit. Empört trat der Umweltexperte Reinhard Loske zurück. Künast beschwerte sich intern, Trittin verhalte sich „völlig destruktiv“.

Genau beobachtet werden Trittins Aktionen von den Parteichefs Roth und Bütikofer. Sie müssen sich im Dezember beim Grünen-Parteitag zur Wiederwahl stellen. Trittin könnte versuchen, gegen sie anzutreten. Er ist regierungserfahren und gehört zum Urgestein der Partei. Hinreichend schlitzohrig ist er auch, um mit den anderen Hierarchen ein Tänzchen zu wagen.

Trittin gibt sich demonstrativ unschuldig. Wenn er von Vertrauten auf seine Ziele angesprochen wird, grinst er nur und sagt dann mit treuem Blick: „Ich habe schon ernsthaft überlegt, ob ich mich nicht ganz aus der Politik zurückziehen soll. Ich will nicht immer zum Sündenbock gemacht werden.“ In Wahrheit taxiert er seine Chancen.

Nicht leichter wird der Grünen-Kleinkrieg dadurch, dass die Kontrahenten teilweise bereits seit Jahren in innigem Hass verbunden sind. So hat Parteichef Reinhard Bütikofer dem Fraktionsmann Kuhn wohl bis heute nicht verziehen, dass er ihn einst gemeinsam mit Joschka Fischer aus dem Amt des Grünen-Geschäftsführers drängte.

Claudia Roth und Renate Künast wiederum konkurrieren unterschwellig schon seit langem um die Position der beliebtesten und bekanntesten Grünen-Frau. Bislang stand in den Meinungsumfragen meist Künast an erster Stelle. Sie hat sich vor allem durch ihre zupackende Arbeit als Verbraucherschutzministerin einen Namen gemacht.

Doch die leidenschaftliche und zuweilen etwas schrille Roth, von TV-Satiriker Harald Schmidt als „Eichhörnchen auf Ecstasy“ verspottet, versucht ihr diese Position streitig zu machen. Sie tritt in vielen TV-Sendungen auf, fachsimpelt in der Yellow Press über Charles und Camilla oder klagt über ihre schwierige Suche nach dem richtigen Mann fürs Leben: „Das Kapitel Lebenspartner ist bei mir ja nun nicht gerade eine Erfolgsgeschichte.“

Richtig genervt sind Roth und ihre Anhänger von Künast, weil sie vermuten, die Fraktionschefin wolle bei der nächsten Bundestagswahl Spitzenkandidatin der Partei werden – wie einst Joschka Fischer. Künast wiederum verbreitet intern, sie mache sich darüber jetzt noch gar keine Gedanken.

Erstaunlich enthaltsam ist in dem Führungsmobbing derweil nur einer – Alt-Patriarch Fischer. Im Bundestag hat sich der Noch-Abgeordnete schon lange nicht mehr blicken lassen, und auch mit seinen Parteifreunden spricht er nur sporadisch.

Wen er als Favorit für seine Nachfolge sieht, lässt Fischer dabei nicht erkennen. „Es gibt in der Demokratie keine Entscheidung des alten Leitwolfs, wer ihm wann nachfolgt“, sagt er. „Das müssen die Jüngeren untereinander selbst ausbeißen.“

ROLAND NELLES

ATOMSCHMUGGEL

Umweg über Moskau

Ermittler sind einem deutsch-russischen Netzwerk auf der Spur, das Unternehmen für das iranische Atomprogramm akquiriert haben soll. Die Bundesregierung ist alarmiert.

Das deutsch-armenische Unternehmerpaar aus dem hessischen Millionärsdomizil Bad Homburg ist Züchtern und Zockern ein Begriff. Seit Jahren züchtet es mit Erfolg Rennpferde, Vollblüter, die ihren Jockeys bisweilen einiges abverlangen, manchmal als Außenseiter starten und dann doch auf Platz landen und so den Wettfreunden erkleckliche Gewinne bescheren.

Im Geschäftsleben allerdings könnten sich die beiden Pferdebesitzer womöglich vergaloppiert haben. Ihre Firma, ein nachrichtentechnischer Dienstleistungsbetrieb, ist in das Fadenkreuz von Staatsanwälten und Zollfahndern geraten. Das Unternehmen soll, so der Verdacht, Spezialkabel für das iranische Atomprogramm geliefert haben.

In der vorvergangenen Woche durchsuchten Zollfahnder die Geschäftsräume des Unternehmerpaares in einer Bad Homburger Villa und kassierten Geschäftskorrespondenz und Datenträger ein. Die behördliche Visite im Taunus war Teil einer bundesweiten Razzia. 250 Beamte von Polizei und Zoll waren im Einsatz, durchsucht wurden 41 Firmen, mittelständische Betriebe, Ingenieurbüros und Tochterunternehmen des Kraftwerkbauers Siemens und zwei Bereiche des Energietechnikunternehmens ABB.

Die Unternehmen waren aufgefallen bei Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Potsdam gegen die Geschäftsführer der inzwischen liquidierten Berliner Vero Handels GmbH, die im Verdacht steht, in der gesamten Republik Spezialteile für den Bau des iranischen Atommeilers Buschehr akquiriert zu haben.

Dabei geht es nicht um Schlüsseltechnologie für den Atomreaktor, nicht etwa um spaltbares Material. Vero, so glauben die Ermittler, trieb Produzenten für wichtige Zubehöre auf: Motoren sind darunter, elektromagnetische Bremsen und Schaltanlagen. Verwendung finden sie beim Bau von Abfüllstationen für Getränke – oder eben auch von Atomkraftwerken.

Weil die auf den ersten Blick harmlosen Teile aber über den Umweg Russland nach Iran gehen sollten und zumindest teilweise auch dort ankamen, sind deutsche Behörden alarmiert. Mit der Causa Vero sind nicht nur Staatsanwälte und Zollfahnder beschäftigt. Vorige Woche ließ sich auch die Bundesregierung informieren – schließlich schwächt jede Meldung über mögliche Exporte Richtung Iran die Position von Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) beim Tauziehen um das Atomprogramm des iranischen Präsidenten Mahmud Ahmadinedschad.

Die Aktivitäten von Vero, so heißt es in einem Gutachten des Auswärtigen Amts, seien „geeignet, die Glaubwürdigkeit der Nichtverbreitungspolitik der Bundesregierung in Frage zu stellen und in der Konsequenz die auswärtigen Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland erheblich zu gefährden“. Bereits 1991 hatte die Bundesregierung alle Lieferungen für das iranische Atomprogramm verboten, auch für solche Waren, „denen für den Betrieb eines KKW eher periphere Bedeutung zukommt“.

Auf die Spur der Beschaffungsnetzwerker kam der Zoll Anfang 2004 bei der Durchsicht von Exportlieferscheinen der ISV, einem Industrieausrüster aus der Nähe von Magdeburg. Bei der „Kontrolle in der Ausfuhr“, kurz Kobra genannt, wird stichprobenmäßig überprüft, ob sogenannte Dual-Use-Güter darunter sind – Anlagen oder Maschinenteile, die sowohl zivil als auch militärisch zu nutzen sind und deren Aus-

AP

Irans Präsident Ahmadinedschad: *Profiteur des Netzwerks*

ARD (L.)

Spezialkabel, verdächtiges Unternehmerpaar: *Iranischer Atommeiler auf der Referenzliste*

PARSPIX / ABACA

Baustelle des Atomkraftwerks in Buschehr: *Komponenten aus Deutschland*

fuhr in bestimmte Regionen der Welt verboten ist.

Die ISV-Lieferung erfüllte diese Kriterien, nur war als Empfänger eine Firma in Moskau angegeben, und dahin dürfen auch solche Waren exportiert werden. Trotzdem hatten die Zöllner Zweifel, die durch weitere Ermittlungen bestärkt wurden. Als Rechnungsadresse fand sich nämlich nicht etwa der Vertragspartner Vero Handels GmbH Russland, sondern eine fast gleichlautende Vero Handels FZE, allerdings mit Sitz in Dschabal Ali, Dubai. Die Freihandelszone im Hafen Dschabal Ali gilt seit längerem als wichtiger Umschlagsort für klandestine Geschäfte mit Iran.

ESPEN EICHHÖFER / OSTKREUZ

Vero-Firmenschild
Systematische Akquise

Nach diesem Muster, so recherchierte die Berlin-Brandenburger Zollfahndung, wickelte der Betrieb aus Sachsen-Anhalt allein innerhalb eines guten Jahres zehn Einzellieferungen ab. So hatte am 1. Februar 2002 ISV über eine Spedition beim Zollamt Berlin-Marzahn die Ausfuhr von zwei Elektromotoren, zwei Krantemperiergeräten, sechs Klemmkästen, fünf Scheibenbremsen und drei Trommeln Neoflex-Kabeln angemeldet – wohl Bestandteile eines Krans zum Auswechseln von Brennelementen. Bestimmungsort sollte laut Lieferpapieren Kaliningrad sein, Empfänger der halbstaatliche russische Kernkraftwerksbauer Atomstroiexport.

Doch in der russischen Exklave blieb die Fracht aus Deutschland nicht, sie landete schließlich, so will es jedenfalls der Verfassungsschutz herausgefunden haben, auf einer ganz anderen Baustelle der Atomstroiexport, rund 4500 Kilometer weiter südöstlich im iranischen Buschehr, wo der russische Kraftwerksbauer den 1000-Megawatt-Meiler fertigstellen will, dessen Bau in den siebziger Jahren mit deutschem Know-how begonnen wurde.

So bestand, wie das Zollfahndungsamt in einem Schreiben bereits im Juli 2004 festhielt, aufgrund der vom „Bundesamt für Verfassungsschutz geschilderten Indizien der Verdacht, dass entgegen den Angaben in den Ausfuhranmeldungen das tatsächliche Bestimmungsland der Waren nicht Russland, sondern der Iran war und dass diese Waren in einer dortigen kerntechnischen Anlage verwendet werden sollen“.

Im November 2004 wurden die Inhaber der Firma ISV verhaftet, Axel K. noch bei der Durchsuchung der Firmenräume, sein Bruder Georg nach der Rückkehr von einer Dienstreise aus der Ukraine. Die „Atom-Brüder“, wie sie die Boulevardpresse titulierte, zeigten sich geständig, im November 2005 verurteilte sie das Landgericht Frankfurt (Oder) wegen des Verstoßes gegen das Außenwirtschaftsgesetz zu Bewährungsstrafen von über einem Jahr.

Die Geständnisse halfen die Strafe zu mildern, notwendig waren sie für die Staatsanwaltschaft zur Aufklärung der Vorwürfe kaum noch. Die Firmenkorrespondenz lieferte ohnehin schon genug Indizien, hatten doch die ISV-Manager Schreiben, die das Iran-Geschäft betrafen, immer unter derselben Dateirubrik abgespeichert: „Iran KKW Busher“. Dann fanden die Ermittler auch noch ein gemailtes Digitalfoto als Anhang zu einer Reklamation. Das zeigte detailliert die angeblich für Russland bestimmten Artikel, vor dem Hintergrund der halben Reaktorkuppel der Atombaustelle von Buschehr.

Noch größere Aufmerksamkeit zollten sie aber einem Schriftstück, aus dem hervorging, dass der Auftraggeber der illegalen Geschäfte, die Vero Handels GmbH Russland, an einen gewissen Dmitrij S. für das Geschäft eine Vermittlungsprovision von 50 000 US-Dollar zu zahlen hat.

Der auf den ersten Blick marginale Vertragsannex gab den Fahndern einen Hinweis, wie die Akquise für Komponenten für den iranischen Kraftwerksbau in Deutschland vonstattengegangen sein könnte. Die Spur führte in eine Seitenstraße der West-Berliner Einkaufsmeile Tauentzien, in ein schmuckloses Mehrparteienhaus. In einer Wohnung im 2. Stockwerk residierten bis zum vorigen Jahr die deutsche Vero Handels GmbH und die Solo Handels GmbH.

Die beiden Unternehmen hatten nicht nur zeitweilig die Adresse gemeinsam. Beide Firmen wurden 1991 von jenem in Taschkent geborenen Chemiker Dmitrij S. gegründet. Die eine handelte Anfang der Neunziger mit Autos, Textilien und Elektrogeräten, die andere mit Baumaterialien. Bei Vero war S. Geschäftsführer, bei Solo war er lange Zeit Treuhänder für sibirische Geschäftsleute.

Doch zumindest in den Jahren 2001 bis 2003 war S. offenbar in Sachen Atomkraftwerksbau unterwegs – und das nicht nur als Provisionsempfänger bei ISV-Lieferungen. Bei einer Durchsuchung der Solo- und Vero-Firmenräume fanden die Ermittler eine ganze Reihe von Hinweisen auf andere deutsche Firmen. Die Berliner Vero Handels GmbH soll systematisch potentielle Zulieferer für das AKW-Projekt in Iran abgegrast haben.

Allerdings soll Zwischenhändler S., der inzwischen in Moskau lebt und zu den Vorwürfen schweigt, nicht immer allen verraten haben, für welches Land die Lieferungen gedacht sind. Bei einer Firma aus Nordrhein-Westfalen, so erinnert sich ein Manager, wollte Vero spezielle Elektrotechnik bestellen. Angeblicher Bestimmungsort: Russland. Zu einem Handel sei es nicht gekommen, erklärt dazu die Firma. Die meisten der 41 durchsuchten Firmen, darunter auch ABB und Siemens-Töchter, lehnten die dubiosen Offerten ab.

Mindestens viermal, so haben die Potsdamer Staatsanwälte ermittelt, sei Vero aber erfolgreich gewesen. Weitere Geschäftsanbahnungen werden zurzeit noch überprüft. In mehreren Fällen hätten die Betroffenen aber glaubhaft machen können, nicht gewusst zu haben, dass der Auftrag für Iran geplant gewesen sei.

Anders lief es offenbar bei dem Unternehmen in Bad Homburg. Dort stellten die Ermittler Firmenunterlagen sicher, die den Verdacht nahelegen, dass das Unternehmen nicht nur nach Iran lieferte oder liefern ließ, sondern wohl auch wissen konnte, für welches Projekt hier akquiriert wurde. Zu den Vorwürfen, gegen Exportverbote verstoßen zu haben, mag sich die Geschäftsführerin nicht äußern.

Das Atomkraftwerk in Buschehr ist für den Betrieb, der als Kunden nahezu alle großen deutschen Rüstungsunternehmen anführt, kein unbekanntes Vorhaben. Auf der Referenzliste im Internet wird offensichtlich unter der Sparte Kraftwerksbau der Atommeiler in der iranischen Hafenstadt aufgeführt.

Sven Röbel,
Andreas Wassermann

KATASTROPHEN

E wie Eishalle

15 Menschen sind tot, Bad Reichenhall aber will weiterleben, als wäre nichts passiert: Drei Monate nach dem Einsturz der Eishalle fühlt sich keiner schuldig; Hinterbliebene, die sich nicht wegducken, werden wie Querulanten behandelt oder ignoriert.

DIETHER ENDLICHER / AP

Eingestürzte Eishalle in Bad Reichenhall: *Die Toten stören den Frieden der Lebenden*

Anruf bei Thomas Rumpeltes. In den Tagen danach hatte dieser Mann noch geredet, geredet, geredet: dass die Stadt so gut wie nichts an der Eishalle getan hatte, 32 Jahre lang. Dass seine Spieler Eimer aufstellen mussten, weil der Regen durchs Dach pladderte. Dass er, der Vorsitzende des Eishockeyclubs EAC Bad Reichenhall, die Sache mit den Pfützen doch immer wieder gemeldet habe.

Rumpeltes hatte in jenen Tagen geredet, als könnte man nun alles sagen, nein, als müsste man nach so einer Katastrophe mit 15 Toten doch sogar alles sagen. Über die Eishalle. Über das Dach, das am 2. Januar unter den Schneemassen zusammenbrach. Jetzt aber sagt der Mann am Telefon: „Ich sage nichts mehr, ich habe schon zu viel gesagt."

Besuch bei einer Mutter. „Schreiben Sie nicht meinen Namen", bittet sie, „nichts, was auf mich hindeuten könnte." Die Frau ist die Mutter eines toten Kindes; sie will wissen, wer Schuld hat, wer geschlampt, wer geschlafen hat. Der Oberbürgermeister? Die Baufirma? Irgendeiner muss es doch gewesen sein, wenn nicht die, wer dann? Die Mutter schluckt ihre Fragen hinunter: „Ich muss ja hier noch weiterleben. Schreiben Sie am besten gar nichts."

Ortstermin an der Halle: Am Absperrzaun hängt ein Zettel. „Wenn dieser Schnee schmilzt und längst alles weitergeht wie bisher / Wenn der Wind unsere Spuren verweht, denkt an uns keiner mehr / Und dann wascht ruhig Eure Hände in unserer Unschuld." Irgendeiner hat den Zettel hier hingehängt. Irgendeiner wollte anklagen, weil nun alle behaupten, sie hätten so etwas doch nicht ahnen können. Aber auch dieser eine wollte nicht erkannt werden. Auf dem Zettel steht kein Name.

Drei Monate sind vergangen. Drei Monate, in denen sich die Totenstille, die in den Minuten nach dem Einsturz über den Trümmern lag, in eine andere Stille verwandelt hat: die des Mundhaltens. Längst sind in Bad Reichenhall Wut und Empörung der ersten Tage in Druckserei umgeschlagen, gelten wieder die Gesetze von Rücksicht und Vorsicht. Und die Toten stören da nur den Frieden der Lebenden.

Im abgelaufenen Bürgermeisterwahlkampf sollte die Katastrophe keine Rolle spielen, so hatten es die drei Kandidaten verabredet. Auf stumm geschaltet ist auch die Stadtverwaltung: Die Beamten verweisen nur noch auf das laufende Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft Traunstein, da dürfe man leider nichts sagen. Das Kondolenzbuch im Rathaus haben sie beizeiten zugeklappt, das Online-Kondolenzbuch genauso. Auf der Begrüßungsseite der Stadt im Internet steht nicht ein Wort zum 2. Januar. Erst in der Rubrik „Städtische

RETO ZIMPPEL

Angehöriger Trecha
Verschimmelte Holzstücke gefunden

Einrichtungen“: Da haben sie 29 Zeilen zum schwärzesten Tag Bad Reichenhalls seit der Bombardierung im Krieg abgelegt. Zufällig weit oben. Zufällig, weil „Eishalle“ mit „E“ anfängt und damit im Alphabet vor „Kläranlage“ und „Volkshochschule“ steht.

Natürlich hat das Verdrängen auch damit zu tun, dass Bad Reichenhall klein ist, 18 000 Einwohner, und dass der Dreck, den einer hochwirft, gleich beim Nachbarn landet – oder wieder zurückfliegt. Das erklärt einiges, aber nicht alles. Selbst Kleinstädte sind heute nicht mehr so vakuumverschweißt, dass sich das Prinzip Provinz – die Vorsicht und die Rücksicht – noch so ohne weiteres konservieren ließe. Doch in Bad Reichenhall kommt noch etwas hinzu: Die Stadt ist ein Kurort, seit dem 19. Jahrhundert. In Kurorten ist Ruhe erste Bürgerpflicht, und so etwas prägt den Charakter – einer Gemeinde, ihrer Menschen.

Man hat hier 116 Jahre Erfahrung im Vermeiden von Ruhestörungen. Man hat ein Lärmschutzgebiet, das die halbe Innenstadt umfasst. Und man versteht sich offenbar auch darauf, jene Art Unruhe zu vermeiden, die nichts mit Lärm zu tun hat.

Rumpeltes, der Eishockeychef, sagte am Telefon nur noch, dass er Probleme bekommen habe nach seinen Vorwürfen. Massive Probleme. Er sagte nicht, welche, er wollte überhaupt nichts mehr sagen, auch nicht zu der Geschichte, die man sich in Reichenhall zuflüstert. Danach soll eine örtliche Bank dem Busunternehmer den Kreditrahmen gekündigt haben, ganz plötzlich, ganz überraschend. Und ein anderer, der damals seinen Mund nicht gehalten hatte, habe nun auf einmal eine Buchprüfung am Hals, auch ganz unerwartet. Nur ein Zufall?

Wer will dann aber schon noch reden über jene Beschlussvorlage für den Stadtrat vom April 2004? In der steht, dass bereits damals beim Komplex von Eislauf- und Schwimmhalle „dringender Handlungsbedarf“ bestand. Und das nicht nur bei der Hallentechnik, wie Oberbürgermeister Wolfgang Heitmeier von den Freien Wählern nach dem Desaster behauptete – sondern auch „aufgrund der vorhandenen Bausubstanz“. Die „Sanierung von alters- bzw. konstruktionsbedingt abgenutzten Bauteilen“ werde – zusammen mit der Technik – grob geschätzt „über 5 Mio. Euro“ kosten, hieß es da. Das Stadtbauamt habe „Untersuchungen zum baulichen und technischen Zustand durchgeführt“ – alle Parteien im Stadtrat kannten das Papier.

Und noch etwas hätte sich im Rathaus eigentlich herumsprechen müssen: Im April 2005 meldete sich Norbert Wurth beim Hallenmeister. Wurth war der Veranstalter eines Schnäppchenmarkts und musste 5 Mörtelwannen und 15 Eimer aufstellen, um das Regenwasser aufzufangen. „Als wir morgens in die Halle kamen, waren die Bütten voll, die Eimer sowieso.“ Macht zusammen 750 Liter Wasser, und das mehrmals.

RETO ZIMPEL

Witwer Zauner: *„Eiskalt unter den Teppich“*

Umso schwerer zu begreifen, dass Sicherheitsmängel am Dach trotzdem nie ein Thema waren, laut Heitmeier. Nach der Katastrophe las er aus einem Gutachten vor, ein paar dürre Sätze, mehr wollte er nicht offenlegen. Holzträger, hieß es da, wiesen Wasserflecken auf, die aber „weder auf die Qualität noch die Tragfähigkeit des Tragwerks Einfluss“ hätten. Doch hatte die Gutachterfirma aus Reichenhall den Leim in den Trägern überhaupt geprüft? Jenen Leim, der sich vermutlich unter den ständigen Rinnsalen zersetzte? Alles ungeklärt, aber kaum hatte Heitmeier seine Sätze vorgelesen, da fühlte sich halb Reichenhall schon erleichtert. Bereit zum Gegenangriff.

„Warum schürt man Hass?“, fragte der Ehrenbürger Fritz Hofmann, dritter Bürgermeister a. D., auf der Leserbriefseite des „Reichenhaller Tagblatts“. Und, offenbar gegen die Spitze des Eishockeyclubs gerichtet: „Wenn der Oberbürgermeister seit 15 Jahren gewusst haben müsste, ‚was alle Reichenhaller gewusst haben‘, dann müssen sich auch jene schuldig fühlen, die in diesen 15 Jahren ihre anvertrauten Kinder bis zum letzten Tag zum Training in diese ‚baufällige‘ Halle geführt haben.“ Wer andere hinhängt, konnte man daraus lesen, möge nur aufpassen, dass er nicht plötzlich selbst mit drinhängt.

Deshalb war in Aufham, ganz in der Nähe, auch Franz Zauner gewarnt, Witwer seit dem 2. Januar. Doch für alle Fälle hat es ihm dann auch noch mal sein Betreuer von der Caritas gesagt. Hat ihn gefragt, ob er das wirklich so schreiben wolle, diesen Brief, ob er sich auch gut überlegt habe, was er damit auslösen könne, Reaktionen, die ihm vielleicht nicht lieb wären.

Aber Zauner, 41, konnte sie nicht mehr aushalten, diese Reichenhaller Ruhe, und begann zu schreiben: dass es Menschen gebe, die fähig seien, „bereits wenige Wochen nach dem Unglück alles eiskalt unter den Teppich zu kehren“. Und wenn Oberbürgermeister Heitmeier „nichts über den maroden, wasserdurchlässigen Dachzustand“ gewusst haben wolle, müsse er „wegen seiner Falschheit und Verlogenheit den Nobelpreis erhalten“.

Damit fuhr Zauner zum „Reichenhaller Tagblatt“, bekam gesagt, dass man das als Leserbrief nicht abdrucken werde. Und seitdem hängt der Brief eben am Drahtzaun vor den Resten der Halle, mit vollem Namen. Nicht einer aus Reichenhall hat ihn seitdem darauf angesprochen.

Zauner ist ein einfacher Mann, Versandarbeiter im Salzwerk, er weiß nichts von Statik und Leimkonsistenz. Er weiß nur, dass jetzt nachts sein Sohn Patrick neben ihm im Ehebett liegt, weil der Siebenjährige nicht mehr allein schlafen kann. Und er weiß, dass dort immer noch Patricks Mutter Irene liegen würde, wenn die Stadt den Publikumslauf doch nur abgebrochen hätte.

Auch diese Frage mag man in Reichenhall nicht mehr hören: warum keiner die Leute rechtzeitig vom Eis geholt hat. Obwohl die Stadt schon um 15.30 Uhr das für 16.30 Uhr angesetzte Eishockeytraining abgesagt hatte, weil so viel Schnee auf dem Dach lag. Obwohl es um 15.30 Uhr in der Halle einen lauten Doppelknall gab, aus dem Dach, den sie fast alle auf dem Eis gehört haben, auch Zauner.

Der Eishockeychef sagt, er habe nach seinen Vorwürfen massive Probleme bekommen.

Und obwohl zu dieser Zeit zwei Kabelbinder von der Decke aufs Eis fielen. Hans Becher, ein Urlauber, brachte sie zu vier Männern in blauem Overall, die offenkundig zum Hallenpersonal gehörten. Einer der vier sagte nur, so was komme mal vor, alte Kabelbinder eben, aber mit den Augen suchten zwei Helfer dann doch die Decke ab.

Um 16 Uhr sollte der Publikumslauf dann zu Ende gehen, wie immer. Es endete um 16 Uhr, mit 15 Toten. Zauner hörte ein Knirschen, er drehte sich um beim Fahren, sah seine Irene, wie sie sich von der Bande abstieß. Und dann kam die Decke. Und dann dachten nur noch seine Füße, nicht mehr sein Kopf, sie rasten, und dann krachte es hinter ihm und brach über ihm zusammen und begrub seine Beine, in einem Hohlraum. Und als Zauner herausgeklettert war und dorthin schaute, wo mal die Eisfläche gewesen war, wusste er, dass da „keiner mehr rauskam“: Irene nicht

RETO ZIMPEL

Gedenkstätte an der Eishalle: *„Wenn dieser Schnee schmilzt, denkt an uns keiner mehr“*

und auch nicht Patrick, wenn er, wie die ganze Zeit, hinter Irene hergefahren wäre.

Man muss das wissen, wenn man die Wut des Franz Zauner verstehen will, Wut auf die Leute, die nicht erlebt haben, wie sieben gemeinsame Jahre totgeschlagen werden in einem Moment, und nur wieder ihre Ruhe wollen. Die nicht wissen, wie das ist, wenn die Frau zerquetscht ist und man den Sohn im Umkleideraum wiederfindet – einen Sohn, der schreit, schrill, panisch, immer nur: „Die Mama ist tot, die Mama ist tot!“

Deshalb also hat Zauner den Brief geschrieben, deshalb gibt er Heitmeier nicht die Hand. Und deshalb kann er dem Bürgermeister auch nicht verzeihen, dass der noch bis zur vergangenen Woche, bis zur OB-Stichwahl, im Amt weitermachte.

Heitmeier, dem CSU-Kandidaten Herbert Lackner nun knapp unterlegen, hat versprochen, er werde zu seiner Verantwortung stehen, wenn er denn eine Verantwortung für die Katastrophe habe. „Ich will das aufklären, aber das kann ich erst, wenn die Gutachter die Ursache gefunden haben“, sagt er. Auch Lackner, ab Mai neuer Oberbürgermeister, hat angekündigt, er wolle alles tun, um den Dingen auf den Grund zu gehen.

Zauner aber glaubt nicht, dass jemand zur Verantwortung gezogen wird. So wie drüben in Kaprun, kurz hinter der Grenze zu Österreich, wo sie 155 Tote hatten, beim Gletscherbahnunglück – aber keinen, der schuld gewesen sein sollte. „Viele denken hier, dass es genauso ausgeht“, sagt Zauner. Dass es am Ende heißt: höhere Gewalt – was so passieren kann, ohne dass einer was dafür kann.

Christian Trecha ist allerdings schon vom Naturell einer, der höhere Gewalt nicht einfach so hinnimmt. Trecha, der Onkel des neunjährigen Florian, der auf dem Eis starb. Der Störenfried, der sich nun nicht an die Regeln hält, in der Bürgerversammlung aufstand und Heitmeier nach seiner Verantwortung fragte. Der Aufsässige, der in der ersten Nacht stundenlang bei den Rettungsarbeiten in der Todeshalle mithalf, nicht nur, um Florian zu finden, sondern auch die Antwort, warum er sterben musste. Wie auch immer Trecha da herangekommen ist – irgendwann hatte der von ihm gegründete Verein „Sicherheit für Menschen in Deutschland“ Holzproben aus der Halle, die so stark nach Schimmel stanken, dass man es mit ihnen in einem Raum nicht lange aushielt. Die Proben gingen an die TU Berlin, für ein Gutachten – Ergebnis: Der Leim in den Trägern war nicht wasserfest, hatte sich zum Teil aufgelöst.

„Ich bin hier also der Querulant“, sagt Trecha. Was man von so einem hält, hat er gemerkt, als er seine Fragen in der Bürgerversammlung stellte. Heitmeier erhielt brausenden Applaus für sein Versprechen, er werde sich der Verantwortung stellen. Anschließend kamen noch Fragen wie die zum Lärm der Touristenbusse; es war mal wieder einigen zu laut in Reichenhall.

Trecha weiß, worauf er sich eingelassen hat. Er arbeitet als Bauleiter für die Firma seines Bruders, zieht gerade eine Wohnanlage hoch und sagt: „Was ich hier mache, ist für unser Unternehmen total kontraproduktiv. Oder glauben Sie, dass wir hier noch mal ein Millionenprojekt bekommen?“

MICHAELA REHLE / REUTERS

OB Heitmeier
Dürre Sätze

Als er kürzlich im Rathaus war, beim Hauptamtsleiter Gerhard Fuchs, um über die Eishalle zu sprechen, soll es einen kleinen spitzen Nebensatz gegeben haben, so in der Art: „Sie, Herr Trecha, haben Sie immer alles richtig gemacht? Sie hatten doch auch mal eine Firma.“ Eine Firma, die es nicht mehr gibt. Und bei der Baudirektorin Henrike Seitz sei auch so eine komische Bemerkung gefallen, etwa: „Na, Herr Trecha, schon alle Wohnungen verkauft?“ Der Hauptamtsleiter sagt dagegen, er habe die Sache mit Trechas Ex-Firma nie angesprochen; die Baudirektorin äußert sich generell nicht zur Eishalle.

„Ich bin jetzt so vielen auf die Zehen gestiegen“, schwant Trecha und glaubt, dass „jetzt alle zusammenhalten, nach dem Motto: Wenn keiner was sagt, wird keiner was rausfinden“. Die meisten Hinterbliebenen würden es am Ende hinnehmen, ist Trecha überzeugt. Unbequeme Fragen zu stellen bringe das Kind oder die Frau ja auch nicht zurück. Stattdessen nur Ärger. „Wo ich doch sowieso schon zerbrösele, die ganze Kraft weg ist“, kapituliert auch jene Mutter, die nicht erkannt werden will.

Die Kraft brauchte sie jetzt auch beim Kampf ums Geld. Selbst für die „schnelle“ und „unbürokratische“ Hilfe, die Ministerpräsident Edmund Stoiber zugesagt hatte, mit 50 000 Euro vom Land, haben die örtlichen Honoratioren eine Dunkelkammer der Bürokratie eingerichtet. Der Oberbürgermeister sitzt in dem Ausschuss, der 181 000 Euro Spendengelder verwaltet – von dem aber manche Hinterbliebene zweieinhalb Monate nichts hörten, bis sie endlich selbst nachfragten. „Ich kam mir vor wie ein Bittsteller“, sagt ein Angehöriger, „einer, der am Tod verdienen wollte.“

„Zusammenhalten nach dem Motto: Wenn keiner was sagt, wird keiner was rausfinden.“

Zahlen wird immerhin auch die Versicherungskammer Bayern; die Stadt ist bei ihr versichert. Es gab auch schon einen Termin für die Hinterbliebenen, so kurzfristig angesetzt, dass kaum einer seinen Anwalt mitbringen konnte. Die Kammer hatte einen Ex-Bundesrichter mitgebracht, der von ihr bezahlt wird, aber als neutraler „Mediator“ auftrat. Der ließ wissen, die Bestattungskosten würden übernommen. Ansonsten dürfe man sich nicht viel erwarten, das deutsche Opferrecht sei eben nicht so.

Andere schätzen die Chancen deutlich besser ein, der hannoversche Anwalt Ulrich von Jeinsen etwa, der drei Opferfamilien vertritt. Jeinsen will sich mit der Versicherungskammer sowie Vertretern von Gemeinde und Landesregierung zum Verhandeln an einen Runden Tisch setzen. Ziel: sechsstellige Summen für jede Familie, so wie sie auch nach dem Brand im Montblanc-Tunnel 1999 geflossen sind. Jeinsen aber gilt als einer von draußen, einer, der sich einmischt in Dinge, die man in Reichenhall besser unter sich klärt.

„Was die ganze Stadt jetzt braucht, ist Zusammenhalt“, schrieb das Lokalblatt nach der Katastrophe. Wenn alle zusammenhalten, dann können in Bad Reichenhall sogar 15 Menschen sterben, ohne dass sich einer schuldig fühlen muss.

JÜRGEN DAHLKAMP, CONNY NEUMANN

JENS WOLF / DPA

AUFBAU OST

An den Pranger

Die ostdeutschen Länder streiten um die Verwendung der Milliarden aus dem Solidarpakt – und riskieren das Ende der Subventionen.

Es war ein harmonischer Tag in den Franckeschen Stiftungen in Halle. Erst spielte Bundeskanzlerin Angela Merkel beim Treffen der Ostministerpräsidenten mit ein paar Hortkindern, dann gelobte sie, den Aufbau Ost weiter voranzubringen. Anschließend versprachen die Regierungschefs der fünf neuen Länder, umstrittene Details der Ostförderung einvernehmlich zu klären. Nichts sollte die Einheit der Ostler in Zweifel ziehen.

Der Burgfriede von Halle, geschlossen Ende Februar, hielt nur wenige Wochen: In nie da gewesener Schärfe streiten die Ostländer jetzt darüber, wofür die Milliardenhilfen aus dem Steuersäckel zukünftig ausgegeben werden dürfen. Die Protagonisten des Zoffs um die Ostmilliarden sind zwei CDU-Parteifreunde: Sachsens Ministerpräsident Georg Milbradt und sein Thüringer Kollege Dieter Althaus.

Dabei gibt es auf den ersten Blick gar keinen Grund zum Streit. Denn im Gesetz ist alles klipp und klar geregelt. Als Bund und Länder 2001 den Solidarpakt II beschlossen, legten sie fest, wofür das Geld ausgegeben werden darf. Ausschließlich „zur Deckung von teilungsbedingten Sonderlasten“ fließen in die Ostländer bis 2019 noch rund 156 Milliarden Euro: 105 Milliarden als Bundeszuschüsse, 51 Milliarden als projektbezogene Förderung, etwa bei Unternehmensansiedlungen. Über die Fortschritte im Aufbau Ost müssen die Länder dem Bundesfinanzministerium jährlich berichten.

Doch genau darin liegt die Crux: Jahr für Jahr erfährt demnach die Öffentlichkeit, dass allein Sachsen das schöne Geld so ausgibt, wie das Gesetz es vorschreibt. Alle anderen ostdeutschen Länder verwenden die direkten Bundeszuschüsse zumindest teilweise zweckwidrig: für ihre Bediensteten oder gar für die Zinsen laufender Kredite.

Gravierende Folgen hatte derartiges Finanzgebaren bislang nicht. „Wir lassen uns im Bundesfinanzministerium den Kopf waschen, dann bedauern wir zutiefst – und machen weiter wie bisher“, erklärt ein Finanzminister das jährliche Ritual. Denn Sanktionen, etwa Kürzungen von Osthilfen, sind im Gesetz nicht vorgesehen. Gefordert wurden sie bisher nur von Finanzwissenschaftlern und den Grünen. Doch mittlerweile schwant auch dem für den Aufbau Ost zuständigen Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee (SPD), dass „der politische Druck, Sanktionen einzusetzen, zunehmen“ werde – wenn nicht die hochverschuldeten Ostländer „besser als bisher konsolidieren“.

Für diesen Fall will nun Thüringens Premier vorbauen. Er hat eine umstrittene Abwehrstrategie ausgeklügelt und sich damit den Zorn Milbradts zugezogen. Der Fehler beim Aufbau Ost, argumentiert Althaus, liege in den zu strengen Kriterien des bisherigen Gesetzes. So sei die Förderung von Bildung nur in sehr engen Grenzen möglich – dabei seien „Investitionen in die Köpfe“ für den Standort Ostdeutschland doch viel wichtiger als immer nur neue Straßen und Gewerbegebiete.

Das Kalkül dieser Argumentation ist simpel: Käme Althaus damit durch, könnte Thüringen seine Aufbau-Ost-Bilanz schönrechnen. Unter Einbeziehung der Ausgaben etwa für Bildung, so rechnete das Institut für Wirtschaftswissenschaftsforschung Halle jetzt in einem Gutachten vor, hätte Thüringen im Jahr 2002 knapp 60 Prozent der Solidarpaktmittel gesetzeskonform für „wachstumsrelevante Aufgaben“ verwendet. Zumindest Personalkosten von Universitäten oder Berufsschulen sollten deshalb – künftig legal – aus den Solidarpaktmitteln bezahlt werden. Sachsen-Anhalt unterstützt Althaus’ Position.

Doch die Sachsen wollen da nicht mitspielen. „Nur weil die anderen nicht wirtschaften können“, grantelt ein Dresdner Kabinettsmitglied, „muss doch nicht das ganze System über den Haufen geworfen werden.“ Den Vorstoß von Althaus kontern die Sachsen mit einem Gegengutachten. „An den Pranger“ gehörten die Sünder, so geißelt Helmut Seitz, Finanzwissenschaftler der TU-Dresden die Nachbarländer. Er attackiert ihre Millionen-Flops als „regionalpolitische Appeasement-Projekte“ wie die gescheiterte Chip-Fabrik in Frankfurt (Oder). Die Regelungen im Solidarpakt jetzt ändern zu wollen sei „gegenüber dem Steuerzahler unverantwortlich“.

Der Finanzwissenschaftler spricht auch aus, was Milbradt denkt: Die „Aufweichung der Mittelverwendung“ sei ohne Gesetzesänderung gar nicht möglich. Damit würden aber die gesamten Osttransfers wieder neu verhandelt werden müssen. Brandenburgs Finanzminister Rainer Speer (SPD) warnt denn auch: „Es muss alles vermieden werden, was den Solidarpakt aufschnürt.“

Milbradt, Speer und Mecklenburg-Vorpommerns Finanzministerin Sigrid Keler (SPD) fürchten zwei Szenarien, die beide nichts Gutes für die Osthilfen bedeuten würden. Variante eins: Eine Debatte über ein neues Solidarpakt-Gesetz würde – angesichts der dramatischen Schuldenlast des Bundes – nicht ohne Mittelkürzungen über die Bühne gehen. Variante zwei: Die harten Kriterien würden gelockert – und böten ein Einfallstor für ähnliche Wünsche finanzschwacher Westländer.

Am Ende, so schreibt Gutachter Seitz, könnten so „die neuen Bundesländer die Verlierer sein“.

ANDREAS WASSERMANN, STEFFEN WINTER

ARIS

Christdemokraten Milbradt (M.), Althaus (r.)*
Alle Osttransfers neu verhandeln?

* Mit Mecklenburg-Vorpommerns Regierungschef Harald Ringstorff (SPD).

Aufbau-Ost-Projekt Autobahnbau
Attacke auf Millionen-Flops

Was war da los, Mr Pikora?

Der US-Feuerwehrmann Larry Pikora, 47, über das letzte Manöver eines Flugschülers

„Das Flugzeug taumelte noch in der Luft, da gingen bei uns bereits die ersten Anrufe ein. Wenige Minuten später war die Maschine nach einem Motorschaden auf einer Schnellstraße notgelandet, hatte zwei Leitungsmasten mitgerissen und sich dabei auf den Rücken gelegt. Wir waren auf das Schlimmste vorbereitet, schließlich hat so ein Flugzeug locker 50 Liter Treibstoff an Bord. Als ich eintraf, hockten der Pilot und sein 18-jähriger Flugschüler weinend neben der Maschine – unter Schock, aber unverletzt. Die haben wirklich Glück gehabt, es gab kein Leck im Tank, und alle Autos hatten ihnen rechtzeitig ausweichen können. Für den Flugschüler war es seine zweite Stunde. Und, wie er mir versichert hat, auch seine letzte.“

GEORGE THOMPSON / AP

Feuerwehrmann Pikora

INTERNET

Fifa wehrt sich

Einen Monat lang hat das kleine, kostenlose Computerprogramm „Ticketalarm“ funktioniert, seit vergangener Woche aber lässt sich die Fifa nicht mehr per Computer austricksen. Einige tausend Fußballfans hatten Ticketalarm auf ihren Rechnern installiert, das Programm sollte ihnen helfen, doch noch an Eintrittskarten zur Fußballweltmeisterschaft zu kommen. Zurzeit gibt es praktisch keine Karten, aber ab und zu werden kleine Kontingente frei, etwa wenn ein Abnehmer Tickets zurückgibt. Bis Mitte April bietet die Fifa auf ihrer Web-Seite immer wieder mal solche Restkarten an. Normalerweise dauert es dann nur ein paar Minuten, bis jemand zugreift. Wer also unbedingt eine Karte will, müsste praktisch 24 Stunden am Stück die Fifa-Seite beobachten. Man konnte aber auch das Programm nach Tickets suchen lassen – alle 90 Sekunden fragte Ticketalarm die Fifa-Seite ab. Das erzeugte eine ungeheure Last auf dem Server. Seit vergangener Woche werden Anfragen des Programms vom Fifa-Rechner geblockt. Nun müssen Fans wieder selbst stundenlang auf den Bildschirm starren oder sich damit abfinden, dass sie leer ausgehen.

FRANK MAY / PICTURE-ALLIANCE / DPA

WM-Maskottchen mit Ticket

SACHBÜCHER

Traum vom Reisen

Sie verließen das alte Europa im Zwischendeck. Zwischen 1820 und 1920 schifften sich 34 Millionen Europäer nach Amerika ein, sie suchten Freiheit und Wohlstand. Für die Schifffahrtslinien waren die Auswanderer ein lohnendes Geschäft, die Reeder bauten immer größere Passagierschiffe – die legendären Ozeanriesen waren in Wahrheit vor allem Fluchtfahrzeuge aus der Armut. Ein Bildband zeigt nun historische Fotos aus der Ära der Ozeanüberquerungen. Man sieht das Gedränge unter den Billigpassagieren, die Hoffnung in ihren Gesichtern – genauso aber auch den Luxus der ersten und zweiten Klasse: das Tennisspiel an Deck, den Swimmingpool, die feinen Salons, die Edelküchen. Unter reichen Touristen galt damals, dass eine Seereise dann besonders gelungen sei, wenn man das Meer vergessen kann. Für die ersten Motorschiffe wurde sogar „Nie wieder Seekrankheit“ versprochen – eine Lüge, wie die Passagiere bald bemerkten. 1924 endete die große Zeit der Ozeanriesen: Die USA hatten ihre Einwanderungsquoten begrenzt, die Passagiere blieben aus.

Catherine Donzel: „Legendäre Ozeanreisen“. Frederking & Thaler, München; 192 Seiten; 39,90 Euro.

C. DONZEL / FREDERKING & THALER VERLAG

Ozeandampfer „Leviathan“ (um 1925)

EINE MELDUNG UND IHRE GESCHICHTE

Ahmed, die Schöne

Ungenau verlobt – wie ein Ägypter beinahe einen Mann heiratete

Der Polizist lacht, grob, heiser. Mach schon, sagt er zu der jungen Frau, zieh dich aus!

Der Nachmittag des 20. Dezember 2005, drei Personen befinden sich im Vernehmungszimmer des Polizeireviers Isba Cheir Allah, im Süden Kairos, im Stadtteil Basatin: Der Polizist, der die Verhaftung durchgeführt hat, die junge Frau namens „Muna“, verdächtigt des Betrugs, die dritte Person ist ihr Bräutigam, Tamir Sabir Schaaban. Tamir, der Bräutigam, zittert, der Schock.

Ausziehen, los!, jetzt schreit der Polizist.

Tamir, der Bräutigam, schlägt die Hände vors Gesicht. Er ist 24 Jahre jung, Vorarbeiter in der Bonbonfabrik „Bom Bom“, liiert mit Muna seit drei Jahren, ein fröhlicher, romantischer Mann, sagen seine Freunde – jetzt ist er alles andere als fröhlich.

Er hört, wie Muna sich auszieht.

Hört sie schluchzen.

Dann ist es still.

Na also, sagt der Polizist.

Tamir zuckt zusammen, der Polizist hat ihm auf die Schulter gepatscht, na los, sagt er, mach doch mal die Augen auf, du Bräutigam, willst du nicht mal einen Blick werfen auf deine hübsche Frau, bevor du das Protokoll unterschreibst?

Tamir reißt sich los. Raus aus der Tür, er rennt den Flur entlang, raus aus dem Polizeirevier, er hastet durch die Straßen und Gassen des Viertels, ziellos. Wo soll er auch hin, nach Hause? Niemals!

Tamir lebt bei seinen Eltern, unweit vom Polizeirevier, nahe der U-Bahn-Station Sahra. Das Haus hat Wände aus Lehmziegeln, als Dach ein paar Holzbretter, Plastikplanen. Zwei Zimmer, in einem schlafen die Eltern und die Schwester, im anderen Tamir und seine drei Brüder. Die Miete ist vergleichsweise hoch: 120 ägyptische Pfund (17 Euro), Strom müssen sie heimlich abzapfen. Hinter dem Slum liegt eine wilde Müllkippe.

Es wird Abend. Tamir irrt noch durch die Straßen. In seinem Kopf hämmert die eine Frage: Wie konnte das geschehen?

Tamir und Muna lernten sich vor drei Jahren kennen. Muna arbeitete damals in einer Papierfabrik, als ungelernte Hilfskraft. Aber Tamir verschaffte ihr einen besseren Job, er kannte jemanden in einer Manufaktur für Damenhandtaschen. Als Muna fragte, wie sie ihre Dankbarkeit zeigen könne, sagte Tamir: Indem du mit mir spazieren gehst.

Und so fuhren sie mit dem Bus zu einem Park und gingen spazieren. Immer öfter trafen sie sich, nur donnerstags nicht, da spielte Tamir Fußball. Wenn sie spazieren gingen, rezitierte Tamir Liebesgedichte, manchmal sangen sie Lieder, zweistimmig: „Weit von dir ist mein Leben eine Qual“.

Braut „Muna“, Bräutigam Tamir

Nach drei Jahren Verlobungszeit hat ein Ägypter am Hochzeitstag zur Kenntnis nehmen müssen, daß seine züchtig ver-

Aus der „Frankfurter Allgemeinen“

Dann war Muna weg. Verschwunden. Urplötzlich. Sie kam nicht zur Arbeit, sie kam nicht mehr in den Park.

Muna, in Wahrheit ein junger Mann namens Ahmed Abu Seid, 18 Jahre alt, war zum Arzt gegangen – aus Liebe zu Tamir. Er hatte im Behandlungszimmer gesessen, hatte dem Arzt gestanden, dass er sich als Frau fühle, schon immer sei es so gewesen, doch jetzt hätte er einen jungen Mann kennengelernt, den er liebe, und ob man ihn zur Frau machen könne?

Der Arzt hörte sich Muna/Ahmeds Geschichte an, dann stand er auf, holte aus seinem Schrank einen Gummischlauch und drosch auf seinen Patienten ein, brüllte ihn an, und Muna/Ahmed heulte vor Schmerz und Demütigung und floh.

Es gab also keine Rettung. Zwei Monate lang nach jenem Arztbesuch versteckte sich Ahmed vor der Welt, aber irgendwann hielt er es nicht mehr aus.

Und er wurde wieder Muna, so trafen sie sich wieder.

Tamirs Fragen wich Muna aus. Eines furchtbaren Tages würde Tamir alles erfahren, doch bis dahin war Zeit, jede einzelne Sekunde wollte Muna genießen.

Drei Jahre lang schöpfte Tamir keinen Verdacht. Er hätte gern mal ihren Busen gesehen, doch Muna sagte nein, so eine sei sie nicht, Tamir liebte sie umso mehr. Muna machte manchmal dunkle Andeutungen, es gäbe ein Geheimnis in ihrem Leben – Tamir verstand kein Wort, aber hat nicht jeder ein Geheimnis? Ende November setzten sie einen Termin an für die Heirat. Sie gingen zu einem Laden, um Brautkleidung auszuleihen, fuhren zum Basar Chan al-Chalili, um eine goldene Kette zu kaufen, einen Ring, Ohrringe, Tamirs gesamte Ersparnisse 1300 Pfund (etwa 188 Euro) gingen dafür drauf. Nach der Geburtsurkunde – die Ahmed seiner kleinen Halbschwester gestohlen hatte – war Muna erst 13 Jahre alt, ein Computerfehler, erklärte sie Tamir. Na ja, kommt halt vor, dachte der.

In den Wochen vor der Hochzeit war Muna oft zu Besuch bei Tamir; auch an jenem schrecklichen Tag, als die Frau kam. Ein Gerücht kursierte im Viertel, ein schreckliches Gerücht, und die Frau, eine Nachbarin, sagte, es sei ihre Pflicht vor Allah und den Menschen, die Familie zu warnen. Und sie erzählte.

Muna wurde gerufen. Sie war bleich, willigte aber schließlich ein in die Untersuchung. Die älteren Frauen tasteten die Schwiegertochter in spe ab, griffen unter ihr Kleid, und plötzlich schrien sie auf, grell, durchdringend, jemand rannte los, um die Polizei zu holen.

Ahmed kam in Untersuchungshaft. Anfang Mai soll der Prozess sein, Ahmed rechnet mit drei Monaten Gefängnis. Tamir, der betrogene Bräutigam, hat sich etwas erholt. Eines Tages, sagt er, wolle er Ahmed wiedersehen, er trägt ihm nichts nach, vielleicht können sie Freunde sein.

RALF HOPPE

ISSOUF SANOGO / AFP

Torjubel der Nationalspieler beim Afrika-Cup: *„Sie laufen mit viel Gepäck auf“*

FUSSBALLER

Die Mission der Elefanten

Dass Sport und Politik miteinander nichts zu tun hätten, darüber können die Nationalspieler der Elfenbeinküste nur lachen. Sie werden bei der WM auch um den Frieden in ihrem Land kämpfen. *Von Ullrich Fichtner*

Es sind Flugzeuge über der Stadt, vierstrahlige Uno-Maschinen, sie zeigen ihre grauen Bäuche im Tropenhimmel, sie überfliegen Abobo im Norden, seine erdigen Slums und Märkte, sie überfliegen die Prachtbauten der Reichen und Mächtigen von Cocody, sie landen Schlag auf Schlag in Abidjan, und wenn gerade Sonntag ist, später Nachmittag, dann passieren sie im Sinkflug grob geschätzt 2000, 3000 zeitgleich laufende Fußballspiele.

Kinder füllen die Straßen, Halbstarke sind auf den Plätzen, wenn aus der Vier-Millionen-Stadt an der Atlantikküste langsam die größte Hitze weicht, dann beginnt das große Spiel, überall. Sie spielen am Hafen, an den Stränden, auf Parkplätzen, unter Palmen, sie spielen auf zwei Tore oder nur auf ein Tor, auf Kleiderhaufen, sie schießen auf Tore, markiert von Ästen, Mülltüten, Waschpulvertonnen.

Die Bälle springen so unkontrollierbar auf wie Rugby-Eier, bei Pfostenschüssen wollen die morschen Tore umstürzen, und es sind ständig – weil auch am Spielfeldrand überall Knäuel von Kindern ihre Turniere spielen – zwei, drei Bälle auf dem Feld, aus Plastik, aus Leder, aus verknoteten Lumpen.

Bei Torschüssen zischt der Ball durch die löchrigen Netze, so dass nach jedem Treffer diskutiert werden muss, im Pulk um den Schiedsrichter, ob überhaupt ein Tor gefallen sei. Das Spielfeld endet nicht an Linien, sondern dort, wo die Füße des Publikums beginnen, und die Zuschauer tragen Sonntagskleidung, frische Trikots, die doppelt hell leuchten im Ocker, im Umbra, im fahlen Braun westafrikanischer Luft: Juventus Turin. Paris St. Germain.

KAMBOU SIA / AFP

Kapitän Drogba (M.), Mitspieler in Abidjan
Niederlagen verschärfen den Bürgerkrieg

Arsenal London. Bayern München. Ajax Amsterdam. FC Barcelona.

Auch in Yopougon, dem westlichen Teil Abidjans, spielen sie. Frauen in grellem Tuch kreuzen die Spielfelder mit gewaltigen Kopflasten, Eselskarren ziehen durch die Tore, Ziegenmärkte ufern aus in den Strafraum, es weht Wäsche hinter jeder Szene, vor jedem Haus, und vor jedem fünften steht ein verwitterter, handbemalter Kickertisch. Hier, in einem verwinkelten Viertel aus einstöckigen, fensterlosen Betonbauten, trat Didier Zokora, den sie den „Maestro“ nennen, zum ersten Mal gegen einen Ball.

Zokora trägt die Nummer 5 der Nationalmannschaft von Côte d’Ivoire. Mit 17 schon, vor 8 Jahren, machte er sein erstes Spiel für die Elefanten, es gab ein 2:2 gegen Tunesien, 1998 in Abidjan. Zokora kam damals zur Halbzeit, und er wurde seitdem nicht mehr oft ausgewechselt.

Es gibt Mittelfeldspieler, die eigentlich Stürmer sind, und solche, die besser Verteidiger wären. Zokora ist für die Mitte geboren, er ist für das Kraftzentrum des Fußballs gemacht, für das mittlere Drittel des Geschehens, wo sich ständig zehntausend Optionen bieten, wo das Spiel keinen Rand hat, wo die Mannschaft im Angriff in Splittersekunden die wesentlichen Entscheidungen zu fällen hat.

Zokora ist schnell, und er war es von klein auf. In den Straßen um sein Elternhaus finden sich Augenzeugen dafür in Scharen, Freunde von damals, gealterte Talente, die mit ihm spielten im Staub der Straßen. Er war nicht nur ein schneller Läufer, sondern schnell vor allem in den Hüften, in den Schultern, im Becken, er ist es geblieben, bis heute, und das bringt ihm, Mann gegen Mann, endlose Möglichkeiten der Täuschung.

Zokora kann eine Bewegung seines Körpers binnen eines Wimpernschlags zurücknehmen und in die Gegenrichtung drehen, er gibt seinen Gegnern Rätsel auf, über die sie noch grübeln, wenn er schon, längst an ihnen vorbei, seine Mitspieler mit schnurgeraden Pässen bedient.

Seine Karriere lässt sich auf viele Weisen erzählen: Die einfache Variante ist die Geschichte vom Kind aus armer afrikanischer Vorstadt, das durch Talent und Fleiß und Gottesglauben seine Ziele erreicht. Er wurde entdeckt erst in seiner Straße, dann in seinem Viertel, dann in Yopougon, dann kannte man ihn bald in ganz Abidjan. Er spielte für ASEC Mimosas, das ist das Bayern München Westafrikas, er wurde gezogen für die Nationalmannschaft der Junioren, reiste mit ihr zu Turnieren, wurde entdeckt, gekauft, und jetzt findet um ihn, in diesen Wochen und Monaten vor der WM 2006, ein Bietergefecht statt, in dem es um Millionen geht.

Es geht für Zokora, den im Moment noch unersetzbaren Regisseur des AS

PHILIPPE MASSEGUIN

Fußballstar Zokora in Abidjan: *Umworben von Chelsea, Manchester, Mailand*

St. Etienne, um den Durchbruch in die Champions League. Es geht um Namen wie Chelsea. Wie Manchester. Wie Lyon. Turin. Mailand.

Seine Eltern wohnen jetzt in einem großen Haus in Yopougon, das aussieht wie ein Bunker hinter hohen Mauern, ein Geschenk des erfolgreichen Sohns, bezahlt vom ersten Geld, das er als Profi in Europa verdiente. Der Bau steht in einem Zug besserer Straßen, dort parken schöne Autos vor Garagen, und kein Marktbetrieb stört die Ruhe der Tage.

In der Mauer öffnet sich eine Metalltür auf einen kleinen Hof, dort sitzt Zokoras Vater Augustin wie ein Fürst, in knöchellangem, besticktem Gewand. Im Schatten lungern die Brüder. Vater Zokora ist ein an der Diabetes erkrankter Mann, das Weiß seiner Augen schimmert gelb. „Ich bin nur noch am Leben“, sagt er, „weil mir Didier die Operationen bezahlt hat.“

Alphonsine, die Mutter, eine Kindergärtnerin, die noch immer jeden Tag arbeiten geht, für 170 Euro Lohn im Monat, bittet in den Salon, es ist Sonntag. Der Weg führt vorbei an kleinen Schreinen für die Heilige Mutter Gottes von Lourdes, drinnen der große Raum ist gerichtet wie für ein Fest, Schüsseln mit Essen stehen auf breiten Tischen, Frauen sitzen die Wand entlang, in üppigen Gewändern, Kreuze um den Hals oder Schleier um den Kopf, es ist eine Szene wie aus einem Traum. „Didier hat mir zum Geburtstag ein Auto geschenkt“, sagt die Mutter, „stellen Sie sich vor: einen BMW, mit einem Chauffeur.“

Danach spricht sie lange und liebevoll von ihrem Kind, einem von sieben: Fünf Brüder hat Zokora und eine Schwester. Die Mutter erinnert sich der Zeiten, als der Kleine verschwunden war, tagelang, verstrickt in seine endlose Fußballspielerei. Sie erzählt, wie sie seine Kleider versteckte, um ihn am Spielen zu hindern, und wie er sich trotzdem davonmachte, nur mit einem Tuch um die Lenden.

Als die Familie noch zu neunt in engen Räumen lebte, die Küche dort nur ein schwarzes, verrußtes Erdloch, lief die halbe heutige Nationalmannschaft der Elfenbeinküste durch die Wohnung der Zokoras

Die Nationalelf ist eine Melange der Ethnien und Religionen, quer zu den Bürgerkriegsfronten.

– zehn-, elfjährige Knaben damals, die nicht in die Schule wollten, nicht an den Esstisch, nicht ins Bett, die immerfort die Welt vergaßen, sobald in der Nähe irgendwo das schmatzende Geräusch eines aufspringenden Balls zu hören war.

Hat sie noch Kontakt zu den anderen Müttern? Alphonsine Zokora macht ein leeres Gesicht, dann lacht sie laut und schallend. Sie macht eine große Armbewegung durch ihr Wohnzimmer und sagt: „Aber sie sind doch alle hier!“ Dort, an der Wand, lachen jetzt all die anderen Frauen, die festlich gekleideten Gäste, es sind die Mütter von Arouna Koné, PSV Eindhoven, von Bakari Kone, O.G.C. Nizza, von Emmanuel Eboue, Arsenal London, von Aruna Dindane, RC Lens, von Arthur Boka, RC Strasbourg, von Jean-Jacques Tizié, Espérance Tunis.

Es fehlen ein paar, die Mütter von Kolo Touré, Arsenal London, von Bonaventure Kalou, Paris St. Germain, sie haben sich entschuldigt, denn dies hier ist eine Vereinssitzung, ein Treffen der Amef, und Amef heißt so viel wie „Mütterclub der Elefanten“. Gewiss wäre auch Madame Drogba dabei, die Mutter des Sturmwunders von Chelsea. Aber die Familie hat das Land verlassen, vor 20 Jahren schon, als Didier Drogba vier Jahre alt war.

Zokoras Elternhaus in Yopougon ist jetzt voller Geschichten bis in den Abend hinein, die Mütter schnattern durcheinander, Frauen aus dem Norden, Frauen aus dem Süden, Frauen, die zu Allah halten, und Frauen, die zur Mutter Maria beten. Man muss das erwähnen, wenn es um die Elfenbeinküste geht, denn es geht dabei vor allem um Zwietracht und Krieg.

Es hätte aus Didier Zokora und den anderen Söhnen weit weniger und weit weniger Vorzeigbares werden können, das betrifft eine andere Möglichkeit, die Geschichte Zokoras zu erzählen. Denn als er reif wurde, vor sechs Jahren, für die europäischen Ligen, als sich für ihn die kühnen Hoffnungen erfüllten, zerfiel in seinem Rücken die Heimat, Stück für Stück.

Als er 1999 bei einem Juniorenturnier in Toulon von den Spähern des belgischen Erstligisten KRC Genk entdeckt wurde, putschte sich daheim General Robert Gueï mit Teilen der Armee an die Macht und beendete eine Epoche von 39 Jahren ruhiger, postkolonialer Geschichte.

Ein Jahr später wagte Zokora wirklich den Sprung nach Genk. Und trotz Fremde und Kälte gelang es ihm, sich in den ersten Spielen als zentraler Mittelfeldspieler zu etablieren. Zurück in der Heimat ließ sich Laurent Gbagbo im Zuge frisierter Wahlen zum Präsidenten wählen. Die neue Führung ging daran, den Reichtum des Landes für die eigenen Clans nutzbar zu machen, vor allem die Gewinne aus der weltgrößten Kakaoproduktion, und sie diktierte dem Volk eine Debatte darüber, wer eigentlich Ivorer sei und wer nicht – ein giftiger Gedanke in einem Land, in dem bis dahin 60 Ethnien geräuschlos miteinander gelebt hatten.

Zokora wurde mit Genk 2002 belgischer Fußballmeister. In der Champions League schieden sie sieglos nach der Vorrunde aus, unter anderem von Real Madrid mit 6:0 nach Hause geschickt. In der Elfenbeinküste brach jetzt der Krieg aus. Das Land zerfiel in Nord und Süd, Teile der Armee desertierten und formierten sich im Norden neu als Rebellenbewegung. Es wurde entlang willkürlichen ethnischen und religiösen Linien gekämpft, es wurde geschossen, gebombt, gestorben.

Im Jahr darauf sah sich Zokora erstmals umworben, von Lille damals noch, von Au-

SCOTT NELSON / WPN / AGENTUR FOCUS

Mütterclub der Nationalelf, Spielermutter Zokora (hinten r.): *Geschichten vom Krieg*

xerre, von Straßburg und Nantes. Für seine Heimat handelte Frankreich, bis 1960 Kolonialherr der Elfenbeinküste, die Bildung einer Regierung „der nationalen Versöhnung“ aus, man gelobte die Entwaffnung der verfeindeten Parteien, aber deren Mühen währte nicht lang.

Ein Jahr später, als Zokora 2004 seinen Fünfjahresvertrag bei AS St. Etienne unterschrieb, zerbrach in Yamoussoukro, der kleinen künstlichen Hauptstadt der Côte d’Ivoire, die Einheitsregierung, man hörte von rassistischen Mordtaten, und von April an standen über 6000 Uno-Blauhelme im Land, um die verfeindeten Landesteile durch eine Pufferzone zu trennen.

Mit der Nationalmannschaft spielte Zokora um die Qualifikation für die WM in Deutschland. Sie spielten, bis auf den Torhüter alle europäische Exilanten, mit bangem Herzen für ihr Land, in dem die meisten von ihnen Kinder waren, Kinder des Nordens, Kinder des Südens. Bis heute ist die Equipe eine Melange der Ethnien und Religionen kreuz und quer zu den Bürgerkriegsfronten, niemand stört sich daran bei Siegesfeiern, und im Team hätte keiner sich je die Frage gestellt, ob er ein „richtiger“ oder ein nur „zugewanderter“ Ivorer sei.

Sie spielten Fußball. Gegen Libyen und Ägypten im Juni 2004, gegen Kamerun im Juli, gegen Sudan im September, gegen Benin im Oktober, sie spielten gut, sie wurden, in den Kampfpausen zu Hause, wie Götter gefeiert. Aber im Lauf der Monate heizte sich die Lage im Land weiter auf. Im November 2004 flog die Luftwaffe Angriffe auf Ziele im Norden, in Abidjan verwüsteten präsidententreue Milizen internationale Reisebüros, französische Schulen, oppositionelle Zeitungen, ein Mob zog durch die Stadt und ließ alle Weißen, und die Franzosen zumal, Spießruten laufen.

Frankreich verstärkte seine Militäroperation „Licorne“ auf 6000 Mann, es wurde mit dem Schlimmsten gerechnet, es wurden 6000 Ausländer über eine dramatisch inszenierte Luftbrücke evakuiert, der Uno-Sicherheitsrat tagte, sanktionierte, die EU appellierte, und in Leitartikeln fanden sich Vergleiche mit der Lage in Ruanda vor den Massakern. Die Elfenbeinküste war nicht

„Didier hat mir ein Auto geschenkt“, sagt die Mutter, „stellen Sie sich vor: einen BMW, mit Chauffeur.“

mehr das Land, in dem Zokora Kind war. Sie war jetzt ein hässliches Bild in den Fernsehnachrichten.

Das hörte nicht auf im Jahr 2005. Zokoras Spielkunst weckte das Interesse von Monaco, Lyon und Marseille. Das Nationalteam kämpfte in der Rückrunde der Qualifikation um die erste WM-Teilnahme des Landes, im März gegen Benin, im Juni gegen Libyen und Ägypten. Im Oktober fanden die von der Uno geforderten Neuwahlen nicht statt, weil sich Amtsinhaber Gbagbo, ein korrupter kleiner König, das Mandat per Dekret verlängerte.

Es half ihm sehr, dass sich im Oktober, am 8. des Monats, das „Wunder von Omdurman“ ereignete: Die Elfenbeinküste qualifizierte sich mit einem 3:1-Sieg gegen Sudan doch noch für die verlorengeglaubte WM-Teilnahme, weil Kamerun in der Nachspielzeit gegen Ägypten den entscheidenden Elfmeter verschoss und den Gruppensieg verschenkte.

Die Elefanten wurden eingeflogen zum Triumphzug, in einer vom Präsidenten gestellten Maschine, die Massen in Abidjan umlagerten den Flughafen Félix Houphouët-Boigny schon Stunden vor der Landung, dann fuhren die Helden in offenen Wagen, Soldaten mit Kalaschnikows an der Seite, in stundenlanger Kriechtour zum Präsidentenpalast, wurden fürstlich bewirtet, wurden von Gbagbo zu „Rittern des Verdienstordens“ geschlagen und mit dem Versprechen verabschiedet, jeder von ihnen werde für die WM-Qualifikation eine Villa in Abidjan im Wert von Millionen als Geschenk erhalten.

Dass Sport und Politik miteinander nichts zu tun hätten, das ist kaum irgendwo eine so leere Behauptung wie im Lande Côte d’Ivoire. Die Unruhe in der Heimat überträgt sich auf die Nationalmannschaft der Fußballer und auf ihr Spiel, das war nirgends deutlicher zu spüren als während des Afrika-Cups im Januar und Februar dieses Jahres.

Im Mannschaftshotel weit draußen am Kairoer Airport herrschte gedämpfte Stimmung selbst nach den schönen Siegen gegen Kamerun und Nigeria. Junge Spieler kamen bedrückt die Treppe vom Speisesaal herunter, und wer sie nach dem Grund fragte, bekam zur Antwort, dass es zu Hause schlechte Nachrichten gebe.

Didier Drogba, Chelseas Star, brach Gespräche ab, mit dem italienischen Fernsehen einmal, als er merkte, dass seine Gegenüber nichts von der Lage in der Elfenbeinküste wussten. Bei allen Begegnungen mit den Spielern herrschte eine Stimmung, als hätten sie keine Lust, über Fußball zu reden, wo es so viel Wichtigeres, Existentielleres zu besprechen gab.

Henri Michel, der französische Trainer der Elefanten, Kettenraucher und ein Genie seines Fachs, der 1994 Kamerun zur WM in die USA coachte, 1998 Marokko zur WM in Frankreich, jetzt die Elfenbeinküste, er machte im Garten des Mövenpick mehrmals hintereinander eine Bewegung, als müsste er einen tonnenschweren Rucksack schultern. „Das ist die Lage meiner Leute“, sagte er. „Sie laufen mit viel Gepäck auf. Sie glauben, der Frieden hängt von ihnen ab.“ Er sagte das ohne Ironie.

Einer wie er, abgebrüht durch jahrelange Erfahrungen mit Afrika, durch die Welt gekommen, kann sich darüber mokieren, wenn in Abidjan von Zeit zu Zeit „Menschen meiner Hautfarbe nicht so gern gesehen werden“. Aber um seine Leute ist es ihm bang. Sie sind jung, sie sind naiv, sie nehmen die Dinge persönlich. Er bekniet sie zwar, an nichts als an Fußball zu denken, wenn sie beim Anpfiff stehen. Er predigt ihnen, dass Fußball die eine Sache sei

SCOTT NELSON / WPN / AGENTUR FOCUS

Straßenfußballer in Abidjan: *Bälle aus Leder, aus Plastik, aus Lumpen*

und Politik eine andere. Dass Schüsse auf dem Spielfeld mit Schüssen aus Gewehren nichts zu tun haben. Aber die prekäre Lage in der Heimat läuft immer mit aufs Feld, als zwölfter Mann, wenn die Elefanten kommen. Sie fühlen sich zum Siegen moralisch verpflichtet, weil Siege die Nerven beruhigen. Niederlagen aber verschärfen die Wut. Sie wollen, in der Gefahr, das Rettende sein.

Es ist deshalb doppelt schwer, ein ivorischer Nationalspieler zu sein in diesen Zeiten. Auf Titelseiten von Sportmagazinen werden Drogba und Co. als hartgesottene Söldner gefeiert, als furchterregende schwarze Fußballmacht, aber wenn sich die Tür schließt hinter ihnen und sie auf ihren Zimmern Trainingspause haben, produzieren sie unglaubliche Telefonrechnungen bei ängstlichen Gesprächen mit ihren Müttern, Brüdern, Schwestern. Sie haben, sagt man im Sport, den Kopf nicht frei. Sie spielen nicht. Sie befinden sich auf einer Friedensmission.

Didier Zokora federt die Treppe herunter in die Kairoer Hotellobby während des Afrika-Cups. Er ist ein mittelgroßer, drahtiger Mann, 25 Jahre, 1,79 Meter groß, 72 Kilogramm schwer, er wirkt größer auf dem Feld, massiver auch. Er macht für die Mannschaft oft den Spaßvogel, er tanzt, wenn die anderen muffig im Bus sitzen, er singt, wenn die anderen schlafen wollen. Er trägt Ringe in beiden Ohren, Gold um den Hals, er ist einer, der leichtsinnig wirkt, zuerst, unbelastet, frei.

Aber Zokoras Gesicht, aus der Nähe, das ist ein seltsam erschüttertes Gesicht. Es hellt sich auf, wenn er von seiner Zeit als Internatszögling in der Fußball-Akademie des ASEC Mimosas erzählt, dem einzigen Trainingszentrum in Abidjan nach europäischen Maßstäben, mit flachen, gepflegten Rasenplätzen, präzise gekalkten Linien, Umkleide- und Duschräumen. Dort lebte und lernte Zokora, dort lebte und lernte die Hälfte des heutigen Nationalkaders der Elfenbeinküste.

Zokora erzählt von seiner Ankunft in Belgien, er erzählt vom Schock des damals 19-Jährigen darüber, wie anders Europa

Die Zuschauer tragen Sonntagskleidung – Trikots von Juventus Turin, Arsenal London, FC Barcelona.

war als in den Kinderträumen, wie kalt die Winter, wie versalzen das Essen. Er wusste nicht, dass die Menschen in Belgien Flämisch, aber oft kein Französisch sprechen, und fast wäre er wieder abgereist, als er davon erfuhr. Dass sie im Stadion Affenrufe machten, wenn er am Ball war, darüber lacht er heute, aber dieses Lachen hat einen bitteren Kern.

Was ihn wirklich umtreibt, das ist der Krieg. Die Krise daheim vergällt ihm die Freude über jeden Erfolg. Der Krieg macht den Fußball klein und nebensächlich, er entwertet die Karrieren der Spieler. Sie alle sitzen in der Fremde wie Urlauber mit schlechten Nachrichten von zu Hause. „Die Elfenbeinküste“, sagt Zokora, „war ein Vorbild, ein Leuchtturm in Westafrika, verstehst du? Jetzt ist das Land wie ein krankes Kind, und es ist unser Kind, und deshalb wollen wir alles tun, alles, damit es wieder gesund wird.“

Wer Zokoras Heimat in den Wochen nach dem Afrika-Cup besucht, nimmt vom Bürgerkrieg nur ein fernes Rauschen wahr. Es sind in Abidjan viele Uniformen zu sehen, viele Straßensperren zu passieren, und es sind auf den Hauptstraßen viele Militärtransporte unterwegs. Aber es wird nicht geschossen, es wird selten mit Waffen gefuchtelt, es wird nicht geplündert oder sonst Gewalt inszeniert.

Der Krieg ist in Abidjan vor allem eine Fernsehnachricht aus den nördlichen Landesteilen, ein Zeitungsbericht über die Friedensverhandlungen im Golf-Hotel, wo die Unterhändler aus New York, Brüssel und Paris seit Jahresbeginn den Frieden suchen. In der Lobby streichen Bodyguards der Präsidentenfamilie um die Tische und versprechen Interviewtermine, es laufen Offizielle mit Aktenmappen von links nach rechts und zurück, vielleicht ist das die Ruhe, wie man sagt, im Auge des Orkans.

Aber wer sich nicht für Krieg, sondern für den Fußball interessiert, muss einmal hinausfahren vor die Tore Abidjans, wo das Waisenhaus von Bingerville liegt. Es war einmal die Regierungszentrale der Elfenbeinküste, der Palast des französischen Kolonialverwalters. Das Haus ist eine große, verspielte Villa mit breiten Veranden, die Fassade aus Tropenhölzern geschnitzt, die Fenster schauen hinunter, weit, auf flirrende Inseln, dahinter zieht der Atlantik seinen Strich am Horizont.

Die Beete des Vorgartens formen sich kunstvoll zu einem Elefantenkopf, und am Nachmittag, wenn die größte Hitze weicht, füllt sich der Garten mit Kindern. Es sind Kinder, die ihre Eltern verloren haben, durch Unfälle, durch Mordtaten, durch die Tumulte des Bürgerkriegs.

Sie tragen Schuluniformen in Grau, fünf-, sechsjährige Jungen, sie vergessen bald die Villa, die Hitze, ihre Verluste. Denn sie bilden jetzt einen lärmenden Pulk um einen Ball, sie lachen und kreischen und werfen die Köpfe und Arme, und der Ball ist nichts als eine Plastiktüte, rund gestopft mit Blättern und Gras. Das ist es. Fußball. Glück des Augenblicks. Sekunden des Friedens. Genau darum geht es, wenn die Elefanten spielen.

WAS DER FUSSBALL *über die Welt erzählt, das ist das Thema des neuen SPIEGEL special, in dem auch dieser Beitrag über die Nationalelf der Elfenbeinküste zu lesen ist. „Planet Fußball“ stellt alle an der WM teilnehmenden Mannschaften vor, hat 178 Seiten und ist ab sofort im Handel erhältlich.*

Damals, am Lagerfeuer

Ortstermin: Eine Kölner Ausstellung erinnert an die Zeit, in der Fußballer und Trainer aus Deutschland Exportschlager waren.

Wie ernst die Lage ist, kann man an Klinsmanns Gesicht sehen: wie jung, wie spitzbübisch, wie leidenschaftlich und vergnügt es aussieht, dieses Gesicht Jürgen Klinsmanns auf den Videos aus seiner Zeit bei Tottenham. Und wie nervös, wie verspannt, wie alt und ernst dieses Gesicht wurde, seit Klinsmann Bundestrainer ist.

Früher, das zeigt die Ausstellung „Global Players“ im Deutschen Sport & Olympia Museum in Köln, gierte die Welt nach alemannischen Trainern. Klaus Schlappner strich seinen chinesischen Spielern Gewürze und alles Deftig-Fette vom Speiseplan, führte Tee und trockenen Kuchen ein, „damit se überhaupt ma wisse, was Sache is“, so Schlappner.

Jupp Derwall verschaffte Galatasaray Istanbul einen Rasenplatz, und heute preist der Vereinspräsident Derwall als „Fundament-Anfertiger unseres Teams“. Und „Riegel-Rudi“ Gutendorf trainierte 55 Mannschaften in 29 Ländern.

Gutendorf, in der Bundesliga einst nicht besonders erfolgreich, doch noch der weltkundigste deutsche Trainer, ist in die Ausstellung am Kölner Rheinauhafen gekommen, weil ihm einer der 20 hölzernen Seecontainer gewidmet ist, die mit Trikots und Briefen und Trophäen und Bällen und Schuhen und Videoinstallationen ziemlich liebevoll hergerichtet und darum der Kern der Ausstellung sind.

Das Sport & Olympia Museum liegt neben der Severinsbrücke im Kölner Rheinauhafen; der sandfarbene Kasten mit vergitterten Fenstern und Basketball- und Fußballfeld auf dem Dach ist eine ehemalige Zoll- und Lagerhalle.

Gutendorf ist in Hemd und Pulli aufgelaufen, die weißen Haare in die Stirn gekämmt. Ein Film wird gezeigt, „Der Ball rollt für Ruanda“, der ganze Film ein Denkmal für Gutendorf.

Die Geschichte deutscher Fußballer im Ausland beginnt mit Walther Bensemann, der 1898 die „englische Krankheit“ namens Fußball in Deutschland so weit etabliert hatte, dass eine Auswahl zu Wettspielen nach Frankreich fahren konnte.

Es gibt Erstaunliches in dieser Geschichte wie die Camillo Ugis, Vorbild Sepp Herbergers, der 1905 nach Brasilien ging und für den SC Germania São Paulo spielte, ehe ihn das Heimweh wieder aufs Schiff trieb.

Und Trauriges gibt es wie das Schicksal Oskar Rohrs, der 1933 von Bayern München zu Grashoppers Zürich und später zu Racing Strasbourg wechselte – Deutschlands erster Profi.

117 Tore schoss Rohr in 150 Spielen, aber in der Heimat war er geächtet, weil die Nazis den „Professionalismus“ zur „jüdischen Krankheit“ erklärten. Zwei Jahre nach dem Einmarsch in Frankreich wurde Oskar Rohr verhaftet, aber er überlebte zuerst das KZ und später die Ostfront – Jahrzehnte danach trainierte sein Großneffe Gernot bei Girondins Bordeaux ein Talent namens Zinedine Zidane.

FOTOS: KARSTEN SCHÖNE

Ex-Trainer Gutendorf in Köln: *„Nie durch die Hölle gegangen“*

Deutsche spielten in Italien, Spanien und überall, und deutsche Trainer waren Marke und Mode.

Winfried Schäfer erlebte, wie in Mali sein kamerunischer Torwarttrainer verhaftet und verprügelt wurde, weil er den Platz verhext hatte; Sepp Piontek stand in Grönland allein im Mittelkreis, da seine Jungs davongerannt waren, um einen Wal zu fangen. Und Rudi Gutendorf wurde nach dem Völkermord Nationaltrainer Ruandas. Und er sagt, er habe Hutus und Tutsi abends ums Lagerfeuer gesetzt, beide Gruppen gleich stark, und dann habe er sie gezwungen, sich zu umarmen. 40 000 Überlebende sahen dann zu, als ein Hutu flankte und ein Tutsi das 2:1 gegen die Elfenbeinküste köpfte – „das war der größte Erfolg meines Lebens“, sagt Gutendorf.

Damals waren die Deutschen Weltmeister oder Vizeweltmeister oder wenigstens Europameister. Ihre Spieler waren begehrt, sogar Andreas Möller, der „Mailand oder Madrid – Hauptsache, Italien“ anstrebte. Damals lehrten die Deutschen den Rest der Welt alles, was kompliziert war am Fußball, das war im Wesentlichen Disziplin. Deutschland war auch Trainerexportweltmeister.

Die Trainer der Welt haben die Taktik schneller begriffen, als den Deutschen lieb sein konnte, so schnell, dass die Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit, die einst Trainer als Entwicklungshelfer nach Afrika schickte, dieses Projekt weitgehend eingestellt hat.

Heute spielt der Torwart Jens Lehmann für Arsenal London, heute gibt es die Trainer Otto Rehhagel in Griechenland, Christoph Daum in Istanbul, Otto Pfister in Togo, und in Albanien werden Jungen und Mädchen auf den Namen Briegel getauft. Ansonsten sind da nicht mehr so viele.

Denn heute gelten deutsche Trainer weltweit als rückständig. Der Trainer muss schlau sein und schnell, ein Manager, ein Redner, ein Analytiker. Ein Wenger (Arsenal London), Lippi (Nationaltrainer Italiens), Mourinho (Chelsea). Ein Klinsmann? Heute, das sagt Rudi Gutendorf, 79, haben wir nicht mal mehr einen richtigen Bundestrainer.

„Wenn einer nicht ein, zwei Bundesliga-Clubs trainiert hat, wenn er nie durch die Hölle gegangen ist, macht er diese furchtbaren Fehler“, das sagt Gutendorf, und dann sagt er: „Was beim Spiel in Italien passierte, als Klinsmann diese beiden Vorstopper, die zusammen vier Meter groß sind, allein ließ, weil alle anderen stürmen sollten, war fahrlässig und fast kriminell. Herberger hat gesagt, Taktik sei die Lehre der Aushilfe, des Ausgleichens von Schwächen, aber wenn du deine Schwächen nicht mal siehst, kriegst du eben mit 4:1 den Laden voll.“

Früher war alles besser, das ist einer der dümmsten Sätze alter Männer. Ernst ist die Lage, wenn man ihnen nicht widersprechen kann.

KLAUS BRINKBÄUMER

TEXTILINDUSTRIE

Katastrophenserie in Billigfabriken

Seit Ende Februar kamen bei zwei Bränden, einer Explosion und einem Einsturz von Textilfabriken in Bangladesch 86 Arbeiter ums Leben, Hunderte wurden verletzt. Die Fabriken dienten amerikanischen und europäischen Herstellern als Billigwerkbänke. Die mangelnde Sicherheit vieler Gebäude war seit dem verheerenden Einsturz der Fabrik Spectrum Sweaters in Dhaka (SPIEGEL 24/2005), bei dem 64 Arbeiter starben, zwar von vielen Herstellern aufgegriffen worden – getan hat sich offenbar wenig: Beim jüngsten Brand starben am 6. März drei Arbeiterinnen in der Fabrik Sayem Fashions in Gazipur. Nach Informationen der Clean Clothes Campaign (CCC), die vor Ort recherchierte, wurde hier auch für die deutschen Textildiscounter KiK und NKD produziert. NKD-Geschäftsführer Uwe Lippe sagt, man habe nur bei einem Lieferanten produziert, der im selben Gebäude ansässig war. „Wir haben mit keinem der Vorfälle etwas zu tun“, so eine KiK-Sprecherin. Ob allerdings irgendwelche Importeure dort Aufträge für KiK platziert hätten, könne

PAVEL RAHMAN / AP

Protestierende Textilarbeiter in Dhaka

sie nicht sagen. Auch die spanische Kette Inditex (Zara) ließ in Gazipur über Subunternehmer fertigen. Bereits vergangenen Sommer habe man Informationen über die Arbeitsbedingungen bei Sayem erhalten: Nonstop-Arbeit kurz vor Einschiffung, Überstunden, Sonntagsarbeit. Javier Chércoles, bei Inditex zuständig für Sozialstandards, sagt: „Sie können entweder nach China gehen oder in Bangladesch bleiben und versuchen, hier die Arbeitsbedingungen zu verbessern.“ Nach dem Einsturz von Spectrum Sweaters vergangenen April hat sich Inditex im Gegensatz zu belgischen und deutschen Unternehmen, die dort produzieren ließen, um Soforthilfe für die Opfer bemüht, so eine CCC-Sprecherin.

KAY NIETFELD / PICTURE-ALLIANCE / DPA

Piëch, Pischetsrieder

MANAGER

Chef-Rätsel bei VW

Es gibt einen neuen Kandidaten für den Vorstandsvorsitz des VW-Konzerns: Carl-Peter Forster, derzeit Europachef von General Motors. Einflussreiche VW-Aufsichtsräte halten ihn für eine mögliche Alternative zu Konzernchef Bernd Pischetsrieder. Dessen Vertrag sollte nach dem Willen von Niedersachsens Ministerpräsident Christian Wulff und Porsche-Chef Wendelin Wiedeking, die die beiden größten VW-Aktionäre vertreten, auf der Aufsichtsratssitzung am 19. April um fünf Jahre verlängert werden. IG-Metall-Chef Jürgen Peters und die übrigen Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat wollen dies verhindern. Zuerst müsse Pischetsrieder seinen Sanierungsplan präsentieren, dann könne man über die Zukunft des Chefs entscheiden. „Wir kaufen doch nicht die Katze im Sack“, sagt ein Aufsichtsrat. Auch der Vorsitzende des Gremiums, Ferdinand Piëch, ist für eine Vertagung der Top-Personalie. Er ist überzeugt, Pischetsrieder sei der falsche Mann. Piëch hatte bereits Audi-Chef Martin Winterkorn als Nachfolger vorgeschlagen, war damit jedoch an Wulff und Wiedeking gescheitert. Auch der ehemalige BMW- und Ford-Manager Wolfgang Reitzle sagte ab. Der Linde-Boss will die geplante Übernahme von BOC vollenden.

KÜNDIGUNGSSCHUTZ

Mehr Rechte für Ältere

Bundesarbeitsminister Franz Müntefering will die Möglichkeiten beschränken, ältere Arbeitnehmer befristet einzustellen. Wer älter als 52 Jahre ist, konnte bislang unbeschränkt mit Zeitverträgen in einem Unternehmen beschäftigt werden – ohne Aussicht auf Festanstellung und Kündigungsschutz, bis zur Rente. Künftig sollen Ältere nach den Plänen Münteferings maximal vier Jahre lang befristet beschäftigt werden dürfen. Die Arbeitsmarktexperten der SPD-Fraktion dringen gar auf eine Beschränkung auf drei Jahre. Zudem soll die Regelung nur für Arbeitnehmer gelten, die zuvor mindestens sechs Monate arbeitslos waren. Mit der Regelung folgt Müntefering einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs. Der hatte die unbeschränkte Befristungsregel im vergangenen Jahr für unzulässig erklärt.

OLIVER BERG / PICTURE-ALLIANCE / DPA

Arbeiter bei Ford in Köln

ARBEITSMARKT

Warnung vor Mindest- und Kombilohn

Das Bundesfinanzministerium (BMF) lehnt die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns ab. „Ein großer Teil der Beschäftigungsverhältnisse unterhalb des Mindestlohns könnte entfallen“, warnen die Beamten von Ressortchef Peer Steinbrück (SPD) in einem internen Argumentationspapier. Hiervon wäre den Berechnungen zufolge besonders Ostdeutschland betroffen. Steinbrücks Haus geht damit auf Konfrontationskurs zu Kanzlerin Angela Merkel (CDU) und Arbeitsminister Franz Müntefering (SPD), die sich beide offen für einen Mindestlohn gezeigt haben. Die Begründung, dass in vielen Ländern ein Mindestlohn gelte, spreche noch nicht für dessen Einführung. „In Frankreich hat der Mindestlohn zu der hohen Jugendarbeitslosigkeit beigetragen“, heißt es in dem Vermerk. Außerdem stelle das Arbeitslosengeld II faktisch einen Mindestlohn dar, denn niemand sei bereit, für weniger zu arbeiten. In einem weiteren Papier wenden sich Steinbrücks Fachleute auch gegen die flächendeckende Einführung eines Kombilohns, also eines staatlichen Zuschusses zu niedrigen Einkommen. Schon jetzt fördere der Staat Geringverdiener mit mehr als fünf Milliarden Euro. Keines der Zuschussmodelle eigne sich zur flächendeckenden Einführung. „Eine Ausweitung wäre fiskalisch wie auch beschäftigungspolitisch ein erhebliches Risiko“, so die Beamten. Um Beschäftigungserfolge zu erzielen, „müssten Lohnsubventionen bis in den mittleren Einkommensbereich bezahlt werden“.

BERND SETTNIK / DPA

Müntefering, Steinbrück, Merkel

BUNDESBANK

Widerstand gegen Vorstandsreform

Zwischen Bundesregierung und Ländern bahnt sich ein Streit über die künftige Größe des Bundesbank-Vorstands an. Finanzminister Peer Steinbrück (SPD) und Bundesbank-Präsident Axel Weber wollen das mit acht Mitgliedern völlig überdimensionierte Führungsgremium der Bank verkleinern. Am liebsten wäre es den beiden Reformern, dass schon für den bisherigen Vizepräsidenten Jürgen Stark, der im Sommer zur Europäischen Zentralbank (EZB) wechselt, kein Nachfolger mehr benannt würde. Das Vorhaben trifft jedoch auf starken Widerstand der Länder, die die Hälfte des Vorstands benennen dürfen. Weil das bisherige Mitglied Franz-Christoph Zeitler zum neuen Vizepräsidenten aufrückt und damit als Berufung des Bundes gilt, beharren die Länder darauf, den frei werdenden Länderposten mit einem eigenen Kandidaten zu besetzen. Der ist auch schon gefunden: Neuer Vorstand soll der bisherige baden-württembergische Finanzminister Gerhard Stratthaus (CDU) werden. Die Personalie bietet dem wiedergewählten Ministerpräsidenten Günther Oettinger Spielraum für die Neubesetzung seines Kabinetts. Selbst wenn Steinbrück und Weber die Verkleinerung jetzt noch nicht durchsetzen können, wollen sie ihr Ziel nicht aufgeben. Auch mit der Hälfte der Mitglieder könnte die Bundesbank angemessen geführt werden, heißt es in Berlin.

BOENING / ZENIT / LAIF

Bundesbank-Zentrale in Frankfurt am Main

ÜBERNAHMEN

Verraten und verkauft

Hedgefonds attackieren neuerdings das Herz der deutschen Wirtschaft: den Mittelstand. Sie kaufen von den Banken die Firmenkredite und setzen anschließend die Unternehmen unter Druck. Am Ende steht oft eine feindliche Übernahme.

Jan Martin Dee ist stolz auf seinen Arbeitsplatz. 1977 startete die TWB Presswerk GmbH als Drei-Mann-Mini-Werkstatt im nordrhein-westfälischen Hagen. Heute arbeiten über 800 Mitarbeiter für Dee, einen der beiden Chefs. Sie bauen Türbleche, Einstiege und Rahmenverstrebungen – mittlerweile sogar an zwei Standorten. Zur Eröffnung eines neuen 50-Millionen-Euro-Werkes im thüringischen Artern vergangenen Sommer kam sogar Ministerpräsident Dieter Althaus angereist.

STEFAN HUSCH / TERZ

Banker Müller
„Brutus des Mittelstandes“

Egal, ob Volkswagen, Mercedes oder BMW, „in jedem deutschen Auto steckt eines unserer Pressteile“, sagt Dee. Umsatz und Gewinn des Karosserieherstellers entwickeln sich prächtig, und eigentlich hätte der Manager keinen Grund zur Sorge.

Doch kurz vor Weihnachten kam ein Anruf aus London, seitdem herrscht in der Chefetage des Familienbetriebs latentes Unwohlsein. „Wie wir von einem Investmentbanker erfahren haben“, sagt Dee, „stehen unsere Kreditpositionen auf der Wunschliste gewisser Hedgefonds – und es hat wohl auch Gespräche mit unseren Banken gegeben.“

Ein Ende der Ungewissheit ist nicht in Sicht. Von seinen Hausbanken erhielt Dee bislang keine Aufklärung. Die Londoner Händler bewerten die Schulden ihres neuesten Opfers mit einem Abschlag, obwohl es keinerlei Probleme bei der Bedienung der Zinsen oder der Rückzahlung gibt, wie Dee versichert.

Der profitablen TWB droht ein Schicksal, das bisher nur einigen wenigen deutschen Firmen widerfahren ist: die feindliche Übernahme durch angloamerikanische Investoren, die nicht über den Kauf von Anteilen, beispielsweise an der Börse, in das Unternehmen einfallen, sondern über den Erwerb von Bankkrediten.

Im schlimmsten Fall stellen sie die Schulden bei der nächsten sich bietenden Gelegenheit fällig und tauschen das geliehene Geld dann in Firmenanteile um. Damit erhalten sie die Kontrolle über das Unternehmen. Dann wird restrukturiert, filetiert – und abkassiert.

Die aggressiven Hedgefonds verfügen über gigantische Finanzmittel, weltweit sammeln sie Milliarden ein und suchen dafür nach immer neuen Anlagemöglichkeiten. Jetzt haben sie, wie nicht nur das Beispiel TWB zeigt, das Herz der deutschen Wirtschaft im Visier: den Mittelstand.

Hier winken hohe Renditen, denn viele der deutschen Familienunternehmen haben zwar einen guten Ruf, aber finanzielle Probleme. Dass ihre Opfer derzeit wenig verdienen, schreckt die Investoren nicht: Sie sehen das zukünftige Potential nach einer brutalen Sanierung.

Filiale der Drogeriekette „Ihr Platz“: *Ohne die*

Märklin-Manager Adams: *Umsätze rutschen seit*

In der Vergangenheit blieb den Fonds diese Zielgruppe weitgehend verschlossen. Das hat sich geändert, seit sich die deutschen Banken immer mehr aus der Finanzierung des Mittelstands zurückziehen und auch keine Skrupel kennen, die Kredite ihrer langjährigen Kunden an aggressive Aufkäufer weiterzureichen.

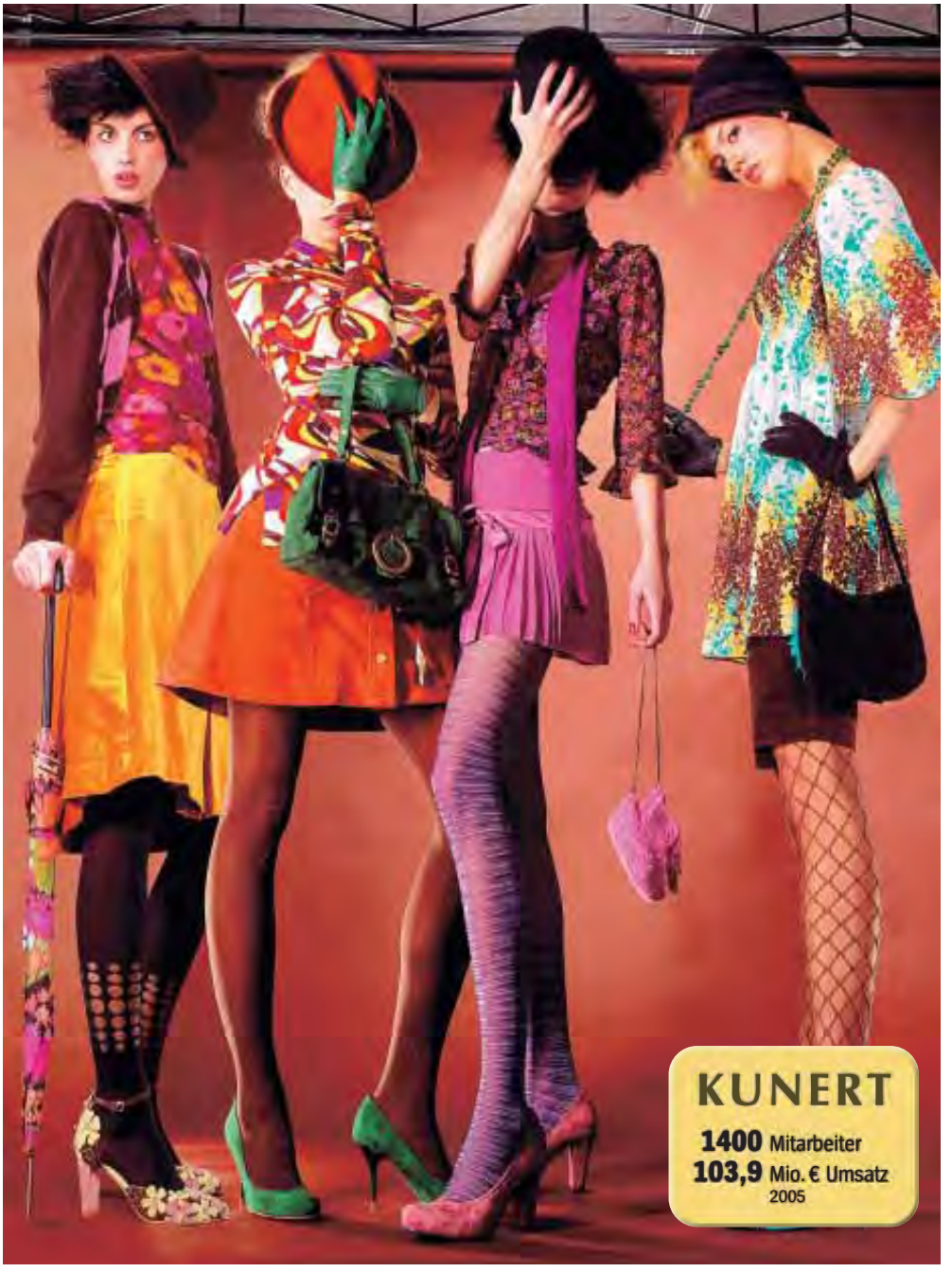
Seitdem haben es Unternehmen wie Senator Entertainment, Rinol, Märklin, Kunert oder Ihr Platz mit illustren Investoren unter anderem aus London oder New York zu tun. Rund ein Dutzend Unternehmen

PAUL ECKENROTH / JOKER

Aufkäufer schon längst am Ende

A. POHLMANN / WIRTSCHAFTSWOCHE

Jahren ab



Models des Strumpfherstellers Kunert: *Widerstand der Familie*

wurde bisher über das Einfallstor gekaufter Kredite attackiert.

Solche Beispiele werden Schule machen. Schon nächstes Jahr werden es 80 bis 100 Betriebe sein, schätzt der auf Familienbetriebe spezialisierte Unternehmensberater Brun-Hagen Hennerkes, der sich im Auftrag seiner Mandanten immer öfter mit unerwünschten Kreditgläubigern herumschlagen muss.

Hennerkes warnt: „Insgesamt sind bis zu 15 000 deutsche Unternehmen für internationale Firmenaufkäufer von Interesse."

Derzeit gibt es bereits „die Kredite von rund 100 deutschen Mittelständlern zu kaufen mit einem Gesamtvolumen von mehreren Milliarden Euro", bestätigt Ansgar Zwick, Deutschlandchef der auf Restrukturierung spezialisierten Investmentbank Houlihan Lokey Howard & Zukin (HLHZ). In den USA seien solche Geschäfte schon seit Jahrzehnten an der Tagesordnung, „das wird auch hierzulande so kommen".

Aber muss es wirklich so kommen? Oder lässt sich diese Entwicklung verhindern oder zumindest beeinflussen?

Klaus-Peter Müller ist gleich in doppelter Hinsicht ein Experte für solche Fragen: Er führt die Commerzbank, die konsequent wie wohl kein anderes Geldinstitut die Kredite ihrer Kunden verhökert und darum in der Frankfurter Finanzszene schon mal „Brutus des Mittelstandes" genannt wird. Als Präsident des Bundesverbandes der Banken ist er gleichzeitig der oberste Repräsentant seines Gewerbes.

Doch trotz mehrmaliger Nachfragen des SPIEGEL bezieht Müller zu dem brisanten Thema keine Stellung. Kann er vielleicht den Widerspruch zwischen Kreditverkäufen und dem aktiv geförderten Image als Mittelstandsbank nicht erklären?

Der Präsident des Bundesverbandes Öffentlicher Banken dagegen, WestLB-Chef Thomas Fischer, redet gern. Er warnt vor der „Gefahr einer Verwilderung und Verrohung der Sitten, die niemand wollen kann". Er könne sich durchaus vorstellen, dass der Gesetzgeber aktiv werde – und nicht nur beim Erwerb von Anteilen an einem Unternehmen, sondern auch beim Ankauf von Schuldtiteln Transparenz herstelle. Denkbar sei beispielsweise eine Mel-

depflicht beim Ankauf von Krediten – ähnlich wie es sie bei Aktienpaketen längst gibt.

Dabei hat Fischer, als Chef der WestLB, selbst schon Kredite seiner Kunden verkauft. Er verteufelt den Handel mit Schulden nicht generell. Ganz im Gegenteil: Gerade kleinere Institute, darunter viele Sparkassen, haben in seinen Augen nicht das Know-how, einer Firma in einer Schieflage zu helfen. Werden die Schuldtitel dann an Spezialisten verkauft, die es nur auf eine Sanierung, nicht aber auf eine feindliche Übernahme des Unternehmens abgesehen haben – dann sei beiden Seiten gedient, der Firma und der Bank.

„Gefahr einer Verwilderung und Verrohung der Sitten, die niemand wollen kann."

Auch volkswirtschaftlich kann der Verkauf von Krediten durchaus von Vorteil sein. Denn für faule Kredite muss die Bank unverhältnismäßig hohe Rückstellungen bilden – die sie dann daran hindern, Geld an andere Unternehmen zu verleihen. Der Credit-Crunch, also das herbe Abflauen der Kreditvergabe an kleine und mittelständische Betriebe, den die deutsche Wirtschaft während der Bankenkrise in den Jahren 2001 und 2002 erlebt hat, wäre wohl nicht so schlimm ausgefallen, wenn der Handel mit den Titeln damals schon ausgeprägter gewesen wäre.

Seitdem hat sich der Markt weiterentwickelt, langsam zwar, aber stetig. Jahrelang handelten die Banken fast nur Pakete mit faulen Immobiliendarlehen. Erst seit kurzem werfen sie auch reihenweise Firmenkredite mit Rabatten von 10, 20 oder mehr Prozent auf den Markt. Mit gewissen Regionen und Branchen wollen sie nichts mehr zu tun haben. Zu riskant, meinen die hausinternen Risikoexperten. Die Zeiten des fürsorglichen Hausbankiers, der mit den Unternehmern jahrzehntelang durch dick und dünn geht, gehören der Vergangenheit an.

Hennerkes sieht auch die positiven Seiten eines seriösen Kreditaufkäufers. Oft würden die Firmenbesitzer dann dazu gezwungen, längst überfällige Restrukturierungsmaßnahmen zu ergreifen – was wiederum den Bestand des Unternehmens und dessen Überleben sichere.

Schließlich lässt sich auch ohne die Übernahme des Unternehmens mit einem billig erworbenen Kredit jede Menge Geld verdienen. Wer beispielsweise einen Zehn-Millionen-Euro-Kredit, der mit fünf Prozent verzinst ist, für nur acht Millionen kauft, hat bei einer Restlaufzeit von drei Jahren eine Rendite von beinahe 15 Prozent.

Was aber, wenn es der Kreditkäufer nur auf eine Übernahme der Firma abgesehen hat? Wenn der Eigentümer längst dabei ist, sein Unternehmen zu sanieren und die Attacke abwehren will? Die Betroffenen können sich kaum wehren. Verkaufsgespräche laufen heimlich ab, die Bankkunden fühlen sich oft verraten und verkauft.

Das prominenteste Ziel der Kreditkäufer ist derzeit die Kultmarke Märklin. Die schwäbischen Spielzeugeisenbahner, die wegen PlayStation und MP3-Player fast nur noch betagte Sammler begeistern, stecken in der Klemme. Die Umsätze rutschen seit Jahren ab, mehrere hundert Mitarbeiter verloren bereits ihre Stelle. Aber Unternehmenschef Paul Adams kämpft immer noch mit zu hohen Produktionskosten und einer enormen Fertigungstiefe. Selbst Prellböcke im Bonsaiformat stammen aus der hauseigenen Fabrikation.

Die DZ-Bank steigt nun aus dem Schmalspur-Abenteuer aus, Commerzbank und die Volksbank Göppingen wohl auch. Ihre Kreditpositionen von rund 20 Millionen Euro wandern zur US-Investmentbank Goldman Sachs.

Der Auftraggeber der Amerikaner heißt Mathias Hink. Das Handwerk lernte der Deutsche bei Dresdner Kleinwort Benson. Heute sitzt er auf dem Chefsessel von Kingsbridge Capital Advisors und will bei Märklin in den Führerstand.

Noch hat er es nicht geschafft. Die Landesbank Baden-Württemberg und die

Kreissparkasse Göppingen wollen ihre Positionen im Umfang von rund 40 Millionen Euro nicht verkaufen.

Dennoch laufen Hinks Verhandlungen mit den verunsicherten Eigentümern gut, sagen Insider, in den nächsten Tagen werde es zu einer Entscheidung kommen. Die bereits gekauften Kredite reichen wohl für die nötige Drohkulisse.

Mit welch harter Hand Märklin umgebaut werden dürfte, hat der Strumpfhersteller Kunert bereits erfahren. Mit Hilfe der Deutschen Bank kaperten Hink und weitere Fondsmanager gegen heftigen Widerstand aus dem Kreis der Eigentümerfamilie vergangenes Jahr das schwächelnde Traditionsunternehmen. Nach einer turbulenten Hauptversammlung Ende August war das Schicksal besiegelt. Drei Wochen später schassten die neuen Herren den Kunert-Chef, Anfang Oktober gaben sie die Schließung des Werkes in Geyer bekannt. 146 Mitarbeiter stehen ab kommendem Sommer auf der Straße.

Doch sind die Rosskuren der Kreditpiraten nicht oft die letzte Chance für deutsche Mittelständler, die durch Missmanagement und ängstliche Hausbankiers an den Rand des Ruins getrieben wurden?

Die Drogeriekette Ihr Platz wäre ohne die Investmentbank Goldman Sachs wohl schon längst am Ende. Die Aufkäufer schlossen 80 Filialen sowie ein Zentrallager und bauten in der Hauptverwaltung 30 Prozent der Stellen ab. Insgesamt gingen von 8700 Jobs nur 600 verloren. Nächste Woche lösen drei neue Vorstände die Eingreiftruppe ab.

Ein sicheres Geschäft sind solche Übernahmen jedoch auch für die Aufkäufer nicht. Wer den Schaden hat, wie derzeit die US-Investmentbank Morgan Stanley und der Investor D. B. Zwirn, braucht sich um den Spott der Branche nicht zu sorgen. Vor zwei Jahren übernahmen die beiden Finanzfirmen den Schuldenberg des maroden Fußbodenherstellers Rinol. Jetzt ist das Renninger Unternehmen pleite.

„Bis zu 15 000 deutsche Unternehmen sind für internationale Firmenaufkäufer von Interesse.“

Völlig überraschend hatte D. B. Zwirn im Januar den Geldzufluss gestoppt, nachdem die Finanzspritze noch vier Monate zuvor weiter aufgestockt worden war. „Das Geschäft war schlecht vorbereitet“, glaubt ein Investmentbanker. Andere spekulieren, dass Rinol absichtlich in die Insolvenz getrieben wurde, um die profitablen Auslandstöchter abzuspalten.

In manchen Fällen kommen die Angreifer auch deshalb nicht ans Ziel, weil nicht alle Banken ihre alten Kunden fallen lassen. Beim Lackieranlagenbauer Dürr beispielsweise hatten prominente US-Fonds wie Silver Point Capital, die zuvor bereits beim Warenhauskonzern KarstadtQuelle als Kreditgeber eingestiegen waren, im vergangenen Sommer ein Teil der Schulden aufgekauft – wieder einmal von der Commerzbank.

Die restlichen Hausbanken aber blieben Ex-Deutsche-Bahn-Chef und Mehrheitseigentümer Heinz Dürr wohl ein letztes Mal treu – und behielten die Kredite in den Büchern. Nach dem Verkauf des Familiensilbers und einer Kapitalerhöhung hofft Dürr nun, den Angriff erfolgreich abgewehrt zu haben.

Silver Point schreckt diese Niederlage offenbar nicht ab. Der Fonds sucht, unter der Führung von zwei Ex-Partnern von Goldman Sachs, in Deutschland nach weiteren Opfern. Sie sind es auch, die Branchengerüchten zufolge den Autozulieferer TWB vor sich herjagen.

Wie bei Dürr laufen die Verhandlungen erneut mit der Commerzbank. Offizielle Stellungnahmen gibt es dazu keine. Vergangenen Donnerstag soll Müllers Truppe auf einer Sitzung der Poolbanken signalisiert haben, an TWB kein Interesse mehr zu haben.

Manager Dee bleibt trotzdem gelassen. „Vor allem Banken mit unternehmerischem Sachverstand und regionalem Bezug werden ihre Kredite nicht verkaufen“, ist der Hobbyjäger überzeugt.

Beat Balzli, Wolfgang Reuter

MANAGER

Die Geister, die er rief

Als die Deutsche Börse unter die Hedgefonds fiel, musste deren Chef Werner Seifert gehen. In einem Buch verarbeitet er seine traumatischen Erlebnisse – und verklärt seine eigene Rolle.

THOMAS LOHNES / DDP

Deutsche-Börse-Manager Seifert, Breuer: *Plötzlich sirrten die Heuschrecken*

Die Welt des Werner Seifert ist einfach strukturiert. Hier die gute alte Deutschland AG unter Obhut der großen deutschen Banken: „Sie schützten das Unternehmen. Unter ihrer Obhut wuchs die Deutsche Börse, wuchs und wuchs“, meint Seifert.

Dort die bösen internationalen Anleger, die nur auf einen kurzfristigen Profit aus sind und die „durch finanzielle Druckmittel und raffinierte Nachrichtenstreuung die De-facto-Kontrolle in einem Unternehmen übernehmen“.

Hier Konzernchef Seifert, der Ex-McKinsey-Mann, der die einst verschlafene Deutsche Börse zu einem prosperierenden Unternehmen ausgebaut hat und der sich, wenn es ernst wird, erst einmal eine Pfeife anzündet und zum Ausklang des Tages ein Gläschen Wein einschenkt.

Dort „ein Schwarm gieriger Heuschrecken“ mit dem Bösewicht Christopher Hohn an der Spitze, die ihn mit zweifelhaften Methoden aus dem Amt drängten und die Deutsche Börse unter ihre Kontrolle brachten.

Wie eine römische Legion marschieren die Heuschrecken in Reih und Glied, zu Kohorten geordnet, auf dem Einband des Buches „Die Invasion der Heuschrecken“, in dem Seifert nun, knapp ein Jahr nach seinem Sturz, die für ihn so traumatischen Erlebnisse verarbeitet. Wem es gelingt, über die wehleidigen und selbstgerechten („Ich bedaure keine meiner Entscheidungen“) Passagen hinwegzulesen, wird viel über den Aktionärskapitalismus der verschärften, angelsächsisch geprägten Variante lernen.

Der erste Chef einer großen deutschen Aktiengesellschaft, den Hedgefonds aus dem Amt gejagt haben, beschreibt mit vielen süffigen Details, wie nach dem 13. Dezember 2004 langsam das Chaos über ihm zusammenbrach. Damals hatte Seifert angekündigt, die Londoner Börse übernehmen zu wollen. Doch dann tauchte Hohn, Manager des Hedgefonds TCI, auf. Er verlangte die Absage des teuren Kaufs und die Ausschüttung der Barreserven des Unternehmens an die Aktionäre.

Mitte Januar 2005 hatte Hohn fünf Prozent der Aktien der Deutschen Börse aufgekauft und forderte eine außerordentliche Hauptversammlung mit dem Ziel, den Aufsichtsratsvorsitzenden Rolf Breuer, den Ex-Chef der Deutschen Bank, abzuwählen.

„Da hörten wir zum ersten Mal das Sirren der Heuschreckenflügel, wussten aber noch nicht, was dieses Geräusch zu bedeuten hatte“, schreibt Seifert. Tag für Tag hätten die Fonds Aktien gekauft und den Preis in die Höhe getrieben, klagt nun ausgerechnet der Ex-Börsenchef. Auch die Deutsche Börse lebt gut von solchen Aktionen, Hedgefonds sorgen zeitweise für die Hälfte ihres Umsatzes.

Anfang März 2005 kam es dann zu einer geballten Fax- und Mail-Attacke der Heuschrecken. Diese verlangten ultimativ die Absage der Übernahmepläne. „Die rebellischen Hedgefonds und ihre Kumpane haben die vielen anderen Aktionäre der Deutschen Börse entmündigt und ihnen verbriefte Rechte genommen“, schreibt Seifert.

Mit der Realität hat das wenig zu tun. Seifert lässt gern unter den Tisch fallen, dass nicht nur böse Hedgefonds, sondern auch große, langfristig orientierte Investoren wie Merrill Lynch, Capital Group oder Fidelity frühzeitig gegen Seiferts Pläne Front machten.

Am 17. April konnte Hohn in einer E-Mail an David Andrews, britisches Aufsichtsratsmitglied der Deutschen Börse, mehr als ein Dutzend oppositionelle Investoren aufzählen, die, so Hohn, 59 Prozent der Aktien besaßen (SPIEGEL 24/2005). Hohns Zahlen wurden nie dementiert.

Auch Seifert zitiert aus dieser E-Mail, die damals im Aufsichtsrat mächtigen Eindruck machte und möglicherweise die Schlacht entschied. Nur lässt er mal die Zahlen, mal die Namen der Investoren weg. Dem Leser wird das Ausmaß des

HANS-GÜNTHER OED

Handelssaal der Börse in Frankfurt am Main
Quasi öffentlich-rechtliche Monopolgewinne

mächtigen Bündnisses vorenthalten, das am Ende Seifert und seinen Aufsichtsratschef aus dem Verkehr zog.

Die beiden, immer glühende Verfechter eines an den Interessen der Aktionäre ausgerichteten Kapitalismus, wurden mit den eigenen Waffen geschlagen. Einhellig hatten sie gejubelt, als die letzten deutschen Banken, denen die Börse mal gehörte, ihre Anteile verkauft hatten. Die Aktionäre wie der Aufsichtsrat konnten nicht international genug besetzt sein. Und nun beklagt sich Seifert, dass Aktionäre und einige der britischen Aufsichtsräte angelsächsische Usancen einforderten, als es um die Übernahme der Londoner Börse ging. Seifert und Breuer wurden am Ende die Geister nicht mehr los, die sie gerufen hatten.

JIRI REZAC

Hedgefonds-Manager Hohn
Rebellischer Aktionär

Seifert sieht das natürlich anders. Er hat sich eine eigene, eher verschwörungstheoretische Sicht der Dinge zurechtgelegt. Danach traten die Hedgefonds nur als Erfüllungsgehilfen einer noch größeren Macht auf: Die Investmentbanken wollten die Börsen als wichtige Dienstleister auf den Kapitalmärkten kleinhalten.

Tatsächlich verdankt das mächtige weltumspannende Oligopol der Investmentbanken seine Milliardengewinne vor allem dem Wertpapierhandel. Acht große internationale Konzerne wickeln, so Seifert, heute etwa 70 Prozent aller Aktienverkäufe ab. Ihnen ist es nach seiner Darstellung gelungen, bei den Börsen Gebührennachlässe im Aktien- und Derivatehandel für sich herauszuhandeln.

Doch die aktuelle Entwicklung widerspricht Seiferts These, dass die Banken auf Dauer die internationale Konsolidierung bei den Börsen aufhalten können. Die Kurse aller Börsen sind in den vergangenen Wochen auf immer neue Rekordhöhen gestiegen, weil unter anderem die US-Börsen nach Europa drängen.

Kurt Viermetz, als Nachfolger von Breuer Aufsichtsratschef der Deutschen Börse, forderte den Vorstand in der vorigen Woche öffentlich auf, eine Fusion mit der französisch dominierten Euronext zu verhandeln. Das ist nicht im Sinne von Investmentbanken, das ist Hohns Wille. Dessen Hedgefonds TCI hielt Ende Januar an der in Amsterdam ansässigen Börse etwa zehn Prozent der Aktien in der Hoffnung auf einen weiteren Zahltag.

Seifert, der sich mit seiner Abfindung von geschätzten zehn Millionen Euro ins Steuerparadies Irland zurückgezogen hat, hält Hedgefonds inzwischen „für eine große Bedrohung für viele Unternehmen und sogar Staaten“. Er fordert deshalb die Politik auf, die Fonds zu mehr Transparenz zu verpflichten. Sie sollten zeitnah ihre Anteile offenlegen, damit Interessenskonflikte öffentlich werden. Sogenannte Leerverkäufe, mit denen gigantische Wetten gegen einzelne Aktien eingegangen werden, müssten den Unternehmen mitgeteilt werden.

Das ist allerdings leichter gesagt als getan. Die rot-grüne Regierungskoalition hatte unter Bundeskanzler Gerhard Schröder, alarmiert durch die Vorgänge bei der Deutschen Börse, genau zu diesem Zweck eine Arbeitsgruppe eingerichtet. Nun entschied die Regierung, das Projekt still und leise einzustellen. Das Ganze, hieß es, müsse international angegangen werden.

Einfacher wäre es, die Deutsche Börse zu kontrollieren. Schließlich braucht sie noch immer eine staatliche Lizenz zum Börsenhandel. Es gibt auch gute Gründe, die Frankfurter Börse zu kontrollieren. Schließlich wirft sie quasi öffentlich-rechtliche Monopolgewinne ab. Ein solches Fressen wird den Heuschrecken nicht alle Tage serviert.

Und es kommt vielleicht noch schlimmer. Viermetz hat den Franzosen, möglicherweise auf Geheiß der Hedgefonds, bei den Fusionsgesprächen angeboten, unter anderem den juristischen Sitz der künftigen Europabörse ins Ausland zu verlegen. Gut möglich, dass die Gewinne der Deutschen Börse künftig überwiegend in Amsterdam versteuert werden.

CHRISTOPH PAULY

Deutsche Börse AG

Aktie in Euro

13. Dez. 2004 Die Deutsche Börse gibt ein Übernahmeangebot für die Londoner Börse (LSE) ab.

15. Jan. 2005 Der Hedgefonds TCI gibt bekannt, mehr als 5 Prozent der Deutsche-Börse-Aktien zu besitzen.

06. März 2005 Die Deutsche Börse zieht das Übernahmeangebot zurück.

09. Mai 2005 Werner Seifert, Vorstandschef der Deutschen Börse, tritt mit sofortiger Wirkung zurück.

Quelle: Thomson Financial Datastream

DER SPIEGEL

REUTERS (L.); CHRISTOPHER LANE / CORBIS (M.)

US-Militär im Norden des Irak (im Oktober 2005), Rücktransport Gefallener, verwundeter US-Soldat: *„Sie riskieren ihr Leben für ihr Land und*

SPIEGEL-GESPRÄCH

„Finanziell unverantwortlich“

Wirtschaftsnobelpreisträger Joseph Stiglitz, 63, über die wahren Kosten des Irak-Konflikts, seine Folgen für den Ölmarkt sowie die Frage, ob sich der Westen Sanktionen gegen Iran leisten kann

SPIEGEL: Professor Stiglitz, zum Beginn des Irak-Kriegs hoffte die Bush-Administration, dass die ganze Angelegenheit so gut wie nichts kosten würde …

Stiglitz: … die haben wirklich geglaubt, dass der Irak mit Hilfe seiner Öleinnahmen den Wiederaufbau selbst bezahlt.

SPIEGEL: Nach Ihren Schätzungen soll der Konflikt die USA tatsächlich eine Billionensumme kosten. Woher kommt diese gravierende Differenz?

JÜRGEN FRANK

Ökonom Stiglitz
„Was für eine Doppelmoral“

Stiglitz: Erst einmal ist dieser Krieg weit schwieriger, als die Regierung erwartete. Sie dachte, die US-Truppen marschieren einfach dort ein, jeder würde dankbar sein, wir würden eine demokratische Regierung einsetzen und abziehen. Jetzt dauert es aber viel länger, ständig muss der Haushalt an die neue Lage angepasst werden. Die offiziellen Zahlen stiegen von 50 auf 250 Milliarden Dollar. Und das Haushaltsbüro des Kongresses erwartet, dass das finanzielle Abenteuer 500 Milliarden Dollar oder noch mehr kosten wird.

SPIEGEL: Das ist immer noch viel weniger als Ihre Schätzung.

Stiglitz: Die Regierungszahlen enthalten doch nicht einmal alle Ausgaben aus dem offiziellen Haushalt. Allein im vergangenen Jahr sind unsere militärischen Operationskosten im Irak um gut 20 Prozent gestiegen. Wir müssen erheblich mehr Geld ausgeben, um neue Soldaten zu rekrutieren, um unsere GIs mit ordentlichen Prämien im Dienst zu halten – und um die Gesundheitsversorgung verletzter Veteranen zu garantieren. Wenn Sie dann noch die volkswirtschaftlichen Kosten durch den hohen Ölpreis hinzurechnen, kommen Sie auf Gesamtausgaben von über einer Billion Dollar, und das ist konservativ geschätzt. Vergleichen Sie das mal mit dem ersten Golfkrieg, wo Amerika beinahe einen Gewinn machte.

SPIEGEL: Weil Deutschland und andere Staaten zahlten?

Stiglitz: Wir haben unseren Alliierten für gebrauchtes Militärgerät den Neupreis in Rechnung gestellt und uns neu ausgestattet. Aber dieses Mal wollen die meisten leider nicht noch einmal zahlen.

SPIEGEL: Hat sich Präsident Bush schlicht verrechnet, oder glauben Sie tatsächlich, dass er die Öffentlichkeit über die wahren Kosten getäuscht hat?

Stiglitz: Ich glaube, es war beides. Er wollte glauben, dass es einfach und günstig wird. Es gibt überwältigende Belege, dass sie manches im Weißen Haus einfach nicht hören wollten. Larry Lindsey …

SPIEGEL: … ein früherer Wirtschaftsexperte im Weißen Haus …

Stiglitz: … veranschlagte die Kosten schon 2002 auf bis zu 200 Milliarden Dollar. Ich denke, das war zur damaligen Zeit eine sehr seriöse Insider-Schätzung. Er wurde entlassen. Sie wollten das nicht hören.

SPIEGEL: Über die Kosten eines Kriegs zu reden ist in den USA nicht üblich, hohe Ausgaben gelten als notwendiges Opfer. Warum ist das beim Irak-Krieg jetzt anders?

Stiglitz: Das hier ist kein Weltkrieg, es gab kein Pearl Harbor, keinen Angriff, gegen den wir uns hätten verteidigen müssen. Wir hatten die Wahl, ob wir den Irak angreifen wollen oder nicht.

SPIEGEL: Kann sich Amerika diesen Krieg überhaupt noch leisten?

Stiglitz: Ja, aber eine bis zwei Billionen Dollar ist eine Menge Geld. Wenn unser Ziel Stabilität im Nahen Osten, eine sichere Ölversorgung oder die Verbreitung der Demokratie ist, dann denken Sie nur, was man mit dieser Summe erreichen könnte. Die reichsten Länder der Welt geben jährlich 50 Milliarden Dollar für Entwicklungshilfe aus. Wir reden über mindestens das Zwanzigfache. Glauben Sie nicht, dass man damit Besseres anfangen könnte, um Frieden und Stabilität zu schaffen?

SPIEGEL: Bush würde sagen, dass das Geld gut angelegt ist, um einen weiteren Anschlag in den USA zu verhindern.

Stiglitz: Niemand nimmt dieses Argument ernst, die meisten glauben doch, dass das Risiko durch den Irak-Krieg nur noch größer geworden ist.

SPIEGEL: Wie haben Sie die Kosten des Kriegs kalkuliert?

Stiglitz: Die offiziellen Zahlen sind nur die Spitze des Eisberges. Ein Beispiel: Soldaten werden schwerst verwundet, aber wir können sie am Leben erhalten. Die Kosten sind enorm. Die Bush-Regierung tut alles, um dies zu vertuschen. 17 000 Verletzte sind inzwischen zurück, ungefähr 20 Prozent von ihnen mit schweren Kopf- und

ED KASHI

bekommen wenig“

Hirnverletzungen. Selbst die 500-Milliarden-Schätzung enthält nicht die Kosten für die lebenslange Pflege dieser Veteranen. Und diese Regierung ist nicht einmal großzügig mit den Heimkehrern oder den Witwen und Kindern der Getöteten.

SPIEGEL: Wie meinen Sie das?

Stiglitz: Wenn Sie in Amerika bei einem Autounfall verletzt werden und den Fahrer verklagen, bekommen Sie für Ihre Verletzungen viel mehr, als wenn Sie für Ihr Land kämpfen. Was für eine Doppelmoral! Die Zahlungen für einen toten Soldaten betragen 500 000 Dollar, aber der statistische Durchschnitt für den Wert eines Lebens in den USA liegt bei rund 6,5 Millionen Dollar. Sie riskieren Ihr Leben für Ihr Land und bekommen wenig, Sie überqueren die Straße und werden angefahren und bekommen viel.

SPIEGEL: Wie viel kostet die Versorgung eines hirnverletzten GIs?

Kosten des Irak-Kriegs

Quelle: Stiglitz

	Schätzung für einen TRUPPENABZUG BIS 2010	Schätzung für einen TRUPPENABZUG BIS 2015
Direkte Kosten (Militärausgaben, Veteranenversorgung, Schuldendienst etc. ...)	839 Mrd. $	1189 Mrd. $
Volkswirtschaftliche Kosten (Folgekosten hoher Ölpreise und gedämpften wirtschaftlichen Wachstums ...)	187 Mrd. $	1050 Mrd. $
	1026 Mrd. $	2239 Mrd. $

DER SPIEGEL

Stiglitz: Vier Millionen Dollar, und das ist eine moderate Zahl. Allein für diese Gruppe werden sich die Kosten auf rund 35 Milliarden Dollar belaufen, Summen, über die niemand redet. Selbst das Veteranenministerium musste seine ursprüngliche Schätzung verwundeter Kriegsheimkehrer revidieren und ging zuletzt davon aus, dass es viermal so viel Verletzte sind wie ursprünglich angenommen. Kein Wunder, dass es den Kongress um 1,5 Milliarden Dollar Soforthilfe ersuchen musste.

SPIEGEL: Wenn die Kosten für die grausam Verstümmelten so sehr in die Höhe gehen, warum sorgte die Regierung dann nicht für besser gepanzerte Fahrzeuge und Körperschutz?

Stiglitz: Natürlich könnten wir uns eine solche Ausrüstung leisten. Aber unser Verteidigungsminister Donald Rumsfeld sagt, ihr kämpft mit dem, was ihr habt. Das ist gewissenlos. Das Militär schaut auf die kurzfristigen Kosten. Wenn Sie heute an der Ausrüstung knausern, spart man Geld und lässt die hohen Gesundheitskosten für die nächsten Präsidenten. Ich halte das für finanziell und moralisch unverantwortlich.

SPIEGEL: Der Krieg könnte für die Soldaten sicherer und für Amerika günstiger sein?

Stiglitz: Genau.

SPIEGEL: Sind solche Waffengänge selbst für so reiche Länder wie die Vereinigten Staaten nicht mehr zu finanzieren?

Stiglitz: Wir sind eine 13-Billionen-Dollar-Ökonomie. Es geht nicht darum, ob wir es uns leisten können, sondern ob wir dafür unser Geld ausgeben wollen. Stecken wir unsere begrenzten Ressourcen in den Irak-Krieg, fehlt uns das Geld an anderer Stelle. Wir haben doch die Fernsehbilder von New Orleans gesehen. Unsere Nationalgarde ist eigentlich für solche Katastrophen da, aber sie war im Irak, und wir sind weniger geschützt.

SPIEGEL: Vor der Invasion hat die Bush-Regierung behauptet, ein kurzer, erfolgreicher Krieg sei der beste Weg, den Öl-

preis niedrig zu halten. Damals kostete ein Barrel 25 Dollar, heute sind es über 60. Wie viel davon geht auf den Irak-Konflikt zurück?

Stiglitz: In unserer Studie über die Kriegskosten schätzen wir, dass es fünf bis zehn Dollar sind. Wir wollten vorsichtig sein, so dass niemand unsere Zahlen in Frage stellt, und es hat übrigens auch niemand getan. Aber ich glaube, wir haben die Zahlen viel zu niedrig angesetzt.

SPIEGEL: China und Indien haben die Nachfrage angeheizt, die Weltwirtschaft wächst. Das treibt doch die Preise nach oben.

Stiglitz: Bei wachsender Nachfrage steigt das Angebot – so funktionieren Märkte normalerweise. Jetzt beobachten wir, wie die Ölnachfrage steigt, doch es gibt keine entsprechende Reaktion auf der Angebotsseite. Die Antwort ist einfach, es liegt

JÜRGEN FRANK

Stiglitz (M.) beim SPIEGEL-Gespräch*
„Vergessen Sie nicht Iran und Nordkorea“

am Irak. Aber nicht nur, weil dessen Produktion am Boden liegt.

SPIEGEL: Sondern?

Stiglitz: Der Nahe Osten ist der preiswerteste Produzent der Welt, Sie können dort ein Barell Öl für 10, 15, oder 20 Dollar fördern. Wir besitzen heute die Technik, um in anderen Gebieten Öl für 35 bis 45 Dollar zu fördern. Aber wer will dort investieren, wenn er befürchten muss, dass der Nahe Osten vielleicht in fünf Jahren wieder zu den bekannten Kosten liefert?

SPIEGEL: Wollen Sie wirklich behaupten, dass Stabilität im Nahen Osten die Ölpreise wieder auf 25 Dollar drücken könnte – trotz des gewaltigen Energiehungers weltweit?

Stiglitz: Ja. Das ist übrigens das Preisniveau, auf das Ölhändler im Warentermingeschäft vor Kriegsausbruch spekulierten.

SPIEGEL: Der wirtschaftliche Druck auf Bush, seinen Kurs zu ändern, müsste demnach gewaltig sein.

Stiglitz: Die Einzigen, die bisher von diesem Krieg profitiert haben, sind Bushs Freunde in der Ölindustrie. Er hat der amerikanischen und der Weltwirtschaft keinen guten Dienst erwiesen, aber seine Kumpel in Texas könnten nicht glücklicher sein. Sie verdienen am besten bei hohen Ölpreisen. Ihre Profite sind auf Rekordniveau.

SPIEGEL: Sie mögen Ihren Präsidenten aber wirklich nicht.

Stiglitz: Das ist nichts Persönliches, es geht mir nur um seine Politik.

SPIEGEL: Aber was ist denn nun mit dem alten Sprichwort, Krieg sei gut für die Ökonomie?

Stiglitz: Der Zweite Weltkrieg war untypisch, Amerika war zuvor in der Großen Depression. Der Krieg hat geholfen, aus dieser Abwärtsspirale herauszukommen. Dieses Mal ist der Krieg, kurz- wie langfristig, schlecht für die Wirtschaft. Wir hätten stattdessen eine Billionensumme in Forschung oder Bildung investieren können, das hätte unsere Wettbewerbsfähigkeit verbessert.

SPIEGEL: Ist die ökonomische Katastrophe Amerikas aus Ihrer Sicht größer als die politische?

Stiglitz: Wir sind so reich, wir können auch das überstehen. Andere Investitionen werden verschoben, die Wirtschaft wird geschwächt: Zu einer handfesten Krise hat sich das noch nicht ausgewachsen. Aber es gibt eine Erosion. Und vergessen Sie nicht Iran und Nordkorea. Statt mit den wahren Problemen umzugehen, haben wir unsere Kraft verbraucht, um uns mit weit weniger wichtigen Fragen herumzuschlagen.

SPIEGEL: Wie sehen Sie als Wirtschaftsexperte den Iran?

Stiglitz: Mit unserer Politik unterstützen wir ausgerechnet jene, die Bush zur Achse des Bösen rechnet. Die Iraner erzielen Rekordgewinne durch unsere Irak-Politik. Teheran könnte über die hohen Ölpreise nicht glücklicher sein.

SPIEGEL: Stellen wir uns für einen Moment vor, dass der Weltsicherheitsrat wirklich Ölsanktionen gegen Iran verhängt. Was wären die Folgen für die Weltwirtschaft?

Stiglitz: Das wäre ein enormer Schlag, der Barrel-Preis könnte leicht über 100 Dollar klettern. Einen Anstieg von 25 auf 40 Dollar können die Menschen ja noch ganz gut verkraften. Steigt der Preis auf über 60 Dollar, werden sie unglücklich, aber sie stellen sich darauf ein, indem sie kleinere Autos kaufen und weniger fahren. Bei 100 oder 120 Dollar bedeutet es gravierende Veränderungen des Lebens: Die Autoverkäufe brechen ein. Arme Menschen müssen sich entscheiden, ob sie lieber ihre Wohnung heizen oder essen wollen.

SPIEGEL: Sie glauben, wir können uns gar keine Sanktionen leisten?

Stiglitz: Wir reden darüber, iranischen Offiziellen keine Visa mehr für ihre Reisen in unsere Länder auszustellen.

SPIEGEL: Das ist keine wirklich drakonische Maßnahme.

Stiglitz: Nein, viel bringt das nicht. Aber wirksamere Sanktionen haben wir nicht.

SPIEGEL: Herr Stiglitz, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

* Mit den Redakteuren Frank Hornig und Georg Mascolo an der Columbia Business School in New York.

WIRTSCHAFTSKRIMINALITÄT

Brüskierender Zustand

Seit mehr als drei Jahren blockiert eine Kieler Strafkammer den Auftakt zweier spektakulärer Wirtschaftsprozesse. Die Justizbehörden schauen verärgert, aber hilflos zu.

Landgericht Kiel: *„Verhalten nicht verantwortbar und*

Auf ihre fortschrittliche Technik sind die rund 70 Richter am Landgericht Kiel mächtig stolz. Seit fünf Jahren schon gibt es an jedem Arbeitsplatz einen PC. Alle Mitarbeiter sind miteinander vernetzt, und damit sehen sich die Kieler sogar in einer „Vorreiterrolle unter allen Justizbehörden im Lande“. Dank der Technik sei „ein wichtiger Schritt zur Beschleunigung der Verfahren getan worden“, heißt es auf der Website des Gerichts.

Doch ausgerechnet bei den großen Wirtschaftsprozessen, die in der Landeshauptstadt zur Verhandlung anstehen, tritt die Justiz auf der Stelle. Selbst für schwerwiegende Anklagen, die vor dreieinhalb Jahren erhoben wurden, sind noch keine Verhandlungstermine in Sicht. „Alarmierend“ nennt der Landgerichtspräsident die Lage seiner Wirtschaftskammern, denn in einigen Fällen droht nun sogar Verjährung.

Der Prozessstau hat bereits zu einem handfesten Krach unter den Justizbehörden in Schleswig-Holstein geführt, der inzwischen sogar das Justizministerium in Kiel erreicht hat. Das sei „ein unerträglicher und das Rechtsbewusstsein der Bevölkerung brüskierender Zustand“, schimpft der Generalstaatsanwalt.

KARIN HILL

Manager Schmitt (1995): *Hickhack um den Haftbefehl*

Die Empörung richtet sich vor allem gegen die 9. Große Strafkammer des Landgerichts. Die ist unter den drei Wirtschaftskammern des Hauses für Angeklagte mit den „Anfangsbuchstaben Q bis Z“ zuständig. Und wie es der Zufall wollte, landeten ausgerechnet dort zwei umfangreiche Strafsachen mit prominenten Angeklagten: Mobilcom-Gründer Gerhard Schmid und Manfred Schmitt, ehemals Geschäftsführer des traditionsreichen Kieler Telefonherstellers Hagenuk.

Das Drama begann im Herbst 2002. Da reichte die Staatsanwaltschaft nach dreijähriger Ermittlungsarbeit eine umfangreiche Anklage wegen Bankrott und Untreue gegen Schmitt ein.

Da sich der frühere Hagenuk-Chef ins Ausland abgesetzt hatte, wurde sogar ein internationaler Haftbefehl erlassen. Zielfahnder des Landeskriminalamts entdeckten Schmitt, der Anfang der neunziger Jahre mit der später in Konkurs gegangenen Computerhandelskette Escom ein Millionenvermögen angesammelt hatte, schließlich im Libanon.

Kurz vor Weihnachten 2002 wurde er dort festgenommen und bald darauf nach Deutschland ausgeliefert. Doch die 9. Strafkammer in Kiel hatte es nicht eilig, den Prozess gegen den international gesuchten Millionär zu eröffnen.

Die Vorwürfe wegen Bankrott und Untreue seien sehr komplex, erreichten aber „nicht die Intensität eines dringenden Tatverdachts“, entschieden sie. Und obwohl Schmitt Wohnungen in der Schweiz, in Spanien und im Libanon besaß, witterten die Richter auch keine Fluchtgefahr. Kurzerhand hoben sie den Haftbefehl wieder auf.

War die umfangreiche Anklage etwa nur ein Luftgebilde? War die internationale Fahndung womöglich nur das Werk eines übereifrigen Staatsanwalts?

Keineswegs, urteilte drei Monate später der übergeordnete 2. Strafsenat des Oberlandesgerichts (OLG) und erließ wieder Haftbefehl. Schmitt blieb dennoch auf freiem Fuß. Gegen eine Kaution von 500 000 Euro konnte der schillernde Unternehmer in seiner Beiruter Wohnung auf den Prozess warten.

Doch der ist bis heute nicht terminiert. Statt das Verfahren – wie vom OLG angemahnt – zügig vorzubereiten, setzten die Richter der 9. Strafkammer lieber ellenlange Schriftsätze auf, mit denen sie begründeten, warum sie die Anklage nur in verringertem Umfang zulassen wollten. Und da die richterliche Unabhängigkeit beinhaltet, dass eine Kammer nicht unbedingt an die Beschlüsse eines höheren Gerichts gebunden ist, hoben die Richter auch den Haftbefehl wieder auf.

Dreimal ging das so – und jedes Mal wurde der Haftbefehl von der höheren Instanz wieder in Kraft gesetzt. Auch in den anderen Anklagepunkten gaben die Oberrichter den prompt darauf folgenden Beschwerden des Staatsanwalts statt. „So etwas“, staunt selbst Schmitts Verteidiger Heinz Wagner, „habe ich in meiner mehr als 30-jährigen Erfahrung noch nie erlebt.“

Die 9. Strafkammer, deren Besetzung in den vergangenen Jahren teilweise wechselte, setzte ihren Kurs trotzdem unbeirrt fort. Aber warum? War es wirklich Arbeitsüberlastung, wie das Gericht argumentiert. Oder wollte die Kammer einfach einen schwierigen Prozess vom Tisch bekommen, wie Beobachter mutmaßen.

Die Chancen dafür stehen fast neun Jahre nach der vermeintlichen Straftat des Ex-Hagenuk-Chefs jedenfalls nicht schlecht. Denn als die Kammer im Januar 2006 den Haftbefehl gegen Schmitt zum vierten Mal aufhob, gaben selbst die Oberrichter auf.

Zwar ist die höhere Instanz weiter überzeugt, dass Fluchtgefahr besteht und die Anklage gegen Schmitt völlig zu Recht erhoben wurde. Doch angesichts der verstri-

JAN KOEHLER KAES

der Öffentlichkeit nicht vermittelbar“

chenen Zeit würde der seit 2003 im Raum stehende Haftbefehl jetzt nicht mehr einer Überprüfung durch das Verfassungsgericht standhalten, stellten die OLG-Richter am 15. März resigniert fest.

Zornig notierte der Generalstaatsanwalt tags darauf: „Ich halte das Verhalten der Strafkammer für nicht verantwortbar und der Öffentlichkeit nicht vermittelbar.“

Die Vorgänge in Kiel sind weit mehr als eine Provinzposse und auch kein Einzelfall. Erst im Dezember 2005 mahnte der Bundesgerichtshof, dass bei „einer Vielzahl von großen Wirtschaftsstrafverfahren eine dem Unrechtsgehalt adäquate Bestrafung nicht erfolgen kann, weil keine ausreichenden justiziellen Ressourcen zur Verfügung stehen“. Dadurch drohe ein gefährliches „Ungleichgewicht zwischen der Strafpraxis bei der allgemeinen Kriminalität und der Strafpraxis in Steuer- und Wirtschaftsstrafverfahren“.

Auch die Kieler Justiz tut sich schwer, den bösen Verdacht abzuwehren, dass potentielle Wirtschaftsstraftäter, wenn sie nur prominent genug sind, anders behandelt werden als gewöhnliche Kriminelle. Zwar verweisen die Richter zu ihrer Rechtfertigung gern auf die nötigen Vorbereitungen für das anstehende Verfahren gegen Mobilcom-Gründer Gerhard Schmid, bei dem es um Untreue in zweistelliger Millionenhöhe geht.

Aber seit die 9. Große Strafkammer im August 2003 die Anklage erhalten hat, ist auch in diesem Fall herzlich wenig passiert. Bislang haben die Richter nicht einmal entschieden, ob die Anklage gegen Schmid überhaupt zugelassen wird.

Doch wie weit darf richterliche Unabhängigkeit gehen? Kann sich eine Kammer beliebig über die Rechtsauffassung der nächsthöheren Instanz hinwegsetzen und Strafverfahren in dieser Weise verzögern? Haben nicht auch die Betroffenen ein Recht darauf, dass die breit in der Öffentlichkeit diskutierten Anschuldigungen vor einem Gericht eventuell sogar ausgeräumt und die Angeklagten rehabilitiert werden?

Ex-Hagenuk-Chef Schmitt wollte zwischenzeitlich sogar darauf verzichten, obwohl er die Vorwürfe bestreitet. Falls das Verfahren eingestellt werde, sei er bereit, 50 000 Euro zu zahlen, dann 80 000 und schließlich sogar 100 000 Euro. Doch dieser Deal scheiterte am Veto des Staatsanwalts.

Während die Justiz so in der Causa Schmitt keinen Millimeter weiter kommt, hat die Staatsanwaltschaft ihre Ermittlungen gegen den Mobilcom-Gründer und seine Ehefrau Sybille Schmid-Sindram sogar noch ausgeweitet. Und mit einer weiteren Anklage würde das Verfahren nur noch komplizierter, als es ohnehin schon ist.

Das dämmerte wohl auch dem Präsidenten des Landgerichts. „Zur Entlastung der 9. Kammer“, sagte vergangene Woche ein Behördensprecher, wurde vor einigen Tagen eine „25. Große Hilfswirtschaftsstrafkammer“ neu eingerichtet. Sie soll sich mit dem Mobilcom-Fall beschäftigen.

Dann können die Richter der 9. Kammer endlich den Fall Schmitt in Ruhe angehen, denn der bedarf nach der endgültigen Aufhebung des Haftbefehls keiner vorrangigen Bearbeitung mehr. Nun gilt es nur noch die absolute Verjährungsfrist im Auge zu behalten – und die endet nach Ansicht von Schmitts Verteidiger „im Frühjahr 2007“.

Frank Dohmen,
Klaus-Peter Kerbusk

HENNING SCHACHT / ACTION PRESS

Unternehmerehepaar Schmid: *Recht auf Rehabilitation?*

HANDEL

Ein Siegel fürs Image

Ausgerechnet der Discounter Lidl will als erster Konzern sogenannte fair gehandelte Produkte anbieten. Die Szene sieht darin einen Widerspruch.

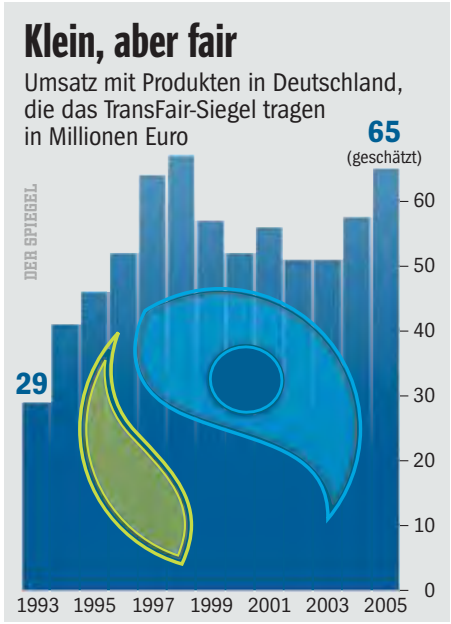
Die Beziehung zwischen den beiden ungleichen Partnern begann verhalten. Aber seit der gemeinnützige Verein TransFair mit Lidl liiert ist, lassen die Verfechter fairer Welthandelspreise und die Manager des aggressiven Discounters keine Gelegenheit aus, sich gegenseitig ihrer Sympathie zu versichern.

„Wir hatten schnell das Gefühl, dass Lidl es ernst meint mit uns“, schwärmt TransFair-Chef Dieter Overath, die Verhandlungen seien „sehr harmonisch“ verlaufen.

Overath sei ein „Mann ohne ideologische Scheuklappen“, der Lidl „auf Herz und Nieren geprüft“ und für glaubwürdig befunden habe, frohlockt Konzernsprecher Thomas Oberle. Die Kooperation werde allen nützen, „den Verbrauchern, vor allem aber den Bauern in der Dritten Welt“.

Das Geschäft, das am vergangenen Donnerstag verkündet wurde, ist bemerkenswert: Als erste deutsche Handelskette wird Lidl Lebensmittel aus dem sogenannten fairen Handel – englisch: Fair Trade – unter einer eigenen Marke vertreiben. Ab dem 6. Juni sollen in den etwa 2700 Filialen acht Produkte mit der wohlklingenden Bezeichnung „Fairglobe“ in den Regalen stehen.

Für den Kaffee, die Bananen und die anderen Produkte bezahlen Lidls Lieferanten den Erzeugern in Afrika und Lateinamerika den Fair-Trade-Mindestpreis. Dafür trägt die „Fairglobe“-Ware das internationale Gütesiegel, das TransFair in Deutschland exklusiv vergeben darf. Der Verein, den Unicef, Brot für die Welt und andere wohltätige Organisationen tragen, wird außerdem die „Fairglobe“-Verpackungen gemeinsam mit Lidl gestalten.



In der Fair-Trade-Szene hat die Zusammenarbeit Befremden ausgelöst – wirft doch die Gewerkschaft Ver.di ausgerechnet Lidl eine „gnadenlose Ausbeutung“ der Beschäftigten vor. „Reine Kosmetik“ sei das neue Lidl-Label, schimpft etwa Bettina Burkert vom Importeur BanaFair. Der Discounter sei doch „Trendsetter beim Sozialdumping“. Die Berliner „tageszeitung“ höhnte, Lidl arbeite an einem neuen Kassensystem, denn um das Gütesiegel zu behalten, dürften die Lidl-Verkäuferinnen die faire Ware nicht berühren.

Tom Speck, Chef von Deutschlands größtem Fair-Trade-Importeur Gepa, sieht die Lidl-Offensive ebenfalls kritisch: Er fürchtet Verwechslungen. Bereits jetzt werde er mit Briefen und E-Mails empörter Kunden überhäuft. Die glaubten fälschlicherweise, Lidl werde demnächst Gepa-Produkte verkaufen. „Meine Sorge ist, dass diese Kooperation dem Fair-Trade-Image einen Schaden zufügen wird“, sagt Speck.

Die Heftigkeit der Auseinandersetzung ist neu, doch die Fair-Trade-Fundis streiten sich seit langem mit den Realos. Denn was vor mehr als 30 Jahren mit nicaraguanischem Kaffee in Dritte-Welt-Läden begann, entwickelt sich allmählich zu einem lukrativen Nischengeschäft für konventionelle Anbieter. 1993 nahm Rewe als erste deutsche Handelskette Fair-Trade-Kaffee bundesweit ins Sortiment auf, mittlerweile sind solche Produkte in etwa 24 000 Filialen der meisten Ketten erhältlich.

Mit kleinbäuerlichem Idyll hat das globale Fair-Trade-Geschäft nur noch wenig zu tun. Denn längst sind es nicht mehr bloß basisdemokratische Kooperativen, sondern auch Großfirmen, die solche Ware produzieren lassen. Neben Mindestpreisen müssen sie Sozial- und Umweltstandards einhalten und sozialen Projekten einen Betrag für die Arbeiter zukommen lassen. Dennoch beklagen Fundis schon lange die Kommerzialisierung des Fair Trade.

Der Lidl-Deal wird diesen Trend massiv verstärken – und beide Partner wollen davon profitieren. Lidl wächst zwar schneller als jeder andere Discounter Deutschlands, kämpft aber um seinen Ruf. Als etwa Greenpeace 2005 Obst und Gemüse aus verschiedenen Läden auf Pestizide testen ließ, schnitt die Lidl-Ware verheerend ab. Der Konzern erlitt bei den beanstandeten Produkten einen Umsatzeinbruch von circa zehn Prozent. Ein Grund mehr für die Lidl-Manager, das Image zu polieren: Im Januar brachten sie bereits das Bio-Label „Bioness“ auf den Markt, die Zahl der Produkte soll bald massiv erhöht werden. Auch bei der Wohlfühlware setzt Lidl auf aggressive Preise. Branchenkenner vermuten, dass 500 Gramm des Fair-Trade-Kaffees für etwa 4,60 Euro verkauft werden sollen – viel günstiger als in den meisten Supermärkten.

Ein Befreiungsschlag soll der Lidl-Deal auch für TransFair werden. Denn anders als in England oder der Schweiz sind Fair-Trade-Produkte in Deutschland Exoten geblieben. In England liegt der Marktanteil von Fair-Trade-Kaffee bei etwa 20 Prozent, die preisbewussten Deutschen geben bloß ein Hundertstel des Kaffee-Budgets dafür aus. Das TransFair-Volumen schwankt daher seit Jahren zwischen mickrigen 50 und 60 Millionen Euro.

Nur 1997 und 1998 schnellte der Umsatz in die Höhe, weil der Discounter Plus für kurze Zeit Fair-Trade-Kaffee in die Regale stellte. An diese Glanzzeit will Overath nun anknüpfen. Die Kritik aus den eigenen Reihen nervt den Realo bloß: „Es geht doch den Lidl-Verkäuferinnen nicht besser, wenn sie keine Fair-Trade-Produkte verkaufen.“ SEBASTIAN RAMSPECK

VOLKMAR SCHULZ / KEYSTONE

LIONEL HEALING / AFP

Lidl-Filiale, Fair-Trade-Kaffee-Verladung (im Kongo): *Lukratives Geschäft statt kleinbäuerliches Idyll*

EMMANUEL FRADIN / REUTERS (L.); PATRICK KOVARIK / AP (R.)

Protestierende Jugendliche in Paris, Präsident Chirac (bei seiner Fernsehansprache am 31. März)

FRANKREICH

„Neuerliche Provokation“

Bei den für Dienstag angekündigten landesweiten Massenkundgebungen gegen den umstrittenen „Erstanstellungsvertrag“ (CPE) befürchten Sicherheitsexperten eine Eskalation zwischen Polizei und Jugendlichen: „Es gibt eine wachsende Eigendynamik des Protestes, der nach den Studenten jetzt auch die 12- bis 15-Jährigen erreicht“, so die Pariser Sozialforscherin Lucienne Bui Trong. Die ehemalige Mitarbeiterin des Inlandsgeheimdienstes „Renseignements généraux“ hält ein „Überschwappen der Aktionen auf die Vorstädte“ für möglich.
Während der Demonstrationen der vergangenen Woche, als bis zu 2,8 Millionen Franzosen gegen das Gesetzesprojekt von Premier Dominique de Villepin auf die Straßen gingen, konnten die Ordnungsdienste von Gewerkschaften und Studentenverbänden Übergriffe krimineller Schlägertrupps meist verhindern. Die Ankündigung von Präsident Jacques Chirac am vorigen Freitag, er werde die Novellierung zur Lockerung des Kündigungsschutzes in Kraft setzen und die Regierung lediglich zu kleinen Korrekturen auffordern, hat bei den betroffenen Jugendlichen für Verbitterung und zusätzliche Radikalisierung gesorgt. Der Staatschef sucht zwar den drohenden Showdown mit seinem Verhandlungsangebot für einen „großen Sozialgipfel zur Arbeitslosigkeit“ zu entschärfen. Sein Vorschlag wird jedoch von den Gewerkschaften abgelehnt, und die gesamte linke politische Opposition sieht in dem Vorstoß eine „neuerliche Provokation“. Schüler- und Studentenorganisationen kündigten ihrerseits an, den mehr als zweimonatigen Widerstand gegen den CPE mit „Störungen und Blockaden von Bahn- und Straßenverkehr“ fortsetzen zu wollen – wenn nötig, bis zu den bevorstehenden Osterferien.

ISRAEL

Front gegen Olmert

Nach dem Urnengang vom 28. März wächst der Druck auf Wahlgewinner Ehud Olmert, die unternehmerfreundliche Wirtschaftspolitik der vergangenen Jahre aufzugeben und sich mehr um Arbeitnehmer und sozial Schwache zu kümmern. Die meisten seiner potentiellen Koalitionspartner haben ihren Wahlkampf mit Forderungen nach Sozialreformen bestritten. So kündigte Arbeitsparteichef Amir Perez, der hinter Olmerts Kadima-Partei auf Platz zwei landete, einen Mindestlohn von monatlich 800 Euro an. Vergangene Woche traf er sich mit dem Vorsitzenden der ultraorthodoxen Schas-Partei, um eine gemeinsame soziale Front gegen Olmert aufzubauen.
Auch der Überraschungssieger der Wahl, die sieben Mandate starke Rentnerpartei, fordert einen Wandel in der Sozialpolitik. Abgestraft wurde dagegen Ex-Finanzminister Benjamin Netanjahu, dessen Arbeitsmarktreformen viele Israelis als Hauptgrund für die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich sehen.
Während die israelische Wirtschaft im vergangenen Jahr um 4,2 Prozent wuchs, liegt die Arbeitslosenquote noch immer bei 9 Prozent; jede fünfte Familie lebt unterhalb der Armutsgrenze. Ministerpräsident Olmert, der Netanjahus Reformpolitik bislang uneingeschränkt unterstützt hatte, will Arbeitsparteichef Perez keinesfalls das wichtige Finanzministerium überlassen. Perez aber stellt sich stur. „Je mehr Olmert sich dem Wunsch widersetzt, desto mehr will Perez das Ministerium“, so ein Vertrauter des Sozialdemokraten.

REUTERS

Parteichef Perez

PERU

„Vom Krebs zerfressen“

Der Siegeszug der Linkspopulisten in Lateinamerika hat jetzt auch Peru erreicht: Als aussichtsreicher Kandidat bei der Präsidentenwahl am kommenden Sonntag gilt Linksnationalist Ollanta Humala, 42. Der charismatische Offizier a. D., der im Jahr 2000 eine Militärrebellion gegen den damaligen Staatschef Alberto Fujimori anführte, konzentrierte seinen Wahlkampf auf das arme Andenhochland und die Elendsviertel der Großstädte.

DIMAS CHAUCA / AFP

Nationalist Humala

SPIEGEL: Perus herrschende Klasse zittert angesichts Ihres Aufstiegs. Wollen Sie den Sozialismus einführen?
Humala: Diese Furcht ist unbegründet. Die Konfrontation zwischen der klassischen Linken und der traditionellen Rechten spielt heute keine Rolle mehr, das gehört zum Kalten Krieg. Wir sind Opfer eines entfesselten Kapitalismus, eines globalen wirtschaftlichen Imperialismus. Die Konkurrenz multinationaler Konzerne zerstört unsere Industrie, sie beuten unsere Rohstoffe aus und zwingen uns eine exportorientierte Wirtschaft auf. Dagegen trete ich an.
SPIEGEL: Auch für die Amerikaner gelten Sie als rotes Tuch, sie sehen in Ihnen einen peruanischen Chávez.
Humala: Die Vertreter der neuen Strömungen in Lateinamerika haben viele Namen.

ALEXANDRA MLEJNKOVA / CTK PHOTO

Grüner Bursik

TSCHECHIEN

Prager Frühling

Frohe Kunde für die Grünen an der Moldau – Umfragen bestätigen einen rasanten Zuwachs ihrer Popularität. Nach Jahren der Bedeutungslosigkeit konnten sie sich seit Januar auf bis zu zehn Prozent steigern und sind damit zur viertstärksten Partei erblüht. Das ist vor allem ein Verdienst des neuen Vorsitzenden Martin Bursik, welcher der zerstrittenen Umwelttruppe zu neuer Einigkeit verholfen hat – das jedenfalls glaubt der Prager Politikwissenschaftler Jiří Pehe. Vor allem junge Leute wenden sich derzeit den Grünen zu. Bursiks Gruppierung gilt für sie als Reformalternative, die sich von den Großparteien abhebt – den Sozialdemokraten (ČSSD) und der bürgerlichen ODS. Die Grünen besetzen Öko-Themen, sie lehnen Radikalkuren wie einen einheitlichen Steuersatz – die sogenannte Flat-Tax – ab, geben sich aber in ökonomischen Fragen flexibler als die Sozialdemokratie. Dieses Programm könnte die Grünen nach der Parlamentswahl im Juni zu einem wichtigen Mehrheitsbeschaffer machen, denn weder die ČSSD noch die ODS werden voraussichtlich ohne Partner regieren können. Möglicherweise zu früh haben die Kommunisten frohlockt: Die kaum gewendete Kadertruppe ist derzeit drittstärkste Partei und machte sich Hoffnungen, als Koalitionspartner oder Dulder einer Minderheitsregierung mitbestimmen zu dürfen. Nun könnten die Grünen sie verdrängen.

USA

Ansturm der Kandidaten

Auf der Landkarte der vorherrschenden Ethnien ist New Orleans eine Hochburg des schwarzen Amerika, eine „Chocolate City“, wie es der afroamerikanische Bürgermeister Ray Nagin politisch unkorrekt zu sagen pflegt. Mögli-

THOMPSON /THE DALLAS MORNING NEWS / DPA

Flutkatastrophe in New Orleans (2005)

Es sind Sozialisten, Indio-Aktivisten, hier in Peru nennen wir uns Nationalisten. Aber wir alle haben einen gemeinsamen Nenner: den Kampf gegen das neoliberale Wirtschaftsmodell. Wir sind das neue Gesicht Lateinamerikas. Unsere Länder sind jahrzehntelang neoliberalen Rezepten gefolgt, die wenig zu tun hatten mit der Realität. Deshalb kam es überall zu sozialen Unruhen, die politischen Systeme brachen zusammen.

SPIEGEL: Peru geht es im Vergleich gar nicht so schlecht. Die Inflation ist unter Kontrolle, die Wirtschaft wächst.

Humala: Hier gibt es Wachstum, aber keine Entwicklung. Das ist wie bei einem Menschen, der scheinbar gesund, aber innen vom Krebs zerfressen ist. Im Landesinnern herrscht extreme Armut, die Leute überleben mit weniger als einem Dollar pro Tag. Die Landwirtschaft ist kaputt, die Bauern fliehen vom Hochland an die Küste oder pflanzen Koka an. Die nationale Industrie produziert nichts, sie kauft alles in China ein.

SPIEGEL: Sie haben als Soldat gegen die maoistische Guerilla Leuchtender Pfad gekämpft. Kritiker werfen Ihnen vor, dass Sie an Folterungen beteiligt waren.

Humala: Ich bin unschuldig. Wir waren 22-jährige Jungen, die in einer Ausnahmesituation ihr Land verteidigten, weil der Staat versagte. Die Politiker hatten sich damals aus der Verantwortung gestohlen und den politischen Kampf der Armee überlassen.

cherweise bleibt das nicht mehr lange so. Unter den 22 Mitbewerbern, die Nagin bei der Wahl am 22. April aus dem Feld schlagen müsste, um sich eine zweite Amtszeit zu sichern, sind diesmal besonders viele Weiße. Denn während die Mehrheit der schwarzen Stadtbevölkerung durch die Überflutung im vorigen Herbst aus ihren ärmeren Stadtvierteln vertrieben wurde, leben die weißen Einwohner meist längst wieder in ihren Häusern: Sie bewohnen die höhergelegenen Stadtviertel. Zum ersten Mal seit 28 Jahren könnte deshalb wieder ein weißer Bürgermeister gewählt werden, etwa Mitch Landrieu, Sprössling einer prominenten Politiker-Familie aus Louisiana. In der Schlussphase des Wahlkampfs sind die Kandidaten nun auf der Suche nach jenen Wählern, die seit der Katastrophe über den ganzen Süden der USA verstreut sind, aber per Briefwahl abstimmen dürfen – wenn denn ihre Notunterkünfte den Behörden bekanntgeworden sind.

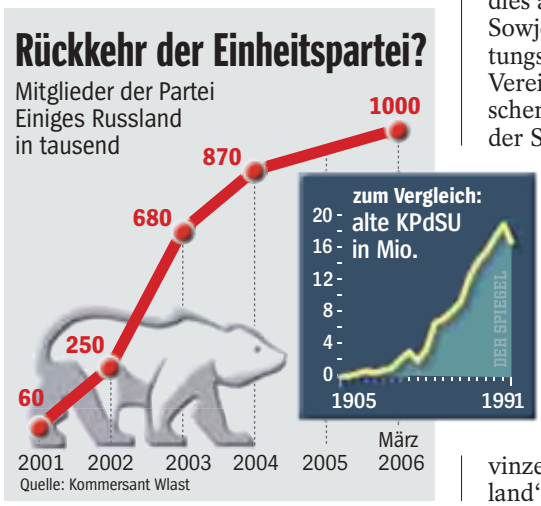
ALEXEI PANOV / AP

Präsident Putin mit Parteiführer Gryslow

RUSSLAND

Starke Nachfrage

Putins Hausmacht, die Partei „Einiges Russland“, ist weiter im Aufwind: Sie zählt bereits über eine Million Mitglieder. Damit ist die Kreml-Truppe, die sich selbst als „führende politische Kraft des Landes“ bezeichnet, zwar noch weit von einer anderen ehemals großen Staatspartei entfernt – die Kommunistische Partei der Sowjetunion (KPdSU) brachte es auf über 19 Millionen Mitglieder. Doch in puncto Wachstumstempo hat „Einiges Russland“ die früheren Bolschewisten überrundet. Innerhalb von viereinhalb Jahren brachte es die Bewegung auf ihre erste Million; die Kommunisten hatten dafür nach der Revolution von 1917 immerhin acht Jahre gebraucht. Es gibt aber auch Parallelen: So wie damals werden auch heute Staatsangestellte mit Druck zum Beitritt gedrängt. Dabei verfügt „Einiges Russland“ über keinerlei ideologisches Profil. Der Moskauer Politologe Alexander Konowalow sieht in der Partei, die in beiden Parlamentskammern über die absolute Mehrheit verfügt, nur eine „Gewerkschaft von Bürokraten“. Dem Selbstbewusstsein der Parteiführung mit dem Duma-Vorsitzenden Boris Gryslow an der Spitze tut dies aber keinen Abbruch. Gryslow, zu Sowjetzeiten Mitarbeiter eines Rüstungsbetriebs, präsentiert den Kreml-Verein als „Partei des gesunden Menschenverstandes“. Als Losung genügt der Slogan „Wir sind mit dem Präsidenten“. Der anschwellenden Mitgliedschaft ist dieses simple Bild egal. Sie stellt sich auf die Seite der Macht, weil sie sich dadurch – wie einst im Fall der KPdSU – sozialen Aufstieg erhofft. Auch die Bevölkerung hat den Trend erkannt, sie hält die Putin-Truppe inzwischen für die einzige Partei, die noch etwas bewegen kann: Bei Regionalwahlen in acht Provinzen am 12. März ging „Einiges Russland“ überall als Erste durchs Ziel.



ALBANIEN

Brüchige Toleranz

Um eine Statue der 1997 verstorbenen Mutter Teresa ist in Albanien heftiger Streit zwischen liberalen und radikalen Muslimen ausgebrochen. Drei islamische Vereine sehen den religiösen Frieden der nordalbanischen Stadt Shkodër gefährdet, falls das Denkmal der albanischen Ordensfrau, die 1979 mit dem Friedensnobelpreis geehrt wurde, am Stadteingang aufgestellt wird. Dagegen sieht der Führer der größten muslimischen Gemeinde, Selim Muca, kein Problem in der Ehrung: Mutter Teresa sei der Stolz der ganzen Nation. In Shkodër wird die Toleranz zwischen Muslimen und Katholiken immer brüchiger. Zu Protesten hatte kürzlich die Errichtung eines Kreuzes auf einem Hügel nahe der Stadt geführt. Weitere Emotionen wurden geschürt, als die Katholiken forderten, eine alte Moschee in eine Kirche umzuwandeln.

CAROLINE BRECHER-SCHULZ / KEYSTONE

Mutter Teresa (1996)

ITALIEN

Der epische Kampf des Silvio B.

Nach fünf Jahren beispielloser Macht muss der römische Premier Sonntag mit der Abwahl rechnen. Seine Regierung hat Italien weniger verändert als die permanente Kulturrevolution, die das Berlusconi-Fernsehen betreibt. Das Land ist heute der kranke Mann der EU.

Vergangenen September berichtete die Fachzeitschrift „Cortex“ über einen bis dahin unbekannten Fall von Hirnschädigung. Eine 66-jährige Hausfrau aus dem Veneto konnte nach einer Krankheit keine Gesichter mehr erkennen, weder Vater noch Mutter, noch Ehemann. Doch als die Ärzte ihr ein Foto aus der Zeitung vorlegten, reagierte sie: „ein Politiker, TV-Eigentümer und sehr reich“. Silvio Berlusconi.

Die behandelnden Neurophysiologen Sara Mondini und Carlo Semenza erklären den Fall damit, dass die Gesichtszüge des Premiers in Italien inzwischen nicht mehr als solche wahrgenommen werden, sondern bereits als Ikone. Allgegenwärtig und allem Irdischen entrückt.

Lästig, dass da noch gewählt werden muss. In der letzten Phase des Wahlkampfs ist Berlusconi überall. Sein Lächeln grüßt am römischen Hauptbahnhof und leuchtet über den Autogrill-Raststätten. Seine Wahlkampfzentrale „Azurblauer Motor“ hat 200 Millionen Euro verwendet, das Lächeln und die Zuversicht in jeden Hirnlappen zu pressen. Auf jedes Neugeborene wartete bereits ein Brief von ihm, jeder Priester wurde persönlich angeschrieben, und über Wochen war das Gesicht des Multimilliardärs so präsent auf den Fernsehschirmen, als gehörte es zum Senderlogo, als wäre es das Spiegelbild eines jeden Italieners.

Und manch ein Botschafter eines EU-Landes bereitet sein Amt schonend darauf vor, dass weitere fünf Jahre nicht auszuschließen sind. Allen Umfragen zum Trotz. Denn dieser Mann ist am stärksten, wenn er eigentlich keine Chance mehr hat.

Italiener im Ausland werden auf Silvio Berlusconi wie auf eine nationale Skurrilität angesprochen. Wie früher auf den Latin Lover oder die Corleonesi. Niemand kann sich vor-

AUGUSTO CASASOLI / A3 / CONTRASTO / LAIF

Wahlkämpfer Berlusconi (in Vicenza)
„Augen auf, wo ist die Krise?“

stellen, weshalb ein mutmaßlicher Steuerschwindler, der sich selbst gern mit Napoleon oder Jesus Christus vergleicht, in ein Staatsamt gewählt werden sollte. Wie ein Medienmonopolist in aller Selbstverständlichkeit sagen kann, „90 Prozent der Presse sind in Händen der kommunistischen Linken“. So vergangenen Mittwoch bei einem Treffen der europäischen Christdemokraten.

Nach all seinen Kapriolen hat dieser immergrinsende kleine Mann mit den hohen Absätzen auf den Fluren der EU den Ruf einer Mischung aus Lukaschenko, dem weißrussischen Diktator, und Roberto Benigni, dem zappeligen Filmstar – jedenfalls nicht ernst zu nehmen.

Die Stimme Roms war in den wichtigen Debatten unbedeutend. Nach fünf Jahren Berlusconi-Regierung ist Italien zum kranken Mann Europas geworden. Es ist das einzige Land der EU mit nahezu Nullwachstum, verschuldeter als Deutschland, doch ohne Aussicht auf Besserung. Die Forschungsausgaben müssten nahezu verdreifacht werden, um den EU-Plan zu erfüllen. Der Kampf gegen die Mafia ruht. Das Gesundheitswesen verdient seinen Namen nicht. Die Universitäten sind budgetär verwüstet, und gerade hat China Italien vom sechsten Platz der Industrieländer gedrängelt.

Auch der siebte Platz wird nicht lange zu halten sein. Alle Indikatoren zur Wettbewerbsfähigkeit zeigen nach unten, und in der „Financial Times“ prophezeite der renommierte Ökonom Desmond Lachman Italien ein ähnliches Schicksal wie der argentinischen Wirtschaft. Das ist die Bilanz der versprochenen „Italien AG“.

Regierungen sind schon wegen besserer Zahlen abgewählt worden. Die Frage ist nur, weshalb die Opposition nicht mit 20 Prozentpunkten in den Umfragen führt, sondern nur mit 4.

Man kann die Antwort im Veneto suchen, im tellerflachen Herzland des Italokapitalismus, das in vollem Maß der Globalisierung ausgesetzt ist. An diesem Samstagmorgen, zum Konvent des allmächtigen Industrieverbands Confindustria, irren gut 5000 Firmenchefs wie Waisenkinder durch die Messehalle-West von Vicenza.

Bei der letzten Wahl haben die mittelständischen Schuh- und Möbelmanufakturen im Veneto auf Berlusconis „Forza“ gesetzt. Doch diesmal hat sich ihr Hausblatt, der „Corriere della Sera“, hinter Romano Prodi und sein Bündnis aus Ex- und Postkommunisten, Grünen, Sozis und Linkskatholiken gestellt. Das geht vielen zu weit.

Der Premier, so die Kritik, habe zu viel Zeit auf seine eigenen Interessen verwendet, statt sich um eine italienische „Agenda 2010“ zu kümmern. Er war zu wenig er selbst, zu wenig Macher und Entrepreneur, zu wenig Berlusconi. Und statt sich vor den Industriellen zu verteidigen, hat er jetzt auch noch seinen Auftritt in letzter Minute abgesagt: Der Ischiasnerv klemmt.

So dämmert der Kongress vor sich hin, und die Aussicht auf schärfere Gewinnsteuern und Anti-Atom-Schikanen unter einer Prodi-Regierung trägt zur Stimmung auch nichts bei. Dann passiert es.

Wie ein Boxer mit seinem Gefolge keilt sich Berlusconi in die Halle. Per Hubschrauber ist er noch erschienen und klettert strahlend und demonstrativ humpelnd auf die Bühne: „Grazie!“ Er nimmt sich ein Mikro und beginnt, von seinen 36 Großreformen zu erzählen, von den 1700 beschlossenen Maßnahmen. Lächelnd bewegt er sich im Rhythmus der eigenen Sätze, wie ein Sänger beim San-Remo-Festival. Da sind die ersten Ovationen. „Macht die Augen auf, wo ist die Krise?“

Sein Körper ist immer in Bewegung, vibriert wie ein überdrehtes Rasselfäffchen. Er hat ihnen die stabilste Regierung der Nachkriegszeit gebracht, Abgaben gesenkt und das Arbeitsrecht gelockert. Mag seine Stimme in Europa kein Gehör mehr finden – wer hört denn schon auf Europa? Er wurde von Freund George W. eingeladen, vor dem Kongress zu sprechen – „ich habe es satt, satt, satt …“, springt er auf, fortgerissen von der eigenen historischen Größe, tritt vor an die Rampe und beginnt der versammelten Blüte des Italokapitalismus die Leviten zu lesen, „… satt zu sehen, wie sich jemand mit eigener Hand zerstört“. Er meint die Confindustria.

Für Berlusconi ist Politik die Fortführung des Unternehmertums mit gleichen Mitteln. Er denkt in den Kategorien der Medici, kennt allein Treue, Feindschaft und Verrat. Und hier unten sitzen die Verräter.

Alle haben ihn verraten. Er fühlt sich allein gelassen von seinen Koalitionären, die jetzt nur noch an ihre paar Prozentchen denken. Fühlt sich verkannt von der Confindustria und ihrem Vorsitzenden, diesem Ferrari-Dandy Luca Cordero di Montezemolo, der bei jeder Gelegenheit an den Reformen herumnörgelt. Fühlt sich verraten vom Establishment des alten Geldes.

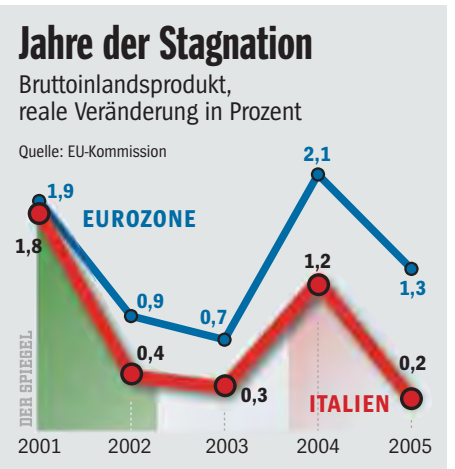
Er lächelt nicht mehr. Sollen sie ihn abwählen. Dann hat dieses Land ihn nicht verdient. Er könne auch nach Tahiti segeln, hat er kürzlich gesagt.

Wie Gerhard Schröder, wie Bill Clinton ist Berlusconi mit dem Rücken zur Wand am stärksten. Er gehört nicht zu den Brüsseler Staubzungen. Er hat den Mut zum Wahnsinn. Die pinocchiohafte Schwindelei, das unkaschierte Geckentum, von den falschen Sohlen bis zum nachgepflanzten Scheitel. Die völlige Angstfreiheit, was politische Klugheit angeht. Er zeigt Qualitäten, die auch im Kokon der politica italiana selten geworden sind. Er macht Fehler, er ist ein wenig irre, aber von einer Vitalität, die nicht nachgelassen hat. Und das kommt an, immer noch.

Es ist wie in der Nordkurve, Pfiffe, Sprechchöre: „Sil-vio! Sil-vio!“ Aus den

ALESSANDRA TARANTINO / AP

Kandidat Prodi (in Rom): *„Ernsthaftigkeit an die Macht“*



Firmenchefs sind Hooligans in Nadelstreifen geworden. Der Schuh-Milliardär und Berlusconi-Kritiker Diego Della Valle wird am Sprechen gehindert.

Und das sind nicht nur Claqueure. „Er hat uns von den Ketten der Bürokratie befreit. Mit Prodi werden wir um Jahre zurückfallen“, ruft Pierfranco Pilenga in den Tumult hinein. Der Mittfünfziger hat eine Gießerei in Bergamo und keinerlei Verständnis für die Confindustria-Führung: „Berlusconi wollte mehr erreichen, aber seine Koalitionäre haben ihm Stöcke zwischen die Beine geworfen. Sollen wir denn Kommunisten wählen?“ Ein Zuwenig sei kein Grund für eine Abwahl, sondern Grund für eine zweite Halbzeit.

Es ist eine der Schlüsselszenen dieses Wahlkampfs. Das Schauspiel eines 69-jährigen Multimilliardärs im Klassenkampf, eines Übermächtigen in der Pose des Rebellen gegen das Establishment. Das Gesicht kannte man von Berlusconi noch nicht: das eines waidwunden Titanen, der gegen eine Welt von Feinden kämpft.

Grußlos verlässt der „Cavaliere“ nach seinem Wutausbruch die Halle. Das Humpeln ist vergessen. „Ich bin geheilt“, sagt er seinen Leuten. Veni, vedi, Vicenza. Jetzt ist alles wieder offen.

Die Opposition zählt die Tage bis zur Wahl und betet zum Gott der Vernunft. Jeder persönliche Angriff auf den Cavaliere wird vermieden. Mit einer Ausnahme: „Ich hasse ihn überhaupt nicht, im Gegenteil: Wir tragen doch beide Make-up und hohe Absätze, wenn wir ausgehen.“ So der Transsexuelle Vladimir Luxuria, Spitzenkandidat der römischen Neokommunisten.

Ansonsten haben Romano Prodi und seine Verbündeten von der Mitte-links-„Union“ das Spaßverderben zum Leitmotiv gemacht. Sie hoffen auf den Sex-Appeal ihres Slogans: „La serietà al governo“ – „Ernsthaftigkeit an die Macht“.

Vermutlich hätten sie besser landesweit Kontoauszüge plakatiert: Das Privatvermögen der Familie Berlusconi hat sich verdreifacht, seit Berlusconi in die Politik gegangen ist. Selten zuvor hat ein Regierungschef derart ungeniert die eigenen Interessen zu allgemeinen erklärt. Angefangen vom Internet-Versand für Schulbücher, den die Ministerin einer Berlusconi-Firma zugeschoben hat, bis zur Vergabe der Fußball-Fernsehrechte.

In Mailand könnte bald der „Mediaset“-Prozess beginnen, wegen angeblicher Steuerhinterziehung und Bestechung. Es wäre das mittlerweile neunte Großverfahren gegen Berlusconi. In Deutschland hätten Untersuchungsausschüsse bei diesem Mann für Jahrzehnte zu tun, in Großbritannien wäre er längst gevierteilt worden. Wieso tut sich die Linke so schwer, den Unmöglichen unmöglich zu machen?

„Weil wir Berlusconi nicht dämonisieren dürfen“, sagt Massimo Cacciari, der mit seinem schwarzen Bart, seiner Mähne selbst einem Höllenhund ähnelt. „Berlusconi kann man nur mit den Waffen der Kritik besiegen, nicht mit Gegendemagogie. Prodi hat recht, wenn er immer nur eine Frage stellt: Geht es den Italienern heute besser oder schlechter als vor fünf Jahren?“

Cacciari hat Bücher geschrieben über Kant, Nietzsche, Heidegger, Foucault, über moderne Musik und Architektur, allesamt gelehrte Werke und zu brillant, als dass viel über ihren konkreten Inhalt an die Öffentlichkeit gedrungen wäre. Jedenfalls gilt der Mann als führender Linksintellektueller Italiens und als endlich erschienene Wahrwerdung des Traums vom „Philosophen auf dem Thron“: Der Meisterdenker ist vergangenes Jahr zum dritten Mal Bürgermeister von Venedig geworden.

Außerdem hat er den schmeichelhaften Ruf, dem mächtigsten Mann Italiens Hörner aufgesetzt zu haben. Berlusconi selbst hatte darauf angespielt, bei einer Pressekonferenz mit dem dänischen Premier Anders Fogh Rasmussen. „Ach das …“, sagt Cacciari. „Das ist Unsinn. Ich habe Signora Berlusconi noch nie gesehen.“ Vermutlich eines der Manöver des Cavaliere: Jetzt nehmen die Kommunisten uns auch noch die Frauen weg.

Cacciari war wie jeder denkende Italiener Mitglied der Kommunistischen Partei, bevor er sich der liberalen „Margherita“ anschloss und zu einem führenden Kopf der Opposition wurde.

„Berlusconi ist zu 80 Prozent ein italienisches Phänomen. Aber er spiegelt eine allgemeine Gefahr der Demokratien wider: die Unterwerfung unter die Ökonomie und die Entwicklung der großen Parteien zu Oligarchien.“

Ein rundlicher Bediensteter mit Haarkranz reicht dem Bürgermeister ein paar Blätter herein: Wieder müssen Pfahlarbeiten wegen der Archäologen unterbrochen werden. „Madonna …“ Es ist schwer, in einem Land Politik zu machen, in dem vermutlich mehr Gesetze gelten als in sonst einem Land der Erde.

Doch ist es nicht Berlusconi gewesen, der anders als die meisten seiner Vorgänger mit dem Umbau begonnen hat? Schließlich steht das vermooste Justiz- und Bildungssystem seit Jahrzehnten zur Reform an. „Nein“, sagt Cacciari, außer dem Rauchverbot und dem Führerschein nach Punkten lässt er keine Reform gelten.

„Auch ich bin Föderalist. Italien ist ein Land der Städte. Aber Berlusconi hat die Städte entmachtet zugunsten der Regionen und Provinzen, völlig künstlicher Gebilde.“ Und er hat dies nur getan, um die Lega Nord in der Koalition zu halten. Ebenso die Entmachtung der Richter – ein Geschenk an sich selbst und sein Gesinde.

„Das sind fatale Reformen. Und wir werden sie rückgängig machen. Wenn es nicht noch einen Terroranschlag gibt, ist die Wahl gewonnen“, sagt Cacciari. Und

ANSA / REUTERS (L.); L. NIZZOLI / AG. SINTESI (R.)

Berlusconi vor Gericht*, Unterhaltungsshow auf seinem TV-Sender Canale 5: *Ein wenig irre, aber von nicht nachlassender Vitalität*

* Mit seinem Anwalt Gaetano Pecorella (2003).

fügt hinzu: „Aber wird der Sieg groß genug sein? Wenn es zu knapp wird und wir im April noch einmal wählen müssten oder wenn es zu merkwürdigen politischen Konstellationen käme, wird das Land in Aufruhr geraten. Dann gibt es Grund zur Angst.“ Das Wort sagt er auf Deutsch.

Vor dem Büro des Sindaco zeigt eine Tafel den Wasserstand der Lagune an. In Venedig weiß man um die Unsicherheit aller Verhältnisse.

Gabriele Romagnoli ist ebenfalls Schriftsteller und nach zehn Auslandsjahren zurückgekehrt in ein ihm fremd gewordenes Land. Sein gerade erschienener Reisebericht durch die Trümmerlandschaften des Berlusconismus heißt „Non ci sono santi“ („Es gibt keine Heiligen“) und erzählt von einem Italien, in dem Schein und Selbstdarstellung oberste Maxime geworden sind.

Auf den Häuserwänden werden Fußballkriege geführt, keine Sozialutopien mehr beschworen. In den Städten haben

MAURICE WEISS / OSTKREUZ

Venedigs Bürgermeister Cacciari
„Grund zur Angst“

Miss-Wahlen die Pressefeste der Parteien abgelöst, und der Lebenstraum jedes Provinzmädchens ist die Karriere als „Velina“, wie jene halbnackten Lächlerinnen mit Gardemaß-Körbchengröße genannt werden, die in allen TV-Shows herumstehen.

Es herrscht die Lüge, der Glaube an den schönen Schein, der Kult des Individuums. Vulgarität statt Schönheit, Lügen statt Wahrheit, Arroganz statt Klugheit: „Wir werden von einem Spiegelbild geführt“, schreibt Romagnoli resigniert, „bisweilen ist es verzerrt. Aber um das Abbild zu verändern, müssten wir uns ändern.“ Nichts ist schwerer, als seinen Schatten loszuwerden.

„Natürlich haben 22 Jahre Berlusconi-Kommerzfernsehen das Land tiefer durchwirkt als fünf Regierungsjahre“ – Paul Ginsborg ist ein Engländer, der auch in seiner Florentiner Wohnung Tweed und Krawatte trägt und als einer der renommiertesten Historiker der italienischen Gegenwart gilt.

Er sagt: „Natürlich haben wir es mit einem Regime zu tun, auch wenn die formalen Bürgerrechte gewährt bleiben. Ein Regime, das über das Bewusstsein und die Kultur operiert.“ Sein Forschungsobjekt Berlusconi hat Ginsborg jedes Understatement ausgetrieben.

„Die Kontrolle ist viel subtiler. Er bringt die unabhängige Justiz unter Kontrolle und zerstört viele von den ‚checks and balances‘ einer Demokratie. Er hat überwältigende Kontrolle über die TV-Nachrichten und beeinflusst über seine Leutnants das tägliche Menü von Werbung, Sport, Soap, Unterhaltung und Chat-Shows.“

In Ginsborgs Studierstube wurde nach den letzten Wahlen die neue Resistenza begonnen. Er gehörte mit dem Regisseur Nanni Moretti zu den Organisatoren der „Girotondi“, jener Citoyen-Versammlungen im Zeichen des Ringelreihens, von denen kaum noch eine Spur geblieben ist.

Es sei falsch, sagt Ginsborg, die vergangenen fünf Jahre nur als die Burleske eines Zampanos zu sehen: „Berlusconi ist ein kleiner Mann mit großem Appetit, eine gefährliche Spezies. Er hat ein politisches Projekt, und das ist von beträchtlicher Bedeutung für den Rest der Welt: den Ausbau der Kontrolle, die er selbst und sein Clan über den Staat haben.“

Nichts sei gefährlicher, sagt Ginsborg, als die Wahl schon automatisch für gewonnen zu halten, in blindem Vertrauen auf die schlechte wirtschaftliche Lage. Und wenn es nicht klappt? „Well, wenn Prodi am Sonntag nicht gewinnt, dann haben wir bald einen Postfaschisten als Ministerpräsidenten und Silvio Berlusconi im Quirinalspalast, als Staatspräsidenten und Vater des Vaterlandes, der zu Neujahr die Ansprache hält. Mit seinem Bild in jedem Amt und in jeder Schule.“ Ginsborg möchte sich das nicht vorstellen.

Am Wochenende werden rund 50 Millionen Italiener vor einer 65 Zentimeter langen Liste mit vielen bunten Symbolen sitzen, und sie werden sich entscheiden müssen. Sie müssen es tun, denn es herrscht (wenn auch kaum spürbar sanktioniert) Wahlpflicht.

Die Stammwähler sind mobilisiert. Letzte Umfragen sehen Mitte-links mit einer Handvoll Prozentpunkten vorn. Das ist nicht viel. Über einen Regierungswechsel entscheiden werden die Unentschiedenen.

Vielleicht rührt sich in der Kabine die heimliche Sorge ums Ersparte, ums Häuschen und ums Erbe. Berlusconi hat seine Schäfchen im Trockenen, jetzt kann er sich ums Land kümmern. Und wer hat denn den teuren Euro eingeführt, wenn nicht Prodi?

Aber vielleicht wollen die Unentschiedenen sich auch nicht mehr im Gesicht, in der Ikone des Cavaliere wiedererkennen und umschalten, von der trashigen Berlusconi-Glittershow zum Schulfunk des Professore Prodi. Nur, der Berlusconismus wird damit nicht zu Ende sein. Kein Programmwechsel hat je das Fernsehen zerstört.

ALEXANDER SMOLTCZYK

DAVID MCNEW / GETTY IMAGES

Zaun an der Grenze zu Mexiko
Wie in den Tagen des Kalten Kriegs?

USA

Mit Pumps in die Wüste

Amnestie oder Massendeportation? Verbittert streitet Amerika, wie es mit den elf Millionen Illegalen im Lande umgehen soll.

YANNIS KONTOS / POLARIS

Festgenommene illegale Grenzgänger: *„Nächste Woche haben wir die wieder hier“*

Langsam schiebt sich die Sonne über die Berge im Arivaca-Tal, wo Arizonas Wüste so schön ist wie in den Tourismusbroschüren. Schroffe Felsformationen glitzern im Morgenlicht, eine wirkt wie die Miniatur des Zuckerhuts in Rio. Zwischen meterhohen Kakteen huschen Kojoten und Roadrunner. Arivaca ist Schutzgebiet, Befahren verboten. Doch für die Staatsmacht, die im ersten Tageslicht anrückt, gelten solche Beschränkungen nicht.

Motorräder und Jeeps brausen durch die Wüste, ein Gefängnisbus fährt vor, Hubschrauber kreisen in der Luft. „Dusty“ (staubig) haben die amerikanischen Grenzschützer ihre Aktion getauft: Steil stoßen die Helikopter herab und überdecken ein Häuflein Menschen mit einer Wolke aus aufgewirbeltem Wüstensand und Kakteendornen.

Hier an der mexikanisch-amerikanischen Grenze beginnt Nacht für Nacht für ungezählte Latinos die Reise nach „El Norte“, hoch ins ersehnte Nachbarland. Socken über den Schuhen sollen die Spuren verwischen, Knoblauch an den Beinen Schlangen und Skorpione fernhalten. Vier Tage sind es mit ein bisschen Glück bis Tucson, einen weiteren braucht es bis nach Phoenix. Arivaca ist das neue Drehkreuz für illegale Einwanderer in die USA.

Es sind so viele, dass im Tal bereits die Verstecke knapp werden, in jeder Senke, jeder Straßenunterführung kauern die „Inmigrantes“. Berge von Müll weisen den Grenzern den Weg, weggeworfene Ponchos und Rucksäcke. Auch Zahnbürsten und Kämme – Dinge, mit denen sich die Überläufer feingemacht haben für den ersten Tag ihres neuen Lebens.

1,2 Millionen Menschen wurden vergangenes Jahr an dieser Grenze verhaftet, womöglich noch einmal halb so viele blieben unentdeckt. Auch heute füllt sich in Arivaca der erste Häftlingsbus schnell, auf Kommando ziehen die Gefangenen die Schnürsenkel aus den Schuhen und werfen sie in eine Plastikwanne. Es wird noch nicht mal Mittag sein, dann sind sie zurück in Mexiko, vorerst jedenfalls. „Nächste Woche haben wir die wieder hier“, sagt einer der Grenzschützer. „Nein, morgen schon“, knurrt sein Kollege.

STEVE HEBERT / POLARIS

Highway-Warnschild vor Immigranten
Angst vor der Überfremdung

Amerika ist eine Nation von Einwanderern. „Gebt uns Eure müden, Eure armen, Eure geknechteten Massen, die frei zu atmen begehren“, fordert die Inschrift auf dem Sockel der Freiheitsstatue in New York. Doch diese Nation ist tief gespalten in der Frage, ob dieses Versprechen für die Müden und Armen, die jeden Tag im Arivaca-Tal oder anderswo an der 3141 Kilometer langen Südgrenze ins Land drängen, auch wirklich noch gilt.

Angst vor Überfremdung und die Furcht, dass Terroristen ebenso leicht wie Migranten ins Land kommen könnten, hat die Sicherheit an der Grenze zum politischen Topthema werden lassen. Erbittert streiten die Republikaner darüber, ob ein großzügiges Gastarbeiterprogramm und Amnestie oder Massendeportation und Abriegelung die Lösung sind. US-Präsident George W. Bush laviert zwischen den Fronten.

Die Hispanics verweigerten die Integration und seien daher für den amerikanischen Traum nicht zu gebrauchen, behauptet Zivilisationspessimist Samuel Huntington. Er warnt vor der Spaltung der USA „in zwei Kulturen und zwei Sprachen“; fast klingt es so, als drohe eine feindliche Übernahme von „Gods own country“. Die Zahlen zum Thema allerdings sind wirklich eindrucksvoll: Nicht nur 11 Millionen Illegale leben im Land, die 41 Millionen Hispanics stellen auch die größte Bevölkerungsminderheit in den USA. Aus den weißen Mehrheiten in Miami und Los Angeles sind längst Minoritäten geworden, in zehn Jahren wird es

in New York und Washington wohl ebenso sein. Als „Mexifornia“ verspotten die Einwanderungsgegner Latino-Hochburgen wie Kalifornien.

Amerika werde zum neuen „Turm von Babel“, behauptet auch Tom Tancredo, einer der republikanischen Abgeordneten, die vergangenen Dezember im Kongress für ein härteres Grenzgesetz stimmten.

Demnach sollen künftig Bodensensoren, Drohnen und meterhohe Zäune den Übertritt in die USA verhindern, den Wechsel also von der Dritten in die Erste Welt. Illegale würden zu Verbrechern erklärt, wer sie medizinisch behandelt, macht sich strafbar. Es ist ein Gesetz, dass „den barmherzigen Samariter und wahrscheinlich sogar Jesus Christus selbst kriminalisieren“ würde, empört sich US-Senatorin Hillary Clinton.

In Arivaca hat Reverend Randy Mayer seinen roten Mercury neben dem Gefängnisbus geparkt, „Los Samaritanos“ steht auf den Türen. Fünfmal in der Woche ziehen Mitglieder seiner Gemeinde in die Wüste, um den Flüchtigen zu helfen. Was hier ablaufe, sei „eine unmenschliche Treibjagd“, sagt Mayer.

Auf mehr Kontrolle setzt die US-Regierung seit Jahren schon, seit 1986 wuchs der Etat der Grenzpolizei um 1000 Prozent. Zäune riegeln Teile Kaliforniens und die Übergänge zu den Bevölkerungszentren des Südens ab. Wer jetzt noch kommt, muss durch die Wüste.

„Unsere Regierung dachte, eine Stelle wie diese sei ein natürliches Hindernis und kein Mensch so verzweifelt, dass er versuchen würde, sie zu durchqueren“, so Mayer: „Jetzt stellen sie fest, dass fluchtwilligen Latinos gar nichts anderes mehr übrigbleibt.“ Er hat schon mal einen Kinderwagen in dieser Einöde gefunden, dann stolperte ihm mitten in der Wüste eine Frau entgegen – in Pumps.

Mayer deponiert für die Gehetzten Wasserflaschen im glühenden Sand, auf mexikanischer Seite lässt er Karten mit den entsprechenden Koordinaten verteilen. Es ist die einzige Hilfe zum Überleben in der unbarmherzigen Glut. 473 tote Grenzgänger verzeichnete die Statistik binnen 12 Monaten – Menschen, die verdurstet waren oder am Hitzschlag gestorben.

Ein Mann humpelt heran, das Gesicht von Schmerz verzerrt, den Arm auf eine riesige Astgabel gestützt. In der Dunkelheit ist er über einen Felsen gestolpert, das Knie ist verletzt. Medizinische Hilfe will er nicht, nur erst einmal zurück nach Mexiko. „Er hat Glück gehabt, dass er noch laufen kann“, sagt Mayer und schaut auf die Uhr. Er muss in seine Kirche, der Bibelkreis wartet: „Washingtons Politik beschränkt sich darauf, diese Leute in Gefahr zu bringen; wenn sie den Sprung aber schaffen, geben wir ihnen einen Job.“

Angesichts dieses Dilemmas hat sich eine seltsame Koalition aus Big Business und den Kirchen formiert. Eine Mauer zur Abwehr der Illegalen quer über den amerikanischen Kontinent ziehen? Das wäre wie in Berlin, wie in den Tagen des Kalten Kriegs, meint Tom Donohue, Chef der US-Handelskammer: „Wir brauchen diese Menschen.“ Tatsächlich hängen ganze Branchen von den billigen Arbeitskräften ab. Illegale zerlegen Rinder in den großen Schlachthöfen des Mittleren Westens, sie waschen Autos, spülen das Geschirr in den

BOB CHAMBERLIN / AP

Protest gegen die Verschärfung des Einwanderungsrechts*: *„Auch wir haben einen Traum“*

Restaurants und pflegen die Gärten in den reichen, weißen Vorstädten.

Keine Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft, kein Drängen auf Mindestlohn, keine Krankenversicherung – Amerikas boomende Wirtschaft liebt die Latinos. Auch die Statistik verrät, dass es so etwas wie eine stillschweigende Übereinkunft zwischen dem Staat und den Flüchtlingen gibt: 2004 wurden gerade mal drei US-Betriebe wegen Beschäftigung von Illegalen bestraft.

Politisch ist jetzt der Senat am Zug – mit den Stimmen republikanischer Abweichler empfahl der Justizausschuss vergangene Woche eine Amnestie. Bedingung: Steuernachzahlungen und 1000 Dollar Strafe. „Amnestie ist Anarchie“, protestierte ausgerechnet ein berühmter Einwanderer, Kaliforniens Gouverneur Arnold Schwarzenegger.

George W. Bush, inzwischen selbst in der eigenen Partei schwer angeschlagen, versucht es mit Zugeständnissen an beide Lager: Er will schärfere Kontrollen und keine Amnestie, dafür aber ein großzügiges Gastarbeiterprogramm. Dass sich die Grenze zwischen einem armen und einem reichen Land einfach abriegeln lässt, glaubt der Präsident nicht. „Wenn du 50 Cent am Tag verdienst, deine Kinder hungrig sind und du die Chance siehst, 50 Dollar zu verdienen – dann machst du dich auf den Weg“, hat Bush einmal gesagt.

Im November sind Kongresswahlen, und eine überwältigende Mehrheit der Amerikaner verlangt nach mehr Sicherheit im Süden. Doch auch die Latinos mahnten vergangene Woche, auf ihre Gefühle Rücksicht zu nehmen. „Auch wir haben einen Traum“, skandierten Hunderttausende überall im Land. Die Positionen scheinen unvereinbar. So unvereinbar, dass vor der Wahl möglicherweise überhaupt kein Gesetz zustande kommt. Und dass es im Arivaca-Tal wohl so bleibt, wie es ist. Genau davor aber hat Bruce Parks Angst.

Parks ist Pathologe, der oberste Leichenbeschauer von Pima County und somit zuständig für Arivaca. In seinem Büro ist das Brummen von Dieselgeneratoren zu hören, die beiden Kühlauflieger im Hof brauchen Strom. Sie sind voller Leichen.

Hitzschlag sei ein schrecklicher Tod, sagt der Mediziner: „Der Körper heizt sich auf, auf 42 Grad, die Menschen reißen sich die Kleidung vom Leib. Dann suchen sie sich einen Platz zum Sterben.“ 191 Tote kamen vergangenes Jahr auf Parks Seziertisch. Oft sind die Körper durch den Flüssigkeitsverlust so verunstaltet, dass kaum das Geschlecht zu erkennen ist.

Noch ist Arizonas Frühlingssonne mild, und wenn Parks einen Wunsch hat, dann den, dass in Washington schnell entschieden wird.

Mit jedem Tag kann die Wüste wieder zum unbarmherzigen Glutofen werden.

GEORG MASCOLO

* In Los Angeles am 25. März.

HUMANITÄRE HILFE

„Das bessere Gesicht Amerikas“

Bill Clinton, 59, über seine „Global Initiative“ gegen die Probleme der Welt, die Bedeutung von Menschenrechtsorganisationen und den Vorzug, nicht mehr Präsident zu sein

JÜRGEN BINDRIM

Ex-US-Präsident Clinton: *„Ich habe es gemacht, weil ich es wollte“*

SPIEGEL: Mr President, vor einem halben Jahr haben Sie die „Clinton Global Initiative“ ins Leben gerufen. Was ist das, welchen Zweck hat sie?

Clinton: Das ist eine Versammlung, die jedes Jahr im September, zur selben Zeit wie die Generalversammlung der Vereinten Nationen, einberufen wird und in der wir Staatsmänner, Wirtschaftsführer, Vorsitzende von Menschenrechtsorganisationen, Mäzene, Stiftungen aus reichen Ländern wie aus Entwicklungsländern zusammenbringen. Wir sprechen über Probleme, denen die Welt ausgesetzt ist, und darüber, was wir tun können. Das Besondere an dieser Initiative liegt darin, dass wir allen Teilnehmern sagen, wir erwarten von euch, die Verpflichtung einzugehen, im nächsten Jahr oder auch später etwas zur Lösung der Probleme beizutragen.

SPIEGEL: Sie gehen Versprechungen ein, die sie dann auch halten müssen?

Clinton: Wir sagen ihnen, sie werden nicht wieder eingeladen, wenn sie ihre Verpflichtung nicht einhalten. Im vorigen Jahr kamen 300 Selbstverpflichtungen zusammen, und wir haben in zwei Tagen zweieinhalb Milliarden Dollar eingesammelt.

SPIEGEL: Es geht aber nicht nur ums Geld, sondern die Spender müssen auch etwas tun?

Clinton: Einige der wertvollsten Beiträge sind nicht einmal materieller Natur. Da gibt es zum Beispiel ein Institut für die Versöhnung der Religionen in Chicago, das ein Amerikaner indischer Herkunft namens Eboo Patel leitet. Er kam mit Königin Rania überein, dass sein Institut in Jordanien dabei helfen soll, die religiöse Kluft, die in Nahost besteht, zu überbrücken. In unserem Mittelwesten, in Chicago oder Detroit, haben wir eine große arabische Gemeinde, und wir haben einen großen jüdischen Bevölkerungsanteil in beiden Städten. Dazu kommen Inder – in der Mehrheit, aber nicht ausschließlich, Hindus. In Amerika ist das Alltag, und die Königin bat Eboo Patel zu kommen, und er sagte ja. Wenn es klappt, dann könnte es helfen.

SPIEGEL: Wer zählt denn zu den größeren Spendern für Ihre Initiative?

Clinton: Unser größter Spender ist ein Mann mit Namen Tom Golisano, der sein Vermögen mit einem automatischen Lohnabrechnungssystem gemacht hat. Er ist ein New Yorker Geschäftsmann. Bei uns dabei sind auch Microsoft und eine Vielzahl anderer Firmen. Tom Hunter, ein Schotte, gibt 100 Millionen Dollar dazu. Er versucht, in einer Reihe afrikanischer Länder die Wirtschaft gründlich zu überprüfen und marktwirtschaftlich zu verbessern. Und da ist Mohammed Ibrahim, der selbst mit Geschäften in Afrika zu seinem Vermögen kam und nun dort 100 Millionen Dollar für Unternehmen einsetzt, um ihnen zu helfen, es ihm gleichzutun.

SPIEGEL: Auch Michael Schumacher überreichte Ihrer Initiative einen Scheck. Hat er sein Versprechen gehalten?

Clinton: Er hat bisher ungefähr die halbe Summe bezahlt. Aber verstehen Sie das jetzt nicht als Kritik, denn der Scheck war eine symbolische Verpflichtung, und damit soll unsere Arbeit mitfinanziert werden. Ich glaube, am Ende wird sich seine Spende auf acht Millionen Dollar belaufen. Ich bin Michael Schumacher und seinen Mitarbeitern wirklich dankbar. Sie waren ungemein großzügig, sie haben Kindern in den Tsunami-Gebieten direkt geholfen. Daran lag ihnen, und wir konnten dank dieses Geldes Gutes für die Ausbildung der Kinder und auch andere Dinge auf den Weg bringen.

SPIEGEL: Alles dreht sich um die Kombination aus Geld und Ideen. Auf welche Probleme konzentrieren Sie sich eigentlich?

Clinton: Wir wollen die Armut durch Wirtschaftstätigkeit verringern. Wir wollen das Regierungshandeln in armen Ländern verbessern. Die meisten Menschen glauben, dass in armen Ländern riesige Korruption herrscht. Für manche stimmt das, für andere nicht, aber alle leiden unter Kapazitätsproblemen. Auf einer Konferenz in Bonn, die sich mit Naturkatastrophen und Frühwarnsystemen befasste, haben wir gerade über Länder gesprochen, die zwar über Frühwarnsysteme verfügen, aber nicht die Möglichkeiten haben, Leute auszusuchen, auszubilden und zu trainieren, die sie dann bedienen.

Wir haben herausgefunden, dass es von der Qualität einer Regierung abhängt, ob Inves-

titionen ins Land fließen – solche, die nötig sind, damit Jobs entstehen, die zur Überwindung der Armut beitragen. Von der Qualität des Regierens hängt auch ab, wie bedrohlich die globale Erwärmung ausfällt. Das gilt genauso für das Gesundheitswesen und für die religiöse Versöhnung.

SPIEGEL: Können Sie denn jetzt, als ehemaliger Präsident der Vereinigten Staaten, etwas machen, was Sie als Präsident nicht machen konnten?

ANDREW HEAVENS / REUTERS

Hungerelend in Äthiopien: *„Gutes auf den Weg bringen“*

Clinton: Na ja, im Unterschied zu der Zeit, als ich Präsident war, verfüge ich heute nicht über Legionen von Menschen, die für mich arbeiten. Ich kann mich allerdings auf einige Gebiete konzentrieren und jahraus, jahrein daranbleiben. Wenn Sie Präsident sind oder Bundeskanzler, dann findet da immerfort ein Kampf statt zwischen dem Wunsch, das zu tun, wofür man Sie gewählt hat, und den Wünschen, die andere Leute an Sie herantragen. Nehmen Sie zum Beispiel Präsident Bush, er hat im Jahr 2000 nicht gesagt: Wählt mich, denn in Kürze wird Terror die Welt erschüttern, werden Flugzeuge in New York und Washington einschlagen, und dann werde ich da sein, um gegen den Terrorismus vorzugehen. Er konnte es nicht sagen, weil er es nicht wissen konnte. Jeder politische Führer in so einem Job wird auf dreierlei Art hin- und hergerissen: Er will tun, was er versprochen hat, er will den Leuten helfen, die ihn um Hilfe bitten, und dazu treten Ereignisse ein, über die er keine Kontrolle hat.

SPIEGEL: Jetzt sind Sie frei von Zwängen und können tun, was Sie tun wollen?

Clinton: Wenn Sie nicht mehr Präsident sind, können Sie sagen: Das nehme ich mir vor, und dem gehe ich nach. Dann tritt etwas ein wie der Tsunami, und natürlich habe ich nicht geahnt, dass ich mit dem früheren Präsidenten George Bush für ein Projekt in der Tsunami-Region zusammengespannt werden würde. Aber ich hatte die Wahl, ich hätte es nicht machen müssen. Ich habe es gemacht, weil ich es wollte.

SPIEGEL: Und so können Sie heute zugleich das bessere Amerika vertreten?

Clinton: Oh, das ist eine tückische Frage. Ich habe mich auch als Präsident bemüht, ein besseres Amerika zu repräsentieren. Doch heute muss ich nicht mehr zu so vielen kontroversen Problemen Stellung nehmen. Wie jeder andere Führer eines Landes von beträchtlicher Größe, dessen Entscheidungen sich auf andere Menschen auswirken, musste ich immer wieder etwas tun, mit dem die Menschen nicht einverstanden waren – im Inland wie im Ausland. Ich habe aber immer versucht, das bessere Gesicht Amerikas zu wahren. Ich habe versucht, den Menschen das Gefühl zu geben, dass es mir um eine Welt geht, in der sie fair behandelt werden. Doch nun, frei von der Verantwortung meines früheren Amtes, ist es vielleicht leichter, dieses bessere Antlitz Amerikas zu repräsentieren.

SPIEGEL: Sie haben einmal gesagt: „Wir sind arrogant, weil wir von der Gegenwart besessen sind.“ Das ist vermutlich menschlich und sicher ein Problem der Politik. Können Bürger und Nichtregierungsorganisationen (NGOs) die Lücke füllen?

Clinton: Ja und nein, und das soll keine typisch politische Antwort sein. Was den Frieden und die Sicherheit eines Landes angeht, besitzt der Staat das Monopol, und deshalb ist es für NGOs so gut wie unmöglich, etwas direkt im Widerspruch zur Regierung zu tun. Andererseits können NGOs wie Regierungen dort ihre Stärke beweisen, wo es um Armut und Schuldenerlass, um Erderwärmung, Gesundheit und Bildung geht. Ich glaube, es ist keine Übertreibung zu sagen, dass private Bürger heute mehr denn je in der Geschichte über die Macht verfügen, etwas für das Gemeinwohl zu tun. Schauen Sie nur, was Deutsche, Niederländer, Briten oder Amerikaner übers Internet für die Tsunami-Opfer gespendet haben. So können Millionen Menschen gewaltigen Einfluss ausüben durch die Art und Weise, wie sie Geld sammeln und verteilen. Das hat alles verändert.

SPIEGEL: Und auch die NGOs ändern viel?

Clinton: Als ich 1993 Präsident wurde, war Helmut Kohl Bundeskanzler. Er hatte – gemeinsam mit meinem Vorgänger George Bush – viel dafür getan, die Bewegung für Demokratie in Russland zu unterstützen, zunächst unter Gorbatschow. Ich habe das dann zu meiner Sache gemacht. Meine erste große Herausforderung bestand darin, den US-Kongress von einem Hilfspaket zu überzeugen, um die russischen Truppen aus angrenzenden Ländern herauszubringen. Damals mischten noch keine NGOs mit, heute gibt es dort 63 000. Sogar in China gibt es Gruppen, die sich für die Rechte der Menschen einsetzen. Das ist eine Bewegung, die sich explosionsartig ausbreitet, nicht nur in reichen Ländern wie Deutschland oder den Vereinigten Staaten.

SPIEGEL: Aber können die NGOs die Leerstelle füllen, die die Politik lässt?

Clinton: Ja, wir können mit den NGOs viele Lücken füllen. Nun ja, eine Lücke wird es immer geben. Auch wenn es etwa in Deutschland je dazu kommen sollte, dass die Politik ihrer Aufgabe ganz und gar erfolgreich nachgeht und die Wirtschaft boomt, würden dennoch im Land – und anderswo auf der Erde – Herausforderungen auftreten, die weder der Markt noch die wohlmeinendste Regierung meistern könnten. Das ist der Raum, den NGOs ausfüllen müssen, und zum allerersten Mal in der Geschichte haben sie auch die Kapazität dazu. Mehr denn je zuvor können sie Einfluss ausüben. Deshalb mache ich das, was ich mache.

INTERVIEW: STEFAN AUST, GERHARD SPÖRL

AFGHANISTAN

Ohne Ziel, ohne Halt

Zwei Wochen bewegte der Fall des Konvertiten Abdul Rahman die Welt. Jetzt zeichnen seine deutsche Asylakte und Aussagen seines Bruders das Bild eines schwergestörten Mannes.

Am 19. Februar 2000 kommt ein Mann nach Deutschland, illegal – er sitzt, kurz danach, vor dem Befrager vom Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge und erzählt merkwürdige Geschichten. Die mit der Kiwi zum Beispiel. Zu Hause, in Afghanistan, habe jemand versucht, ihn umzubringen, mit einer präparierten, einer vergifteten Kiwi. Und ein anderes Mal habe man ihm eine Substanz in den Kaffee geschüttet – angeblich noch so ein Versuch, ihn zu töten. Auch gefoltert habe man ihn in der Heimat. Alles nur, weil er vor zwölf Jahren vom Islam zum evangelischen Glauben übergetreten sei.

Der Befrager kennt solche Geschichten von Asylbewerbern; manche klingen wie aus tausendundeiner Nacht. Aber diese findet er besonders kraus. Der Befrager notiert: „unsubstantiiert, widersprüchlich und unglaubhaft“. Mehr noch: Er schreibt, dieser Herr Jawid habe auf ihn einen ausgesprochen „wirren Eindruck“ gemacht.

Dieser Herr Jawid, den jetzt die ganze Welt unter seinem Vornamen kennt: Abdul Rahman.

Zwei Wochen lang hat Abdul Rahman Jawid, dessen Asylantrag am 21. April 2000 in Deutschland abgelehnt wurde, die Weltpolitik bewegt: Den westlichen Staaten führte die drohende Todesstrafe für den Konvertiten vor Augen, wie wenig Menschenrechte in Afghanistan zählen, trotz massiver Aufbauhilfe. Und in Afghanistan hetzten Islamisten Ende vergangener Woche gegen die Regierung von Staatspräsident Hamid Karzai, weil die mit der Freilassung und Ausreise Jawids nach Italien vor dem Ausland gekuscht habe. Das alles ist nun bekannt als die weltpolitische Seite des Falls Abdul Rahman.

Die deutsche Akte Jawid, dazu die Angaben seines Bruders, der seit 1993 in der Nähe von Stuttgart lebt, und ein Patientendossier aus einer Klinik in Pakistan, sie zeigen dagegen etwas anderes: die Odyssee eines psychisch schwerangeschlagenen Menschen, der schon seit Jahren durch die Welt irrlichtert, ohne Ziel, ohne Halt. Diese Spuren deuten deshalb auch kaum darauf hin, dass Jawid ein Getriebener seines Glaubens sein könnte, bereit zum Märtyrertod, sondern vielmehr ein Getriebener seiner Psychosen und Paranoia. Und auch ein Verdacht dürfte sich damit zerstreuen: dass die mangelnde Zurechnungsfähigkeit, die ihm die afghanische Justiz bescheinigte, nur ein Vorwand gewesen sein könnte, um ihn auf Druck des Westens vor der Exekution zu retten. Viel spricht dafür, dass Abdul Rahman Jawid tatsächlich nicht immer Herr seiner Sinne ist.

REUTERS TV

Konvertit Abdul Rahman Jawid (beim Prozess in Kabul): *Getriebener seiner Psychosen*

Geboren wurde Jawid am 15. Juni 1964 in der Provinz Parvan, gut 40 Kilometer nördlich von Kabul, so steht es in seiner Ausländerakte. Der in Hamburg lebende Journalist Baqi Samandar, der sich auf einen angeblich langjährigen Freund Jawids beruft, zeichnet das Bild einer horrorhaften Jugend „mit vielen Toten“, die Jawid damals gesehen habe. Mindestens achtmal hätten die Sowjets und ihre Verbündeten sein Dorf Basarak bombardiert; die Rede ist von Leichen, die im Fluss trieben, von Fischen, die sich an ihnen fett fraßen. Die Familie sei über die Berge nach Pakistan geflüchtet; dort aber habe sie kaum genug zum Leben gehabt. Abdul Rahman habe sich dann einer christlichen Organisation angeschlossen und sich taufen lassen.

Was daran stimmt – schwer zu sagen. Denn Samandars Schilderung mündet in eine Episode, die zumindest sehr zweifelhaft ist: Jawid habe in den Neunzigern längere Zeit in Hamburg gelebt, erst in einem Wohncontainer, dann in einem Lager; er habe hier auch regelmäßig afghanisch-christliche Kirchen besucht. Zeitungen berichteten, neun Jahre habe er sich in Deutschland aufgehalten.

Darauf aber hat nicht nur das Auswärtige Amt keinerlei Hinweise – genauso wenig darauf, dass Jawid je in Hamburg war. Auch in deutschen Ausländerakten findet sich kein Eintrag für die neunziger Jahre. Wenn Jawid damals also hier gewesen ist, dann als Illegaler – und als Phantom: Abdul Rahim Zalmay, einziger afghanisch-christlicher Priester in Hamburg, will Jawid nie gesehen haben; auch aus seiner Gemeinde, der Christuskirche Altona, kenne ihn niemand. Kein Kontakt auch bei Azgarkhil Mangal von der Afghanischen Gemeinschaft oder bei Said Naim Yousofy vom afghanischen Kulturzentrum im Ortsteil Billstedt – ganz in der Nähe soll Jawid angeblich gewohnt haben.

Erst mit jener Einreise am 19. Februar 2000 verwandelt sich das Phantom tatsächlich in einen Menschen, der nachweisbar in Deutschland gelebt hat, und einiges spricht dafür, dass es auch der Tag war, an dem er zum ersten und letzten Mal einreiste, für knapp sieben Monate. Die Akte des Bundesamts, Aktenzeichen 2545415, nennt als zuständige Ausländerbehörde Passau in Bayern. Am 25. Februar stellte Jawid seinen Asylantrag, begründet mit seiner Verfolgung als Christ. Nach der Ablehnung im April folgte am 1. September die Abmeldung mit dem Vermerk „Fortzug ins Ausland“. Jawid ging nach Belgien. Dort stell-

te er wieder einen Asylantrag, diesmal unter einem anderen Namen.

Dieser Teil seiner Geschichte ergibt sich nicht nur aus den Akten, er stimmt auch mit den Angaben seines Bruders überein, der mittlerweile vom Auswärtigen Amt befragt wurde. Der Mann, der sich seit einigen Wochen bei der Familie in Kabul aufhält, sagte dort nun dem SPIEGEL, er wisse nichts von einem früheren Deutschland-Aufenthalt von Abdul Rahman. Erst vor seiner Einreise im Jahr 2000 habe sich sein Bruder bei ihm gemeldet: Er habe sich bis nach Moskau durchgeschlagen; er brauche Hilfe, einen Schleuser, um nach Deutschland zu kommen.

Der Bruder aus Süddeutschland will tatsächlich drei Schleusungsversuche bezahlt haben, jeweils mit 10 000 Dollar; die Schulden dafür zahle er heute noch ab. Ein Versuch sei in Budapest gescheitert, die Polizei habe Abdul Rahman festgenommen. Schließlich aber habe er es über die österreichische Grenze nach Deutschland geschafft. In München hielt ihn eine Polizeistreife an; er stellte seinen Asylantrag und kam in ein Wohnheim in Passau.

Sein Bruder war damals erleichtert – weil er nicht noch einmal zahlen musste. Glücklich aber war er nicht. Zu lange hatte es schon Streit mit Abdul Rahman gegeben, hatte die ganze Familie unter seiner Art, seinem Jähzorn, seiner Krankheit gelitten, die ihn so unberechenbar gemacht hatte.

„Abdul Rahman war seit Jahren verrückt“, sagt der Bruder. Die Aussetzer reichten demnach bis in die frühen Neunziger zurück, als die Familie in Kabul wohnte. „Er hatte die ganze Zeit Wahnvorstellungen, dass ihn jemand verfolgt und umbringen will; er traute keinem über dem Weg, keinem aus der Familie, keinem Fremden.“

Abdul Rahman schlug angeblich den Bruder, den Vater, vor allem aber seine Frau und die beiden Kinder, die Töchter Maria und Mariam – „ein normales Leben gab es mit ihm nicht, man musste immer damit rechnen, dass er ausrastete“.

Auch als Jawid 1991 mit Frau und Kindern nach Pakistan zog, um dort als Dolmetscher für Hilfsorganisationen zu arbeiten, hatte er psychische Krisen, kam deshalb im Memorial Christian Hospital in Sialkot in Behandlung. Jawid habe seine Frau mit einem Stromkabel verprügelt, hieß es dort. In seiner Krankenakte notierten die Ärzte eine „krankhafte Eifersucht“, er leide unter der „Wahnvorstellung, dass seine Ehefrau mit so gut wie allen anderen Männern ein Verhältnis hat“. Weitere Diagnose: „Krankhafte Wahrnehmungsstörungen“. Jawid nahm deshalb nun Haloperidol, das die psychotischen Schübe blocken sollte, außerdem Amitriptylin, ein Antidepressivum – im Oktober 1994 hatte er angeblich versucht, sich das Leben zu nehmen.

Die Medikamente wirkten offenbar nicht. 1995 ließ Jawid sich scheiden; seine Frau hatte genug. Der Vater musste nach Pakistan kommen, die Schwiegertochter zu ihrer Familie bringen, die Enkel zu sich nehmen.

Selbst sein Bruder glaubte deshalb nicht, was Abdul Rahman dem Befrager vom Bundesamt im Jahr 2000 weismachen wollte: dass er in Afghanistan getötet werden sollte. Als der Antrag scheiterte, ging Jawid nach Belgien; in Mechelen bekam er zumindest eine Duldung als Flüchtling. Doch auch die Krankheit nahm er überall hin mit: Es sei mit ihm auch in Belgien „auf und ab“ gegangen, sagt sein Bruder; mal habe er normal geredet, mal nur noch geschrien. Als die Belgier begannen, Afghanen abzuschieben, sei Abdul Rahman freiwillig nach Kabul zu seiner Familie zurückgekehrt.

Der machte er dann offenbar wieder das Leben zur Hölle. In der Anzeige seines Vaters, die zum Prozess führte, hieß es: „Er ist ein brutaler Mann, schlägt mich und die Kinder und beschädigt die Moral meiner Familie.“ Jawids Wechsel zum Christentum wird dagegen nur einmal erwähnt. Die Tochter Mariam gab an: „Er hat die Religion vom Islam zum Christentum gewechselt.“ Mehr machte ihr wohl zu schaffen, dass „er uns schlug, keine Kleidung bringt und kein Essen – er ist nur dem Namen nach unser Vater“.

Dass Jawid jetzt nicht mehr in Afghanistan ist, dürfte daher nicht nur für die westlichen Staaten eine Erleichterung sein, sondern auch für seine Familie. In der Nacht zum Mittwoch flog ihn der italienische Geheimdienst nach Rom aus. Vorher hatte die Uno in Kabul stundenlang mit der afghanischen Justiz verhandelt und ein Dossier vorgelegt, wonach Jawid nicht ganz klar im Kopf sei – ganz oben die Krankenakte aus Pakistan. Italien sicherte Jawid umgehend Asyl zu und will ihm nun eine neue Identität verschaffen.

Seine ersten Worte in Rom waren: „Ich weiß, dass ich meine Familie verloren habe, aber das ist der Preis für meinen Glauben.“ Die erste Nacht in Glaubensfreiheit verbrachte er jedoch nicht im Gebet, sondern vor dem Fernseher, aß Pizza und bestellte einen Espresso nach dem anderen. Dann ging er sich rasieren.

JÜRGEN DAHLKAMP, MATTHIAS GEBAUER, MATHIEU VON ROHR, ALEXANDER SMOLTCZYK, HOLGER STARK

WERNER OTTO / NATURA 2000

Fluchtpunkt Passau: *30 000 Dollar für die Schleuser*

ISOPIX / ACTION PRESS

Belgische Stadt Mechelen: *Antrag unter falschem Namen*

TG1 / ANSA

Neue Heimat Rom*: *„Der Preis für meinen Glauben“*

* Jawid nach seiner Ankunft in Rom.

CHRISTIAN NEEF (O.); FRANK BOXLER (U.)

Smuilovici-Grabstein auf dem jüdischen Friedhof in Chişinau: *„Dein lichtes Andenken wird auf ewig in unseren Herzen bleiben“*

MOLDAU

Die Lebenden und die Toten

Wer im ärmsten Land Europas geboren ist, sieht oft nur einen einzigen Ausweg für sich: Er flüchtet in den Westen. Bei der Ausreise hilft sogar der eigene Staat, die nötigen Papiere werden von Beamten gefälscht – zum Beispiel, wenn man als jüdischer Auswanderer nach Deutschland will.

Warum die steile Gasse am jüdischen Friedhof von Chişinau den Namen der italienischen Metropole Mailand trägt, weiß niemand in der Stadt zu sagen, die Gegend hat nichts von Charme oder Weltläufigkeit. Menschenleer ist sie und trostlos, so bedrückend wie das Wetter: Es ist neblig und kalt, aus dem niedrigen grauen Himmel fällt der letzte, nasse Schnee. Er setzt sich kurz auf den kahlen Ahorn- und Ulmenzweigen fest, bevor er schmatzend zu Boden geht.

Hinter einer langen Feldsteinmauer liegen die Juden von Chişinau. Die Rapoports und Schneidemanns, die Goldsteins und Kogans, die Galperins und Katzens; Advokaten und Kupferschmiede, Apotheker und Kaufhausinhaber, Provisoren und Revisoren – die einstige Elite der Stadt, als Chişinau noch Kischinjow hieß und zur Hälfte jüdisch war.

Die Steine über den 20 000 erhaltenen Gräbern sind mürbe und wie von Gram geneigt. Wer von den Hinterbliebenen Marmor- oder Granitdenkmäler setzen ließ, hat die wertvollen Stücke hinter Wellblechverschlägen mit Vorhängeschloss versteckt. Die bronzenen Einzäunungen, sagt Vasile, der Friedhofswärter, seien bereits Buntmetalldieben zum Opfer gefallen, „die Leute haben sie durch gewöhnliches Eisen ersetzt“.

Smuilovici-Türklingel in Deutschland: *Nicht wirklich tot*

150 Jahre ist der Gottesacker alt. Ein steingewordenes Buch, das die Geschichte Kischinjows erzählt, der einstigen Hauptstadt des russischen Gouvernements Bessarabien, Zufluchtsort von 250 000 Juden, die der Zar hier siedeln ließ – sichere 1400 Kilometer vom Regierungssitz St. Petersburg entfernt. Es ist die Geschichte vom sozialen Aufstieg in vorrevolutionärer Zeit, vom blutigen Osterpogrom 1903, dem Wüten deutscher wie rumänischer Besatzer 40 Jahre später und von jüdischen Familienschicksalen in der sowjetischen Nachkriegsära.

Hinter manchem Stein aber verbirgt sich noch mehr: ein Geheimnis aus jüngerer Zeit. Zum Beispiel hinter dem von Sofia Schmuilowitsch.

Die schlichte Stele aus Marmorsplittern in Sektor 3 umgibt ein silbern angepinselter Metallzaun. Die Pforte steht offen; ein paar sorgsam abgelegte Steinchen neben Kunstblumen verraten, dass ab und an noch jemand nach der Verstorbenen sieht. „Liebe Tochter“, steht auf der eingelasse-

nen Tafel, „dein lichtes Andenken wird auf ewig in unseren Herzen bleiben. Von Mama, Papa, Großmutter, den Großvätern und der Tante.“ Ein kleines Bild auf Emaille zeigt ein hübsches Mädchengesicht mit langem, dunklem Haar – Sofia Schmuilowitsch hat vom 3. September 1952 bis zum 18. März 1970 gelebt, sie wurde keine 18 Jahre alt.

Igor Wladimirowitsch Rabinowitsch, geboren am 3. November 1960, war nicht einmal sieben, als er am 2. Februar 1967 starb: laut Foto ein Junge mit dichtem schwarzem Haar und kräftig abstehenden Ohren. Sein Stein steht ein paar hundert Meter weiter den Hügel hinauf. „Schlaf ruhig, du unser geliebtes Söhnchen“ haben die Eltern in die Tafel meißeln lassen.

Das Eigenartige an diesen beiden Gräbern: Weder Sofia Schmuilowitsch noch Igor Rabinowitsch sind wirklich tot. Frau Schmuilowitsch, auf Moldauisch Smuilovici und nunmehr 53 Jahre alt, lebt seit 2002 in Süddeutschland. Und der damals sechsjährige Igor ist heute ein ausgewachsener Mann, auch er wohnt seit September vergangenen Jahres in Deutschland, im Ruhrgebiet*.

Derart rätselhafte Grabsteine findet man auch auf Chişinaus Zentralfriedhof zum „Heiligen Lasar“ oberhalb der Stadt, wo in gesonderten Abteilungen weitere 10 000 jüdische Ruhestätten angelegt worden sind. In Sektor 108 zum Beispiel steht ein wuchtiger Stein aus rotem Granit, mit einem stilisierten Torso. Er ist Arkadij Fjodorowitsch Convisser gewidmet, der von November 1970 bis Oktober 1988 lebte. „Dem teuren Sohn, Enkel und Bruder“ steht auf dem Grabmal und: „Im Gedenken an den Großvater, der 1937 erschossen wurde“.

Wesentlich schlichter ist das zementgraue Denkmal für Aljoscha Aranov in Sektor 129. Aljoscha war zwischen dem 25. Juli 1975 und dem 26. Juli 1984 auf dieser Welt, genau neun Jahre wurde er alt. „Tragisch ums Leben gekommen“ vermeldet ohne weitere Erklärung der Stein.

Auch diese beiden aus Chişinau sind offenbar nicht tot. Convisser verzog ins deutsche Saarbrücken, Aranov lebt heute in Hessen.

Aber Aranov ist nicht Aranov, Convisser nicht Convisser, Smuilovici nicht Smuilovici, und die Geschichte, die sich hinter Namen wie diesen verbirgt, ist vielschichtiger, als sich vermuten lässt. Es ist die Geschichte von deutscher Reue und krimineller Perfektion und vom Versagen eines Staats, der ungeniert am Elend seiner Untertanen verdient.

Das Ländchen Moldau, eingeklemmt zwischen Rumänien und der Ukraine und knapp so groß wie Nordrhein-Westfalen, hatte bislang 4,2 Millionen Einwohner; es wird vom Kommunisten Wladimir Woronin regiert. Der zweitkleinsten Sowjetrepublik bekam die Unabhängigkeit besonders schlecht: Der Durchschnittslohn beträgt magere 86 Euro. Moldau lebt heute allein von seinem Kognak, von Tabak und Wein, von Autoschmuggel und Mädchenhandel und von den Überweisungen seiner im Ausland wohnenden Staatsbürger. Es gibt mehr Schalterstuben der amerikanischen Geldtransfergesellschaft Western Union als Lebensmittelgeschäfte auf Chişinaus Hauptstraße Stefan cel Mare.

Denn mindestens jeder zehnte arbeitsfähige Moldauer malocht derzeit schwarz in Russland, Italien oder Deutschland und schickt den Verdienst an die Familie daheim. Offiziell macht das über eine halbe Milliarde Dollar pro Jahr, knapp ein Fünftel des Bruttoinlandsprodukts; inoffiziell ist es weit mehr. Experten sehen Moldau deswegen in einer Reihe mit Ländern wie Tonga, Lesotho oder Haiti.

Wer vorübergehend einen Job auf dem westlichen Arbeitsmarkt sucht, reist meist mit einem Touristenvisum ein – und bleibt nach Ablauf der Gültigkeit illegal im Land, bis er genügend Geld angehäuft hat. Was aber tun, wenn man der ungeliebten Heimat für immer den Rücken kehren will?

Da bietet sich jene Sonderregelung an, die Deutschland 1991 für die sogenannten jüdischen Kontingentflüchtlinge schuf. Um den Opfern von Diskriminierung im Sowjetreich zu helfen, ein wenig eigene historische Schuld abzutragen und die jüdischen Gemeinden wiederzubeleben, stieß die Kohl-Regierung damals weit das Tor nach Deutschland auf: Wer belegen konnte, dass er wenigstens von einem jüdischen Elternteil abstammte, durfte fortan ungehindert in den gelobten Westen reisen.

Ein Asylverfahren erübrigte sich, rechtlich werden die Antragsteller Flüchtlingen gleichgestellt. Der Vorteil: eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis und besonderer Ausweisungsschutz. Rund 230 000 Menschen aus den Nachfolgestaaten der UdSSR nutzten die Möglichkeit bisher, auch viele moldauische Juden.

Den Wunsch, das Leben im tristen Chişinau mit einem im funkelnden München zu tauschen, verspüren aber auch ethnische Moldauer oder Russen. Ihnen

DANIEL MIHAILESCU / AFP

Straßenverkäufer in Chişinau: *Jeder Zehnte malocht schwarz im Ausland*

CORBIS

Präsident Woronin: *„Der Staat hält seine Verpflichtungen gegenüber den Bürgern nicht ein“*

* Die genaue Anschrift aller genannten Personen ist der Redaktion bekannt.

allerdings bleibt der dauerhafte Zugang zum Westen offiziell versperrt.

An dieser Stelle beginnt die Geschichte von Hauptmann M.

Hauptmann M., Hauptinspektor bei der Chişinauer Kriminalpolizei, hatte eine glänzende Idee. Er wollte – gegen eine gewisse Gebühr – auch jenen Landsleuten helfen, denen die Ausreise nicht möglich ist. Einzige Bedingung: Sie mussten ihre Identität wechseln.

Selbst in einem Land wie Moldau ist das kein Kinderspiel.

Die Aktion begann mit einer lakonisch formulierten Annonce in einem Chişinauer Anzeigenblatt. Sie lautete: „Ständiger Wohnort in Deutschland“, daneben war die Handynummer eines Vertrauten notiert, der M. fortan als Kontaktmann zur Außenwelt dienen sollte.

Der Lockruf erscheint ein einziges Mal, dann pflanzt er sich per Buschfunk fort.

Auch die Russin Tatjana Jewgenjewna Medwedewa hört ihn. Die Buchhalterin, geboren am 19. Oktober 1951 im Gebiet Twer nahe Moskau, lebt in einem fünfstöckigen Plattenbau in Balti, einer besonders trostlosen Kleinstadt 120 Kilometer nordwestlich von Chişinau.

Frau Medwedewa hat bereits einiges getan, um ihrem Wunschziel näher zu kommen. Sie hat einen Juden geheiratet, gemeinsam mit ihm den Antrag zur Übersiedlung nach Deutschland eingereicht und als mitreisende Ehegattin sogar schon eine Aufnahmezusage aus dem Bundesland Baden-Württemberg in der Hand. Da stirbt ihr Mann – tief enttäuscht packt Tatjana Jewgenjewna die Koffer wieder aus.

Es bleibt nur Hauptmann M. – und der Ausweg, sich selbst in eine Jüdin zu verwandeln.

M. hat dafür eine ausgefeilte Methodik entwickelt: Es gilt, für seine Kunden passende Moldauer jüdischer Herkunft zu finden – solche, die selbst nicht mehr ausreisen können, den Betreffenden aber ihre Identität zur Verfügung stellen. *Tote* Juden also, gestorben möglichst in jugendlichem Alter. Menschen, die während ihrer kurzen Lebenszeit in den Akten von Polizei- oder Meldebehörden kaum Spuren hinterlassen haben und deren Eltern inzwischen selbst verstorben oder ganz legal ausgewandert sind.

So etwas arrangieren kann nur, wer im Innern des Polizeiapparats zu Hause ist. Jemand, der Offizierskollegen im Innenministerium kennt, wo die Pässe ausgestellt werden, und Freunde hat im „Archiv für Bürgerakten“, das zum Justizministerium gehört – jenem Ort, wo die Geburts- und Sterbeakten lagern. Leute, die für einen gewissen Obolus Lebensspuren verwischen und neue herstellen können. Auch die dazu nötigen Papiere – und zwar so, dass alles legal aussieht.

Denn die Deutsche Botschaft verlangt von jedem Antragsteller eine Geburtsurkunde, die aus der Sowjetzeit vor 1991 stammt, und einen ordentlichen Pass – Dokumente, in denen die jüdische Herkunft eingetragen ist. Sie vergleicht darüber hinaus die Geburtsdaten in den moldauischen Archiven. Aber es gibt eine Lücke in der Kette deutscher Gründlichkeit, eine entscheidende, die findigen Moldauer haben sie natürlich erkannt: Die Botschaftsleute haben keinen Zugang zu den Sterberegistern, die in Chişinau getrennt von den Geburtsunterlagen aufbewahrt sind.

Genau dort setzt Hauptmann M. an, auch im Fall Medwedewa. Er muss eine Kandidatin finden, die maximal zwei Jahre jünger oder älter als die Klientin war. M.s Konfidenten haben bald schon Passendes erspäht: In den Registern stoßen sie auf die Jüdin Sofia Smuilovici, die im März 1970 verstorben ist. Sie kam im Sep-

tember 1952 zur Welt – wäre also heute etwa so alt wie die Möchtegern-Jüdin Medwedewa.

Tatjana Medwedewa wird sich in Sofia Smuilovici verwandeln.

Dazu ist, zuallererst, eine wasserdichte Geburtsurkunde vonnöten. M. bittet unter einem Vorwand im Archiv für Bürgerakten um eine Geburtsbestätigung für das jüdische Mädchen Sofia Smuilovici. Die Gesuchte steht tatsächlich in den Büchern, die Spur ist verlässlich. Nun kann eine Urkunde gefertigt werden, die aussieht, als stammte sie aus früherer Zeit. Die 1991 noch vorhandenen Blankoformulare alten Typs sind vorsorglich nie vernichtet worden; sie werden innerhalb der Innenbehörde für 1000 Dollar pro Stück verkauft; Ausfüllen und Stempeln sind Formsache.

Was nun vor allem fehlt, ist ein „echter" Pass. Medwedewa alias Smuilovici eilt auftragsgemäß aufs Passamt, um dort den angeblichen Verlust ihres ebenfalls noch aus Sowjetzeiten stammenden Personaldokuments zu melden. Sie füllt eine Erklärung mit Angaben zur Familie Smuilovici aus und reicht zwei alte Fotos ein.

Es ist der entscheidende Moment: Der Beamte wird eine Personenstandskarte mit Passfoto ziehen, deren Daten mit den Angaben der Bittstellerin identisch sein müssen. Eine alte, originale gibt es in der Regel nicht, weil der Verstorbene meist noch nicht Besitzer eines Personalausweises war. Hauptmann M. aber hat über Vertraute bereits vorgesorgt: Karteikarte plus Foto sind ausgefertigt, beides steckt dort, wo es hingehört. Wunschgemäß erhält Medwedewa ein Duplikat ihres Passes: Er trägt die Nummer XXI-BM 506240. Es ist ein altes sowjetisches Modell, und in der Spalte „Nationalität" steht „evreicá", Jüdin: Aus der Russin Tatjana Medwedewa ist Sofia Smuilovici geworden.

Um sicherzugehen und in der Deutschen Botschaft nicht wiedererkannt zu werden, hat Medwedewa sich auch ein neues Outfit verschafft: Die ehemals hochgesteckten schwarzen Haare sind jetzt halblang und blond, und eine Brille ziert das Gesicht. Die Beamten haben nichts zu beanstanden, sie winken den Vorgang durch – bald darauf ist Tatjana Medwedewa endlich in Deutschland, an ihrem Ziel.

Hauptmann M. und sein Fälschungsteam kassieren eine fünfstellige Summe für den Service, bis zu 20 000 Euro – für moldauische Verhältnisse ein Riesenvermögen. Man bekommt es zusammen, wenn man die aufzugebende Wohnung verkauft. In Chişinau bringt das um die 30 000 Dollar.

So wie im Fall Medwedewa läuft es auch bei Convisser, der in Wirklichkeit Jewgenij Golowna heißt, bei Aranov, hinter dem sich Dmitrij Prochodzew aus dem moldauischen Tiraspol verbirgt, oder bei Elizaveta Rozenberg, die sich einst Vesta Fomiciova nannte und nun in Süddeutschland wohnt.

Prochodzew alias Aranov nahm, um den Sprung nach Deutschland zu schaffen, ganz besondere Mühen auf sich. Erst ließ er sich von seiner Frau Maria scheiden, dann reichte er das Ausreisegesuch als Alexei Aranov ein – und heiratete später Maria erneut, um sie als mitreisende Ehefrau ebenfalls aus dem Land zu bekommen. In Deutschland fühlen sich beide so sicher, dass auf ihrem Klingelschild neben dem neuen auch der alte, eigentlich abgelegte Name steht: Prochodzew.

Die Methode, aus Moldauern oder Russen Juden zu machen, ist perfekt. Fast perfekt. Es habe „kritische Situationen" gegeben, sagt M.s Mittelsmann: Eine Frau, die noch kurz vor der Ausreise unter ihrem neuen Namen zum Haarelegen in Chişinau ging, erwischte ausgerechnet eine Friseuse, die mit der namensspendenden jüdischen Familie befreundet gewesen war. Eine an-

dere traf fast der Schlag, als sie ihren neuen Pass abholte: Die Beamtin, die ihn ihr aushändigte, in den Deal aber nicht eingeweiht war, stellte sich als weitläufige Bekannte heraus. Klar, dass die sich über den neuen Namen wundern musste – anmerken aber ließ sie sich nichts.

Die Gefahr, dass die frischgebackenen Juden daheim noch enttarnt werden könnten, ist nicht sonderlich groß. In der Wohnung von Fjodor und Zilja Convisser zum Beispiel, Bulvar Dacia Nummer 22 in Chişinau, lebt inzwischen eine alte Dame. Öffnen will die ängstliche Moldauerin nicht, aber dass die alten Convissers vor sechs, sieben Jahren nach Israel ausgewandert sind, bestätigt sie mit kräftiger Stimme durch die verschlossene Tür. Ja, Arkadij, ihren Sohn, hätten sie auf dem Friedhof der Stadt zurücklassen müssen, ruft die Alte: Er sei 1988 nach einer schweren Beinoperation verstorben.

Dass gefälscht wird bis in die oberen Etagen der Macht, gehört in Chişinau zum Allgemeinwissen. Aber das Thema ist tabu, die Presse schweigt, es sind hochrangige Namen im Spiel. Die Blankopässe zum Beispiel hat bislang ein Oberst, stellvertretender Abteilungsleiter im Innenministerium, verkauft. Und der Chef des inzwischen für Passfragen zuständigen „Ministeriums für Informationsentwicklung“, ein General, ist Parteigänger des kommunistischen Präsidenten Woronin. Woronin war zu Sowjetzeiten Innenminister und damit Befehlshaber der Polizei. Im überschaubaren Moldau halten Seilschaften oft auf Lebenszeit.

Ist es moralisch verwerflich, Papiere zu fälschen und sich als Jude auszugeben, um sich materielle Vorteile in einem fremden Land zu erschleichen – Sozialhilfe, Mietunterstützung, Kindergeld?

Ilja Schaz zögert lange mit der Antwort. „Golj na wydumki chitra“, sagt er dann auf Russisch, Not mache erfinderisch: „Ein Land, das ums Überleben kämpft, muss nach Auswegen suchen.“ Schaz ist Direktor des Jüdischen Zentrums „Kedem“ in Chişinau, das amerikanische Sponsoren gerade für mehrere Millionen Dollar auf den Resten der alten Synagoge errichtet haben, mit allem Drum und Dran: Theatersaal, Ballettschule und Computerklasse. Das soll helfen, dass die Juden, die nach dem Exodus der vergangenen Jahre noch im Land sind, auch im Land bleiben. 30 000 sind es vielleicht, Menschen, die ihrer Heimat irgendwie noch verbunden sind und mit Erstaunen sehen, wie plötzlich auch ihr Nachbar Jude wird – nur um der heimischen Wirklichkeit zu entfliehen.

Schaz, ein feinfühliger Mann mit Schnauzer und Intellektuellenbrille, arbeitet hauptberuflich als Theaterregisseur, er weiß, dass die Welt eine einzige Bühne und der Mensch ein Verwandlungskünstler ist. Er könne diese „Konvertiten“ nicht verteufeln, sagt er. Die Masse der Moldauer sei arm, die Machthaber aber würden nur in die eigene Tasche wirtschaften: „Der Staat hält seine Verpflichtungen gegenüber den Bürgern nicht ein. Warum also sollen sie sich an die Gesetze des Staates halten?“

Pervers nur, dass der auch noch die Flüchtenden abzuzocken versteht.

Bis zu 40 Prozent der jüdischen Aussiedler erschleichen sich ihre Visa, schätzen Experten. Wolfgang Lerke aber, der deutsche Botschafter in Chişinau, ist sich keiner Nachlässigkeit bewusst. Just an diesem Tag steht er 40 Jahre in Diensten des Auswärtigen Amts. Er kennt die Tücken des Geschäfts, aber auch die Nöte des Gastlandes. In seinem Büro kann man Fotos von Jürgen Klinsmann bewundern, der sammelt seit Jahren Geld für unterernährte Kinder im Chişinauer Krankenhaus.

„Wir sind eine kleine Botschaft“, sagt Lerke, bei der Dokumentenprüfung seien seine Beamten „schon ganz gut“; man gehe „ab und an“ dafür auch schon mal auf einen Friedhof. Die Regierung in Berlin habe zudem die ohnehin ungeliebte jüdische Flüchtlingsregelung gerade zu verschärfen versucht.

Es wird nicht viel helfen. Selbst Hauptmann M., der gewiefte Passfälscher, ist bereits in Deutschland.

Seinen Job haben andere übernommen. Es gibt noch viele verwaiste Steine auf dem jüdischen Friedhof von Chişinau.

Christian Neef

Echter, gefälschter Ausweis: *Bis zu 20 000 Euro*

Drei Sterne mit Aussicht

Global Village: In Hongkong tafeln die vereinten Nationen im „Spoon by Alain Ducasse“.

Die Nathan Road durchschneidet Kowloon einmal von oben bis unten. Wer von Norden kommt, quert Mong Kok, Yau Ma Tei, Tsim Sha Tsui, das sind Viertel, so dicht, dass einem der Atem stockt beim Flanieren, durch die Straßen fluten Menschen und Maschinen. Hongkong, das ist beides, die Schöne und das Biest, eine Kapitale der Platzangst, mit allem Lärm der Moderne brüllend gefüllt, vor allem abends, wenn die Stadt erst erwacht, wenn sie ihre Lichter aufsteckt und sich schön macht für ein Abendessen im „Spoon by Alain Ducasse“.

Der Eingang des Restaurants findet sich linker Hand in der Lobby des Intercontinental am Hafen. Wer hier zum ersten Mal eintritt, und wer für einen Moment lang Europa und seine Verteilungskämpfe vergessen kann, dem werden die Knie weich vor der Schönheit des Kapitalismus. Es öffnet sich hinter der Rezeption schockartig eine geschwungene Halle aus gläsernen Wänden, eine haushohe Schaufensterfront hinaus auf das bleigraue Wasser der Hafenbucht, und gegenüber steht die Skyline von Hongkong Island wie eine Prachtkulisse für Träume vom großen, lässigen Leben.

In der Halle, auf einer Fläche größer als die Bühne eines Theaters, sitzen aufgeputzte Menschen in reduzierten Möbeln, sie nippen an bunten Getränken, sie lassen die Zeit verstreichen und versuchen nach Kräften, das Dekor so wenig wie möglich durch hässliche Eile oder laute Worte zu stören. Liebespaare, Geschäftsleute, Touristen, sie sehen aus den Augenwinkeln Schiffe vorbeiziehen, draußen, manchmal tanzen Laserstrahlen um die Hochhäuser, manchmal funkeln ihre Fassaden wie edle Steine, besonders dann, wenn kurz nach Sonnenuntergang das Zwielicht regiert.

Die gläserne Wand setzt sich fort in den Räumen des „Spoon“, man tritt dort ein in eine erdfarbene Welt, organische Muster mäandern über Mauern und Stoffe. Der Weg zu den Tischen führt über Granitböden, an Tausenden Flaschen Wein vorbei, die in durchsichtigen Schränken lagern wie Fische in einem Aquarium, aber sie bewegen sich nur, wenn der chinesische Sommelier nach ihnen greift, sie entkorkt und einschenkt: Riesling aus Australien, Tokaier aus Ungarn, Gewächse aus Portugal, französischer, chilenischer, kalifornischer, neuseeländischer Cabernet Sauvignon.

Die PR-Abteilung des Hauses hat 16 Seiten gedichtet, um ihr Lied zu singen auf die Genialität des Konzepts, auf die Einzigartigkeit der Möbel, der Gläser, der Löffel, der Teller und natürlich auf die Größe des ideellen Patrons. Alain Ducasse war und ist der erste Global Player der Haute Cuisine, ein Küchen-Controller mehr als ein Koch, ein bescheidener Südfranzose, der die Arbeitsjacke nur noch für die Fotografen anzieht. Dass er dreimal drei Michelin-Sterne hält und dazu über die Welt verstreut noch ein paar mehr, das wäre eine eigene, märchenhafte Geschichte.

Das „Spoon“ eröffnete Ducasse in Hongkong, in Paris, auf Mauritius, in London, in Saint-Tropez, bei Gstaad und in Karthago, er drillte das Personal nach seinen Idealen, er suchte sich Innenarchitekten, Beleuchter, Glasbläser, Tuchmacher, die sein „totales Konzept“ verstanden. So sind alle Häuser anders, aber in allen findet sich eine offene Küche, und in allen wählt man sich Fisch und Fleisch und Gemüse und Saucen nach einem Baukastensystem. Man darf kombinieren und verändern und muss sich nicht länger bevormunden lassen, das hat seinen Reiz für gutgelaunte Menschen.

Der kulinarische Mehrwert ist dabei unklar, das Essen ist nicht wirklich außerordentlich, wie man es sich auch bastelt, es kommen Süppchen in Schnapsgläsern und Hummerteile in süßsauren Marinaden, es gibt Wagyu-Rind aus Australien und Trüffel auf Jakobsmuscheln, vieles ist perfekt, manches nur bieder, aber wer wird danach fragen, hier, wo jeder Biss noch gewürzt ist mit einem Ausblick, derweil draußen Hongkong leuchtet in den Farben und Schriften seiner wahren Sponsoren mit Namen Hitachi, Siemens, Allianz, Samsung, Epson, Olympus.

An den Tischen vergnügen sich die vereinten Nationen, an der Bar, mit Leder bezogen, sitzen Lawrence aus Manila und Winnie aus Hongkong, zwei freie Stühle zwischen sich, und im dritten Satz sagt Winnie, sie sei schon mit sechs Jahren nach Kanada gegangen und erst vor kurzem wieder nach Hongkong zurückgekommen, und sie habe jetzt endlich Anorexie und Bulimie überwunden. Sie lächelt, tapfer.

Winnie nimmt kurze Züge ihrer schimmernden Cartier-Zigaretten, Lawrence spricht in die Stille hinein. Er ist 37, Chef einer Textilfirma, die in die USA liefert, er beschäftigt 5000 Leute weltweit, er sagt, dass die Europäer zu wenig arbeiten und dass das auf Dauer nicht gutgehen könne. Seine Urlaube verbringt er auf Bauernhöfen in Norditalien, seine Maschinen stammen aus Deutschland, er hat Partner sitzen in Pirmasens, und Pirmasens, dieser Name steht jetzt eine Sekunde lang quer und kantig in der weichen Luft des „Spoon“ in Hongkong, wo einen die Bilder träumen lassen von einem größeren, lässigeren, globaleren Leben.

Ullrich Fichtner

MICHAEL WOLF

Hongkonger Restaurant „Spoon“: *Erster globaler Koch der Haute Cuisine*

Der Kampf um die Rohstoffe (2)

Wer mitspielen will im weltweiten Monopoly um Macht und Wohlstand in der globalen Wirtschaft, braucht Bodenschätze: Sie sind für jedes Land von existentieller Bedeutung. In einer Serie beschreibt der SPIEGEL den Kampf um die knappen Ressourcen – und dessen politische und ökonomische Folgen.

Erdölraffinerie in Schottland: *Die Vorräte schrumpfen jeden Tag, jede Stunde, jede Minute*

Wie lange noch?

Rohöl und Uran, Gold und Platin sind so begehrt wie nie: Die Suche nach Rohstoffen gestaltet sich immer schwieriger und aufwendiger, die Preise schießen in die Höhe. Die Zukunft der Weltwirtschaft hängt von Ressourcen ab, die schrumpfen – und irgendwann zur Neige gehen.

Fünf Minuten vor seinem Auftritt wurde der Chefgeologe Marion King Hubbert noch ans Telefon gerufen. Sein Arbeitgeber war dran, jemand aus der Zentrale des Ölkonzerns Shell.

Er möge doch bitte darauf verzichten, seine Prognose zu präsentieren, habe man auf ihn eingeredet, erzählte Hubbert später. Doch der Wissenschaftler mit dem Clark-Gable-Bärtchen blieb stur, wie so oft. Auf der Frühjahrstagung des American Petroleum Institute 1956 in San Antonio trug er genau das vor, was er vorbereitet hatte: eine Theorie, so simpel wie folgenschwer.

Hubbert behauptete, der Verlauf der Ölförderung entspreche stets einer Glockenkurve: Erst steige sie an, bis sie ein Plateau erreiche, dann falle sie ab, unaufhaltsam. Nach seinen Berechnungen würden die Vereinigten Staaten in wenigen Jahren schon den Scheitelpunkt, den Peak, erreichen, etwa 1970, schätzte er.

Genauer konnte er es kaum voraussehen: Tatsächlich haben die USA 1971 das

PAUL HARDY / CORBIS

schon bewusst, wie einmalig diese Bodenschätze sind?

Es sind ungeheure Mengen, die die Bürger und die Industrie verzehren, verarbeiten oder, was am häufigsten geschieht, einfach nur verbrennen. In jeder Sekunde lösen sich weltweit im Schnitt rund tausend Fässer Öl in Rauch auf. Ein Deutscher verbraucht rein rechnerisch im Laufe seines Lebens 225 Tonnen Braun- und Steinkohle, 116 Tonnen Mineralöl, 40 Tonnen Stahl, 1,1 Tonnen Kupfer und 200 Kilogramm Schwefel. Ewig, das ist klar, kann das so nicht weitergehen – obwohl es schon eine kleine Ewigkeit so läuft.

Seit Urzeiten machen sich die Menschen Rohstoffe zunutze. Sie schmieden Werkzeuge aus Eisen und Kupfer, sie heizen Wohnungen mit Kohle und Torf, sie bauen Häuser aus Sand, Gips und Stein. Doch erst die Industrialisierung ließ die Nachfrage sprunghaft ansteigen, der Handel mit Metallen, Mineralien und Brennstoffen avancierte zum globalen Geschäft. Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs hat die Menschheit mehr Rohstoffe verbraucht als in ihrer gesamten Geschichte zuvor.

Mit China ist ein Land in den internationalen Wettbewerb eingetreten, das außerordentlich reich an Rohstoffen ist. Doch noch weitaus gewaltiger ist sein Bedarf – an der Preisrallye der vergangenen Jahre lässt es sich leicht ablesen: Gold kostet heute fast doppelt so viel wie vor vier Jahren, Platin ist so teuer wie nie zuvor. Selbst mit Schrott lässt sich heutzutage gutes Geld verdienen.

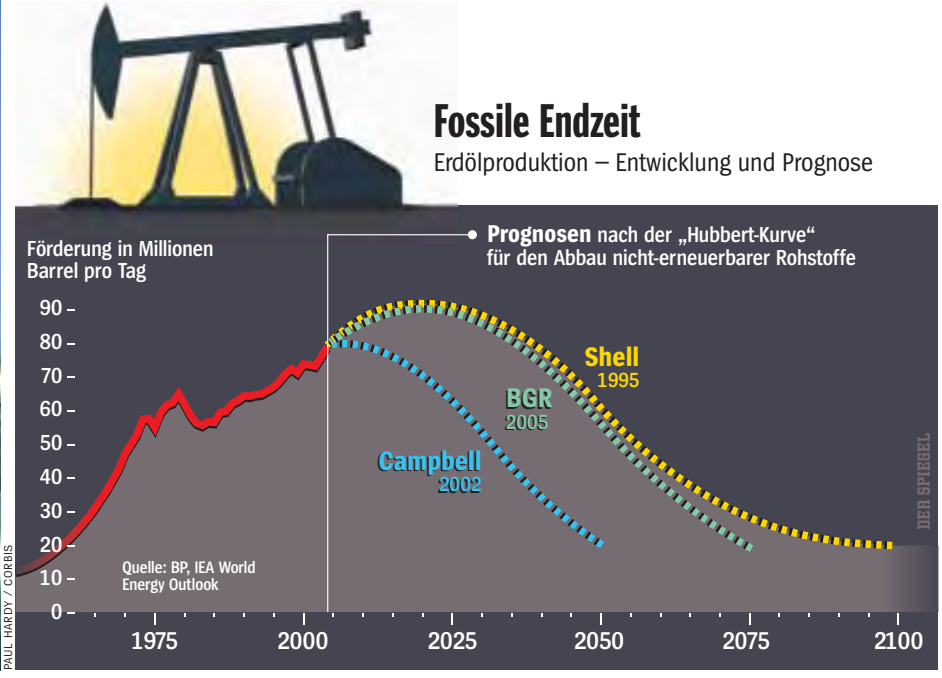
Ausgerechnet Rohstoffe. Vor kurzem noch schenkten Investoren solchen Gütern keinerlei Beachtung. Rohstoffe, das roch nach Bergwerk, nach Staub und Schweiß, nach 19. Jahrhundert: wirtschaftlich irrelevant und ohne jeden Glamour. Bits und Bytes galten als zeitgemäßer Rohstoff, immateriell und im Überfluss vorhanden.

Erst seit die Klassiker so teuer geworden sind, rückt wieder ins Bewusstsein, welche Bedeutung sie besitzen: kein Computerchip ohne Silizium, kein Kunststoff ohne Rohöl, kein Katalysator ohne Platin oder Palladium. Trotz Digitaltechnologie und Wissensmanagement: Das Fundament der Wirtschaft steht nach wie vor auf Stahl und Zement, und angetrieben wird sie von Öl, Gas und Kohle – bloß, wie lange noch?

Die Antwort darauf entscheidet über die Zukunft vieler Branchen, ja den Verlauf der gesamten Weltwirtschaft. Steigende Preise sind gewöhnlich ein Anzeichen dafür, dass ein Gut knapp und begehrt ist. Bedeutet die Rohstoffhausse also, dass die Vorräte nun tatsächlich zur Neige gehen? Und wenn das so ist, wie viel Zeit bleibt noch, bis die Lagerstätten erschöpft sind?

Wären die Voraussagen eingetreten, die Dennis Meadows 1972 in seinem Bericht an den Club of Rome traf, hätte die Menschheit jedenfalls langsam die Grenzen des Wachstums erreichen müssen. Meadows, ein damals nicht mal 30-jähriger Wissenschaftler, und seine Kollegen am Massachusetts Institute of Technology in Cambridge, USA, hatten die Großrechner mit einem Wust von Daten gefüttert. Das Ergebnis schockierte die Welt.

Die Vorräte aus der Erdkruste seien schon bald aufgebraucht, lautete die bittere Botschaft, die Knappheit an Rohstoffen und Nahrungsmitteln werde die globale Konjunktur lähmen. Eine Wirtschaft aber, die stets auf Wachstum getrimmt sei, müsse „infolge der Erschöpfung der Rohstoff-



Maximum gefördert. Seither sinkt die Produktion fast kontinuierlich.

Hubberts Kurve, vor exakt 50 Jahren entdeckt, gehört zum Basiswissen jedes Geologen, nach wie vor. Das Auf und Ab beschreibt mit wissenschaftlicher Präzision, was im Grunde jeder weiß, aber alle getrost verdrängen: Erdöl ist ein endliches Gut, die Vorräte schrumpfen jeden Tag, jede Stunde, jede Minute. Einmal verbraucht, sind sie dahin.

Die anderen wichtigen Energieträger – Erdgas, Kohle und Uran – unterliegen demselben gnadenlosen Prozess: Immerzu werden sie abgebaut, nie aber aufgebaut.

Und auch die Vorkommen an Metallen und Mineralien sind keinesfalls unerschöpflich, aber sehr wohl unersetzlich: Eisenerz bringt kein neues Eisenerz hervor, Gold kein neues Gold, nichts wächst jemals nach. Doch wer macht sich

TOM STODDART / GETTY IMAGES

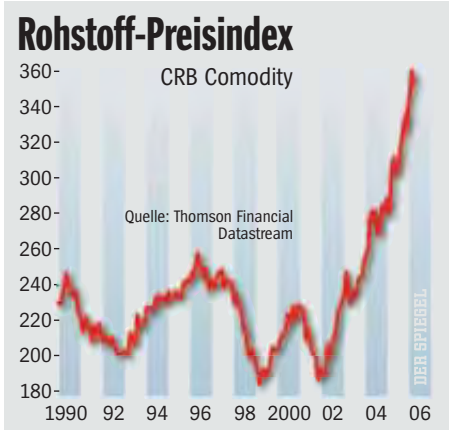
Minenarbeiter in Südafrika: *In einer Tonne Erz sollten sich wenigstens zwei Gramm Gold verbergen*

vorräte“ zwangsläufig zusammenbrechen. Das Buch wurde mehr als zehn Millionen Mal verkauft, es ist in 29 Sprachen übersetzt worden – nur der Kollaps blieb aus. Dessen ungeachtet finden auch heute wieder apokalyptische Vorhersagen große Resonanz. Demnächst beginne ein erbitterter Wettstreit um Rohstoffe und Nahrungsmittel, dann würden die Industriegesellschaften „dahinwelken“, zeichnete der US-Publizist James Howard Kunstler unlängst eine Schreckensvision geradezu malthusianistischer Dimension: „Wir stehen auf der ganzen Welt vor einer historischen Epoche des Negativwachstums voll Unruhe und Kampf“, warnt er.

Auf der anderen Seite stehen die notorischen Optimisten. Sie behaupten, das Potential an Rohstoffen sei lange nicht erschöpft, es existierten noch ungeheure Vorkommen, zum Beispiel in der Arktis. Außerdem habe es die Industrie noch immer geschafft, mit innovativen Methoden weit mehr zu fördern als erwartet.

Diese Optimisten machen eine simple Rechnung auf: Sie teilen die Menge der bekannten Reserven eines Rohstoffs durch den Jahresverbrauch, das Ergebnis ist die sogenannte statische Reichweite. Demnach würde konventionelles Rohöl noch mehr als 40 Jahre zur Verfügung stehen, Gas mehr als 60 Jahre, Kohle sogar zwei Jahrhunderte.

Die Zahlen klingen beruhigend. Merkwürdig nur, dass sie sich in den vergangenen 50 Jahren kaum verändert haben.



Das liegt daran, dass diese Formel wenig mit Geologie, aber viel mit ökonomischer Logik zu tun hat: Steigen die Preise etwa für Gold, lohnt sich auch der Abbau von Lagerstätten mit geringeren Gehalten oder größerem Förderaufwand, von Ressourcen also, die bislang nicht mitgezählt wurden – und automatisch wachsen die Reserven.

Eine andere Variable in der Rechnung sind neue Technologien wie mehrdimensionale Seismik, mit deren Hilfe selbst kleine Öltaschen oder Erzadern aufzuspüren sind. Oder aber es ändern sich Verbrauchsgewohnheiten: In der Übertragungstechnik zum Beispiel ist der Kupferbedarf erheblich gesunken, weil die Industrie statt Kupfer Glasfaser eingesetzt hat. Inzwischen wiederum geht der Bedarf an Quarz zurück, weil Glasfaser durch Satellitenfunk ersetzt wird. Solche unvorhersehbaren Einflüsse nehmen der Verbrauch-Reserve-Relation ihre Aussagekraft, als Prognoseinstrument ist die Formel ungeeignet.

Und doch gibt es durchaus seriöse Antworten auf die zentrale Frage: „Wie lange noch?“ Es sind keine einfachen Antworten, sie fallen von Rohstoff zu Rohstoff unterschiedlich aus, und sie sind keinesfalls letztgültig: Wie weit ein Rohstoff reicht, bestimmt nicht das Schicksal, sondern allein menschliches Handeln.

Am ehesten noch ist absehbar, wie es um die Versorgung mit Rohöl steht – dank der Erkenntnisse des Geologen Hubbert. Was sich hier abzeichnet, bereitet selbst den nüchternen Beobachtern der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) in Hannover inzwischen einige Sorgen. „Der Höhepunkt der Förderung liegt näher, als uns lieb sein kann“, warnt der Geologe Peter Gerling, Fachmann für fossile Brennstoffe.

Schon in den nächsten 10 bis 20 Jahren werde der sogenannte Depletion Mid-Point erreicht, lautet das Ergebnis seiner neuesten Studie: Das ist der Zeitpunkt, an dem die Hälfte des Gesamtpotentials an Rohöl verbraucht ist.

Gerling ist sich seiner Sache recht sicher. „Die Erde ist gut erforscht“, sagt er, das sogenannte Erdölstockwerk sei in fast allen etwa 600 Sedimentbecken der Welt wohl bekannt: „Es wird keine großen

Überraschungen mehr geben.“ Was Gerling so lapidar feststellt, hat ungeheure Brisanz: Mit dem Erreichen des Depletion Mid-Point beginnt praktisch das Ende des Ölzeitalters.

Von diesem Zeitpunkt an nämlich, an dem die weltweite Förderung ihr Maximum erreicht, klafft erstmals in der Geschichte eine physische Versorgungslücke: Von da an geht es mit der Produktion bergab, während der Verbrauch aller Voraussicht nach weiter steigt. Es gibt kein Zurück mehr zu alten Höhen, und was besonders tückisch ist: Der Peak kommt ohne Vorwarnung.

Schon seit Jahren wird mehr Öl verbraucht, als neue Vorkommen erschlossen werden. Das letzte größere Feld wurde im Jahr 2000 entdeckt.

Immerhin 33 der 48 größten Förderländer haben den Höhepunkt erreicht oder sogar schon überschritten. Großbritannien und Norwegen gehören dazu, denn die Nordsee hat die beste Zeit hinter sich: In den vergangenen fünf Jahren ist die Förderung hier um gut 20 Prozent zurückgegangen. Auch das Opec-Mitglied Indonesien und das Sultanat Oman erreichen längst nicht mehr die Produktionsziffern vergangener Jahre.

Selbst in Kuweit gibt es schon ernste Anzeichen für einen Produktionsabfall. Die staatliche Ölgesellschaft Kuwait Oil vermag im Feld Burgan die Förderleistung von zwei Millionen Barrel am Tag nicht mehr zu halten, räumte kürzlich der Unternehmenschef ein. Burgan ist die zweitgrößte Lagerstätte der Welt, sie enthält mehr als die Hälfte aller bekannten Reserven Kuweits. Und sie war früher bekannt dafür, dass das Öl dort einfach aus der Erde floss. Das ist nun vorbei.

Schon seit mehr als 50 Jahren wird in Burgan gefördert. Fast genauso lang im Einsatz, seit 1951, ist die weltgrößte Lagerstätte, das Feld Ghawar in Saudi-Arabien, mit einer Tagesproduktion von fünf Millionen Barrel. Sämtliche Riesenfelder, die sogenannten Super-Giants, sind schon 40 bis 60 Jahre alt, aus ihnen stammt etwa die Hälfte der Weltproduktion. „Und alle erreichen nun den Punkt, an dem es zur Neige geht“, glaubt Matthew Simmons, Chef einer auf Energieprojekte spezialisierten Bank in Texas.

Simmons hat erhebliche Zweifel daran, dass die Golfanrainer tatsächlich über so viele Reserven verfügen, wie sie behaupten. Letztgültige Beweise für seine These aber hat er nicht vorlegen können. Dass dennoch viele in der Ölbranche seine Skepsis teilen, liegt vor allem daran, dass die Saudis die Spekulationen über das tatsächliche Ausmaß ihrer Reserven selbst anheizen: Seit der Verstaatlichung der Ölindustrie vor 25 Jahren verwehren sie ausländischen Gutachtern den Zutritt zu den Feldern.

Fest steht nur, dass Saudi-Arabien derzeit mit täglich gut zehn Millionen Barrel nahe an der Kapazitätsgrenze fördert, es existiert kein Puffer mehr nach oben. Damit hat das Königreich seine Kontrolle über den Preismechanismus verloren: Es kann den Hahn nur noch zudrehen, aber zumindest kurzfristig nicht mehr weiter öffnen.

Im Grunde müssten die Saudis, um den vermuteten Bedarf zu befriedigen, bis 2025 ihre Produktion verdoppeln. Selbst der ehemalige Produktionschef der staatlichen Fördergesellschaft Saudi Aramco, Sadad al-Husseini, hat dieses Ziel kürzlich gegenüber der „New York Times“ als unrealistisch abgetan: „Solche Erwartungen sind jenseits dessen, was man schaffen kann.“

Ob er recht behalten wird oder nicht: Sicher ist jedenfalls, dass es weltweit immer schwieriger wird, neue Quellen aufzutun. Schon seit Jahren wird weit mehr Öl verbraucht, als neue Vorkommen erschlossen werden. Das letzte größere Feld wurde im Jahr 2000 entdeckt, im Kaspischen Meer. Die meisten Neufunde fallen eher klein aus, zudem verlagert sich die Suche in immer entlegenere Gegenden wie die Arktis und die Tiefsee.

„Die Exploration wird nicht nur teurer“, sagt Andrew Latham von der Edinburgher Ölberatungsfirma Wood Mackenzie, „es ist auch schwerer geworden, erfolgreich zu sein, weil die besonders zugänglichen Felder schon entdeckt sind.“

Sogar im arabischen Raum wird die Förderung aufwendiger, mitunter müssen die Ölfirmen zu Tricks greifen. Sie pressen Wasser oder Dampf in den Boden, damit der Druck nicht abfällt. Ohne solche Hilfs-

mittel wäre manche Quelle im Nahen Osten schon versiegt.

Kein Zweifel, es kommen gewaltige Veränderungen auf die Verbraucher und auf die Ölindustrie zu, das räumen die Konzerne inzwischen offen ein. Bei BP stehen die beiden Buchstaben seit Jahren schon offiziell für „Beyond Petroleum“ – jenseits des Erdöls. Chevrons Werbebotschaft lautet neuerdings: „Die Ära des einfachen Öls ist vorbei.“ Und selbst die ansonsten so rauhbeinigen Ölbarone von Exxon räumen auf die Frage nach der künftigen Energieversorgung inzwischen ein: „Es gibt keine einfachen Antworten.“

Eine Antwort jedenfalls wird Erdgas sein. Der flüchtige Stoff gewinnt im Energiemix eine immer größere Bedeutung. „Gas ist in ökonomischer und ökologischer Hinsicht attraktiv“, sagt der neue Exxon-Chef Rex Tillerson. Erst 18 Prozent des vermuteten Gesamtpotentials haben die Explorateure gefördert, die größten Vorräte liegen, ähnlich wie Rohöl, in politisch eher instabilen Gegenden, in Russland, in Iran und in Katar: Die drei Staaten halten 56 Prozent der Weltreserven. Es dürfte noch für Jahrzehnte reichen.

Eine physische Knappheit ist nicht absehbar, ein politisch bedingter Engpass aber sehr wohl. Russland hat es gerade demonstriert, als es im Streit um den Preis von Rohstofflieferungen an die Ukraine erstmals mit der Erdgaswaffe drohte.

Solche Aktionen verunsichern Abnehmerstaaten wie Deutschland umso mehr, je stärker die eigenen Reserven schwinden. Noch stammt knapp ein Fünftel des Methans, das in Deutschland verbraucht wird, aus heimischen Vorkommen, doch bei wachsendem Verbrauch werden die Vorräte hier bald zur Neige gehen. Und anders als bei Öl verläuft die Förderkurve nicht glockenförmig, sondern endet ziemlich abrupt.

Größere Spielräume bietet da Kohle, der fossile Energieträger mit den umfangreichsten Reserven. Die Vorkommen liegen weniger konzentriert als jene von Öl oder Gas, mächtige Lagerstätten finden sich in den USA, in Russland, China und Australien. Das Potential von Steinkohle sowie der energieärmeren Braunkohle, da sind sich die Fachleute sicher, könnte den Bedarf für mindestens hundert Jahre decken.

Uran wiederum, der vierte der großen Energierohstoffe, wird seit einigen Jahren in fast doppelt so großen Mengen verbraucht wie gefördert. Noch können die Stromversorger auf alte Lagerbestände zurückgreifen, um diese Lücke zu schließen; teilweise nutzen sie auch wiederaufbereiteten Brennstoff oder Waffenuran aus den Zeiten des Kalten Kriegs. Doch die Reserven schrumpfen schneller als erwartet, seit die Kernkraft ein Comeback erlebt: Allein China will 25 bis 30 neue Anlagen bis 2020 in Betrieb nehmen.

Deshalb intensivieren die Explorationsfirmen ihre Suche nach neuen Vorkommen von „Yellow Cake“, wie der goldfarbene Rohstoff auch genannt wird. Bis eine neue Lagerstätte in Betrieb geht, können Jahrzehnte vergehen. Die Förderkosten werden künftig wohl deutlich höher ausfallen, bisher war die Produktion auf wenige Vorkommen in Australien, Kasachstan und Kanada beschränkt.

Bei Öl, Gas, Kohle und Uran, den Energierohstoffen also, ist halbwegs absehbar, wie lange die Vorräte voraussichtlich reichen. Anders sieht es bei Metallen oder Mineralien aus: Ihre Reichweite scheint schier grenzenlos zu sein.

Daran zweifelt niemand, der schon mal in den Krater geblickt hat, den Maschinen im Norden Chiles, auf dem Hochplateau der Atacama-Wüste, in die Erdkruste gefräst haben. Drei Kilometer ist er breit, fast 500 Meter tief, jeden Tag wird das Loch größer. Und die Fördergesellschaft BHP Billiton reicher.

Escondida heißt die Kupfermine am Rande der Anden, wo nie ein Tropfen Regen fällt, zu Deutsch „die Versteckte“, weil Geologen 1979 nur zufällig entdeckten, welche Schätze sich im Boden verbergen.

Heute ist Escondida der größte Kupfertagebau der Erde, acht Prozent des Welt-

Eine Handvoll Bergbauunternehmen teilen sich die Erde samt ihrer Schätze untereinander auf, sie bestimmen die Konditionen.

bedarfs werden hier gefördert. Mit gewaltigen Schaufeln, groß wie Bungalows, graben sich die Bagger durch das Gestein, sie beladen Mega-Trucks – jeder trägt mehr als 200 Tonnen – mit dem rohen Erz.

Rund 1,2 Millionen Tonnen Kupfer hat der Konzern im vergangenen Jahr hier gewonnen, dieses Jahr dürfte es eine ähnliche Menge werden. Dafür hat der Bergbaukonzern über 400 Millionen Dollar in Escondida Norte investiert, ein neues gigantisches Abbaugebiet fünf Kilometer nördlich – mehr als genug Nachschub für die kommenden Jahrzehnte.

„An Metallen besteht keine Knappheit", sagt Markus Wagner, der Fachmann der BGR für metallische Rohstoffe. „Es sind heute bei weitem noch nicht alle Lagerstätten in der Welt erkundet."

Große Regionen sind bislang noch unberührt von jeglicher Exploration, ein ganzer Kontinent, die Antarktis, ist vollkommen „unverritzt", wie es im Geologenjargon heißt. So gewaltig sind die Ressourcen an Eisen und Nickel, Silber und Kupfer, dass, anders als bei Erdöl, das Gesamtpotential nicht einmal annähernd absehbar ist und sich eine Hubbert-Kurve noch lange nicht zeichnen lässt.

Und trotzdem gibt es einen Engpass. Er ist in den vergangenen Jahren erst entstanden, und er hat durchaus ernsthafte Konsequenzen für den Verbraucher: Mittlerweile dominiert nur noch eine Handvoll Bergbauunternehmen den gesamten Weltmarkt. Sie teilen sich die Erde samt ihrer Schätze untereinander auf, sie bestimmen die Konditionen.

Die mächtigsten Eisenproduzenten, die brasilianische Companhia Vale do Rio Doce sowie die australisch-britischen Konzerne BHP Billiton und Rio Tinto, haben im vergangenen Frühjahr den Preis für Erz auf einen Schlag um 70 bis 90 Prozent verteuert. Das schaffen sie nur, weil die drei Unternehmen zusammen etwa drei Viertel des weltweiten Angebots für Eisenerz kontrollieren. Neben diesem Oligopol wirken selbst Großabnehmer, Stahlkonzerne wie Mittal Steel oder Acelor, wie Zwerge. Die Marktmacht der Erzlieferanten, stellen die Analysten der Dresdner Bank fest, sei „geradezu erdrückend".

Vor allem im Geschäft mit Gold haben sich die Verhältnisse in kurzer Zeit grundlegend verändert. 1983 erst hat der kanadische Unternehmer Peter Munk, 78, ein gebürtiger Ungar, die Minengesellschaft Barrick gegründet, das Management habe damals aus „einem Haufen Provinzlern" bestanden, berichtet er amüsiert.

Seitdem verfolgt Munk eine ziemlich weltläufige Strategie, rund um den Globus kauft er einen Betrieb nach dem anderen. Zuletzt hat er sogar den alten Rivalen Placer Dome für mehr als zehn Milliarden Dollar übernommen. Damit hat sich Munk in kaum mehr als zwei Jahrzehnten an die Spitze des Goldgewerbes katapultiert.

Immer mächtiger werden die Bergbaubetriebe, immer effizienter gestalten sie ihre Geschäftsprozesse. Eine Mine funktioniert heute wie ein gigantisches Logistikunternehmen: Die Riesen-Trucks werden computergesteuert zu den Baggern gelotst. Verhakt sich dort einmal eine Schaufel, werden die folgenden Laster sofort zur nächsten Abraumstelle umgeleitet. Nie sollen die zwei Millionen Dollar teuren Trucks nutzlos herumstehen. Selbst beim Betanken bleiben die Motoren am Laufen: Fast 10 000 Liter Sprit schluckt ein solcher Gigant am Tag.

Damit sich ein solcher Aufwand auch lohnt, investieren die Minengesellschaften fast nur noch in Großlagerstätten. Die Vorkommen müssen gut zugänglich sein und ihre Böden einen Erzgehalt aufweisen, der deutlich über dem Durchschnitt liegt. Bei Kupfer zum Beispiel ist Förderung im Tagebau erst dann sinnvoll, wenn der Gehalt höher als fünf Kilogramm je Tonne Erz

JOHN CARNEMOLLA / AUSTRALIAN PICTURE LIBRARY / CORBIS

Uranabbau in Australien: *Die Kernkraft erlebt ein Comeback*

ist. Und in einer Tonne Erz sollten sich wenigstens zwei Gramm Gold verbergen.

Solch reiche Vorkommen treten nur in wenigen Regionen der Welt auf, der Rohstoffabbau konzentriert sich auf die sogenannten drei A: Australien, Afrika und neuerdings vor allem die Anden. Zum Beispiel stammen 30 Prozent des weltweit bekannten Kupfervorkommens aus Chile, rund die Hälfte allen Eisenerzes wird aus Brasilien bezogen. Die entwickelten Industrieländer hingegen fördern kaum noch etwas selbst: Die letzte Eisenerzgrube in Deutschland wurde 1995 geschlossen.

Noch viel enger ist der Markt für seltene Metalle. Niob beispielsweise, ein besonders hitzebeständiges Metall (Schmelzpunkt: 2468 Grad Celsius), das als Legierung für Pipelines oder Turbinen dient, kommt zu etwa 75 Prozent aus einer einzigen brasilianischen Mine namens Araxá. Oder Platin: Die Produktion konzentriert sich zu 98 Prozent auf vier Lagerstätten weltweit; allein die Vorkommen aus den erzmächtigen Flözen im südafrikanischen Bushveld-Komplex bedienen 66 Prozent des Weltmarkts.

Die ganze Welt ist abhängig von einer Handvoll Minengesellschaften. In der Vergangenheit, als die Rohstoffpreise am Boden lagen, unternahmen sie keine großen Anstrengungen, ihre Kapazitäten zu erweitern. Sie versäumten es, in Fördertechnik zu investieren, in Abraumgerät, in Raffinerien, in Pipelines. Jetzt sind sie kaum in der Lage, genügend Ware zu liefern.

In den Lagerhäusern der Londoner Metallbörse sind die Bestände zwischenzeitlich erheblich geschrumpft. Die Preise für Erzfrachter sind drastisch gestiegen, selbst an Speziallastern für den Abbau mangelt es. Rund 110 000 Dollar hat David Hottman, Chef der kleinen Minengesellschaft Nevada Pacific Gold, für einen Lkw Anfang 2005 bezahlt. „Heute könnte ich ihn für 200 000 Dollar verkaufen."

Letztlich ist es eine Frage des Preises, mit welchem Elan Minengesellschaften die Exploration vorantreiben. Nur wenn zum Beispiel Gold so teuer ist wie derzeit, also etwa 550 Dollar pro Unze, lohnt sich noch der Bergwerksbetrieb in Südafrika: Die Sohle der Schächte liegt zuweilen in fast 4000 Meter Tiefe, dort wird bei Temperaturen von gut 40 Grad Celsius das Erz abgebaut, die Förderung kostet im Schnitt fast 350 Dollar pro Unze Gold.

Letztlich ist es eine Frage des Rohstoffpreises, mit welchem Elan Minengesellschaften die Exploration zum Beispiel von Gold vorantreiben.

Deshalb werden große Lagerstätten, auch wenn sie Verlust machen, nicht gleich aufgegeben. Vielmehr wird die Produktion heruntergefahren und so lange gewartet, bis die Preise steigen und der Abbau wieder wirtschaftlich ist.

Solche Mechanismen sind charakteristisch für den Gang der Dinge in der Welt der Rohstoffe: Wird Kupfer, Kohle oder Rohöl billig, drosseln die Hersteller die Produktion, bis so wenig Ware auf dem Markt ist, dass die Preise wieder anziehen. Mit Zeitverzögerung fahren die Produzenten die Kapazitäten wieder hoch, das Angebot wird größer und übersteigt irgendwann den Bedarf – der Zyklus beginnt von Neuem. Er dauert Jahre, manchmal auch Jahrzehnte.

Wird der Rohstoff knapp und allzu teuer, behelfen sich Verbraucher und Unternehmen allerdings auch anderweitig: Hausbesitzer schaffen sich Holzöfen an, um etwas mehr Unabhängigkeit von Öl oder Gas zu erreichen. Die Industrie nutzt statt Platin verstärkt auch Palladium für Katalysatoren oder Brennstoffzellen.

Gleichzeitig kommen neue Werkstoffe zum Einsatz, die traditionelle Rohstoffe verdrängen. Der Rumpf der neuen Boeing 787 wird nicht mehr aus Aluminium hergestellt, sondern aus leichtem Kohlefaser-Verbundwerkstoff und Fiberglas.

Vor allem aber gewinnt bei steigenden Preisen das Recycling wertvoller Metalle an Bedeutung. Bei Eisen und Stahl, Kupfer, Aluminium oder Zink hat sich eine regelrechte Kreislaufwirtschaft etabliert. Fast die Hälfte des Stahls wird in Deutschland heute schon aus Sekundärrohstoffen und Schrott gewonnen. Von den durchschnittlich 535 Kilogramm Stahl, die ein Auto enthält, werden etwa 240 Kilogramm zurückgewonnen.

Das schont die Umwelt, spart Energie und sogar Geld: Die Produktionskosten sind niedriger als bei der Stahlerzeugung aus Erz. Vom Rohstoff Kupfer sind 80 Prozent, die jemals abgebaut wurden, noch heute in Gebrauch.

Solche Effekte werden sich mit fossilen Energierohstoffen nie erzielen lassen, ihr Abbau schreitet mit unvermindertem Tempo voran. Doch seit den Schocks der siebziger Jahre haben Ölkonzerne und Verbraucherstaaten große Anstrengungen unternommen, um das Schrumpfen der Bestände zumindest hinauszuzögern. Gewaltige Mengen ließen sich noch aus dem Boden holen, glaubt der einflussreiche US-Ölexperte Daniel Yergin. Seine Strategie: „Technologie ist der Schlüssel dazu."

Was er damit meint, ist in Rijswijk bei Den Haag, in der Forschungszentrale von Shell, zu besichtigen. Dort beobachten Ingenieure und Geophysiker in einem abgedunkelten Raum, wie die Exploration am Meeresgrund voranschreitet – in 10 000 Kilometer Entfernung im Golf von Mexiko. Auf der Leinwand sehen sie, wie die seismischen und elektromagnetischen Daten aus dem Inneren der Erde in dreidimensionale Bilder übersetzt werden. So steuern sie die Bohrung präzise durch Salzdome und Granitschichten.

Die Simulation der Erschließung solcher „digitalen Ölfelder" ist nur ein Beispiel für die bemerkenswerten Fortschritte, die die Öl- und Gaskonzerne gemacht haben: Sie treiben mit Sensoren ausgestattete, lenkbare Bohrköpfe durch Kilometer von Sand und Stein; noch während des Grabens wird das Gestein auf Porosität, Temperatur oder Durchlässigkeit analysiert. Sie pumpen Wasser, Dampf, Chemikalien oder gar Mikroben in die Felder; so werden auch die letzten Liter Öl aus einer Lagerstätte herausgeholt, die unlängst noch als erschöpft galt. Oder sie pressen Flüssigkeiten mit Hochdruck in die Tiefe, so dass Risse im Gestein entstehen, sogenannte Fracs. Dadurch kann auch Erdgas, das eingeschlos-

Shell-Forschungszentrum bei Den Haag: *Virtuelle Erschließung von Bohrfeldern*

sen ist, durch die Poren weichen und zum Bohrloch strömen.

Solche raffinierten Verfahren verteuern die Exploration zunächst immens: Die Investitionen gehen in die Milliarden, wenn die Konsortien 2000 Meter über dem Meeresgrund Plattformen errichten. Von dort steuern die Ingenieure zahllose kleine Satellitenpumpen am Boden, deren abgelenkte Bohrer sich wie Spaghetti durch die Erdkruste schlängeln. Dank solcher Technik ist es nun möglich, nicht mehr nur 20 Prozent des Öls aus einem Feld herauszuholen, sondern 35 bis 40 Prozent, teilweise sogar noch mehr.

Als der BP-Chef Lord Browne vor 25 Jahren noch für das Nordseefeld „Forties“ verantwortlich war, habe man das Förderende für Mitte der neunziger Jahre erwartet, dann würden rund 45 Prozent des Öls gefördert sein, berichtet der Manager. Nun liege der Entölungsgrad bei über 60 Prozent, und das Feld produziere immer noch weiter: „Die Geschichte der Nordsee spiegelt die Entwicklung der Industrie weltweit“, meint Browne.

Dennoch, das Ende ist absehbar: Seit dem Jahr 2000 sind die Explorationskosten in der Nordsee um fast die Hälfte gestiegen, damals hat die Förderung dort ihren Scheitelpunkt erreicht. Solche Mengen wie früher werden die Bohrinseln nie mehr zutage fördern.

Dafür aber dürfte die kanadische Provinz Alberta die beste Zeit noch vor sich haben. Hier lagern gewaltige Vorkommen von Ölsanden, einer zähflüssigen Mischung aus Sand, Ton und Bitumen. Diese Ölsande könnten das Fördermaximum noch viele Jahre hinauszögern, glauben manche. Alle großen Ölkonzerne haben sich hier eingekauft, sogar die Chinesen sind da.

Erst seit der Ölpreis so gestiegen ist, können sie die klebrige Masse wirtschaftlich abbauen. Erst muss das Bitumen herausgetrennt werden, dann wird es, um es durch Pipelines transportieren zu können, mit Kondensat verflüssigt und schließlich zu Leichtöl verwandelt – ein komplizierter Prozess, der ungeheure Mengen an Wasser und Energie verbraucht: Aus zwei Tonnen Sand wird am Ende ein Barrel Öl.

Inzwischen werden Zweifel laut, ob das Potential der Ölsande tatsächlich so gewaltig ist wie geglaubt. Zudem verursacht keine andere Industrie des Landes so viel Kohlendioxidemissionen. Der Widerstand in der Bevölkerung wächst.

So ruhen die Hoffnungen der Welt langfristig auf anderen, den erneuerbaren Energiequellen: auf Biomasse etwa, organischen Stoffen von Gülle bis Stroh, die in synthetische Treibstoffe verwandelt werden, auf Wasserkraft, das heute schon die größte Rolle bei der regenerativen Energieerzeugung spielt, und auf Geothermie, der Nutzung des riesigen Wärmevorrats, den die Erde in ihrem Innern verbirgt. Noch freilich sind diese Alternativen bloß Potentiale. Und sie werden es vermutlich so lange bleiben, wie die Verbraucher sich fossile Brennstoffe leisten.

Nicht in jedem Fall sind die Hochpreise für Rohstoffe Indikatoren für deren physische Knappheit. Metalle und Mineralien sind voraussichtlich noch für die Kinder und Kindeskinder in reicher Menge vorhanden, auch an Kohle und Gas herrscht noch lange kein Mangel, allerdings nimmt die regionale Abhängigkeit zu. Nur bei Rohöl sieht die Sache anders aus: Die Zeit des Überflusses könnte bald vorbei sein.

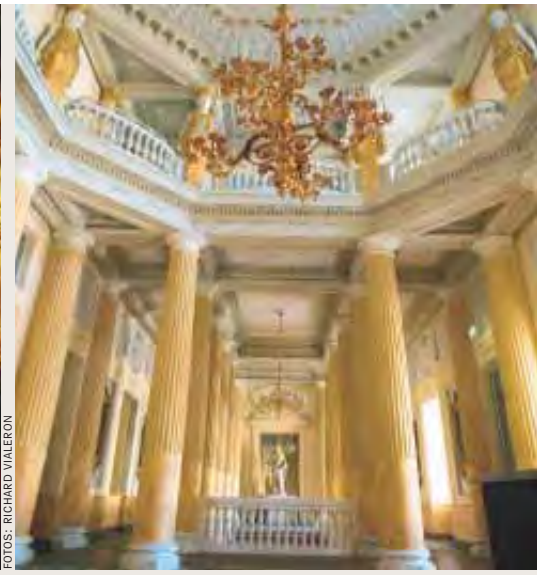
Vielleicht dauert es tatsächlich noch eine ganze Generation, bis der Höhepunkt der weltweiten Förderung erreicht ist, wie die Ölkonzerne versichern. Vielleicht haben auch die hannoverschen BGR-Geologen mit der Prognose von 10 bis 20 Jahren recht. Oder aber die Menschheit steht unmittelbar davor, das Plateau zu erreichen, wie die Skeptiker warnen – allerdings sagen sie dies schon seit Jahren.

Was auch immer zutrifft, Rohöl wird schon bald nicht mehr die tragende Rolle im Energiemix spielen können. Da bestehe kein Zweifel, meint BGR-Mann Gerling: „Und darauf hätten wir uns längst einstellen müssen“, bedauert er.

Denn zur Kurvenlehre des Geologen Hubbert gehört auch das Phänomen, dass niemand den Moment des Höhepunkts bemerken wird. Erst im Nachhinein ist er zu erkennen. Wenn es zu spät ist.

ALEXANDER JUNG

Nächste Woche: Warum rohstoffreiche Länder oft wirtschaftlich schwach sind.



FOTOS: RICHARD VIALERON

Restauriertes Odéon Théâtre de l'Europe

THEATER

Rebellion in Samt

Nach dreijährigen Bauarbeiten öffnet das berühmte Pariser Odéon Théâtre de l'Europe wieder seine Pforten: Der monumentale Quader im Quartier Latin entstand unter der Herrschaft von Ludwig XVI. für die königliche Schauspieltruppe. Marie-Antoinette weihte im Jahr 1782 den „neuen Tempel zur Ehre der dramatischen Künste" ein – das Halbrund vor der Guckkastenbühne machte damals schon wegen seiner fast 2000 Sitzgelegenheiten Furore. Während der Französischen Revolution vorübergehend zum Théâtre de l'égalité umbenannt, wird das Haus später als Odéon zur nationalen Spielstätte Frankreichs: Sarah Bernhardt wird ihr Star; in den sechziger Jahren reüssiert Jean-Louis Barrault mit Autoren wie Claudel, Ionesco und Beckett; seit 1983 werden am Odéon unter Giorgio Strehler große europäische Produktionen inszeniert. Doch Theater und bewegte Geschichte – zwei Großfeuer, zwei Revolutionen und die Besetzung durch Studenten im Mai 1968 – machen zur Jahrtausendwende die Renovierung des Baus nötig. Insgesamt 35 Millionen Euro hat die historisch getreue Restaurierung des Glanzgebäudes nun gekostet. Georges Lavaudant, Intendant des Theaters, will trotz des bourgeoisen Ambientes den „auflehnenden Geist" des Odéon, das unter seiner Regie mit „Hamlet [un songe]" seinen Spielbetrieb wieder aufnimmt, erhalten wissen. Auch wenn „Gold und Samt die rebellische Seite des Hauses" eigentlich verdecken.

STARS

„Klassik war immer mein Traum"

Der britische Popsänger Seal, 43, über sein neues Live-Album „One Night to Remember"

SPIEGEL: Seal, können wir Deutsch sprechen?
Seal: Von mir aus. Aber dann dauert das Interview nur ein paar Minuten. So gut ist mein Deutsch noch nicht. Auch wenn ich jeden Tag mit meiner Frau Heidi Klum und meiner Stieftochter Leni übe. Fragen Sie mich in einem Jahr noch mal.
SPIEGEL: Gut. Vor kurzem erschien „One Night to Remember", ein Live-Mitschnitt eines Konzerts auf DVD und CD, das Sie gemeinsam mit einem 52-köpfigen klassischen Orchester gegeben haben. Seit wann interessiert sich Seal für klassische Musik?
Seal: Mit einem klassischen Orchester zu arbeiten war schon immer mein Traum. Ich bewundere diese Leute, die ihr Leben einem einzigen Instrument gewidmet haben. Die sind mit Musikern einer Popband einfach nicht zu vergleichen. Die dreiwöchigen Proben mit dem Orchester erforderten auch von mir totale Disziplin und Präzision. Für eine solche strenge Arbeitsweise bin ich nicht gerade bekannt.
SPIEGEL: Sie arbeiten langsam, bringen oft über Jahre kein Album mit neuen Songs heraus. Seit „Seal IV" sind nun zweieinhalb Jahre vergangen. Soll „One Night to Remember" Ihre Fans über eine weitere Durststrecke hinwegtrösten?
Seal: Nein. Aber es stimmt, dass ich für neue Songs viel Zeit brauche. Leider, denke ich oft. Doch wenn sich in mir oder meinem Leben nichts bewegt, was ich den Leuten mitteilen will, kann ich auch nichts Ordentliches produzieren.
SPIEGEL: Gerade bewegt sich aber doch eine Menge Gutes. Sie haben Heidi Klum geheiratet, vor sechs Monaten kam Ihr Sohn Henry auf die Welt. Klingt Ihre Musik nun bald fröhlich und leicht?
Seal: Mein Gott, nein. Wieso denken die Leute immer, wenn man als Künstler glücklich ist, kann man nur Mist machen oder gleich gar nicht mehr kreativ sein? Es ist doch so: Selbst wenn ich heute glücklich bin, heißt das doch nicht, dass ich zur gleichen Zeit keine schmerzlichen Erfahrungen mache oder mit dem Rest der Welt nicht hadere. So einfach ist das Leben nicht.

LANDMARK / INTER-TOPICS

Klum, Seal

KUNST

Geteilte Legende

Das Land, in dem er zu Weltruhm kommen sollte, verabscheute er. Statt im ungeliebten England zu leben (und zu sterben), hatte Hans Holbein der Jüngere auf eine Position am französischen Hofe gehofft. Es hatte ihn früh aus dem engen Augsburg weggezogen, wo er um 1497/98 zur Welt gekommen und als Sohn eines Malers aufgewachsen war. Als junger Mann ließ er sich in Basel nieder, heiratete eine Witwe, erhielt das Bürgerrecht und nahm schließlich doch die Offerte Heinrichs VIII. nach England an. Der lebenspralle Monarch (von Holbein selbstverständlich verewigt), der seine Ehefrauen umbringen ließ, schickte den Maler öfter aufs Festland zurück, wo er potentielle neue Bräute porträtieren musste. Zu Holbeins Förderern zählten aber auch Gelehrte und die High Society. Doch Ruhm und Bezahlung entsprachen nie seinen Vorstellungen. Im Jahr 1543 starb er vergleichsweise jung in London, am 7. Oktober hatte er sein Testament verfasst, darin zwei uneheliche Kinder bedacht, der genaue Todestag ist unbekannt, genauso wie sein Grab. Die tiefere Verehrung für seine geistreiche Malerei, für den unauffällig schmeichelnden Realismus seiner Porträts setzte später ein. Auf die Ikone Holbein erhoben gerade die Briten Anspruch. 2006 wird die Legende so umfassend wie seit Jahrzehnten nicht mehr gewürdigt und dazu zweigeteilt: Seit dem Wochenende widmet sich das Basler Kunstmuseum Holbeins Schweizer Jahren, Ende September eröffnet das Londoner Tate Britain die Schau „Holbein in England“. Dort will man ihn feiern als den „ersten großen Maler“, der auf der Insel tätig war. Beide Museen zeigen außer eigenen Beständen Leihgaben, manche Werke werden erstmals auf Reisen geschickt. Zwei einzigartige Gelegenheiten fürs Publikum – und ein Aufwand, der sich so bald nicht wiederholen lässt.

THE SAINT LOUIS ART MUSEUM

Holbein-Gemälde „Bildnis der Lady Mary Guildford“ (1527)

UWE LEWANDOWSKI

Proben zur „Bestmannoper“ im Theater Osnabrück

OPER

Rap für den Mörder

Ein Bösewicht tut jedem Bühnenwerk gut – aber muss es gleich einer der miesesten NS-Schergen überhaupt sein? Alex Nowitz, 37, und sein Librettist Ralph Hammerthaler, 40, haben es gewagt, Szenen aus dem Leben von Alois Brunner, den der Judenvernichter Adolf Eichmann seinen „besten Mann“ nannte, in Musiktheater zu verwandeln. Wenn ihre „Bestmannoper“ kommenden Samstag in Osnabrück uraufgeführt wird, braucht das Publikum keine zähe Trauerarbeit zu fürchten: Stattdessen ertönt zu oft schrillem Bläsersound ein Text, der weit mehr von Rap-Poesie als von zeitgeschichtlichen Handbüchern inspiriert ist. Untaten und Flucht des nie gefassten Massenmörders werden so zur „Groteske mit Comic-Elementen“ (Hammerthaler) – und sollen gerade dadurch besonders verstörend wirken. Zur Premiere werden auch zwei Zeitzeugen anreisen, die den Fall aus eigenem Erleben kennen: der französische Nazi-Jäger Serge Klarsfeld, 70, der als achtjähriger Junge in einem Schrank versteckt Brunners Razzia entging, und seine Frau Beate, 67, die den Unhold Anfang der achtziger Jahre in Damaskus aufspürte, aber nie vor Gericht bringen konnte.

LEBENSHILFE

Glücklich einsam

Nicht die Einsamkeit ist deprimierend, sondern die Situation, die sie hervorbringt. Das behauptet Pop-Journalist Ulf Poschardt, 39, in seinem Leitfaden zum Glück in der Einsamkeit („Einsamkeit“, Kabel Verlag, München). Poschardts Eremiten sind keine asozialen Eigenbrötler, sie sind gesellschaftsfähig, selbstbewusst und, ja, glücklich einsam. Mario, 52, tankt auf, indem er sich in seinen BMW setzt und so Distanz zwischen sich und seiner Familie schafft. Eine Lehrerin, gerade von ihrem Partner verlassen, schöpft für einen Neustart Energie aus der Einsiedelei. Poschardt knöpft sich allerlei Spielarten der Einsamkeit vor: tagelange und abendliche, eher unfreiwillige oder postkoitale. Einsamkeit in der Ehe, am Geburtstag, beim Sex, in der Jugend, im Sommer. Alleinsein hilft, das aus den Gleisen gesprungene Leben wieder zurück in die Spur zu wuchten, den Menschen neu zu kalibrieren. Wohl auch: ein Buch für einsame Tage.

LITERATUR

Rotlockige Feindin

Paris im Sommer 1943: Der Obergefreite Roth, 22, ein Landser der treuherzigsten Art, spricht so fließend Französisch wie sonst nur die Einheimischen. Dieses Sprachtalent verdammt ihn zwar zum Dienst als Dolmetscher im Folterkeller der Gestapo, es erlaubt ihm aber auch, sich in seiner freien Zeit unerkannt unters Volk zu mischen. Eines Sommertages verguckt sich Roth auf Gedeih und Verderb in die verführerisch rotlockige Chantal. Durchschaut sie seine französische Maskerade? Sie gibt sich entgegenkommend, doch sie ist, wie sich zeigt, in der Résistance aktiv und lockt den braven Mann – gleichermaßen verliebt wie berechnend – Schritt um Schritt in ein Labyrinth von Selbsttäuschung und Verrat, aus dem es für Roth irgendwann kein Zurück mehr gibt. Theatermacher und Schriftsteller Michael Wallner, 47, zeigt in seinem Kriegsthriller „April in Paris“ so viel Mut zu entfesselter Kolportage, dass sein Manuskript schon auf der vergangenen Frankfurter Buchmesse als potentieller Bestseller gehandelt und zur Übersetzung in ein Dutzend Länder verkauft wurde. Der Plot lässt sich handfest an, und die gestanzte Prosa der Actionszenen klingt drehbuchreif. Doch Wallners Paris von 1943 wirkt theatralisch kulissenhaft, und es fehlen dem Autor ganz und gar die Worte, um die Unwiderstehlichkeit von Chantal oder die Leidenschaft des Obergefreiten glaubhaft zu machen, der sich in seinem Liebeswahn kopfüber von einer Todesgefahr in die nächste stürzt. Wallner scheut keinen Dreh des Schicksalsrads, um opernhafte Tragik zu erzwingen, doch sein Vermögen reicht dabei nicht viel weiter als zu literarischer Hochstapelei.

Michael Wallner: „April in Paris“. Luchterhand Literaturverlag, München; 240 Seiten; 19,95 Euro.

Kino in Kürze

20TH CENTURY FOX

Szene aus „Ice Age 2“

„Ice Age 2 – Jetzt taut’s“. Die Komödie zur Klimakatastrophe: Am Ende der Eiszeit müssen sich die Urzeitviecher vor einer Flutwelle in Sicherheit bringen. Auf der Flucht begegnen Mammut Manny, Säbelzahntiger Diego und Faultier Sid, die Helden des ersten „Ice Age“-Spektakels (2002), allerlei Getier, darunter zwei hyperaktiven Opossums sowie einem hübschen Mammut-Weibchen. Im US-Original beeindruckt das Trickfilmabenteuer von Regisseur Carlos Saldanha durch rasanten Wortwitz und absurden Humor. Entsprechend wurden die deutschen Synchronstimmen ausgewählt: Das Faultier spricht Otto Waalkes.

„Good Night, and Good Luck“ beschreibt eindringlich und packend den Kampf des legendären TV-Journalisten Edward R. Murrow (David Strathairn) gegen den konservativen Senator und Kommunistenjäger Joseph McCarthy in den fünfziger Jahren. George Clooneys zweite, in Schwarzweiß gedrehte Regiearbeit ist ein formal strenges Plädoyer für die politische Unabhängigkeit des Fernsehens – analytisch kühl und flammend leidenschaftlich zugleich.

DELPHI FILMVERLEIH

Sirak Sabahat (l.) in „Geh und lebe“

„Geh und lebe“ erzählt von einem bizarren Exodus ins Gelobte Land und der Zeit der Reife. Ein neunjähriger äthiopischer Junge entrinnt 1984 dem Hungertod, indem er sich als Jude ausgibt und auf diese Weise nach Israel kommt. Fortan muss er unter Gewissensqualen das Geheimnis seiner Herkunft hüten, doch während er einen inneren Kampf um seine afrikanische Identität führt, wird er zum Bürger Israels, der sich mehr und mehr als Jude fühlt. Regisseur Radu Mihaileanu („Zug des Lebens“) hinterfragt in seinem Epos das israelische Selbstverständnis – mit Mut zum Pathos und Sinn für die Absurdität der menschlichen Existenz.

ALTE SPRACHEN

Salvete, discipuli!

Ausgerechnet die toten Sprachen Latein und Griechisch erleben ein Comeback. Gymnasien melden ein wachsendes Interesse an der Antike. Lehrer erstaunt, wie neugierig Schüler auf kulturelle Ursprünge und mythologische Wurzeln sind.

Das Christianeum im Hamburger Elbvorort Othmarschen wirkt wie eine Mischung aus Alcatraz und Ortsamt, ein moderner Bau ohne Struktur und Seele. Das Unterrichtspersonal hockt zu viert um flache Tische, als wäre das Lehrerzimmer der Wartesaal für die Regionalbahn.

Aber man soll, das walte Sokrates, nicht von der äußeren Schale auf die innere Schönheit schließen. In den Köpfen von Schülern und Lehrern herrschen an diesem kalten Märztag Helligkeit und Geistesgegenwart, das, was oft im deutschen Bildungswesen so schmerzlich vermisst wird: pädagogischer Eros.

Es geht um die lustvolle Wiederbelebung der klassischen Sprachen Griechisch und Latein, die man bloß deshalb tot nennt, weil niemand mit ihnen ein Flugticket buchen, ein Sandwich bestellen oder im Netz surfen kann. Nicht nur an dieser Schule besinnt sich die Gesellschaft auf ein Bildungserbe, dem bis vor wenigen Jahren kaum jemand noch eine Bedeutung in der modernen Welt zugetraut hätte. Griechisch und Latein sind im Kommen.

Allein im vergangenen Schuljahr stieg bundesweit die Zahl der Lateinschüler um fast neun, die der Griechischeleven immerhin um sieben Prozent. Stärkere Zuwächse verzeichnet nur die Modesprache Spanisch. Latein mit 740 000 Schülern ist nach Englisch und Französisch die drittstärkste Fremdsprache im deutschen Schulsystem (siehe Grafik).

Was Lehrer an dieser Entwicklung überrascht, ist, dass das Interesse auf Seiten der Schüler entsteht. „Griechische Unterrichtsstunden sind dank ausgesuchter Themen ureigenste Sache der Jugendlichen und per se motivierend“, beobachtet Barbara Selz, die Griechischlehrerin an der Internatsschule Birklehof im Schwarzwald. So werben dort Schüler aus den Vorgängerkursen die Teilnehmer für den Nachfolgekursus an. Anfang der achtziger Jahre hatte der Birklehof seine altsprachliche Tradition zurückfahren müssen, weil sich zu wenig Schüler interessierten. Heute ist der Schulleiter Christof Laumont dabei, Griechisch vom Status eines freiwilligen zusätzlichen Fachs zum Wertungsfach fürs Abitur zu erheben – keine leichte Sache angesichts der Verkürzung der Gymnasialzeit von neun auf acht Jahre.

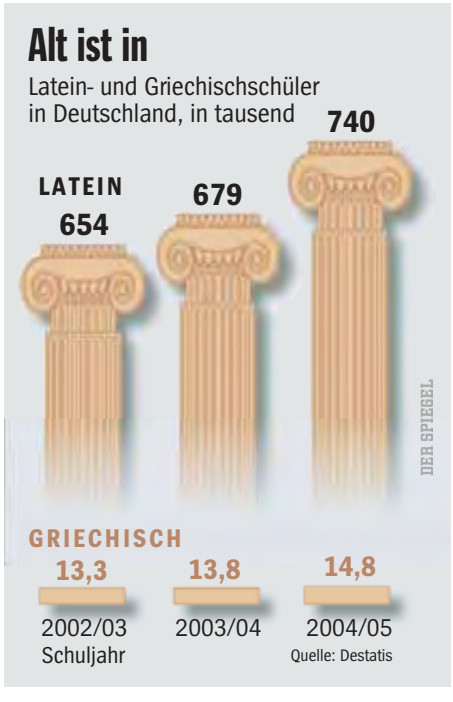
Das obligatorisch mit Latein beginnende Christianeum im gutbetuchten Hamburger Westen ist schon heute klarer Sieger im neuen Schuljahr bei den Anmeldungen zum Gymnasium geworden. Der Leistungskurs Griechisch ist in der ersten Stunde an diesem Frühlingsmorgen unterwegs vom Mythos zum Logos. Lehrer Torsten Eggers hat seinen neun Schülerinnen und Schülern Sätze von Anaximandros von Milet (um 610 bis 550 vor Christus), dessen Lehrer Thales sowie von Xenophanes, dem Kritiker der Vielgötterei, vorgelegt. Die Sprache ist vertrackt, fast unübersetzbar für die Schüler. Aber darauf kommt es nicht an.

Es geht um den gemeinsamen Gedanken dieser frühen theologischen Skeptiker. Die Vorsokratiker kritisieren Homer, sie halten seine Götterschilderungen für allzu menschenähnlich, sie sehen lauter Widersprüche und vermissen die Erklärung der Welt aus einem einheitlichen Prinzip. Kommt alles aus dem Wasser? Dem Feuer? Dem „Unbeschränkten“? Schade, dass der Physiklehrer in dieser Stunde fehlt.

Die Diskussion jedenfalls ist lebhaft. Die Schüler denken laut. Was ist denn die

SÄMMER / IMAGO

Antike Statuen aus dem Kolosseum (Rom): *Lustvolle Wiederbelebung*



Unterricht am Alten Gymnasium Bremen: *„Wer Latein lernt, lernt immer Deutsch mit“*

WAGNER/PICTURE-ALLIANCE/DPA

„arché“, der „Anfang“ aller Dinge? Das Abendland schlüpft morgenfrisch ins Klassenzimmer.

In einer von fünf Christianeums-Anfangsklassen, in der 5 d, vor 28 Sextanern, wird aus dem Weltdeutungsanleiter Eggers der Entertainer. „Salvete, discipulae et discipuli“, brüllt er den Schülerinnen und Schülern fröhlich entgegen. „Salve, magister!“, schreien die zurück, Weckruf zum Allotria latinissima. Das Ritual ist eingespielt. „Ross“, sagt der Lehrer. Man hört, wie 28 Kinderhirne die Buchstaben hin und her wuchten. Dann hat ein Mädchen den Rösslsprung über den deutsch-lateinischen Rubikon geschafft: „Sors“, die lateinische Vokabel für Schicksal.

Höhepunkt heute: Caesars Triumphzug durch Rom. Die siegreichen Legionäre zeigen, wie damals üblich, Spottverse auf ihrem Umzug. „Passt auf eure Weiber auf, denn wir führen einen ‚calvum moechum‘ mit uns.“ Könne nur Caesar mit gemeint sein, sagt Eggers. Die Kinder ahnen bald den unkeuschen Braten und rufen: „Übersetzen.“ Eggers flüstert: „Sagt es bloß euren Müttern nicht.“ Der Schülerchor „Übersetzen“ schwillt an.

Dann endlich klärt der Magister auf. Vor den Mamis geheimzuhalten: „Calvus moechus“ heißt glatzköpfiger Bock. Es kam, es sah, es siegte, das olle Latein an diesem Schultag.

Ob griechischer Tiefsinn oder lateinischer Frohsinn – die Beschäftigung mit der Antike liegt im bundesdeutschen Schultrend. Im humanistischen Gymnasium Speyer verzeichnet man jedes Jahr mehr Anmeldungen, obwohl in Rheinland-Pfalz die Schülerzahlen eher stagnieren. „Noch vor fünf Jahren haben mich die Eltern bei der Anmeldung gefragt, warum ihre Kinder diese toten Sprachen überhaupt noch lernen sollen“, erinnert sich Hartmut Loos, Lateinlehrer in Speyer und Vorsitzender des Deutschen Altphilologenverbands, „diese Fragen kommen heute nicht mehr.“

Solches Wiederaufblühen einer alten Bildungstradition – Luther übersetzte das Neue Testament direkt aus dem Griechischen und schuf so unser heutiges Deutsch, die Wunderknaben des Tübinger Stifts, Hölderlin, Hegel und Schelling, parlierten in Hexametern, und Karl Marx promovierte über demokritische und epikureische Philosophie – ruft Kritiker auf den Plan, die von Modernitätsverweigerung reden. So verweist der Gesamtverband Moderner Fremdsprachen darauf, dass die Hälfte der deutschen Abiturienten mit Latinum in ihrer Schulzeit außer Englisch keine weitere lebendige Fremdsprache gelernt haben.

Und Studenten geisteswissenschaftlicher Fächer, die auf Crashkursen über den Untiefen des Ablativus absolutus brüten, entfährt schon mal die Parole „Latinum in latrinam“, ins Klo mit dem alten Plunder. Zur Hölle mit dieser Hürde im Studium.

Aber sosehr sich das Denglische im Deutschen ausbreitet, das Griechische und Lateinische sind viel wichtigere Gäste in unserer Sprache. Es mag nationalistische Hybris gewesen sein, die einen Philosophen wie Martin Heidegger meinen ließ, nur Griechisch und Deutsch seien philosophiefähige Sprachen. Aber wahr ist, dass die Plastizität und anschauliche Zusammensetzung deutscher und griechischer Wörter das Nachdenken anregen.

Und Latein? Es ist überall – im Portemonnaie, im Import, Export und Transport, aber eben auch im Portschlüssel, mit dem Harry Potter und seine Freunde durch ihre magischen Welten reisen.

Mechtild Kanz-Uhrmeister, Latein- und Deutschlehrerin am Birklehof, verweist auf eine Besonderheit der toten Sprachen: „Latein ist das nächste Fremde. Die deutsche Sprache hat sich in der Auseinandersetzung mit dem Lateinischen entwickelt. Wer Latein lernt, lernt immer Deutsch

„Latein geht Umwege“

Der TV-Moderator Günther Jauch, 49, über seine humanistische Bildung, Disziplin beim Lernen und den Nutzen der alten Sprachen für „Wer wird Millionär?“

SPIEGEL: Herr Jauch, angenommen, wir wollten dieses Interview auf Latein führen – wie weit kämen wir damit?

Jauch: Den Sinn Ihrer Fragen könnte ich wohl erfassen, antworten würde schon schwieriger – außer si tacuisses, philosophus mansisses, was ja fast immer passen würde. Ich hatte zwar Latein als Leistungsfach, das war aber meine schlechteste Note im Abitur.

SPIEGEL: Wir machen also in deutscher Sprache weiter. Aber vielleicht wären wir schneller fertig, wenn wir uns alle hochpräzise auf Latein ausdrücken könnten.

Jauch: Da bin ich ziemlich sicher. Ich beobachte oft, dass Menschen, die das können, zugleich eine ausgeprägte Fähigkeit zu analytischem Denken und logischer Argumentation haben.

SPIEGEL: Hoffen Sie darauf auch bei Ihren Töchtern, die Sie auf ein humanistisches Gymnasium geschickt haben?

Jauch: Zumindest scheint mir, dass sie das Gefühl für die deutsche Sprache erst dadurch bekommen haben, dass sie sich an der lateinischen abarbeiten mussten. Dabei entwickelt sich ein Sinn für Grammatik, für bestimmte Strukturen von Sprache, von dem auch der Deutschunterricht profitiert.

SPIEGEL: Haben Ihre Töchter denn Spaß daran, oder ist dieses Abarbeiten auch mit einer gewissen Qual verbunden?

Jauch: Wohl eher Letzteres. Wir hätten sie aber nicht mit Latein und Griechisch traktiert, wenn es ihnen überhaupt nicht liegen würde. Bei allen guten Argumenten für die alten Sprachen sollte man sich nicht als humanistische Eislauf-Eltern gebärden und Kinder dazu zwingen. Es gibt einfach Schüler, die an einem altsprachlichen Gymnasium kreuzunglücklich sind.

SPIEGEL: Abgesehen vom Sinn für Grammatik – was nützt es Jugendlichen in unserer globalisierten Gesellschaft, wenn sie zwar den „Gallischen Krieg“ übersetzen können, aber dafür vielleicht ein mieses Englisch sprechen?

Jauch: Ich bin ganz und gar dagegen, die alten Sprachen zu Lasten der modernen zu lernen. Ich sehe es bei mir selbst als echtes Handicap, dass ich in der Schule nicht richtig gut Englisch, Französisch, Spanisch oder Italienisch gelernt habe. Heute können die Kinder aber beides haben. Meine Töchter waren zum Beispiel in einem englischsprachigen Kindergarten, im Sommer waren sie oft im Feriencamp in Schottland. Andererseits wird heute jede Sprache, mit der Sie in Afghanistan eine Cola bestellen können, als wertvoller betrachtet als Latein und Griechisch. Dabei fördern diese Sprachen andere wichtige Fähigkeiten. Studenten, die in der Schule gut in Latein waren, bringen zum Beispiel ihr Studium eher zu Ende als diejenigen, die das eben nicht waren. Ich unterstelle, dass Latein eine gewisse Disziplin beim Lernen fördert.

REENTS / SIEMONEIT (O.); AKG (U.)

Moderator Jauch, Cäsar-Büste
„Gefühl für die deutsche Sprache“

SPIEGEL: Wie vermittelt man einem Fünftklässler, dass er sich mit Latein und Griechisch plagen soll, damit er später vielleicht sein Medizinstudium durchziehen kann?

Jauch: Ich finde, dass viele Eltern Bildung heute als eine Art Autobahn betrachten. Das Kind soll mal einen Job auf dem globalen Arbeitsmarkt finden, also lernt es Englisch. Es fehlen Ingenieure, also geht es auf ein naturwissenschaftlich-technisches Gymnasium. Latein geht Umwege. Das ist wie bei einer Reise: Wenn ich am schnellsten von A nach B kommen will, nehme ich eben die Autobahn. Das Schöne am Reisen sind aber die Zwischenstopps oder die Fahrten über die Dörfer.

SPIEGEL: Vielleicht empfindet nicht jeder Schüler die i-Konjugation als Reise über die Dörfer.

Jauch: Jetzt reden Sie wie jemand, der dem Wahn der Kuschelpädagogik verfallen ist – nach dem Motto, wenn die Schüler nicht motiviert sind, muss man sie mit dem Stoff in Ruhe lassen. Fast niemand hat Spaß daran, sich anzustrengen, oder sieht im jeweiligen Moment ein, warum er das nun gerade tun sollte.

SPIEGEL: Warum sollte er es denn tun?

Jauch: Sicherlich auch, weil die Schüler mit Latein und Griechisch noch andere Fächer kostenlos mitgeliefert bekommen – etwa Geschichte, Philosophie und Ethik.

SPIEGEL: Nützt eine humanistische Bildung auch, um in Ihrer Sendung bis zur Millionenfrage zu kommen?

Jauch: Gegenfrage – was ist ein Antipyretikum? Wirkt das a) fiebersenkend, b) stimmungsaufhellend, c) abführend oder d) einschläfernd?

SPIEGEL: Wir tippen auf a).

Jauch: Und das konnten Sie vielleicht herleiten, weil anti gegen bedeutet und pyr das griechische Wort für Feuer ist. Es könnte Ihnen also weiterhelfen, wenn Sie das beherrschen. In diesem Fall stünden Sie jetzt bei 64 000 Euro.

INTERNEWS

Szene aus dem Film „Troja“ (2004): *Rückfahrkarten aus der entzauberten Welt*

mit und wird stets mit dem Problem des Übersetzens konfrontiert.“ Ihr Kollege Martin Zeidler bestreitet nicht, dass Latein und Griechisch schwere Sprachen sind. „Aber wo steht geschrieben, dass sich Bildung nicht mit Schwerem beschäftigen soll?“

Ältere können ein Lied von der Verzweiflung an den alten Sprachen singen. Da saß man an einem Livius-Text, der vor Infinitiven nur so strotzte, und der arme Schüler fragte sich: „Wo, verdammt, ist bloß das Subjekt.“ Griechisch gedrillte ältere Semester können heute noch die Stammformen von „esthío“ (ich esse) herunterrasseln, bis hin zu dem dialogisch eher unwahrscheinlichen Endpunkt „ebróthen“, was heißt: „ich wurde gegessen“. Wer soll so was, außer Rotkäppchen oder ihrer Großmutter nach der Errettung aus dem Bauch des Wolfs, schon sagen?

Altsprachlich unterwiesene Leute sind auch keineswegs moralisch bessere Menschen. Der Schriftsteller Alfred Andersch beschreibt in seiner Erzählung „Der Vater eines Mörders“ (1980), wie der Direktor des Wittelsbacher-Gymnasiums, Gebhard Himmler, Erzeuger des NS-Mörders Heinrich Himmler, im Jahr 1928 eine Griechischstunde dazu nutzt, seinen präfaschistischen Sadismus auszutoben. Unter den Altphilologen in Schule und Uni gab es stramme Nazis, und Horaz’ Spruch, es sei süß und ehrenvoll, fürs Vaterland zu sterben, sollte junge Soldaten berauschen, die an die Front mussten.

Aber andererseits: Ralph Giordano setzt in seinem Erinnerungsroman „Die Bertinis“ seinem Lateinlehrer am Hamburger Johanneum ein Denkmal, der mit luzider Sprachanalyse die Idiotie der Nazi-Ideologie vor seinen Schülern bloßstellte – eine Widerstandsaktion aus dem Geist Ciceros.

Es sind Kontinente, die sich mit Griechisch und Latein erschließen lassen, europaweite Heimaterkundungen über alle Grenzen hinweg. „Die Familien sind wieder bildungsbewusster geworden und sehen Wissen als lebenslangen Besitz“, hat der Berliner Didaktikprofessor Friedrich Maier beobachtet. Für eine noch unveröffentlichte Studie hat er knapp 3800 Eltern von Lateinschülern befragt. Neben der klassischen Bildung, so das Ergebnis, hoffen die Eltern, dass ihre Kinder durch das Grammatikbüffeln ein besseres Gefühl für die eigene Sprache bekommen und sich mit weiteren Fremdsprachen leichter tun.

Außerdem ist der Unterricht inzwischen entrümpelt worden, weg vom Übersetzungsdrill, hin zu Inhalten. Zum Beispiel zur Frage: Was ist eigentlich eine Krise? Ein Zeitpunkt, an dem sich entscheidet, ob das Fieber zurückgeht oder bleibt. Thukydides hat den von den Ärzten um Hippokrates verwendeten Begriff auf die Geschichte übertragen. Heute wabert das Wort Krise wie ein Schreckgespenst durch die Kultursphäre, Griechischkundige kennen die wirkliche Bedeutung.

Zu wissen, wo etwas herkommt, treibt die neue Altertumsbegeisterung an. Es gehe, so Lehrerin Selz, um „Überblicksdenken“, um die Möglichkeit, Gelesenes mit allem, was man sonst noch weiß, zu vernetzen. Modernem Unterricht in alten Sprachen sei an „philosophischer Orientierung“ gelegen, egal, ob Texte Mythen, Dichtung oder das Erkennen behandeln. Ein Angebot, das an der ewigen Reformbaustelle Bildung Bleibendes verspricht.

„Wenn wir uns an Ovids ‚Metamorphosen‘ machen“, sagt Birklehof-Lehrerin Kanz-Uhrmeister, „können Sie in der Klasse die Stecknadeln fallen hören, so interessiert sind die Kinder an den alten Geschichten und Mythen.“ Auch Christianeums-Mann Eggers bestätigt diese neue Begeisterung für die alten Geschichten, die von Erotik, Eifersucht, Katastrophen und Göttern handeln.

Nicht alle wollen heute durch die Welt der Antike so schnell wie möglich vom Mythos zum Logos reisen. Rückfahrkarten aus der entzauberten Welt sind ebenso gefragt. Hauptsache, es ist Bewegung, und man kann sich orientieren.

Nikolaus von Festenberg, Julia Koch

COURTESY M. SCHIESSL, BERLIN

FOTOS: COURTESY TORCH GALLERY AMSTERDAM (O. + U.)

Tennigkeit-Werk, Fotoserie von Blommers und Schumm: *Rollenmodelle für die Oldies*

AUSSTELLUNGEN

Die Frühreifen

Eine Frankfurter Schau zeigt, wie Künstler die heutige Jugend sehen: Der reale Teenie ist weniger kindisch als seine Eltern, der abgeklärte „Metroleszente“ ist im Kommen.

Das Mädchen in diesem Video ähnelt Britney Spears, trägt mehr klobige Ringe, Uhren und Ketten als jeder klunkerverliebte Durchschnitts-Rapper und singt zur Geräuschkulisse einer Autoalarmanlage. Was wirkt wie eine missglückte Bewerbung fürs Superstar-Casting, ist Kunst vom Amerikaner Luis Gispert – und der nervtötende Ein-Minuten-Auftritt nimmt kein Ende, weil er als Endlosschleife gezeigt wird.

Ein anderer Film, ein anderes buntgeschminktes Girlie. Dessen Unterarme sind bandagiert, die Verbände triefen von Blut, darüber klimpern die Armbänder. Das Suizidwerk heißt „Teenage Daydream“ und wurde von der amerikanischen Künstlerin Alex McQuilkin produziert. Sie ist bekannt dafür, den Begriff „blutjung“ gern als Hardcore zu inszenieren.

So sieht das aus, wenn die Kunst auf das Thema Jugend trifft.

Dass sich erstaunlich viele Künstler auf das Fachgebiet Pubertät verlegt haben, lässt sich demnächst in der Frankfurter Kunsthalle Schirn beobachten. Dort startet am Donnerstag die Schau „Die Jugend von heute“*.

Regelmäßig spürt die Gesellschaft (und die Kunst) der Frage nach, wie die Heranwachsenden gerade so ticken, wie es um deren Psyche bestellt ist, welches Outfit, welche Musik, welche Alcopops sie bevorzugen. Man will die Jugend begreifen und dann auf den Zeitgeist schließen.

Auch die Frankfurter Ausstellung hat sich die Aufgabe gestellt, die „postmoderne Realität der gegenwärtigen Jugend“ aufzuzeigen. Klingt abstrakt, ist dann aber doch sehr anschaulich gehalten.

Für die Kunstschaffenden selbst wird der Nachwuchs offenbar dann spannend, wenn er – ganz klassisch – an sich und seinem Dasein leidet. Viele Werke behandeln Aspekte wie Selbstinszenierung und Selbstzerstörung. Das alles gern in Hochglanz- oder Videoclip-Ästhetik.

Noch obsessiver widmet man sich nur der erotischen Ausstrahlung der Jugend. Da geht es um verschärftes Flaschendrehen oder einfach um Körper im knappen Bikini, wie zum Beispiel auf einer Zeichnung der jungen Deutschen Alex Tennigkeit. Hübscher Titel der figurbetonten Arbeit: „You’re looking good in that Gucci Bikini“. Und dann gibt’s noch – auf einer Fotokomposition des in New York lebenden Kubaners Anthony Goicolea – ein paar onanierende Jungs.

Solche Kunst ist, irgendwie, gesellschaftskritisch gemeint. Der Blick auf die Jugend hat mehr denn je etwas Voyeuristisches.

* 7. April bis 25. Juni; Katalog im Verlag der Buchhandlung Walther König, Köln; 248 Seiten, 29,80 Euro.

Das kann man mit Bildern, die viel nackte Haut und Lolita-Posen präsentieren, gleich mal klarstellen.

Die reale Jugend reagiert auf die Daueranalyse durch Soziologen, Pädagogen, Künstler und Literaten, aber auch auf eine Welt, die zunehmend als brüchig empfunden wird, sowieso auf ihre Weise. Sie entzieht sich längst jeglicher Pauschalisierung durch Zersplitterung.

Auch die Autoren des Frankfurter Katalogs konstatieren: Statt einer einzigen Jugendkultur gebe es mittlerweile viele verschiedene, und zwischen denen lasse es sich leicht hin- und herpendeln. Heute Computerfreak, morgen friedensbewegt. Oder umgekehrt.

Die Verweigerung wird bald noch stärker ausfallen. Denn für die Zukunft hat sich der Nachwuchs sogar vorgenommen, die Jugend gleich ganz zu überspringen. Zumindest ist das eine der Prognosen der thesenfreudigen Ausstellungsmacher.

Der Rebell von morgen, so heißt es im Katalog, sei der junge Mensch, der auf keinen Fall typisch jugendlich erscheinen wolle: „Old is the new young." Die Zeit der früh Gereiften und Abgeklärten bricht an.

PRIVATSAMMLUNG/ANTHONY GOICOLEA, COURTESY GALERIE AUREL SCHEIBLER

Goicolea-Foto „Premature": *Irgendwie gesellschaftskritisch*

Vor kurzem hat eine Kolumnistin der britischen Zeitung „The Observer" bereits den Begriff des „Metroleszenten" ins Spiel gebracht, des adoleszenten Metropolenbewohners, der „unnatürlich früh erwachsen werde", der interessiert, informiert und vernetzt sei, während mehr und mehr Erwachsene „immer kindischer" würden. Offenbar gelte die Devise, „es sei eine Verschwendung, das Jungsein den Teenagern zu überlassen".

Tatsächlich dient die urbane Jugend als Rollenmodell für die kindischen Oldies von heute. Historisch gesehen bilden die jetzigen Erwachsenen die erste Generation der sogenannten Post-Adoleszenten, derjenigen, die versessen darauf sind, sich ewig wie 17-Jährige zu benehmen. Die Thirty- und Fortysomethings können es sich, finanziell gesehen, immerhin leisten, intensiver jung zu sein. Sie dürfen die Höhe ihres Taschengelds ja selbst bemessen. Videospiele werden überwiegend von Menschen über 30 gekauft.

Die Aufwertung der Jugend ist vergleichsweise neu, bis weit ins 18. Jahrhundert wurde dieser Lebensphase keine maßgebliche Bedeutung zugemessen. Dann dichtete man ihr einen besonderen Idealismus an, doch erst das 20. Jahrhundert entwickelte einen Biologismus und erklärte dieses Lebensalter mit viel Pathos zur entscheidenden utopischen Kraft, zur Quelle von Rebellion, Avantgarde und Erneuerung.

Inzwischen verkörpert die Jugend vor allem eines: Trendsicherheit und Coolness. Und die wird von der Elterngeneration gnadenlos kopiert. Man zieht sich genauso lässig an, besucht dieselben Popkonzerte, kultiviert eine gewisse Naivität und beschwert sich mit einer alterstypischen Überheblichkeit dann gelegentlich doch darüber, dass früher alles besser war, damals, als man noch die Musik von Talking Heads und nicht die von Tokio Hotel hörte. Pädagogen geben sich gern verwundert darüber, dass die heutige Jugend kaum noch richtige Revoluzzer hervorbringt.

In der Kunstwelt ist eine gewisse Jugendlichkeit ohnehin die Voraussetzung dafür, wahrgenommen zu werden.

Noch gilt der stark erweiterte Jugendbegriff. Noch herrscht aber gerade auch in der Werbeindustrie das simple Gesetz: je jünger, desto aufsehenerregender. In der Ausstellung wird dieses Dogma mit ein paar Fotos von echten Nachwuchsmodels illustriert, keines sieht älter aus als 15. Aufgenommen wurden die Bilder von zwei Szeneprofis, von den niederländischen Modefotografen Anuschka Blommers und Niels Schumm.

Demnächst bleiben die neuen Frühreifen lieber wieder unter sich, und die Berufsjugendlichen müssen dann nach anderen Vorbildern suchen. Insbesondere ihr angestrengter Hedonismus wird spätestens in ein paar Jahren nicht mehr gut ankommen. Im Gegenteil: Auf jung getrimmte Alte sind dann endgültig nur noch peinlich.

Auch die künstlerischen Darstellungen der Jugend werden sich ändern – und ihre Funktion als moderne Vanitasbilder trotzdem behalten, als Zeugnisse eines aufregenden Lebensalters, das eben doch schnell vergeht.

ULRIKE KNÖFEL

KABARETT

Der Papst zieht immer

Eigentlich doch tolle Zeiten fürs Kabarett: eine Große Koalition, keine Opposition, ein lachwütiges Publikum. Warum aber denken alle nur ans Geldverdienen? Eine Rundreise durch die merkwürdige Welt der politischen Kalauer.

BERND WEISBROD

Musikprogramm im Mainzer Unterhaus*: *Witze zur Plage der Nation*

Jetzt könnte es so richtig durchstarten, das Kabarett, als einzige funktionierende Opposition. Und was tut es? Es geht erst mal zu Horst Köhler. Zur „Kulturellen Wiedereröffnung“ von Schloss Bellevue wollte die Staatsführung mehr als nur die ewigen Mozart-Sonaten, also ließ sie Witze reißen. Obrigkeitskritische Witze und welche über Frauen. Es war ein heiterer Abend im März. Das Kabarett isst Häppchen, und anschließend gibt es einige „Hohos“ über besonders „gepfefferte Sachen“. Und die ganze Zeit fragt man sich: Gibt es das eigentlich noch, das legendäre deutsche Polit-Kabarett?

Na klar, sagt Kay Lorentz. Er muss es wissen, er ist der Pate. Jede Reise durchs Kabarett muss bei ihm beginnen. Er hat das Düsseldorfer Kom(m)ödchen von seinen legendären Eltern geerbt, er ist oberste Etage. Herr Lorentz, ist das politische Kabarett tot? „Nein, es erlebt eine Renaissance, es gab eine Flaute, jetzt wollen die Leute wieder etwas zu beißen haben.“

Herr Lorentz hat einen Glasschreibtisch. An der Wand hängt ein Foto von Harald Schmidt. Und dann fragt er: „Wissen Sie, wer der erfolgreichste deutsche Kabarettist ist?“ Herr Lorentz macht eine lange Pause. „Volker Pispers.“ Pispers? „Ja, Volker Pispers.“ Im Programmheft ist ein Foto. Es zeigt einen Mann mit einem straffgeschnittenen Vollbart, der einen hellen Pulli mit zwei dunklen Streifen trägt. „Die Zeit, wo es nur um das Spaßmachen geht, ist vorbei, die Leute wollen einen sehen, der eins zu eins erzählt, was Sache ist.“ Und das macht Volker Pispers.

Kabarett ist deutsche Tradition. Wenn sich die klugen Deutschen machtlos fühlten, gingen sie ins Kabarett, denn dort ist alles klar, und dort gibt es Helden. Den legendären Werner Finck: „Ich weiß gar nicht, was mit den Jahreszeiten los ist – erst Frühling und schon braune Blätter.“ Das waren die dreißiger Jahre.

Geht Kabarett auch zu Zeiten von Pendlerpauschale und Vollkasko? Kabarett, die sichere Nummer. „Vier Leute stehen an der Rampe und haben recht.“ So spöttelt Harald Schmidt, selbst ein Kom(m)ödchen-Gewächs. Die Säle sind voll. Die Ensembles gut besucht. Die Leute wollen lachen. Zum Beispiel über den Einbürgerungstest. „Warum der Stoiber ausgerechnet auf Sprachkenntnissen besteht“, sagt einer bei einem Kabarett-Abend in Darmstadt. „Der würde den Test doch nie schaffen.“ Über so was lachen sie in den Kellern der Republik.

Ein Pianist kann aufwühlen, ein Buch das Leben ändern, ein Theaterstück einen dazu bringen, vor lauter Wut gegen die Wand zu rennen. Im Kabarett dagegen kriegt man Witze zur Lage der Nation oder zur „Klage der Nation“ oder zur „Plage der Nation“. Und das tut nicht weh.

Es gibt unzählige Kleinkunstbühnen, Hinterhoftheater, Kulturscheunen und Kulturfabriken, es gibt die Augsburger Kabarett Tage, die Oldenburger Kabarett-Tage, die Mülheimer Kabarett-Tage, die Mindener Kabarett-Tage, die Ingolstädter Kabarett-Tage, die Kabarett-Tage in Dettingen und die Morenhovener Kabarett-Tage.

Ensemble-Programme tragen unvergessliche Titel wie „Hartz Infarkt – Ein Scheißspiel“, „Hier stehen wir: Spott helfe uns“, „Mönche mögen's heiß“, „Um Haarespleite“, „Mit feindlichen Grüßen“. Zum Selbstverständnis der Bühnenhelden gehört neben den feinen Wortspielen immer die Behauptung, dass es enormen

HORST OSSINGER

Theaterchef Lorentz (l.), Kabarettisten*: *„Etwas zu beißen“*

* Oben: mit Conny Kreitmeier, Norbert Bürger; unten: Harald Schmidt, Thomas Freitag, Konrad Beikircher 2003 in Düsseldorf.

Mut erfordere, gegen die Mächtigen zu stänkern.

Aber braucht man wirklich Mut fürs Kabarett? Herr Lorentz denkt lange nach. Ja, es gibt da einen Fall, in den Achtzigern, als das Kom(m)ödchen in Frankfurt gastierte. Das damalige Ensemble-Mitglied Harald Schmidt hatte eine „harte, eine wirklich harte Nummer“ zu spielen, die sich gegen Alfred Herrhausen, damals Chef der Deutschen Bank, richtete. Überraschung am Abend: Herrhausen saß im Publikum. Kay Lorentz senior sagte zu Schmidt: „Du musst die Nummer nicht machen.“ Schmidt machte sie. Nach der Vorstellung kam Herrhausen in die Garderobe und bedankte sich für den tollen Abend.

Ein Muskelspiel, ohne dass es den Gegner wirklich interessierte. Anders in der DDR. Einerseits wollten die Arbeiter und Bauern das Kabarett, weil sie es als gutes Ventil gegen aufkeimenden Groll erkannten. Anderseits hatten sie panische Angst vor diesem Ventil und analysierten neurotisch jeden müden Bühnenwitz.

Und heute? Ab nach Dresden. Dort spotten sie seit Jahrzehnten in der berühmten „Herkuleskeule“. Und man kann gegen den Osten haben, was man will, aber ein Kabarett-Theater Herkuleskeule zu nennen, das zeugt von Esprit. Mitten in einer tristen Wohnsiedlung liegt sie, die „Keule“, das Nonplusultra des Ostkabaretts. Auf Keule-Karten haben die Leute zwei Jahre gewartet. Keule-Karten, das war in der DDR so etwas wie eine Währung. Mit Keule-Karten konnte man sich richtig gute Sachen besorgen, Fleisch oder Obst.

Der Chef sagt „guten Tag“ und schenkt einen Kaffee ein, der tote Kabarettisten aufwecken könnte. Wolfgang Schaller ist 65 und Ostdeutscher mit allem Drum und Dran. Er sagt Sätze wie: „Wir waren plötzlich in einem anderen Land, ohne einen Schritt getan zu haben.“ Schallers Intendantenbüro sieht aus wie eine SED-Bezirksverwaltung. Er raucht eine Marlboro nach der anderen, und wenn er von früher erzählt, ist es schön und spannend, dann leuchten die Augen. Die Zeit nach 1989 klingt fade. Provozieren? Ja. Standpunkte? Ja. Lachen? Ja. „Aber nie so viel Schenkelklopfer bringen, dass irgendwann der Kopf zwischen den Schenkeln steckenbleibt.“

Vom Erwachsenwerden eines türkischen Mädchens, das mit der ersten Generation nach Deutschland kommt

Was kriegt der Zuschauer heute, was er früher nicht gekriegt hat, beziehungsweise was hat er früher gekriegt und heute nicht? „Heute wird alles viel kulinarischer verpackt.“ Mit den Mitteln der – jawohl – „Spaßgesellschaft“. Also lässt er zum Beispiel die Teletubbies Brecht zitieren. Aber im Publikum kennen sie ihren Brecht ja auch nicht mehr.

„In gewisser Weise war das Kabarett in der Diktatur spannender.“ Heute, der ganze Kapitalismus, das macht die Sache sauschwer. „Die ideologische Zensur ließ sich überlisten, die ökonomische nicht.“

Die Wahrheit über das Kabarett bis hierher ist, dass es grau ist. Grau in Grau. In

Bestseller

Belletristik

1	(1)	**Daniel Kehlmann**	Die Vermessung der Welt – Rowohlt; 19,90 Euro
2	(2)	**Dan Brown**	Sakrileg – Lübbe; 19,90 Euro
3	(3)	**Stephen King**	Puls – Heyne; 19,95 Euro
4	(4)	**Bernhard Schlink**	Die Heimkehr – Diogenes; 19,90 Euro
5	(8)	**Leonie Swann**	Glennkill – Goldmann; 17,90 Euro
6	(6)	**Cecelia Ahern**	Zwischen Himmel und Liebe – W. Krüger; 16,90 Euro
7	(5)	**Henning Mankell**	Kennedys Hirn – Zsolnay; 24,90 Euro
8	(10)	**Ingrid Noll**	Ladylike – Diogenes; 19,90 Euro
9	(9)	**François Lelord**	Hectors Reise – Piper; 16,90 Euro
10	(14)	**Joanne K. Rowling**	Harry Potter und der Halbblutprinz – Carlsen; 22,50 Euro
11	(7)	**John Irving**	Bis ich dich finde – Diogenes; 24,90 Euro
12	(11)	**Minette Walters**	Des Teufels Werk – Goldmann; 19,95 Euro
13	(12)	**Simon Beckett**	Die Chemie des Todes – Wunderlich; 19,90 Euro
14	(13)	**Dan Brown**	Diabolus – Lübbe; 19,90 Euro
15	(15)	**Tanja Kinkel**	Venuswurf – Knaur; 19,90 Euro
16	(16)	**Karin Slaughter**	Schattenblume – Wunderlich; 19,90 Euro
17	(–)	**Feridun Zaimoglu**	Leyla – Kiepenheuer & Witsch; 22,90 Euro
18	(–)	**Wladimir Kaminer / Olga Kaminer**	Küche totalitär – Manhattan; 18 Euro
19	(–)	**Arne Dahl**	Rosenrot – Piper; 19,90 Euro
20	(18)	**Santo Cilauro / Tom Gleisner / Rob Sitch**	Phaic Tăn – Land des krampfhaften Lächelns – Heyne; 14,95 Euro

die Hauptstadt! Zu den Stachelschweinen, wo es grau bleibt. Wo einst Wolfgang Gruner und Günter Pfitzmann berlinerten, unverdrossen, über Jahrzehnte. Die Stachelschweine liegen gut versteckt im Untergeschoss des Berliner Europa-Centers. Es ist Freitagabend, Wochenende, Unterhaltungszeit. Das Publikum, eher mal älter. Die Herren tragen beigefarbene Rollkragenpullover und braun-grün karierte Sakkos, manche eine Baskenmütze. Die Frauen haben alle rotgefärbte Haare oder graue und kurze. Sie wollen lachen und trinken noch ein Sektchen. Die Scheinwerfer gehen an, fünf Darsteller singen: „Hurra, hurra, wir sind pleite." Als das aufhört, sagt einer: „Schön, dass Sie in dieses Theater gegangen sind und nicht in den Reichstag." Das reicht für ein paar „Hohohos".

Danach werden Politiker „aufs Korn genommen" (Fachjargon). Weil „die uns das Geld aus der Tasche ziehen", „das Tafelsilber verkaufen", während „Justitia die Augen verschließt". Einer verkündet noch: „Politiker sind unsere Angestellten, wir sollten sie alle entlassen." Es ist zum Verzweifeln. So viele Berufsschullehrer gibt's in Berlin doch gar nicht, dass die jeden Abend das Haus vollkriegen?!

Wenn die Stachelschweine die Imbissbude des deutschen Kabaretts sind, dann ist das Kom(m)ödchen das Sterne-Restaurant. Deshalb hat es Gewicht, was Herr Lorentz sagt. Also noch mal in Düsseldorf anrufen: Herr Lorentz, wer schreibt eigentlich die ganzen Texte fürs Kabarett? Er nennt einen Namen. Der Namensträger sitzt dann in einem Café hinter einem Apfelstrudel und sagt: „Ich habe keinen missionarischen Antrieb."

Bilanz des Scheiterns von Reformen und Aufruf, einer mittelmäßigen Führungselite auf die Finger zu schauen

Der Rheinländer Martin Maier-Bode zählt zu den gefragtesten Kabarett-Autoren in Deutschland. Er schreibt für Kom(m)ödchen, Distel, Herkuleskeule und andere echte Kabarett-Stars, inszeniert selbst, hat auch für Kalle Pohl bei „Sieben Tage, sieben Köpfe" Gags geschrieben, war Headwriter bei der „Sesamstraße" und ist ein sanftes Wesen mit einem rotbraunen Bart im Gesicht.

„Seit klar war, dass Rot-Grün als Projekt gescheitert ist, nimmt das Interesse an politischem Kabarett wieder zu." Aber eine Botschaft in seinen Texten, o je, Maier-Bode grinst seinen Strudel an: „Der Gag liegt mir schon näher." Ansonsten hält auch er sich an die goldenen Regeln von Lorentz senior. Erstens: Jedes Thema nur einmal am Abend. Zweitens: Jedes Thema muss gründlich recherchiert sein. Und drittens: Wenn du ein dünnes Hündchen hast, kannst du es aufpeppen mit Dialekt.

Davon zehrt auch das Mainzer Unterhaus. Die Abspielstätte feiert ihren 40. Geburtstag, und die Menschen wollen Kabarett. Und sie lachen über alles. Bis Black vom „legendären" Duo Schobert & Black auftritt. Black traktiert das Weltgewissen. „Die halbe Welt hat nichts zu fressen, das liegt an unseren Interessen." Die Mainzer

Im Auftrag des SPIEGEL wöchentlich ermittelt vom Fachmagazin „buchreport"; nähere Informationen und Auswahlkriterien finden Sie online unter: www.spiegel.de/bestseller

Sachbücher

1	(1)	**Frank Schirrmacher**	Minimum Blessing; 16 Euro
2	(7)	**Frank Schätzing**	Nachrichten aus einem unbekannten Universum Kiepenheuer & Witsch; 19,90 Euro
3	(2)	**Peter Hahne**	Schluss mit lustig Johannis; 9,95 Euro
4	(3)	**Eva-Maria Zurhorst**	Liebe dich selbst Goldmann; 18,90 Euro
5	(5)	**Harry G. Frankfurt**	Bullshit Suhrkamp; 8 Euro
6	(4)	**Heiner Lauterbach**	Nichts ausgelassen Droemer; 19,90 Euro
7	(6)	**Dietrich Grönemeyer**	Der kleine Medicus Rowohlt; 22,90 Euro
8	(9)	**Corinne Hofmann**	Wiedersehen in Barsaloi A 1; 19,80 Euro
9	(–)	**Albrecht Müller**	Machtwahn Droemer; 19,90 Euro
10	(8)	**Lars Brandt**	Andenken Hanser; 15,90 Euro
11	(10)	**Eduard Augustin / Philipp von Keisenberg / Christian Zaschke**	Fußball Unser Süddeutsche Zeitung; 18 Euro
12	(–)	**Roger Willemsen**	Afghanische Reise S. Fischer; 16,90 Euro
13	(13)	**Uwe Karstädt / Horst Janson**	Das Dreieck des Lebens Titan; 24,80 Euro
14	(11)	**Eric-Emmanuel Schmitt**	Mein Leben mit Mozart Ammann; 19,90 Euro
15	(–)	**Kurt Biedenkopf**	Die Ausbeutung der Enkel Propyläen; 16,95 Euro
16	(–)	**Silvia Arroyo Camejo**	Skurrile Quantenwelt Springer; 29,95 Euro
17	(12)	**Stephen Hawking / Leonard Mlodinow**	Die kürzeste Geschichte der Zeit Rowohlt; 19,90 Euro
18	(15)	**Ben Schott**	Schotts Sammelsurium Bloomsbury Berlin; 16 Euro
19	(–)	**Sibylle Herbert**	Überleben Glückssache Scherz; 17,90 Euro
20	(16)	**Tim Flannery**	Wir Wettermacher S. Fischer; 19,90 Euro

schweigen. Auf Black folgt ein Kabarettist am Klavier. Dieser singt davon, wie knackelangweilig und unlustig die Deutschen sind, bis er mit den Worten schließt: „Irgendwie sind wir alle kleine Ärsche.“ Und es wird nicht lustiger. Es wird immer trauriger. Matthias Deutschmann tritt auf die Bühne mit dunkler Miene, dunklem Anzug, dunklem Hemd. „Die SPD hat kein Herz, aus dem sie bluten kann.“ Es folgen weitere Botschaften. Sie sind alle sehr trübe. Und dann macht er den Hitler-Switch.

Der geht so: Ein Kabarettist redet, redet über Politik, Bildung und die deutsche Nation, und plötzlich wechselt er mitten in der Rede in einen Adolf-Hitler-Parteitagstonfall, rollt das Rrrrr und schaut dabei sehr dämonisch. Das ist inzwischen richtig Mode. Von zehn Kabarettisten machen bestimmt acht den Hitler-Switch. Bei Deutschmann lacht keiner. Vielleicht zu dämonisch.

Es gibt einen kleinen Empfang. Die Creme des deutschen Kabaretts isst Tomate-Mozzarella am Spieß, und ein Kabarettist, Name tut nichts zur Sache, wird direkt angegangen. Worüber wird gelacht? „Na ja, es gibt da so Standards, mit denen man einen Konsens mit dem Publikum herstellt.“

BILAN / POP-EYE

Kabarettist Pispers: *„Erzählen, was Sache ist“*

Standards? Konsens? Und dann erzählt er: Zum Beispiel seien Witze über Deutsche-Bank-Chef Josef Ackermann eine sichere – jawohl – Bank. „Ackermann ist das Konsens-Arschloch.“ Bush natürlich auch. Und Westerwelle, mein Gott, ja, leichte Beute für eine schnelle Pointe. Über Homosexualität lacht sich’s immer gut. Was die Erwartungshaltung des Kabarett-Publikums auch voll trifft, sind Witze auf Kosten des Papstes, des Vatikans, der katholischen Kirche. Was aber nicht oder nur schwer geht, ist der Dalai Lama. Schulmedizin geht immer, Bachblütentherapie, alternative Heilmethoden aber generell schwierig, könnte die Zielgruppe falsch verstehen. Heiß diskutiert wird in der Witzbranche, wer Gesundheitsministerin Schmidt als Zielscheibe im rot-schwarzen Kabinett ablöst. Doch auch hier scheint sich ein Konsens abzuzeichnen: „Ursula von der Leyen wird die neue Ulla.“ Erwartbar, zumal the one and only Volker Pispers die Familienministerin bereits als „niedersächsische Zuchtstute“ im Programm hat. Ein todsicherer Lacher.

Insgesamt gilt: Das Politische hat sich verflüchtigt, bleibt das nackte Private, das gar nicht nackt genug sein kann. Während sich die braven Kabarettisten noch irgendwie am Politischen abkauen, zerren die Comedians seit Jahren das Private und Intime auf die Bühne. Und das krasser, zotiger, pornografischer als die Polit-Onkels. Das Comedy-Publikum will keine verbrämten Akademikerwitze, sondern Eindeutiges. Hier geht es nicht um „Hohohos“, sondern um kreischende „Booooahhs“. Wie tief man die Geschmacksgrenze legen kann, demonstrierte Ingo Appelt schon zur Jahrtausendwende. Er saugte auf der Bühne an einem rotgefärbten Tampon, schleuderte das Teil dann seinem dankbaren Publikum entgegen und ließ alle im Saal „Ficken“ brüllen.

Die Witzischkeit – ob Comedy oder Kabarett – ist auf alle Fälle ein lohnendes Geschäft. In Mainz rechnet einer vor: „Schauen Sie, ein Kabarettist oder Comedian tritt in einer Sporthalle auf, hat 2000 Zuschauer, sagen wir, jeder zahlt 20 Euro Eintritt, macht 40 000 Euro.“ An einem Abend. Dann noch die CDs, die Bücher, die Fernsehauftritte. Selbst die B-Klasse unter den Kleinkünstlern, also die Kaste, die sich darauf beschränkt, von ihren Filzläusen und ihrer Jugendliebe Jutta zu erzählen und das Ganze mit einem Witz über Angela Merkels Aussehen krönt, kommt wohl locker auf 100 000 Euro im Jahr. Sind erst mal die Sporthallen erreicht, gibt es richtig Geld und unter den erfolgreichen Comedians nur noch ein Thema: „Wie viel ziehst du?“ Sprich: „Wie viele Zuschauer hast du, 2000 oder 3000?“

Menschen wie Jürgen Kessler leiden fast körperlich unter dieser Entwicklung. Er leitet seit 1989 das Deutsche Kabarettarchiv in Mainz und war lange Jahre Manager des im Dezember verstorbenen Kabarett-Altmeisters Hanns Dieter Hüsch. Kessler schaut sehr ernst. „Das Kabarett ist käuflich geworden, korrumpierbar, die Ideale sind verraten.“ Die da wären? „Kabarett ist Opposition, ist Engagement, ist Agitation.“ Wenn es eine Flaute des Kabaretts gegeben haben sollte, dann sei das eine Flaute in der Haltung gewesen. „Thematisch gibt es nie eine Flaute für das politische Kabarett, es werden immer Grundwerte verraten.“ Drei Ausrufezeichen.

Politisches Kabarett, so stellt es sich dar, ist eine Vorlesung zur moralischen Ertüchtigung des Bürgers. Und Comedy ein Beitrag zu dessen Verblödung. Und die Schnittmenge sind die Stachelschweine.

So steht es um das politische Kabarett in Deutschland. Hohoho. Christoph Schlegel

Internet-Seite von „Pini hagadol“
Witze über den Holocaust?

LITERATUR

Lichter des Großschtetl

Peter Glaser über Maxim Billers „Moralische Geschichten“

Glaser, 48, ist Schriftsteller und lebt in Berlin. Seine letzte Veröffentlichung ist der Erzählband „Geschichte von Nichts“.

Was wollen die denn? Da ist es doch. Kurz, böse und zärtlich und geladen wie eine Wasserstoffbombe, aber ein bisschen zivilisierter. Mit seinen „Moralischen Geschichten“ zaubert Maxim Biller so viel Wirklichkeit in unseren Alltag, dass der damit kaum Schritt halten kann*. Diese Sammlung von Kurz- und Kürzestgeschichten führt Menschen vor, die Schwierigkeiten haben, gute Menschen zu sein, und Maxim Biller würgt und trickst und leidet mit ihnen.

Vor 25 Jahren hat er mit diesen Miniaturen begonnen, „damals, als Fredi Brodmann aus Wien mein bester Freund war“; dem Freund ist das Buch heimlich gewidmet. Brodmann verschwand nach New York mit dem Satz: „Ich werde der Welt etwas schenken, das es noch nicht gibt: billige Armbanduhren aus Plastik.“ Darauf angesprochen, dass es die schon gebe, behauptete Brodmann, seine Uhren könnten mehr als die Zeit anzeigen. Seither haben sie sich nicht wiedergesehen.

PETER LANGER / AGENTUR FOCUS

Autor Biller
„Sex ist nicht alles“

„Schade, dass er nicht geblieben ist“, sagt Biller. „Von ihm habe ich gelernt, wie man Witze macht, ohne dass hinterher irgendjemand traurig sein muss.“

Es ist nicht ganz sicher, ob er gut genug gelernt hat im wirklichen Leben. Biller, 45, hat wahrscheinlich jeden zweiten Menschen in dieser Republik, der einen Füller halten kann, beleidigt. Rund jeder zweite Journalist in dieser Republik ist deshalb wütend auf ihn, die andere Hälfte versucht, ihn zu ignorieren. Doch dass einer Gegner sammelt wie andere Leute Erstausgaben, muss nicht gegen seine Literatur sprechen. Zumal Maxim Biller den jüdischen Humor modernisiert hat. Er beschenkt das Gegenwartsdeutschland mit einer phantastischen Überfülle von Juden, als hätte es nie einen Holocaust gegeben. Seine „Moralischen Geschichten“ sind eine Art virtuelles Großschtetl, das sich haarscharf zwischen Prenzlauer Berg und Manhattans West Side befindet.

Billers Helden heißen Feilchenduft, Schlonsky, Turteltaub, und sie sind keine Helden. Goldenberg versucht alles, um eine Frau kennenzulernen, einmal fährt er absichtlich eine kleine Rothaarige mit seinem Saab an, nur um sie hinterher in der Klinik besuchen zu können. Kalman bricht das Sparschwein seines achtjährigen Sohns auf und hört später im Autoradio, dass Bundeskanzler Flick wegen der Wirtschaftskrise beschlossen habe, gerade zurückgegebenes jüdisches Eigentum vielleicht doch lieber zu behalten. Und Shoshi und Kohn sind das große Liebespaar, das zeigt, wie klein die Unendlichkeit sein kann und dass die Liebe eine Misere ist, Alltag und Affekt.

Die meisten der moralischen Geschichten täuschen Finten vor und schlagen die absurdesten Haken. Eine heißt „Moral“, und in ihr heißt es: „Mitkin wusste schon früh, was richtig und was falsch ist. Das machte es ihm so leicht, andere über den Tisch zu ziehen.“ Es sind keine Witze, auch wenn manche der Geschichten nur drei Sätze kurz sind. Es ist feine Literatur. Poesie und Humor haben eine ganze Menge gemeinsam.

Biller macht sich über alle her, er nimmt sich selbst nicht aus. Auf seinen verbotenen Roman „Esra“ (dem, was sonst, eine beleidigende Wirklichkeitsnähe vorgeworfen wird) spielt er in der Geschichte einer apokalyptischen Beziehung an. Und „Bernsteintage“ erzählt von dem Autor Bernstein, der Furore macht mit einem Sexualratgeber für Senioren mit übersteigerter Libido („Sex ist nicht alles“) – „Bernsteintage“ war auch der Titel des letzten Erzählbands von Biller, in dem er mit freundlicher Wehmut aus dem verlorenen Paradies seiner Kindheit in der Tschechoslowakei erzählt.

Maxim Biller, Literaturbetriebsaufmischer und Kulturbeleidiger: Anlässlich einer Tagung in Tutzing im April 2000 bezeichnete er den schriftstellerischen Nachwuchs als „Schlaff-Generation“, die eine lauwarme Literatur des „totalen Einverstandenseins“ verfasse. Papierleichen, „die nichts wollen, nichts hassen, nichts lieben“. Die Gegenwartsliteratur, so machte Biller von sich reden, sei „Schlappschwanz-Literatur“ ohne moralische Vorstellungskraft.

Wer nun glaubt, er sei ein Wiedergänger Handkes, der 1966 eine Tagung der Gruppe 47 in Princeton mit dem Vorwurf der „Beschreibungsimpotenz“ zum Skandal werden ließ, sieht sich aber getäuscht. Man kann 30 Jahre lang Handke lesen, ohne ein einziges Mal auch nur zu lächeln, während man bei der Lektüre der „Moralischen Geschichten“ bereits nach den ersten Seiten richtig laut lacht.

Während man sich, wenn Handke etwa einen Geschlechtsakt beschreibt, ungefähr fühlt, als hätte einem jemand einen toten Fisch auf die nackte Schulter gelegt, findet in Billers Geschichten der Urgrund dessen, was Fleisch und Wort erwärmt, virile Resonanz. Hornstein, der vorschnell Viagra geschluckt hat, hilft nicht einmal eine Golda-Meïr-Biografie, seine lästige Erektion wieder loszuwerden. Der erfolglose Schriftsteller Schlamm verwandelt sich in den Penis seines weltbekannten Kollegen Philip Roth. Und Teitelbom wird beim Sex mit seiner Cousine auf dem Gelände des Holocaust-Mahnmals von einer Stele erschlagen und löst eine neue Mahnmaldebatte aus, die in der stillen Hoffnung ausklingt, dass „dieses verdammte Holocaustding“ am Ende vielleicht doch wieder abgerissen wird.

Darf man über den Holocaust Witze machen? In der israelischen Comedy-Show „Pini hagadol“ („Pini der Große“) singt Hitler im Duett mit Anne Frank „I Got You Babe“. Aber: „Ich will nicht, dass Deutsche über den Holocaust lachen“, so Moderator Gil Kopatsch. „Ich will, dass Juden über den Holocaust lachen.“

Einen Fehler sollte man auf keinen Fall machen, nämlich Humor mit Spaß zu verwechseln. Spaß ist Langeweile, die nicht ruhig sitzen kann. Humor dagegen ist der Ausweg aus ausweglosen Situationen. Die Art, wie Biller leichthin über Schweres schreibt, ist nicht immer angenehm, aber sehr wach. Plötzlich schmerzen die Schwierigkeiten mit dem Wesen des Menschen wieder, und der Mangel an Geld und Glück reizt und sticht und berührt.

„Ob Maxim Biller ein guter Mensch ist, das weiß ich nicht“, schreibt ein Adorant im Netz, „aber er ist ein guter Schriftsteller. Einer der besten.“ Einer, der meisterlich komisch schreibt, ist er sicher. Und das sollte auch der Betrieb zugeben können. ◆

* Maxim Biller: „Moralische Geschichten“. Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln; 240 Seiten; 9,90 Euro.

DEBATTE

Für eine neue Theologie

Von Nahed Selim

HOLLANDSE HOOGTE / LAIF

Selim, 52, ist gebürtige Ägypterin und lebt als Publizistin in den Niederlanden. Soeben ist ihr Buch „Nehmt den Männern den Koran!“ im Piper Verlag erschienen.

Das in Deutschland wie in den meisten westlichen Ländern übliche multikulturelle Modell ist gescheitert. Es stellte an die Neuankömmlinge nur geringe Forderungen, erlaubte ihnen aber im Gegenteil viele Freiräume für ihre Lebensweise und ihre Sitten. Nachdem ein großer Teil der Migranten daran gescheitert ist, sich die Sprache und Kultur der Aufnahmeländer zu eigen zu machen, haben die nicht abgelegten furchtbaren regionalen Bräuche wie Ehrenmorde, Zwangsehen, Frauenbeschneidung und häusliche Gewalt zur Bildung einer Art von Parallelgesellschaft geführt, zu Enklaven der Rückständigkeit und der Armut, die nur ganz wenige Berührungspunkte mit der demokratischen Mehrheitskultur haben. Zwischen beiden Denkweisen gibt es kaum Vermittlungen. Jüngstes Beispiel: Die Todesdrohung, die muslimische Fanatiker gegen den zum Christentum konvertierten Abdul Rahman ausgestoßen haben.

Immer wieder führt ein atavistisches Verständnis des Islams zu gefährlichen Friktionen. Der europäische Islams in seiner reaktionären Gestalt stammt aus dörflichen Verbänden. Wir müssen aber zu einem neuen, urbanen, humanistischen Verständnis des Islams gelangen. Die Geschichte des Islams bisher ist eine der Falschübersetzungen, der bewussten Manipulationen und grotesken Fehlinterpretationen. Das gilt es zu korrigieren.

AHMED JADALLAH / REUTERS

Palästinenserin mit Koran: *Geschichte der Manipulationen*

Meine eigene Mutter, die in Kairo in einer liberalen, modernen Familie aufgewachsen war und nach ihrer Heirat gezwungen wurde, meinem Vater in ein Dorf im Nildelta zu folgen, erlebte das Leben dort als erstickend und repressiv. Sie konnte sich nur schwer in dem großen Familienhaus mit den Schwiegereltern und der gesamten Verwandtschaft einleben, die dort unter dem autoritären Regime der Schwiegermutter (meiner Großmutter) zusammenlebten. Dasselbe Schicksal erwartet auch in Westeuropa Jahr für Jahr Zehntausende Importbräute, die oft hierher geholt werden, um dem Ehemann und seinen Eltern als Dienstmädchen zur Verfügung zu stehen. Meine Mutter begehrte vor einem halben Jahrhundert gegen diese Situation auf, lief aus dem Haus weg und weigerte sich zurückzukehren.

Ist die Schlechterstellung der Frau gegenüber ihrem Mann und dessen Verwandten im Islam zu finden? Aber sicher! Der Koran und die Überlieferungen des Propheten verpflichten sie zum völligen Gehorsam gegenüber ihrem Ehemann; im Verweigerungsfall darf er sie zurechtweisen und sogar züchtigen; ohne seine Zustimmung darf sie nicht das Haus verlassen; sie darf nicht ohne Begleitung reisen und wird immer in der Angst leben, er könne, falls ihm ihr Verhalten nicht gefällt, noch eine oder mehrere Nebenfrauen heiraten. Trotz aller Regeln und Vorschriften lehnte sich meine Mutter damals gegen ihre Situation auf und bezog sich dabei auf wieder andere Vorschriften, die ebenfalls im Koran stehen. Nämlich auf die Verpflichtung des Mannes, gut für seine Frau zu sorgen und sie gut zu behandeln. Das ist Kultur beziehungsweise der Spielraum, der eine individuelle Auslegung möglich macht.

Man kann sich fragen, inwieweit die Eifersucht des Propheten bei der Offenbarung bestimmter Koran-Passagen eine Rolle gespielt hat, beziehungsweise inwieweit das ungehobelte Benehmen anderer Männer gegenüber den Frauen des Propheten eine solche Offenbarung notwendig machte, und schließlich, was ist überhaupt eine Offenbarung?

In der fraglichen Passage ging es um das Verbot für andere Männer, sich den Ehefrauen des Propheten persönlich zu nähern oder mit ihnen zu sprechen. „Und wenn ihr sie (seine Frauen) um irgendetwas zu bitten habt, so bittet sie hinter einem Vorhang. Das ist reiner für eure Herzen und ihre Herzen. Und es geziemt euch nicht, den Gesandten Gottes zu belästigen, noch (geziemt es euch), seine Frauen jemals nach ihm zu heiraten. Wahrlich, das würde vor Gott eine Ungeheuerlichkeit sein.“ (33:53)

Das Verbot für die Witwen des Propheten, sich wiederzuverheiraten, traf vor allem Aischa hart, die jüngste seiner Ehefrauen, da sie bei seinem Tod erst 18 Jahre alt und kinderlos war.

Aber es gefiel den islamischen Theologen fast dreizehnhundert Jahre, die Frauen auf diese Weise zu täuschen und sie zur Gefangenschaft in ihrem eigenen Haus zu verurteilen. Sie blieben dabei, dass Frauen und Männer streng voneinander getrennt leben mussten und dass Frauen sich weit vom öffentlichen Leben entfernt halten sollten.

Musste die Frau doch einmal unbedingt das Haus verlassen, etwa um den Arzt oder Verwandte aufzusuchen, dann verhüllte sie sich mit Schleiern und Tüchern, damit kein anderer Mann sie zu Gesicht bekäme. Das wiederum ist eine Fehlinterpretation der Koran-Stellen zu den Kleidungsvorschriften, die sich durch die Jahrhunderte zieht und bis zum heutigen Tag andauert – etwa in der indoktrinierenden Übersetzung des Verses 24:31, wie sie das Islamische Kulturzentrum der Niederlande (ICCN) in guter männlicher Tradition verwendet. Dort steht, dass Frauen ihren Schmuck nicht in der Öffentlichkeit zeigen dürfen:

„Und sprich zu den gläubigen Frauen, dass sie ihre Blicke niederschlagen und ihre Scham hüten und dass sie nicht ihren Schmuck (sina) zur Schau tragen, es sei denn, was davon sichtbar ist. Und dass sie ihren Schleier über ihren Busen schlagen und ihre Schönheit (sina) nicht öffentlich zeigen, sondern nur ihren Ehegatten …“

In dieser Textstelle wird ein und dasselbe Wort, das arabische „sina“, zunächst als Schmuck, dann aber als Schönheit übersetzt, was

Aus dem Niederländischen von Anna Berger.

eine falsche, interpretierende Übersetzung ist, die bislang alle traditionellen Koran-Exegeten so vorgenommen haben. Wenn es verboten ist, seine Schönheit in der Öffentlichkeit zur Schau zu stellen, dann muss auch der ganze Körper bedeckt werden, so lautete ihre Argumentation. Dafür stützen sie sich auf die Worte eines gewissen Ibn Abbas, eines Zeitgenossen des Propheten, der beim Tod Mohammeds 13 Jahre alt war. Die Überlieferung wurde von anderen Erzählern über mehrere Generationen weitergegeben, ehe sie niedergeschrieben wurde. Muss man es nicht sonderbar finden, dass die Kleidungsvorschriften für die muslimischen Frauen bei den islamischen Völkern auf das Hörensagen von einem Zeitgenossen des Propheten zurückgeführt werden statt auf eine eindeutige Passage im Koran, der doch die wichtigste Quelle für den Islam darstellt?

In den heute gern verwendeten Übersetzungen steht das Wort „Schleier“; aber das arabische Wort in dieser Stelle lautet „Chimar“, was damals Umschlagtuch bedeutete. Es ist auch bekannt, dass Kopftücher und Schleier zu dieser Zeit auf der Arabischen Halbinsel nicht üblich waren, sondern später eingeführt wurden, nachdem die Araber diese Mode von anderen Völkern übernommen hatten. In Syrien etwa trugen christliche Nonnen und adlige Damen zum Zeichen ihrer Vornehmheit eine Kopfbedeckung.

All diese Fehlinterpretationen haben der islamischen Welt einen enormen Rückstand eingebracht und sie der Kraft, der Fähigkeiten und der Talente der Hälfte ihrer Bevölkerung beraubt. In einigen Ländern hoben Mitte des 19. Jahrhunderts Koran-Gelehrte zumindest die strikte räumliche Trennung von Mann und Frau auf. In anderen Ländern wie Saudi-Arabien, aber auch unter radikalen Muslimen in den Einwanderungsländern lebt sie fort. Einig sind sich die männlichen Islam-Gelehrten hingegen bis heute beim angeblichen Gebot des schamhaften Verschleierns.

Wenn Frauen ins Gerede kommen, wird die Ehre der Familie verletzt. Probleme mit der Ehre können bis hin zu Ehrenmorden führen, je nachdem, wie orthodox eine Familie an Traditionen und der „eigenen Identität“ festhält!

Auch in den Niederlanden ist dieses Problem bekannt. Etwa 70-mal im Jahr betrifft es Frauen mit oder ohne tödliche Folgen. Gleichzeitig weigern sich immer mehr Frauen, weiterhin die Gebräuche ihrer Herkunftsregion oder der ihrer Eltern zu übernehmen. Von den Männern verlangt die muslimische Gemeinschaft meist nicht, dass sie unberührt bleiben; von den Frauen wird dazu auch noch ein unbescholtener Name erwartet. So wird die Bedeutung der Unberührtheit zu ungeheuren Dimensionen aufgeblasen. Mädchen und ganze Familien leben voller Angst, das Jungfernhäutchen könne zerstört werden. Manche Mädchen, die dennoch Sex vor der Ehe haben, ziehen anale oder orale Praktiken vor, um ihr Hymen intakt zu erhalten, andere lassen es operativ reparieren. Aus medizinischer Sicht ist es ein Märchen, dass bei jedem Mädchen bis zum ersten Geschlechtsverkehr das Jungfernhäutchen intakt sei.

„Wir leben heute und nicht ein Jahrhundert früher oder später.“

Es gibt wichtigere Dinge als die Unberührtheit ihrer Töchter, mit denen sich die muslimische Gemeinschaft auseinandersetzen sollte. Wenn Eltern wirklich gute Eltern sind, wird ihnen das Glück ihrer Töchter, ihr Erfolg im Leben und ihre gute Zukunft mehr bedeuten als die Meinung von Verwandten und Freunden.

Wir brauchen eine neue Theologie; eine Theologie, die sich wirklich für die Menschen interessiert, statt törichte, überlebte Traditionen aufrechtzuerhalten; eine Theologie, die Frauen als Seelenverwandte der Männer sieht und behandelt, die eine Gesellschaft auf der Grundlage allgemeiner humanistischer Prinzipien aufbauen möchte, die eindeutig im Islam vorhanden sind – allgemeine humanistische

Prinzipien, die von den Frauenhassern unter den Theologen vernachlässigt werden.

Was aber sind denn diese allgemeinen humanistischen Prinzipien des Islams? Theoretisch und spirituell erklärt der Koran, dass alle Menschen gleich sind, dass alle aus ein und derselben Seele erschaffen wurden. Theoretisch und spirituell gibt es keine Unterschiede zwischen den Geschlechtern, zwischen den Konfessionen oder den Rassen und Hautfarben. Im Prinzip ist Gott gerecht und barmherzig. Das Problem mit dem Islam liegt freilich darin, dass die Prinzipien, die wesentlichen Werte des Islams ganz anderes aussagen, als es die Regeln, die Gesetze und Vorschriften (das heißt die Scharia) verkünden. Die praktischen Vorschriften und Regeln diskriminieren Frauen, Ungläubige und Andersgläubige wie den Konvertiten Abdul Rahman. Diese Regeln unterscheiden zwischen freien Menschen und Sklaven, sie verhängen Körperstrafen, die weit von dem entfernt sind, was wir unter barmherzig oder gerecht verstehen können.

THOMAS KIST / AP

Islam-Kritik im Film*
Muslime sind verantwortlich

Religionen, auch der Islam, taten, was sie tun konnten, um die Menschen innerhalb der Einschränkungen der bestehenden Kulturen zu zivilisieren. Aber Zivilisation ist ein Prozess, der nie aufhört. Es ist absurd, den Zivilisationsprozess an einem bestimmten Zeitpunkt einzufrieren und zu glauben, dies sei die Endstation.

Der Mensch entwickelt und verändert sich ständig und verändert so auch seine Lebensbedingungen. Religion macht den Menschen bestimmte ethische Prinzipien bewusst. Das Ethische beginnt vielleicht mit der Religion, geht aber weiter und tiefer, als die Religion jemals kommen kann. Deshalb sind wir der Religion dankbar, dass sie die Menschheit auf wichtige menschliche Werte aufmerksam gemacht hat. Der Islam hat den Muslimen die Richtung gezeigt, die Route vorgezeichnet und die ersten Schritte auf dieser Strecke ermöglicht. Aber wir tun uns und dem Islam Unrecht, wenn wir bei diesen ersten Schritten stehenbleiben.

In dieser Zeit und in diesem Teil der Welt verwurzelt zu sein ist mein Ziel. Schweigen wäre Verrat. Es gibt genug Argumente für meine Überzeugung, dass unsere Zeit die beste Zeit ist, in der ein Mensch leben kann; aber auch für das Gegenteil lassen sich Argumente finden. Schließlich ist jedes Zeitalter für den Menschen, der in ihm lebt, das beste Zeitalter. Wir leben heute und nicht ein Jahrhundert früher oder später. Deshalb müssen wir uns auch an die Herausforderungen unserer Zeit heranwagen.

Wir stehen heute vor ganz anderen Voraussetzungen als die ersten Muslime vor vierzehnhundert Jahren. Aber wir als europäische Muslime sind auch dafür verantwortlich, den Frieden in unserer Umgebung zu fördern, harmonisch mit anderen zusammenzuleben, von anderen zu lernen und ihnen die Möglichkeit zu geben, auch von uns zu lernen. Mein Ziel ist es, mich in dieser gastfreundlichen Umgebung unentbehrlich zu machen, die mir alle Möglichkeiten zu meiner Entfaltung geboten hat.

Ich will nicht geduldet oder toleriert werden, ich will unentbehrlich sein. Das ist mein Ehrgeiz für mich und für alle intelligenten Muslime, die dies ebenfalls begriffen haben. ◆

* Szene aus „Submission“ von Theo van Gogh, 2004.

INTELLIGENZ

„Frühstücken macht klug“

Der Medizinpsychologe Siegfried Lehrl, 62, von der Universität Erlangen über eine britische Studie, die die Intelligenz von Nationen vergleicht

SPIEGEL: Ihr Kollege Richard Lynn von der University of Ulster hält uns Deutsche – trotz Pisa – für die intelligenteste Nation Europas. Alles Unsinn?

Lehrl: Lynn ist ein renommierter Forscher, der sich ausgiebig damit befasst hat, wie sich die Intelligenz der Völker unterscheidet.

SPIEGEL: Ist ein solcher Vergleich überhaupt sinnvoll?

Lehrl: Er ist in der Tat schwierig, weil die Zahlen national verzerrt sind. Jedes Land setzt den eigenen Intelligenz-Mittelwert mit 100 Punkten an. Deshalb musste Lynn die Tests auch inhaltlich auswerten und vergleichen.

SPIEGEL: Und dabei zeigt sich, dass die Deutschen Spitzenreiter in Sachen IQ sind?

Lehrl: Sie waren es. Die Untersuchung, bei der sie einen Spitzenwert von 107 erreichten, stammt aus dem Jahr 1981. Bei einer anderen Studie aus dem Jahr 2001 lag dieser Wert nur noch bei 102.

SPIEGEL: Es geht also bergab?

Lehrl: Es sieht leider so aus. Es ist erschreckend. Das Land verliert kognitive Substanz.

SPIEGEL: Führt die moderne Welt zur Verblödung?

Lehrl: Normalerweise ist das Gegenteil der Fall. Das kulturelle Tempo ist heute enorm. Alles geht schnell und hastig, das Gehirn muss ständig reagieren. Das führte dazu, dass der IQ in Deutschland von 1954 bis 1981 um volle 17 Punkte gestiegen ist. Generell gilt: In bäuerlichen Gesellschaften läuft alles ruhiger ab. In Dörfern gehen die Leute sogar langsamer – und sie denken auch nicht so flott.

SPIEGEL: Dann müssten wir doch gut dastehen.

Lehrl: Ja, aber es kann auch zu schnell gehen. Hektik, zu viele Eindrücke und Bilder, die auf einen einstürmen – all das mindert die Aufmerksamkeit und die Denkkraft. Heute kommt nur noch 20 Prozent von dem, was der Lehrer unterrichtet, auch im Kopf des Schülers an. Ständige Kontrolle durch Handys, E-Mails und SMS laugen die jungen Leute aus und mindern ihre geistigen Kräfte, wie eine psychiatrische Studie der Universität London gerade wieder gezeigt hat.

SPIEGEL: Lynn bringt auch das Essen ins Spiel.

Lehrl: Gute Ernährung hat deutliche Auswirkungen aufs Denken. Ein Viertel der Deutschen frühstückt heute nicht mehr. Ergebnis: Es fehlt an Glukose und Sauerstoff im Gehirn. Auch Durst mindert die kognitiven Leistungen. Wir haben mit dem Institut für Sporternährung in Bad Nauheim Versuchspersonen in eine Sauna gesteckt und sie einen Liter ausschwitzen lassen. Im IQ-Test waren sie danach deutlich schlechter.

FRANKBOXLER.DE

Forscher Lehrl

IQ-Hitliste

Durchschnittswerte in verschiedenen europäischen Ländern nach Richard Lynn

Deutsche	107
Niederländer	107
Polen	106
Schweden	104
Italiener	102
Österreicher	101
Schweizer	101
Briten	100
Norweger	100
Belgier	99
Dänen	99
Finnen	99
Tschechen	98
Ungarn	98
Spanier	98
Iren	97
Russen	96
Griechen	95
Franzosen	94
Bulgaren	94
Rumänen	94
Türken	90
Serben	89

DER SPIEGEL

KEYSTONE PRESSEDIENST

Fischölkapseln (Mitte), Vitaminpillen

MEDIZIN

Märchen vom Fisch

Die als Fitmacher gerühmten „Omega-3-Fettsäuren“ sind nicht gesünder als schnödes Schweineschmalz, ihre vermeintlich heilsame Wirkung beruht auf Täuschung. Das belegen Daten aus 89 Untersuchungen, die in der jüngsten Ausgabe des „British Medical Journal“ zusammengefasst sind. Demnach besitzen die in Meeresfischen wie Makrele, Thunfisch oder Hering enthaltenen Fette keine Schutzwirkung gegen Krebs und helfen auch nicht gegen Depressionen. Mediziner der Universität Norwich wiesen sogar nach, dass sie schneller zum Tod führen können. Die Wissenschaftler untersuchten 3114 Personen mit Vorschäden des Herzens, die in großen Mengen Omega-3-Fette zu sich nahmen. Statt zu gesunden, starben sie vermehrt am Infarkt.

STIFTUNG SCHLESWIG-HOLSTEINISCHE LANDESMUSEEN SCHLOß GOTTORF

Moorleichen „Mann von Osterby“, „Mädchen von Windeby“

ARCHÄOLOGIE

Vegetarier im Moor

Fleisch war im alten Germanien womöglich ein Luxusessen, das sich nur wenige leisten konnten. Das legt eine Untersuchung an fünf im Schleswiger Landesmuseum aufbewahrten Moorleichen nahe, die aus der Zeit um Christi Geburt stammen. Anhand von Haaranalysen der konservierten Körper konnte die kanadische Anthropologin Heather Gill-Robinson zeigen, dass die Menschen der norddeutschen Eisenzeit ungewöhnlich selten tierische Proteine zu sich nahmen und „höchstens mal ein Kaninchen aßen“. Aber auch Fisch und Meeresfrüchte wurden von den Leuten verschmäht, obwohl sie direkt an der Küste lebten. Die Medizinerin machte bereits vor einigen Wochen Schlagzeilen, als sie anhand von Erbgutanalysen das wahre Geschlecht des „Mädchens von Windeby“ enttarnte – es erwies sich als ein schwächlicher etwa 15-jähriger Junge. Einige Torfmumien aus Schleswig haben nach Angabe der Forscherin manipulierte Skelette. Der wegen seines seitlichen Haarknotens bekannte „Mann von Osterby“ etwa besitzt einen anmontierten fremden Unterkiefer. Bei der „Moorleiche von Rendswühren“ zeigte sich im Röntgenbild sogar, dass der Schädel fehlt. Die Kopfhaut ist geschickt mit einem Material ausgesteift. Entwendet wurde der Totenkopf offenbar von dem Mediziner Rudolf Virchow, der den 1871 entdeckten Sensationsfund in der Berliner Charité sezierte. Offiziell schnitt er dabei dem Körper nur die Zunge heraus und entfernte einige Backenzähne.

NOBELPREISTRÄGER

Freispruch für Butenandt

ULLSTEIN BILDERDIENST

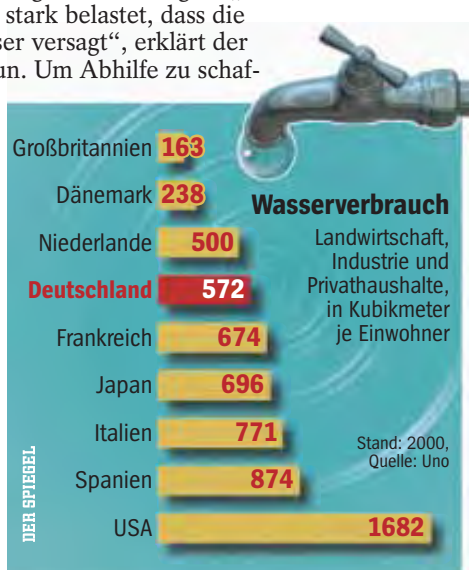
Biochemiker Butenandt (1944)

Der Chemie-Nobelpreisträger des Jahres 1939, Adolf Butenandt, war in keine Nazi-Gräuel verstrickt; er verdrängte weder jüdische Professoren aus ihrem Amt, noch betrieb er während des Zweiten Weltkriegs Menschenexperimente. Das besagt eine Untersuchung am Max-Planck-Institut für Experimentelle Medizin in Göttingen. Butenandt, der als Erster ein Sexualhormon, das Östron, isolierte und 1935 einen Ruf nach Harvard ausschlug, wurde verdächtigt, in seinem Labor Blutseren aus Auschwitz benutzt zu haben. Auch warf man ihm vor, er habe von Versuchen in Unterdruckkammern gewusst, bei denen epileptische Kinder starben. „Keiner dieser Vorwürfe trifft zu“, meint nun der Immunchemiker Norbert Hilschmann, dessen Arbeit sich auf alte Institutsdokumente und persönliche Briefe Butenandts stützt. Am 13. Juni werden die Ergebnisse in der Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina in Halle vorgelegt.

UMWELT

Arznei im Abwasser

Jeder Mensch entlässt pro Tag etwa 1,5 Liter Urin in die Umwelt – und damit zugleich Medikamentenreste wie Antibiotika, aber auch Verhütungshormone, die im Verdacht stehen, Fische zu verweiblichen und zur Abnahme von Spermien in der männlichen Samenflüssigkeit beizutragen. „Krankenhaustoiletten sind zum Teil so stark belastet, dass die Aufbereitung der Abwässer versagt“, erklärt der Mikrobiologe Ulrich Braun. Um Abhilfe zu schaffen, hat er gemeinsam mit der Technischen Universität Hamburg ein „Trennklo“ entwickelt, das beim Aufsitzen über einen Sensor ein Extrarohr öffnet. Durch dieses wird der Urin dann unverdünnt abgeleitet. Die Ausscheidungen umweltoffen zu entsorgen sei gefährlich, so der Forscher, weil dies zu einer „flächigen Verbreitung von multiplen Resistenzen gegen Antibiotika“ beitrage.



Bewohner von Kaltwasserriffen*: *Die Korallen lösen sich auf – ein schleichender Prozess, vergleichbar mit der Osteoporose beim*

MEERESFORSCHUNG

Die Zukunft ist sauer

Das Treibhausgas Kohlendioxid versauert die Meere. Erste Opfer könnten die Kaltwasserkorallen sein, die vermutlich sämtliche Schelfränder der Kontinente besiedeln. Aber auch das Plankton der offenen Meere ist bedroht – und damit die Basis der marinen Nahrungskette.

Der Skagerrak im März ist ein graues Meer. Doch unter den Wellen, auf 100 Meter Wassertiefe, wächst ein mariner Zaubergarten.

Weißliche Steinkorallen blitzen im Scheinwerferkegel des Tauchboots „Jago“. Rotbarsche und Franzosendorsche huschen vorbei. Seesterne, Seeigel, Manteltiere, langbeinige Krabben und gelbliche Schwämme leben inmitten der Korallen.

Direkt in der Sichtkuppel von „Jago“, noch vor Pilot Jürgen Schauer, hat Ulf Riebesell Platz genommen, um das Riff zu studieren. Nach dreistündiger Tauchfahrt ist der Wissenschaftler vom Leibniz-Institut für Meereswissenschaften IFM-Geomar in Kiel hingerissen: „Einige der untermeerischen Berge dort unten sind komplett mit prachtvollen Korallenstöcken bedeckt“, schwärmt Riebesell: „Der Anblick ist einfach überwältigend.“

Am Übergang zwischen Nord- und Ostsee, nur wenige Seemeilen vor der Küste Norwegens, besuchte Riebesell zusammen mit Kollegen in der vergangenen Woche den märchenhaften Korallengarten. Der Grund für die Expedition an Bord des Forschungsschiffs „Alkor“: Der bisher kaum erforschte Lebensraum am Meeresgrund ist dem Untergang geweiht.

„Die Kaltwasserkorallen könnten die ersten Organismen sein, die der Versauerung der Ozeane zum Opfer fallen“, sagt Riebesell. Ein Anfang der Woche im Fachblatt „Frontiers in Ecology and the Environment“ erschienene Studie bestätigt den

KAREN HISSMANN / IFM-GEOMAR

Meeresbiologe Riebesell*: *„Wir wollen den Ozean von morgen simulieren“*

* Oben: Schlangenstern, Tiefseekrebs, Polypen einer Hornkoralle; unten: mit Steinkoralle vor dem Tauchboot „Jago“.

F. GRAINER / WILDLIFE (L. + R.); QUEST-ROV / MARUM-BREMEN (M.)

Menschen

Meeresbiologen. 70 Prozent des heutigen Lebensraums der Korallenstöcke könnten bereits Ende des Jahrhunderts nicht mehr für diese Organismen geeignet sein, berichten dort Experten um John Guinotte vom Marine Conservation Biology Institute in Bellevue im US-Staat Washington.

„Stellen Sie sich vor, Sie lassen Salzsäure auf Kreide tropfen“, sagt André Freiwald von der Universität Erlangen-Nürnberg, einer der Co-Autoren der Studie. „Die Kreide würde sich sofort auflösen; ähnlich könnte es den Korallen ergehen.“

Freiwalds Sorge gilt einer schleichenden Veränderung, die die Meere ergriffen hat. Als Schuldigen haben Forscher das Treibhausgas Kohlendioxid ausgemacht. Seine Konzentration in der Atmosphäre steigt stetig an – eine Folge der Verbrennung fossiler Energieträger wie Kohle oder Öl. Ein Drittel dieses Gases löst sich als Kohlensäure im Meer. Konsequenz: Die Ozeane werden saurer.

„Falls sich der Treibhausgasausstoß ungebremst fortsetzt, könnte es zur stärksten Ozeanversauerung der letzten 300 Millionen Jahre kommen“, sagt Freiwald. Tatsächlich hat sich schon heute der pH-Wert des Seewassers – ein Maß für den Säuregrad – merklich verändert. Bis 2100 rechnen Forscher mit einer deutlichen Verschärfung des Effekts.

„Für viele Muscheln, Schnecken oder Korallen könnte es künftig sehr schwierig werden, ihre Schalen oder Skelette zu bilden oder aufrechtzuerhalten“, erläutert Freiwald. Denn das gelöste Kohlendioxid verringert die Verfügbarkeit von Karbonat im Seewasser, einem Rohstoff, den die Tiere zum Aufbau ihrer Kalkskelette benötigen. Die Folgen: Die Tiere werden zerbrechlicher, und sie wachsen erheblich langsamer. Vermutlich werden die tropischen Korallen nur noch halb so dicke Skelette bilden können, falls sich die Kohlendioxidkonzentration in der Atmosphäre verdoppelt. Noch anfälliger für die zersetzende Kraft der Versauerung aber könnten die Kaltwasserkorallen sein, befürchten die Forscher.

Denn nicht nur in den lichtdurchfluteten Gewässern der Tropen leben Korallen. Einige Vertreter dieser Tiergruppe hausen auch in kalten, stockdunklen Gewässern. Anders als ihre Warmwasservettern leben Kaltwasserkorallen nicht mit symbiotischen Algen zusammen und brauchen daher auch kein Sonnenlicht, um zu wachsen. Entscheidend dagegen ist die Wassertemperatur. Zwischen 4 und 13 Grad muss sie liegen, damit die nur millimetergroßen Korallenpolypen überleben können.

Im Nordatlantik sind Exemplare der besonders weitverbreiteten Steinkoralle Lophelia pertusa schon in über 3000 Meter Tiefe gesichtet worden. In norwegischen Fjorden leben die Tiere, die mit winzigen Tentakeln Plankton aus der Strömung angeln, auch schon 40 Meter unter dem Meeresspiegel. Die Tiefen des Golfs von Mexiko haben Steinkorallen genauso erobert wie die Gewässer um die Philippinen, wo sie sogar besonders artenreich zu sein scheinen.

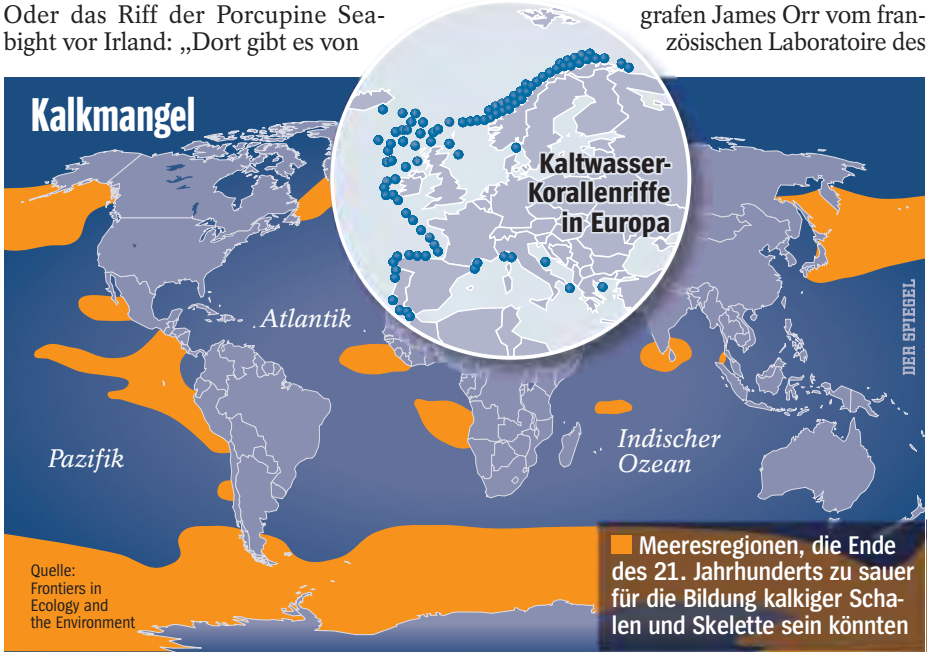
„Wir gehen davon aus, dass sich Kaltwasserriffe entlang der Schelfränder aller Kontinente erstrecken. Weltweit nehmen sie damit möglicherweise sogar eine noch größere Fläche als ihre tropischen Pendants ein“, sagt Freiwald. Besonders beeindruckend ist ein Riffgürtel, der sich in lockerer Folge von der arktischen Barentssee bis hinunter nach Westafrika zieht. Teil dieser Struktur ist das erst 2002 entdeckte Røst-Riff südwestlich der Lofoten, mit 40 Kilometer Länge das bislang größte bekannte Kaltwasserkorallenriff der Erde. Oder das Riff der Porcupine Seabight vor Irland: „Dort gibt es von Korallen gebildete Karbonathügel, die über hundert Meter hoch und bis zu zwei Millionen Jahre alt sind“, berichtet Freiwald.

Nur maximal 25 Millimeter pro Jahr wachsen die Kaltwasserriffe in die Höhe. Einmal zerstört, dauert es Jahrhunderte, bis sie sich regeneriert haben. Ungemach droht ihnen derzeit vor allem von Fischern, die mit bis zu sechs Tonnen schweren Grundschleppnetzen Schneisen der Verwüstung in die Riffe reißen. „In den skandinavischen Gewässern sind bereits 50 bis 60 Prozent der Riffe durch die Fischerei zerstört oder beschädigt“, schätzt Freiwald. Noch schwerer allerdings könnten künftig die Folgen der steigenden Kohlendioxidkonzentrationen wiegen: Wird das Meer immer saurer, lösen sich die Tiere schlicht auf.

„Die Schleppnetze zertrümmern die Korallen“, sagt der Amerikaner Guinotte. Die Versauerung der Ozeane jedoch werde ihren Skelettaufbau behindern – ein schleichender Prozess, den Guinotte mit der Osteoporose beim Menschen vergleicht.

Aus Aragonit, einer mineralischen Form des Kalziumkarbonats, formen Lophelia und ihre Verwandten das Skelett. Aragonit jedoch ist leicht löslich und sehr empfindlich gegenüber Änderungen des pH-Werts. Das Problem für die Kaltwasserkorallen: Just dort, wo sie leben, in der Tiefe und in kaltem Seewasser, ist das Meer wegen des hohen Drucks und der niedrigen Temperatur ohnehin schon saurer als in der Nähe der Wasseroberfläche.

Verschärft sich die Situation weiter und werden die Kohlendioxid-Emissionen nicht drastisch reduziert, bekommen die Kaltwasserkorallen daher die Versauerung vermutlich als Erste zu spüren. Besonders bedroht sind die Gewässer rund um die Antarktis und im nördlichen Pazifik. Im September vergangenen Jahres legte ein Team um den Ozeanografen James Orr vom französischen Laboratoire des



Sciences du Climat et de l'Environnement eine Studie vor, derzufolge das Meer in diesen Gebieten schon Ende des Jahrhunderts so versauert sein wird, dass sich selbst an der Meeresoberfläche Kalkstrukturen auflösen. Die aktuelle Studie der Forscher um John Guinotte bestätigt diesen Befund (siehe Grafik Seite 167).

Sorgen bereiten den Wissenschaftlern dabei vor allem gepanzerte Planktonorganismen wie etwa einzellige Algen, die Coccolithophoriden, oder winzige marine Flügelschnecken. Diese Organismen sind besonders wichtig für das marine Ökosystem, weil sie an der Basis der gesamten Nahrungskette stehen. Den Algen räumen die Forscher noch eine etwas längere Galgenfrist ein, weil sie Schalen aus Kalzit haben, einer etwas standhafteren Form des Kalziumkarbonats. Die Flügelschnecken jedoch tragen Aragonitpanzer. Sie könnten aus manchen Meeresgebieten schon in wenigen Jahrzehnten vollständig verschwinden. Auch die Fischindustrie würde leiden. Denn am oberen Ende der Nahrungskette stehen wirtschaftlich bedeutende Fischarten wie Lachs, Kabeljau oder Makrele.

Drastische Folgen könnte auch das Absterben der Kaltwasserkorallen haben. „Weltweit sind von diesen Tieren bislang nur etwa zehn riffbildende Arten entdeckt worden", sagt Freiwald, „sie jedoch sind Grundlage einer ausgesprochen vielfältigen Lebensgemeinschaft." Allein im Nordostatlantik haben Forscher inzwischen 1300 verschiedene Tierarten entdeckt, die in den Korallenriffen leben. Zudem nutzen zahlreiche Fischarten die Unterwasserstrukturen als Kinderstube. Freiwald: „Die Vielfalt ist vermutlich vergleichbar mit der tropischer Korallenriffe."

„Lösen sich die Korallen auf, könnte die ganze spezialisierte Riffgemeinschaft aus Tiefseefischen, Krebsen und Weichtieren mit ihnen untergehen", warnt auch der Kieler Forscher Riebesell. Insgesamt 28 Korallenstöcke haben der Meeresbiologe und seine Kollegen mit dem Greifarm des Tauchboots „Jago" in der vergangenen Woche aus dem Skagerrak geborgen. Am vergangenen Donnerstag erreichte die zerbrechliche Fracht unversehrt das Forschungsaquarium des IFM-Geomar in Kiel. Dort hofft Riebesell nun, die genauen Folgen der Versauerung im Labor ergründen zu können.

„Wir wollen den Ozean der Zukunft simulieren", sagt der Forscher. Künstlich mit Kohlendioxid angereichertes Wasser soll schon bald die filigranen Korallenpolypen umspülen. Zunächst jedoch müssen sich die empfindlichen Tiere an ihre neue Heimat gewöhnen. Eine gute Portion Skagerrak soll ihnen die Sache erleichtern. 24 Tonnen Tiefenwasser aus der Riffgegend hat Riebesell eigens nach Kiel transportieren lassen – „damit sich die Korallen gut bei uns einleben können". Philip Bethge

DPA

Anatomische Puppen (mit verhüllten Geschlechtsteilen): *„So ein Schwein. Das haben wir uns doch immer schon gedacht“*

SPIEGEL-GESPRÄCH

„Er hat nur Fieber gemessen“

Oberstaatsanwältin Gabriele Gordon über sexuellen Missbrauch, falsche Erinnerungen und ihren neuen Kriminalroman

SPIEGEL: Frau Gordon, in Ihrem neuen Krimi schlägt sich Oberkommissarin Friederike Weber immer wieder mit Falschanzeigen wegen Vergewaltigung herum. Spricht daraus Ihre Erfahrung als Oberstaatsanwältin?

Gordon: Ich bearbeite hier in Neuruppin im Jahr ungefähr 200 Anzeigen von Sexualdelikten. Nur 20 kommen zur Anklage, 170 werden eingestellt. In zehn Fällen drehe ich den Spieß sogar um und klage wegen bewusster Falschaussage an.

SPIEGEL: Sind Sie denn sicher, dass in diesen Fällen die Anschuldigungen falsch sind?

Gordon: Eingestellt werden die Verfahren, weil sich kein nachweisbar schuldiger Täter ausmachen lässt, weil der Anzeigende psychisch krank ist oder weil sich seine Erinnerungen als falsch herausstellen. Die Wahrheitsermittlung in diesen Verfahren gehört zum Schwierigsten, was der Justizapparat leisten muss.

SPIEGEL: Warum?

Gordon: Fast immer fehlen Beweise und Indizien, vor allem, wenn der Vorfall schon lange zurückliegt. Dann steht Aussage gegen Aussage. Oft sind die Angaben zum Tathergang wirr. In den seltensten Fällen lügen die Leute bewusst und mit Absicht. Häufig fühlt sich eine Frau missbraucht oder vergewaltigt, aber der Tatbestand ist nicht erfüllt: Zwischen dem Gefühl, ausgeliefert zu sein, und dem Straftatbestand liegen manchmal Welten.

SPIEGEL: Kommissarin Weber vernimmt ein Mädchen, das fest daran glaubt, missbraucht worden zu sein, obwohl sich der beschuldigte Stiefvater ihr nie genähert hat.

Gabriele Gordon

veröffentlicht unter ihrem Mädchennamen Gabriele Wolff Kriminalromane. Im bürgerlichen Alltag arbeitet die 50-jährige Trägerin des renommierten Friedrich-Glauser-Preises für Kriminalliteratur als Oberstaatsanwältin im brandenburgischen Neuruppin und ist dort zuständig für Jugendschutzdelikte und Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung. Thema ihres neuen Romans („Ein dunkles Gefühl“. Haymon Verlag, Innsbruck; 252 Seiten; 19,90 Euro) ist die diffizile Ermittlungsarbeit in Fällen von sexuellem Missbrauch.

NICOLE MASKUS

Gordon: Auch das kenne ich aus meiner Arbeit. Menschen halten ein Geschehen für wirklich, obwohl es in Wahrheit nie passiert ist. Häufig haben sich da Erinnerungen verschoben. Und manchmal auch neue subjektive Wahrheiten gebildet. Da gilt es aufzudröseln, wie es zu dieser Wahrnehmung gekommen ist.

SPIEGEL: Können Sie ein Beispiel schildern?

Gordon: Ich habe mal den Fall einer 16-Jährigen bearbeitet, die behauptete, der frühere Lebensgefährte ihrer Mutter habe sie nachts immer angefasst. Der Mann stritt das ab. In solchen Fällen muss man überprüfen, wann dieser Vorwurf das erste Mal erhoben worden ist und wem gegenüber.

SPIEGEL: Und das ließ sich bei dieser 16-Jährigen rekonstruieren?

Gordon: Sehr genau sogar. Denn sie schrieb mit ihrer Freundin im Wechsel Tagebuch und tauschte sich mit ihr über Angst- und Lustträume aus. In einem der Träume tauchte dieser Lebensgefährte der Mutter auf. Die Freundin schrieb daraufhin: „Woher weißt du, ob das nicht wirklich so geschehen ist, ob der das nicht wirklich gemacht hat?“ Irgendwann findet sich dann der Eintrag im Tagebuch: „Es ist also doch wahr gewesen. Das hat der gemacht.“ Und die Freundin hat dann noch bestätigend geantwortet: „So ein Schwein. Das haben wir uns doch immer schon gedacht.“ In der Vernehmung war das Mädchen dann überzeugt, die Wahrheit zu sagen. Man kann solche nachträglichen Erinnerungsverfälschungen selten so klar nachweisen wie mit Hilfe eines Tagebuchs. Aber sie kommen oft vor.

THEODOR BARTH / ZEITENSPIEGEL

Urteilsverkündung im Wormser Missbrauchsprozess*: *„GAU des Rechtsstaats“*

SPIEGEL: Das klingt nach den Studienergebnissen der amerikanischen Rechtspsychologin Elizabeth Loftus. Im Experiment gelang es ihr in einem Viertel der Fälle, ihren Probanden weiszumachen, sie seien als Kind mal in einem Einkaufszentrum verlorengegangen. Viele schmückten die falsche Erinnerung sogar noch detailreich aus.

Gordon: Wir machen uns bei der Wahrheitsfindung immer noch zu wenig Gedanken darüber, in welchem Maß Erinnerungen beeinflusst werden können. Neulich habe ich bei einer Fortbildung ein Video gesehen. Es war erschreckend zu sehen, wie ein Kind dazu gebracht werden kann, ungemein lebhaft von einem Reitunfall zu erzählen, den es gar nicht gab.

SPIEGEL: Erzählen Sie.

Gordon: Das Kind hatte mehrere Termine bei einem Psychologen. Beim ersten Mal lief der Dialog folgendermaßen: „Deine Eltern haben mir erzählt, du bist mal vom Pferd gefallen.“

„Nein, ich bin nicht vom Pferd gefallen.“

„Aber geritten bist du?“

„Mmh, auf dem Pferd und auf dem Elefanten im Zirkus, vom Elefanten bin ich nicht runtergefallen.“

SPIEGEL: Und dann?

Gordon: Beim zweiten Gespräch begann der Psychologe gleich mit der Frage: „Wie war das denn, als du vom Pferd gefallen bist?“ Und das Kind antwortete: „Och, hat gar nicht wehgetan.“ Und in der fünften Version hat das Kind dann in allen Einzelheiten von dem Sturz erzählt – und 30 Prozent der Sachverständigen hielten diese Version für glaubwürdig.

SPIEGEL: Und das Kind selbst war auch überzeugt, die Wahrheit zu erzählen?

Gordon: Ja. Im Grunde sind ja fast alle unsere Erinnerungen Konstruktionen. In einer Familie hat auch jeder seine eigene Wahrheit von den gemeinsamen Urlaubserlebnissen. Und jedes Erleben wird in Gedanken immer wieder neu überschrieben, von neuen Vorstellungen und neuen Eindrücken. Manche Menschen meinen gar, sich an ihre ersten drei Lebensjahre zu erinnern – obwohl Psychologen und Hirnforscher das für unmöglich halten …

SPIEGEL: … weil sich das Langzeitgedächtnis erst nach dem dritten Geburtstag entwickelt.

Gordon: Genau. Aber der Mensch funktioniert eben so, dass er ein Ereignis rückblickend in das Deutungsmuster seines Lebens einordnet. Er sucht nach sinnvollen Erklärungen für den Verlauf seiner Biografie und setzt sie im Nachhinein in einen logischen Zusammenhang.

SPIEGEL: Und das schließt sogar ein, dass sich ein gesunder Mensch einen sexuellen Missbrauch einbildet, um sein Leben sinnvoller erscheinen zu lassen?

Gordon: Durchaus. Solche Menschen sind in der Regel ja nicht glücklich. Wer als Erwachsener unglücklich ist, sucht den Ursprung oft in der Vergangenheit. Tatsächlich beziehen sich die meisten Fälle, mit denen ich zu tun habe, auf Kindheitserinnerungen. Das bedeutet aber, dass die Zeugen in uralten Erinnerungskonstruktionen herumkramen müssen. Der Gesetzgeber hat es so gewollt: Seit 1994 beginnt die Verjährungsfrist bei sexuellem Missbrauch ja erst mit dem 18. Lebensjahr des Opfers.

SPIEGEL: Wie gehen Sie in einem solchen Fall vor?

Gordon: Mit einer Mischung aus Logik und Psychologik. Ich frage also: Passt das, was jemand erzählt, zu seiner Persönlichkeit und seiner Sicht auf die Welt? Wenn der Vorfall schon lange zurückliegt, muss man sich etwa fragen, warum er jetzt erst angezeigt wird. Vielleicht hat sich in der Zwischenzeit der Beschuldigte in der Wahrnehmung des Klägers ja von einem vertrauten Menschen zu einem Monster entwickelt. So etwas gibt es.

SPIEGEL: Wie entscheiden Sie, welche Psychologik Sie für wahr halten? In sich sind womöglich die Geschichten aller Beteiligten stimmig.

Gordon: Damit kämpft ja meine Kommissarin. Alle erscheinen ihr glaubhaft: die verstörte Tochter, die Anzeige erhebt; die abwehrende Mutter; der beschuldigte Stiefvater. Also muss sie mit den Mitteln der Logik die wenigen greifbaren Details dieser psychologisch stimmigen Geschichten überprüfen. Ich hatte mal einen ähnlich gelagerten Fall, da klang alles ein bisschen zu sehr nach perfektem Alptraum: ein einsamer Wald auf der Rückfahrt vom Arzt nach Hause; die Tat im Auto des Vaters. Schließlich stellte sich heraus: Die Familie wohnte zur angegebenen Tatzeit nicht an der beschriebenen Strecke; den Wald gab es nicht und auch kein Familienauto.

SPIEGEL: Und wieso kam es zur Anzeige?

Gordon: Die junge Frau war von ihrer Schwiegermutter beim Klauen erwischt worden. Und die hat gefragt: „Sag mal, wieso klaust du? Bist du als Kind missbraucht worden?“ Die Schwiegertochter fand diese Erklärung wohl zu entlastend, um sie nicht für möglich zu halten.

SPIEGEL: Kennen Sie noch andere Motive für unbegründete Anzeigen?

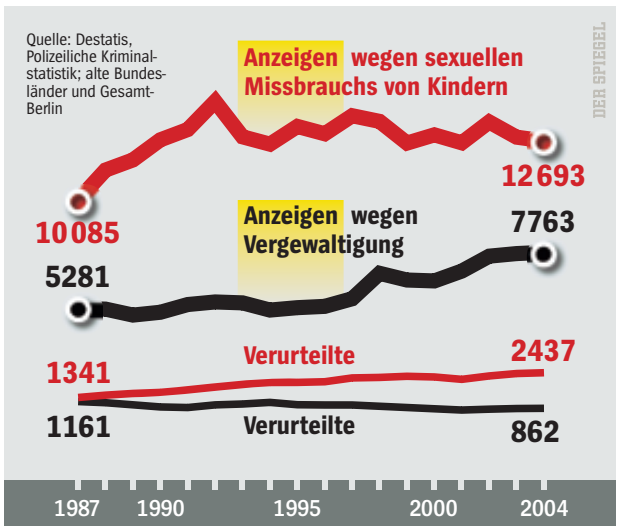
* Im Mainzer Landgericht 1996.

JOCHEN TACK / DAS FOTOARCHIV

Videovernehmung eines Kindes (bei der Düsseldorfer Polizei): *„Wer die Welt in Gut und Böse teilt, wird kaum die Wahrheit finden“*

Gordon: Da gibt es eine Menge. Bei Kindern und Jugendlichen ist es oft das Gefühl mangelnder Zuwendung und Liebe. Sie reagieren auf eine gestörte Bindung zur Mutter. Der Vorwurf, der Mann oder Lebensgefährte habe etwas mit dem eigenen Kind, trifft ja die Mutter am meisten: Sie verspürt Entsetzen und Eifersucht. Und sie ist gezwungen, sich zwischen Kind und Mann zu entscheiden. Hinter vielen Anzeigen verbergen sich solch tragische innere Konflikte: Nach einem Seitensprung erzählt die Frau dem eifersüchtigen Ehemann, der andere habe sie gezwungen; und der Ehemann fordert von ihr, sozusagen als Bekenntnis, den Nebenbuhler wegen Vergewaltigung anzuzeigen. Oder Jugendliche halten ihr ereignisloses Leben nicht aus und flüchten sich in Phantasien. Heute, wo in Talkshows über Themen wie „Ich liebe Ziegen“ geredet wird, wollen auch sie ein Leben voller Aufregung und Drama.

SPIEGEL: Manchmal legen auch Therapeuten ihren Klienten nahe, sie seien missbraucht worden. In den USA beschäftigten in den neunziger Jahren Hunderte solcher Fälle die Öffentlichkeit.



Gordon: Da gilt es zu fragen: Welche Erinnerungen gab es vor der Therapie? Mit wem wurden sie geteilt, lassen sich diese Personen heute noch befragen? Fälle von therapeutisch induzierter „false memory“, also falscher Erinnerung, kommen auch in Deutschland noch zu oft vor.

SPIEGEL: Für die wirklichen Missbrauchsopfer ist es ein riesiger Fortschritt, dass ihnen heute eher geglaubt und geholfen wird als noch vor fünfzig Jahren. Die Organisation Dunkelziffer geht immerhin von 200 000 missbrauchten Kindern aus.

Gordon: Ich halte die Zahl für übertrieben. Natürlich gibt es sexuellen Missbrauch. Aber niemand kann sagen, wie oft Menschen missbraucht werden, ohne dass es zur Anzeige kommt. Ich rede deshalb vom Hellfeld der Anzeigen – und das ist speziell. In Sorgerechts- und Umgangsverfahren ist es mittlerweile ein Klassiker, dass Mütter ihre geschiedenen Ex-Männer verdächtigen. Neu hinzugekommen sind die Väter, die nun auch die neuen Lebensgefährten der Mütter beschuldigen.

SPIEGEL: Aus Boshaftigkeit oder weil sich ihre Wahrnehmung so verändert hat, dass sie ihren ehemaligen Partner mittlerweile für einen Unmenschen halten?

Gordon: Beides kommt vor. Außerdem gibt es noch den Typus überengagierte Babysitterin, die zwei Vierjährige beim Doktorspiel beobachtet und darin ein Zeichen sieht. Oder die Nachbarin, die Geräusche hört. Oder die Urlauberin, die in der Ferienanlage herumschleicht und alarmiert ist, weil sich der Vater über die Tochter beugt – dabei hat er nur Fieber gemessen. In meiner Abteilung hat sich die Zahl der Anzeigen in den vergangenen zwölf Jahren verdoppelt. Meist reichen sie nicht weit, und das Verfahren wird schnell eingestellt. Doch die Familie muss mit dem Vorfall leben, mit dem Misstrauen und dem Skandal. Viele zerbrechen daran.

SPIEGEL: Sie erheben Vorwürfe gegen übereifrige Nachbarn und Kindergärtnerinnen. Ist Gleichgültigkeit nicht viel allgegenwärtiger? Immerhin verhungern in Deutschland Kinder bei ihren Eltern, und niemand merkt etwas davon.

Gordon: Das ist ja das Denkwürdige. Obwohl die Folgen grausamer Kindesmisshandlungen genauso schlimm sein können, steht im öffentlichen Bewusstsein das Thema Missbrauch an erster Stelle. Das Wort erfährt eine Inflation; manche Sechsjährige plappern schon ganz locker von Missbrauch. Und so muss ein Mann, der liebevoll mit seinem Enkel umgeht, Angst haben, als Fummel-Opa zu gelten. Gleichzeitig steigt allgemein die Bereitschaft, sich als Opfer zu fühlen. Überall gibt es sie, die Opfer: Rentenopfer, Scheidungsopfer, Opfer der Rechtschreibreform.

SPIEGEL: Woran liegt diese Fixierung auf den Missbrauch?

Gordon: Unter anderem am Fernsehangebot. In einem meiner Fälle hatten Kinder das RTL-Fernsehgericht nachgespielt, die Kleinste in der Rolle des sexuell missbrauchten Opfers. Die Lehrerin hat es nicht als Spiel erkannt, und die Oma hat den Vorfall als Waffe gegen den Schwiegersohn benutzt, den sie nicht leiden konnte. Der saß dann eine Woche im Gefängnis – und das ist wenig. Im französischen Outreau brachte ein Untersuchungsrichter 14 Unschuldige für Jahre hinter Gitter. In den Wormser Missbrauchsprozessen wurden 25 unschuldige Männer und Frauen angeklagt, viele saßen in Haft. So etwas ist der GAU des Rechtsstaates.

SPIEGEL: Haben Sie nicht andererseits Angst, Schuldige laufen zu lassen, so skeptisch, wie Sie auf die Anzeigen reagieren?

Gordon: Das Prinzip lautet: im Zweifel für den Angeklagten. Und meine Skepsis ist angebracht: Wir sind übersensibilisiert und halten die vermeintlichen Opfer oft von vornherein für glaubwürdiger als die vermeintlichen Täter. Das widerspricht dem Prinzip der Wahrheitsfindung.

SPIEGEL: Und warum, glauben Sie, versagt der Rechtsstaat?

Gordon: Häufig sind die psychologischen Gutachten nicht sorgfältig genug. Ich habe einen Fall bearbeitet, in dem ein Gutachter übersehen hat, dass die Mutter ihre Tochter verabscheute. Das Kind tat alles, um Aufmerksamkeit zu erlangen: Es kotete und nässte ein, und dann beschuldigte es den Stiefvater. Tatsache war aber: Die Mutter war in ihrer Kindheit missbraucht worden, und die Tochter wusste das. Irgendwie hoffte sie, ein gleiches Schicksal würde sie der Mutter näherbringen. Zu den Mängeln der Gutachten kommt, dass es in Brandenburg schlicht an Ressourcen fehlt: Wir haben bei der Kripo keine Spezialdezernate für Sexualdelikte und kaum psychologisch geschulte Kommissare. Das merkt man den Vernehmungen an: In der Regel liegt mir für meine Entscheidungen kein genaues Wortprotokoll vor.

SPIEGEL: In anderen Bundesländern läuft es professioneller: Frühzeitig vor dem Prozess wird ein Glaubwürdigkeitsgutachten erstellt. Oft wird die Erstvernehmung auf Video aufgezeichnet. Dem Opfer bleibt dadurch eine mehrmalige Vernehmung erspart – und es liegt ein Dokument vor, das nicht durch wiederholtes Erzählen verfälscht werden kann.

NICOLE MASKUS

Krimi-Autorin Gordon beim SPIEGEL-Gespräch*

„Fast alle Erinnerungen sind konstruiert“

Gordon: Das erleichtert manches. Allerdings bewahrt auch das nicht vor Fehlern – und die machen auch Staatsanwälte. Bedenklich wird es vor allem, wenn sie sich mit vermeintlichen Opfern verbrüdern. Wer die Welt von vornherein in Gut und Böse einteilt, wird kaum die Wahrheit finden. Doch Distanz zu wahren ist nicht immer leicht – schließlich blickt jeder durch die Brille seiner eigenen Erfahrungen.

* Mit den Redakteurinnen Katja Thimm und Cordula Meyer.

SPIEGEL: Zumindest gelegentlich wird die Wahrheitssuche doch wohl auch einen tatsächlichen Missbrauch ans Licht bringen?

Gordon: Natürlich. In den zehn Prozent der Anzeigen, die ich zur Anklage brachte, habe ich noch nie einen Freispruch kassiert.

SPIEGEL: Für die Opfer sind die Gerichtsverfahren oft eine Tortur. Wie wird ihnen geholfen?

Gordon: Im juristischen Verfahren gibt es ja den Rechtsanwalt als Opferbeistand. Auch Begleitprogramme, in denen man Kindern vor einer Verhandlung den Gerichtssaal zeigt und erklärt, sind wichtig. Und wenn jemand eine Therapie braucht, muss er die selbstverständlich bekommen. Ich weigere mich nur zu glauben, dass jeder Mensch von psychologischer Aufarbeitung zwangsläufig profitiert.

SPIEGEL: Was lässt Sie daran zweifeln?

Gordon: Das ständige Reden über den Missbrauch kann auch dazu führen, dass der Schrecken dem Vergessen entrissen wird – vor allem bei Kindern. Deshalb sollte man den Opfern Therapien nicht pauschal verordnen. Schließlich muss die Wahrheit von dem bewältigt werden, den sie betrifft. Erst heute habe ich ein Gespräch geführt, in dem jemand lieber den Schlussstrich ziehen als die Wahrheit durchfechten wollte. Das muss man akzeptieren.

SPIEGEL: Frau Gordon, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

H.-B. HUBER / LAIF

Visionär Rinecker, Protonenanlage
Traum vom paneuropäischen Imperium

MEDIZIN

Tumor im Teilchenstrahl

In München, Köln, Marburg und Essen entstehen derzeit Protonenschleudern zur Behandlung von Krebs. Die Methode begeistert die Investoren mehr als die Ärzte.

Das Angebot klingt verlockend: 176 Prozent Gewinn verspricht ein geschlossener Immobilienfonds der Hannover Leasing. Die Traumrendite sollen weder Bürotürme noch Luxuslofts abwerfen – es geht um Hightech aus dem Medizinbereich: Der Fonds finanziert einen Glaspalast im Münchner Süden, in dessen Inneren sich eine gewaltige Teilchenkanone zur Behandlung von Tumorpatienten verbirgt.

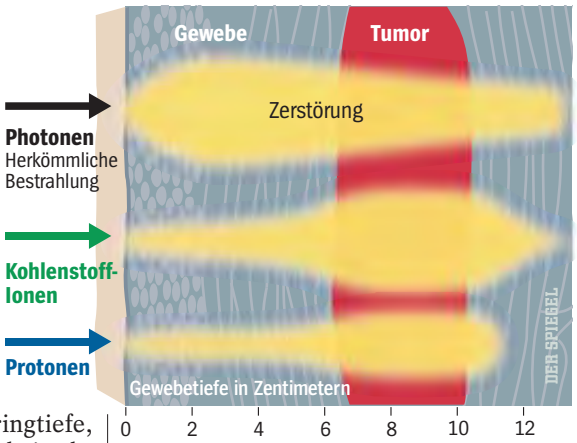
Die Idee, Krebs durch Teilchenbeschuss zu kurieren, ist alt, ebenso wie die Probleme der klassischen Strahlentherapie. Denn Beta-, Gamma- oder Röntgenstrahlen, die üblicherweise dafür verwendet werden, zerstören nicht nur den Tumor, sondern auch umliegendes Gewebe. Um das zu vermeiden, experimentieren Ärzte und Physiker schon seit 50 Jahren damit, den Krebs stattdessen mit den viel größeren und schwereren Protonen zu beschießen.

Der Vorteil: Protonen entladen den Großteil ihrer Energie erst in einer bestimmten Eindringtiefe, die stark von ihrer Geschwindigkeit abhängt (siehe Grafik). Dadurch, so zumindest die theoretische Überlegung, lassen sich die oft tief im Körper liegenden Krebsgeschwülste viel präziser zerstören als bislang. Auch die noch viel größeren Schwerionen (vor allem geladene Kohlenstoffatome) sollen aus diesem Grund zur Tumorbestrahlung verwendet werden.

Doch um überhaupt in den Körper eindringen zu können, müssen die Teilchen auf bis zu 100 000 Kilometer pro Sekunde beschleunigt werden; erst in den letzten Jahren wurden Teilchenschleudern entwickelt, die – obwohl immer noch lang wie ein Fußballfeld und hoch wie ein dreistöckiges Haus – klein genug sind, um im Medizinbetrieb eingesetzt zu werden. Das „Rinecker Proton Therapy Center“ in München, benannt nach seinem Gründer und Hauptinvestor Hans Rinecker, ist das erste in Europa, das in den kommenden Wochen den kommerziellen Betrieb aufnehmen soll.

Gezielter Strahl

Wirkung von Bestrahlung im Gewebe



Normalerweise werden Tumoren mit **Photonen** bestrahlt, die im gesamten Strahlengang Zerstörungen im Gewebe anrichten.
Kohlenstoff-Ionen und **Protonen** hingegen durchdringen das Gewebe zunächst fast zerstörungsfrei und setzen dann den größten Teil ihrer Energie in nur einer Tiefe frei.
Die genaue Tiefe, in der Gewebe zerstört wird, lässt sich durch die Geschwindigkeit der eingestrahlten Teilchen millimetergenau steuern.

Zwar hat Rinecker Probleme, seine Anlage zum Laufen zu bringen: Seit mehr als einem Jahr musste der Eröffnungstermin immer wieder verschoben werden; die millimetergenaue Justierung des Protonenstrahls ist offenbar noch immer nicht gelungen. Das jedoch hindert Rinecker nicht, neue Pläne zu schmieden: In Köln hat er den Grundstein für ein weiteres Zentrum gelegt, in Leipzig plant er ein drittes, und schon träumt er von einem paneuropäischen Therapieimperium. Bald schon, versichert er unerschüttert, werde die Protonentherapie die bisherige Strahlentherapie vollkommen ersetzen.

Hoffnungsfroh sind auch andere. Die rund 150 Millionen Euro teuren Protonen- und Schwerionenzentren schießen derzeit vielerorten aus dem Boden: Die private Klinikkette Rhön-Klinikum AG will am frisch privatisierten Universitätsklinikum Gießen/ Marburg eine Schwerionenanlage errichten; die Universität Heidelberg arbeitet an einem ähnlichen Projekt; in Essen soll ein Protonentherapiezentrum als Public Private Partnership entstehen; und auch die Berliner Charité, das UKE in Hamburg und eine Handvoll weiterer Unikliniken suchen private Investoren.

Fasziniert verfolgen die Krebsärzte die Protoneneuphorie. „Da herrscht Goldgräberstimmung“, meint Peter Huber, Leiter der Strahlentherapie am Krebsforschungszentrum in Heidelberg. Und Urs Martin Lütolf, Radioonkologe am Universitätsspital Zürich, staunt: „Unglaublich, wie viel Geld da lockergemacht wird.“

Auch bei Lütolf haben die Investoren angeklopft. Doch ausgerechnet er, ein Pionier der Protonentherapieforschung, winkte ab. „Ich habe denen gesagt: ‚Das kann sich nicht rentieren.‘“

Denn die Begeisterung über die neue Krebstherapie hat vor allem die Ökonomen, weniger die Wissenschaftler und Ärzte erfasst. „Aus meiner Sicht ist diese Menge an Zentren völlig irrational“, sagt Huber. „Ich kann mir das nur so erklären, dass Männer große, teure Maschinen einfach toll finden – so, wie große, teure Autos.“ Auch Lütolf zieht gern den Autovergleich: Die derzeitige Protonengläubigkeit erinnere ihn an den Allradboom auf den Straßen: Die meisten Leute brauchten zwar keinen der Geländewagen. „Aber viele wollen ihn trotzdem – zur Verbesserung ihres Wohlgefühls.“ Ist die Protonentherapie also eher eine Luxusbehandlung für Privatpatienten und

H. RAGUET / PHOTO RESEARCHERS

Protonenbestrahlung*: *Woher sollen all die Patienten kommen?*

zahlungskräftige Kunden, die vermutlich nicht selten aus dem Ausland kommen werden?

Die Theorie – gezieltere Bestrahlung, weniger Schädigung des umgebenden Gewebes – ist zwar bestechend. Doch wirklich belegt ist die Überlegenheit von Protonen gegenüber den konventionellen Strahlen bislang nur in vier Fällen: bei Tumoren des Rückenmarks, bei Knorpeltumoren an der Schädelbasis, bei bösartigen Veränderungen der mittleren Augenhaut und bei Blutgefäß-Fehlbildungen im Gehirn, die nicht operiert werden können. Nur bei diesen Diagnosen müssen die gesetzlichen Krankenkassen bislang die Kosten einer Behandlung übernehmen.

Als mögliche Klientel gelten zudem Kinder und junge Erwachsene. Denn bei ihnen ist die Gefahr besonders groß, dass sie 20 oder mehr Jahre nach einer konventionellen Bestrahlung durch die Schäden im ursprünglich gesunden Gewebe an einem neuen Tumor erkranken.

Nur eines haben all die ins Auge gefassten Patientengruppen gemein: Sie sind vergleichsweise klein. In maximal 10 000 Fällen pro Jahr dürfte in Deutschland eine Protonentherapie sinnvoll sein. Rinecker jedoch will allein an seinem Münchner Zentrum alljährlich bis zu 4000 Tumorpatienten mit seinem Teilchenstrahl behandeln. „Ich weiß gar nicht, wo die Patienten für all die anderen geplanten Zentren herkommen sollen“, sagt Lütolf deshalb.

Dass die Protonentherapie, wie Rinecker behauptet, in Zukunft wirklich einmal die konventionelle Strahlentherapie ersetzen wird, halten die meisten Experten für sehr unwahrscheinlich. „Medizinisch ist es aus meiner Sicht noch völlig unklar, was diese Methode wirklich bringen wird“, sagt etwa Strahlenexperte Huber. Das gilt für die Protonentherapie – und erst recht für die Schwerionentherapie, der zwar noch bessere Erfolge zugetraut werden, zu der es aber bislang auch noch viel weniger Studien gibt.

Umstritten ist der Einsatz der neuen Methoden gerade bei den häufigen Krebsarten. Beim Brustkrebs etwa untersagte der zuständige gemeinsame Bundesausschuss der Ärzte und Krankenkassen die Bezahlung der Therapie – die Überlegenheit gegenüber der konventionellen Strahlentherapie sei nicht belegt. Auch beim Prostatakrebs fehlen noch aussagekräftige Vergleichsstudien – zumal hier die konventionelle Bestrahlung in den letzten Jahren dramatische Fortschritte gemacht hat.

„Vor fünf Jahren“, sagt Lütolf, „konnten die Protonen Dinge, die die Strahlentherapie damals nicht konnte.“ Inzwischen jedoch gebe es eine neue Form der konventionellen Strahlentherapie, die sogenannte intensitätsmodulierte Radiotherapie (IMRT). Mit dieser Methode könne man genauso wie bei der Protonentherapie Volumina beliebiger Form bestrahlen, also etwa bei einer Prostatabestrahlung den Enddarm gezielt verschonen.

Um die enormen Mehrkosten der Protonen- und Schwerionentherapie (etwa 18 000 Euro pro Zyklus gegenüber 3000 bis 4000 Euro bei der IMRT) möglicherweise einmal durch eine bessere Wirksamkeit der neuen Methode zu rechtfertigen, ist daher noch viel Forschung notwendig.

Genau die jedoch droht bei der derzeitigen Investitionseuphorie unter die Räder zu geraten. Rinecker etwa wird an seinem Zentrum nur in sehr begrenztem Umfang forschen. Warum auch? Im Vorfeld gelang es ihm, die AOK-Bayern über den Tisch zu ziehen: Sie bezahlt jetzt die teure Therapie – wenn auch nur über einen begrenzten Zeitraum – auch dann, wenn Rinecker lediglich in einem Bestrahlungsplan vorrechnet, dass sie theoretisch überlegen ist.

VERONIKA HACKENBROCH

* Behandlung eines Tumors im Auge am Institut Curie in Orsay nahe Paris; die Maske dient der Fixierung des Kopfs.

AUTOMOBILE

Kantiges Hackstück

DaimlerChrysler bringt die Marke Dodge nach Europa. Zwei Eigenschaften zeugen von ihrer Herkunft: Das neue Importprodukt ist billig und bullig.

Die Frage, ob ein Fahrzeug vom Typ Dodge Monaco je gebaut wurde, könnte gut ins moderne Kniffelfernsehen der Jauch-Pilawa-Methode passen. Die positive Antwort wäre richtig. Millionen von Europäern haben dieses Modell bereits gesehen, doch kaum einer kennt es.

Als ausrangierter Dienstwagen der California Highway Patrol erbrachte der Dodge Monaco eine der legendenschwersten Transportleistungen der Filmgeschichte. Zwei schwarzgewandete Musikanten zogen mit ihm im Jahr 1980 als „Blues Brothers“ in heilige Schlachten gegen die phonetische Irrlehre der Countrymusik.

Die Mission ruft noch heute Jünger auf die Straße, etwa die Münchner Tontechniker Robert Holter und Stefan Meindl, die vergangene Woche mit einem originalrestaurierten Dodge Monaco der kalifornischen Autobahnpolizei nach Leipzig reisten. Dort posierten sie artig im kultträchtigen Trauergewand auf einer Pressekonferenz von DaimlerChrysler.

Der Stuttgarter Autokonzern, seit nunmehr acht Jahren ein halbamerikanisches Unternehmen, wird in diesem Jahr erstmals auch Produkte der Chrysler-Tochter Dodge in Europa anbieten. Der Vorgang ist durchaus erklärungsbedürftig, und so erhielt das Fachpublikum am Rande der Leipziger Automesse AMI zunächst ein wenig Geschichtsunterricht.

Die Automarke mit dem Widderkopf, gegründet von den Brüdern John und Horace Dodge, ging aus einem Zulieferimperium hervor, das zu Beginn des 20. Jahrhunderts vorwiegend im Dienste des PS-Patriarchen Henry Ford stand. Nach dem Tod der Firmengründer schluckte die weitaus kleinere Firma Chrysler den Konkurrenten im Jahr 1928.

Bis heute zählt Dodge zu den größten Automarken der USA – und bildet im DaimlerChrysler-Verbund den stärksten Kontrast zum feinen Klassiker Mercedes. Dodge steht für preiswerte, grobschlächtige Vehikel, etwa die wuchtigen Pickup-Trucks mit der Bezeichnung „Ram“ (Widder).

Nach Europa kommt Dodge nun nicht mit Lastwagen, wohl aber mit leidlich sperrigem Fahrgerät: Den Anfang macht im Juni ein gänzlich neues Automobil namens „Caliber“. Es wird in der Golf-Klasse antreten, mithin einer ganz und gar europäischen Domäne, pflegt dabei jedoch eine ausgesprochen transatlantische Formensprache.

Das kantige Blechkleid des Caliber erscheint wie ein mit der Axt aus dem Vollen geschlagenes Hackstück. Riesige Räder und ein extrem hoher Aufbau, der den eines Golf um sieben Zentimeter überragt, machen den neuen Dodge zu einem erkennbar großkalibrigen Kompaktwagen. Von amerikanischer Machart zeugen auch ein als Kühlschrank nutzbares Riesenhandschuhfach mit Flaschenhaltern sowie zwei Lautsprecher, die sich aus der geöffneten Heckklappe zur Partybeschallung herausklappen lassen.

Angetrieben wird schon das Basismodell von einem vergleichsweise starken Benzinmotor. Der Vierzylinder leistet 150 PS und wurde zusammen mit dem inzwischen verflossenen Konzernpartner Mitsubishi entwickelt. Die Dieselversion treibt ein von VW zugeliefertes 140-PS-Aggregat an.

Das erste Europa-Modell der US-Marke – als Nächstes folgt im kommenden Jahr ein Geländewagen – soll im Klassenvergleich nicht nur bullig, sondern vor allem auch billig sein. Nordamerika ist inzwischen ein günstiger Produktionsstandort und Dodge auch auf dem Heimatmarkt keine Hochpreismarke.

Schon einmal hat Chrysler die Zahlungswilligkeit potentieller Kunden in Deutschland überschätzt. Vor zwölf Jahren sollte der Kompaktwagen Neon als „Golf-Killer“ reüssieren – zu Preisen weit oberhalb des VW-Niveaus. Der Wagen scheiterte kläglich. Bis heute sicherte sich die Marke mühsam ein halbes Prozent Marktanteil. Durch die Dodge-Offensive soll sich der nun verdoppeln.

Die Preise für den Caliber hat die Konzernleitung noch immer nicht festgelegt. Vorstandschef Dieter Zetsche setzte intern das Ziel, das Basismodell von anfangs geplanten 16 000 auf unter 15 000 Euro zu drücken.

Von nachhaltigem Kostendruck zeugt vor allem das karge Hartplastik-Interieur. Die Türgriffe aus nacktem, grauem Kunststoff erinnern an die Tristesse metallfreier Sanitärarmaturen der volkseigenen DDR-Fertigung. DaimlerChrysler nennt „Ehrlichkeit“ als eine der Kardinaltugenden der Marke Dodge und nimmt damit einen Schlüsselbegriff aus der Werbung der einstigen Sowjet-Automanufaktur Lada auf.

Die nunmehr vom Hersteller zu Gralshütern des Dodge-Kults erhobenen Blues Brothers waren ihrem schrundigen Vehikel allemal in aufrichtiger Verachtung verbunden. Einen beträchtlichen Teil der Dialoge verwenden sie darauf, den Dodge Monaco als ihrer gänzlich unwürdig zu schmähen und dem wahren, zuvor verkauften Blues-Mobil nachzutrauern, das im Film an keiner Stelle gezeigt wird. Es war ein Cadillac.

CHRISTIAN WÜST

THOMAS STARCK

Falsche „Blues-Brothers“ Holter, Meindl am Dodge Monaco, neuer Dodge Caliber: *Legendenschwere Transportleistung*

FUSSBALL

Werben um den Wunderknaben

Bayern Münchens Manager Uli Hoeneß reiste nach Buenos Aires, um neue Spieler zu beobachten. Sein Augenmerk galt dem derzeit größten Talent des Landes: Der 17-jährige Sergio Agüero ist ein Musterbeispiel für den Export von Fußballern aus Argentinien.

In der Boeing 747-400 der Lufthansa, die am vorvergangenen Donnerstagabend von Frankfurt in Richtung Buenos Aires abhob, machte es sich in der First Class ein Mann bequem, den fast jeder der Passagiere erkannte: Uli Hoeneß, 54, der Manager des FC Bayern München.

Die Mission des Chefstrategen beim deutschen Rekordmeister galt zu diesem Zeitpunkt noch als streng vertrauliche Angelegenheit. Hoeneß wollte sich vier Partien der ersten argentinischen Liga anschauen, und ein Termin war ihm besonders wichtig: das Heimspiel von Independiente Buenos Aires im Stadion Libertadores de América gegen Banfield.

Hoeneß' Interesse galt einem Stürmer, der im Alter von 15 Jahren, einem Monat und drei Tagen sein erstes Spiel bei den Profis gemacht hat und der heute, fast drei Jahre später, in seiner Heimat als die Sensation schlechthin gehandelt wird: Sergio Agüero, 17.

Als handle es sich um einen standardisierten Fertigungsvorgang, bringt Argentinien Jahr für Jahr immer wieder Dutzende für den Export nach Europa befähigte Jungprofis hervor. Agüero indes weckt in dem riesigen Land, in dem es eine Zeitrechnung vor und nach Diego Armando Maradona gibt, ganz besondere Phantasien: Er spielt auf einem ähnlich hohen Niveau wie der argentinische Fußballheros zu Beginn seiner Karriere.

Längst hat die Kunde von den Qualitäten des Instinktfußballers, der in der abgelaufenen Saison mit überwältigender Mehrheit zum besten Spieler gekürt worden ist, die Vorstandsetagen der europäischen Topclubs erreicht. Und so ist, schon Monate bevor auch der FC Bayern in das Buhlen um Agüero eingestiegen ist, ein regelrechtes Wettbieten um den Wunderknaben entbrannt.

Auch wenn der Präsident von Independiente wacker verkündet, man wolle den bis Sommer 2007 laufenden Vertrag mit seinem Juwel vorzeitig verlängern, so ist die Realität eine andere: Der Club benötigt die Millionenablöse, und die Abnehmer in Europa brauchen Verstärkung für den Konkurrenzkampf der Champions League.

JAVIER GARCIA MARTINO / PHOTOGAMMA

Jungprofi Agüero
„Die Schatten lesen"

Die Fragen sind nur: Wer bekommt für wie viel den Zuschlag? Chelsea? Liverpool? München? Villarreal? Für 20 Millionen Dollar? Oder gar 25?

Ständig streuen die Zeitungen in großen Geschichten neue Gerüchte, und keine der zahlreichen Fußballsendungen in Agüeros Heimat kann es sich leisten, auf eine eingehende mikroskopische Betrachtung seiner vermeintlichen Pläne zu verzichten.

Sportgazetten wie „Olé“ und „El Gráfico“ trommeln auch dafür, dass Agüero mit zur WM nach Deutschland fährt. Das Land, so der einhellige Tenor, könne sich „nicht den Luxus leisten, ihn außen vor zu lassen und alte Fehler zu wiederholen“.

Das ist eine Anspielung auf die Weltmeisterschaft 1978, als der damalige Nationaltrainer César Luis Menotti den 17-jährigen Maradona für das Turnier im eigenen Land nicht aufbot. Noch gibt der aktuelle Coach José Pekerman, als langjähriger Verantwortlicher der Jugendnationalmannschaften durchaus ein Freund der Nachwuchspflege, nicht zu erkennen, ob er dem öffentlichen Drängen folgen wird. Doch da Luciano Figueroa vom Traditionsclub River Plate – beim Confederations Cup im Vorjahr mit vier Treffern erfolgreichster argentinischer Schütze – wegen eines Kreuzbandrisses für die WM ausfällt, scheinen Agüeros Chancen immerhin gestiegen.

Die Berufung in den WM-Kader würde den Stürmer womöglich nicht nur teurer machen, sondern seine Karriere ins Märchenhafte fortschreiben. Schließlich ist Agüero in einem der übelsten Viertel im Großraum Buenos Aires aufgewachsen, einer Ecke, in die sich selbst Polizisten nur bei Tageslicht trauen. Für Hunderttausende, die auf den staubigen Bolzplätzen dieser sogenannten villas miserias dem gewalttätigen Alltag entkommen wollen, dient er als Identifikationsfigur. Denn seine Geschichte belegt einmal mehr, wie schnell der Fußball seinen Talenten den gesellschaftlichen Aufstieg ebnen kann.

Für Sergio Agüero, der mit 14 die Schule verließ, hat sich viel geändert, seit er Profi ist. Mit seiner Familie – er ist das zweite von sieben Kindern – hat er die triste Gegend von Quilmes längst hinter sich gelassen. Nun lebt er mit seinem Clan in einem geklinkerten Haus im Stadtteil Don Bosco an der südlichen Peripherie von Buenos Aires. Hier residiert argentinisches Bürgertum, hier werden Vorgärten gepflegt und die Eisengitter vor den Fenstern gestrichen. Im Vergleich zu den villas miserias der Metropole ist Don Bosco eine Oase.

Natürlich trägt der Straßenjunge von einst jetzt eine Goldkette um den Hals und eine ums linke Handgelenk. Natürlich hat er jetzt viele gute Freunde, die ihn dauernd auf dem Mobiltelefon anrufen, und natürlich hängen mehrere Berater an ihm, die das große Geschäft vor Augen haben.

Seine Mutter hat zu Hause ein Trikot von Independiente mit der Nummer 34 an eine Wand gehängt. Es ist jenes Trikot, das ihr Sohn am 5. Juni 2003 bei seinem Debüt als Profi getragen hat. An jenem Tag wurde Agüero zum jüngsten Spieler, der jemals in der ersten argentinischen Liga kickte – ein Rekord, den bis dahin fast 30 Jahre lang Maradona gehalten hatte.

Es gab schon viele Talente, deren noch junge Karrieren Maradona dadurch erschwerte, indem er sie mit sich verglich. Bei Agüero liegt der Fall anders: Der argentinische Fußballheros ist ein glühender Fan des Independiente-Stürmers. Gleich zweimal lud er den Hochbegabten in seine Fernsehshow „La noche del 10“ („Die Nacht der Zehn“) ein, in der sich Maradona mit illustren Gästen wie Fidel Castro, Mike Tyson oder Robbie Williams umgab, und adelte ihn mit Sätzen wie: „Du erinnerst mich an mich.“

Ob der Hochgeschwindigkeitsstürmer in der englischen Premier League landen wird, seinem bevorzugten Ziel, in Spaniens Primera División oder tatsächlich beim FC Bayern: Mit seinem Freund Lionel Messi, 18, dem Shootingstar beim FC Barcelona, steht Agüero an der Spitze einer Generation, die schon als Jugendliche den Weg nach Europa sucht.

Das liegt zunächst einmal an ihrer spielerischen Qualität, die bereits in jungen Jahren ausgeprägt ist. Von den letzten fünf Weltmeisterschaften der „Unter-20-Jährigen“ gewann die argentinische Mannschaft drei. Im Juli 2005 war auch Agüero, gerade 17 geworden, in den Niederlanden dabei, als die Nachwuchstruppe der „Albiceleste“, der Weiss-Himmelblauen, im Finale Nigeria mit 2:1 bezwang.

Auch aus dieser Mannschaft zieht es die besten Kicker über den Atlantik. So wechselte der Mittelfeldspieler Pablo Zabaleta, 21, im vorigen Sommer zu Espanyol Barcelona; Verteidiger Ezequiel Garay, 19, heuerte Anfang dieses Jahres beim spanischen Erstligisten Racing Santander an; und Mittelfeldmann Gabriel Paletta, 20, unterschrieb für die nächsten vier Jahre beim FC Liverpool.

Europas Strahlkraft wird verstärkt durch eine Haltung, die in Argentinien generell herrscht: Zu einem echten Star des Fuß-

LORENZ BAADER

Bayern-Manager Hoeneß in der Münchner Allianz-Arena: *Trotz der horrenden Summen beeindruckt*

balls wird hier nur, wer sich in der Alten Welt durchsetzt. In dem Land, in das seit Mitte des 19. Jahrhunderts Millionen von Einwanderern und Flüchtlingen strömten, kombiniert sich der Wunsch nach Abgrenzung zu den Ursprüngen Lateinamerikas mit einer kollektiven Sehnsucht nach Anerkennung in Europa, wo die meisten Familien ihre Wurzeln haben.

Und so verfolgt die Mehrheit der 39 Millionen Argentinier die Auftritte ihrer fernen Helden mit großer Aufmerksamkeit. Es gibt ihnen ein Gefühl von Stärke, von Bedeutung, von Überlegenheit. Nach der Wirtschaftskrise der Jahre 2001 und 2002, die weite Teile der Mittelschicht um ihr Vermögen brachte, hat sich die Sogkraft des Fußballs noch einmal verstärkt: Für viele bietet er die einzige Chance, der Armutsfalle zu entkommen.

Die Energie, die dieser Sport entwickelt, lässt sich am besten auf den Hartplätzen der Elendsviertel betrachten, die sich in der Hauptstadt ausbreiten, einem Einzugsgebiet von etwa 18 Millionen Menschen. Acht von zehn Spielern der höchsten argentinischen Spielklasse sind in einer dieser villas miserias groß geworden.

Fußball ist dort kein Spiel, sondern Überlebenstraining. Gegen Mittag beginnen die Turniere, mit gemischten Mannschaften. Es spielen 6-Jährige zusammen mit 40-Jährigen, und die Regeln bestimmt

ARGENPRESS / PIXATHLON

Jungstar Messi, Altstar Maradona
Sehnsucht nach Anerkennung in Europa

der Stärkere, weil es fast immer um einen Einsatz geht, um Geld, Schnaps, Bier, Coca-Cola oder Marihuana. Manche Väter halten ihre besonders talentierten Kinder wie Fußballsklaven, die anschaffen gehen müssen.

Aus dieser Welt kommt auch Agüero. Er lernte sich auf seine Weise zu wehren und zu schützen. So hat er die Fähigkeit, brutale Attacken der Gegenspieler in seinem Rücken zu antizipieren, bereits als Kind verinnerlicht. Nicht selten habe er gegen angetrunkene Volljährige spielen müssen, erinnert sich Agüero: „Da habe ich angefangen, mit der Sonne zu spielen und die Schatten zu lesen."

Die Späher von Independiente entdeckten ihn, als er acht war. Vier Jahre später drohte Agüeros Vater, der seinen Job als Fahrer verloren hatte, dem Verein mit dem Umzug der Familie in die Provinzstadt Tucumán. Dort habe er Chancen auf eine neue Beschäftigung. Independientes Bosse verstanden: Sie gaben Agüero senior eine Stelle als Zeugwart bei den Jugendmannschaften.

Inzwischen muss sich der Clan keine Sorgen mehr um die Zukunft machen: Eine international renommierte Vermarktungsagentur hat den Topstürmer unter Vertrag genommen, und in der Dependance des Unternehmens in Recoleta, einem der noblen Viertel der argentinischen Hauptstadt, gilt den Sondierungsgesprächen über Agüeros Zukunft derzeit höchste Priorität. Erwartet wird ein Deal nicht unter 20 Millionen Dollar.

Auch die Bayern, deren Chef-Scout Wolfgang Dremmler Agüero bereits seit vorigen Oktober intensiv sichtet, pokern weiter mit. Hoeneß, so heißt es intern, sei trotz der horrenden Summen, die durch die Luft schwirren, beeindruckt gewesen von Agüeros Können. Dem Vernehmen nach fliegt der Bayern-Manager in wenigen Wochen ein zweites Mal nach Buenos Aires. Begleiten soll ihn dann der Vorstandsvorsitzende Karl-Heinz Rummenigge.

Michael Wulzinger

DOPING

„Journalistische Korruption“

Der Zellbiologe Werner Franke über Genmanipulation bei Sportlern, die Verharmlosung des Medikamentenmissbrauchs in den Medien und seinen Prozess gegen die ARD

JAMES REXROAD / AG. FOCUS

Franke, 66, hat in den neunziger Jahren wesentlich die Aufdeckung des DDR-Dopingsystems vorangetrieben. Am 12. April verhandelt das Landgericht München über eine Klage der ARD gegen den Heidelberger Krebsforscher.

SPIEGEL: Herr Franke, Sie sind bekannt als scharfzüngiger Dopingaufklärer – und in dieser Eigenschaft haben Sie behauptet, die ARD würde in ihrer Sportberichterstattung „systematisch Lügen“ verbreiten. Sie sind daraufhin von allen neun Landesrundfunkanstalten auf Unterlassung verklagt worden. Ordnungsgeld bei Zuwiderhandlung: bis zu 250 000 Euro. Haben Sie sich zu weit aus dem Fenster gelehnt?

Franke: Nach meinem Verständnis und laut Duden sind Aussagen, die auf Täuschung abzielen, Unwahrheit, also Lügen. Die Wahrheit zu verschweigen ist ebenso eine Form der Lüge. Nichts anderes macht die ARD, wenn sie die Kriminalität des Dopings weitgehend ausklammert. Ich zitiere nach Cicero: Indem sie schweigen, stimmen sie zu.

SPIEGEL: Geben Sie uns ein Beispiel.

Franke: Am drastischsten ist es bei der Berichterstattung übers Radrennfahren. Das ist eine nachweislich massenhaft dopingverseuchte Sportart, die durch eine kriminelle Szene von Beschaffern gelenkt wird. Aber bei den stundenlangen Übertragungen, zum Beispiel von der Tour de France, wird diese kriminelle Szene nicht deutlich angesprochen. Es wird nicht klar gesagt: Heute hat Virenque gewonnen, der hat öffentlich gelogen und ist dann wegen Dopings verhaftet worden.

SPIEGEL: Verlangen Sie ernsthaft, dass der ARD-Kommentator, sobald der Franzose Richard Virenque durchs Bild rollt, sagt: Liebe Zuseher, diesem Profi ist vor Gericht Doping nachgewiesen worden?

Franke: Warum denn nicht? Man kann nicht über Radsport berichten, ohne über die organisierte Arzneimittelkriminalität einer Tour de France zu sprechen, die zu über 60 Strafverfahren geführt hat. Die Folge des Wegsehens ist etwa, dass niemand die vielen Todesfälle im Radsport infolge von Epo-Missbrauch aufgeklärt hat.

SPIEGEL: Ihre Forderung läuft darauf hinaus, die Berichterstattung über Radsport einzustellen.

Franke: Das kann ich nicht verlangen. Aber meine Aufgabe als Wissenschaftler ist es, auf Wahrheit und Unwahrheit hinzuweisen. Zum Beispiel, dass die ARD-Darstellung der Tour de France als eine durch die Champagne rollende Heldenparade falsch ist. Prozesse in Italien und Frankreich mit nahezu hundert Beschuldigten haben in den vergangenen Jahren genug Beweise dieses Betrugsnetzwerks geliefert. Die Beleglage ist erdrückend. Darf man das dem Zuschauer verschweigen?

SPIEGEL: Legt man Ihren Generalverdacht zugrunde, müssten die Sender auch Übertragungen von anderen dopingbelasteten Sportarten wie Leichtathletik oder Skilanglauf einstellen. Was darf man dann noch zeigen?

Franke: Alles, wenn man wahrheitsgemäß berichtet und selektiv nichts verschweigt. Wenn am Start reihenweise Sprinterinnen stehen, deren Dopingverwicklungen in Akten der USA stehen, muss man das sagen. Der Zuschauer erfuhr davon kein Wort. Oder Boxen: Wenn man öffentlich-rechtlich so einen Hämatom-Sport zeigt, bei dem sich Leute wie Dariusz Michalczewski das Gesicht blutig schlagen lassen, dann müssen die Kommentatoren die Bilder als das schildern, was es ist: Körperverletzung. Und sie müssen auch sagen, dass kürzlich Weltmeister Leavander Johnson gestorben ist und die Ringärztin daraufhin ihr Amt niedergelegt hat.

SPIEGEL: Die ARD argumentiert, die dunklen Seiten des Sports würden in Polit-Magazinen wie „Report“, „Panorama“ oder „Monitor“ beleuchtet.

Franke: Das ist schizophren. Wenn stimmt, was „Monitor“ sendet, warum überträgt der WDR dann noch Radsport? Zudem: Die Leute, die nachmittags Tour de France gucken, schauen sich nicht am Abend „Monitor“ an. Das sind unterschiedliche Zuschauerkreise.

SPIEGEL: Sie zitieren in Ihrer Klageerwiderung einen ARD-Mitarbeiter, der sagt, er habe Schwierigkeiten, Dopingthemen in die Sendung zu bekommen, weil sie als Quotenkiller gelten. Dürfen sich die Öffentlich-Rechtlichen nicht am Zuschauergeschmack orientieren?

Franke: Das darf vielleicht RTL II, aber nicht die ARD, die sich wesentlich durch Gebühren finanziert. Klar gibt es einen National-Opportunismus, der lautet: Doping ist okay, wenn es Deutschland dient. Aber

CAMERA 4 / IMAGO

Leichtathletik-Wettkampf (in Berlin): *„Die Wahrheit zu verschweigen ist eine Form der Lüge“*

MICHAEL KAPPELER / REUTERS

Geschäftspartner Ullrich, Boßdorf (1999 in Ingolstadt): *„Kommerziell vernetzt“*

das kann doch nicht Maßstab einer öffentlich-rechtlichen Anstalt sein.

SPIEGEL: Besonders aufgestoßen ist der ARD Ihr Angriff auf Sportkoordinator Hagen Boßdorf, den Sie als Schönredner bezeichnen – und der sich der Unterlassungsklage angeschlossen hat. Was bringt Sie zu diesem Vorwurf?

Franke: Aufgrund seiner langjährigen Tätigkeit als Radsportexperte muss man davon ausgehen, dass er um die Machenschaften weiß. Aber er spricht sie nicht an. Da er auch noch ein persönliches kommerzielles Interesse hat als Co-Autor der Autobiografie von Jan Ullrich, ist das für mich journalistische Korruption. Ein Journalist darf nicht kommerziell mit Leuten vernetzt sein, über die er objektiv berichten soll.

SPIEGEL: Sie werden, auch von der ARD, seit Jahren als Dopingexperte zitiert und ins Studio eingeladen. Will man Sie jetzt mundtot machen?

Franke: Schwer zu sagen. Ich saß in Sendungen des SWR und des MDR und habe dort die Lügen der Sender noch viel direkter und brutaler angesprochen. Nichts passierte. Und ich werde weiter eingeladen, diese Woche etwa vom NDR. Die Herrschaften sind völlig widersprüchlich.

SPIEGEL: Zuletzt war das Publikum erstaunt über spektakuläre Fälle wie den Gerichtsprozess gegen den Leichtathletiktrainer Thomas Springstein. Hat der Dopingbetrug eine neue Dimension erreicht?

Franke: Ja, aber die Reaktion darauf ist die gleiche geblieben. Im Prozess zeigte sich, dass Springstein offenbar Teil eines kriminellen Mädchendoping-Netzwerks war. Aber dieses Netz wird nicht ausgehoben, weil die Akten zugeklappt worden sind. Das Urteil war ein Deal zulasten der Opfer.

SPIEGEL: Zeigt der Prozess nicht auch, dass Doping nur mit staatlicher Verfolgung zu bekämpfen ist?

Franke: In jedem Fall zeigt er, dass die herkömmlichen Mittel im Kampf gegen Doping untauglich sind. Der Springstein-Prozess kam nur zustande, weil ein 16-jähriges Mädchen die Testosteronpillen aufgehoben und sich später mutig als Kronzeugin zur Verfügung gestellt hat.

SPIEGEL: Braucht Deutschland ein Anti-Dopinggesetz, wie es in Italien eines gibt?

Franke: Nein, der Staat könnte längst eingreifen. Das Arzneimittelgesetz ist scharf genug. Jede Verabreichung potenter Medikamente ohne ärztliche Indikation trägt das Risiko der schädlichen Nebenwirkung. Gerichte könnten das immer auch als in Kauf genommene Körperverletzung ahnden. Der Staat kommt seiner Pflicht nicht genügend nach. In Deutschland haben die Hintermänner des Dopings nach wie vor kaum etwas zu befürchten.

SPIEGEL: Der Springstein-Prozess lieferte erstmals einen Verdacht auf Gendoping. Gibt es eine neue Dopingepoche?

Franke: Ich war platt, als ich das Wort „Repoxygen“ las. Ich hätte nicht gedacht, dass es so weit geht.

SPIEGEL: Ist es realistisch, dass Gendoping bereits praktiziert wird?

Franke: Es gibt seit Jahren Verfahren, bei denen die gewünschte Genstruktur etwa durch Spray in die Atemwege eingebracht und dann auch wirksam wird.

SPIEGEL: Wenn es so etwas bereits gibt, warum waren Sie dann überrascht?

Franke: Gentherapie ist bisher noch keine Erfolgsstory. Es ist schwierig, ein eingebrachtes Gen zu regulieren, also zum Beispiel genau festzulegen, wann es an- und wieder abgeschaltet wird. Dieses Feintuning haben die Wissenschaftler bei Menschen noch nicht richtig hingekriegt.

SPIEGEL: Sportler werden nun zu Laborratten?

Franke: Für Medaillen und Kohle sind sie schon viele Risiken eingegangen.

Interview: Udo Ludwig, Gerhard Pfeil

SATELLITEN-TV

Astra holt Keuntje

Europas größter Satellitenbetreiber SES Astra setzt beim Aufbau seiner neuen Tochtergesellschaft für das digitale Satellitenfernsehen in München-Unterföhring auf einen prominenten Frontmann: Als Geschäftsführer der Astra-Tochter, die intern noch unter dem Arbeitstitel „Dolphin“ läuft, nimmt an diesem Montag der langjährige T-Online-Boss Wolfgang Keuntje, 48, die Arbeit auf. Keuntje hatte die Online-Tochter der Telekom mitaufgebaut und an die Börse gebracht. Im Jahr 2000 verließ er das Unternehmen im Clinch mit dem damaligen Telekom-Chef Ron Sommer, seither arbeitete er unter anderem als Unternehmensberater, zwischenzeitlich war er Vorstandschef der Stuttgarter IT-Firma Airdata. Bei der Astra-Tochter erwartet ihn eine heikle Mission: Die Astra-Pläne, künftig eine „Infrastrukturgebühr“ oder „Digitalpauschale“ von rund drei Euro zu erheben, stoßen bei Verbraucherschützern, ARD und ZDF und in der Medienpolitik auf heftigen Widerstand. Unverständlich, findet Keuntje, schon ganz Astra-Mann: Telekom und Kabelanbieter verlangten schließlich auch eine Grundgebühr, die mit jedem Technikschritt höher werde: „Wir wollen die digitale Satellitenverbreitung voranbringen, das geht nicht zum Nulltarif.“

OGANDO / LAIF

Keuntje (2000)

TOBIAS KUBERSKI / GES-SPORTFOTO

Arena-Präsentation am vergangenen Montag in München

TV-SPORT

Arena mit 20 000 Frühbuchern

Die Kabelholding Unity Media (Ish, Iesy), die über ihre Tochterfirma Arena seit vorigem Montag ihr neues Liga-Pay-TV vermarktet, will über den Fußball zur zweiten großen Bezahl-TV-Plattform neben Premiere werden. Das geht aus einem internen Papier („strictly confidential“) vom 6. März hervor. Darin wird als „Ziel des neuen Produktdesigns“ definiert, „über die Fußball-Nachfrage einen massiven Anstieg der Pay-TV-Abos“ zu erreichen, um die Kunden dann zum Abschluss „höherwertiger“ Programmpakete zu bringen. In Hessen und NRW hatte das Unity-Pay-Angebot „tividi“, das jetzt in Kombinationen mit Arena angeboten wird, bislang rund 170 000 Kunden. In der ersten Woche gingen mehr als 20 000 Bestellungen bei Arena ein, die meisten für den Kabel-Frühbuchertarif von 9,90 Euro. Viele Interessenten musste Arena indes vertrösten, weil sie nicht über Unity-Netze erreichbar sind und Verträge mit anderen Kabelanbietern weiter ausstehen. Dem Papier zufolge rechnet Unity bis 31. Juli mit 207 000 Kunden, davon 176 000 für Arena allein – also Fußball pur. Erstaunen löst beim Konkurrenten Premiere derweil eine Option aus, die es der Deutschen Fußball Liga erlaubt, kostenfrei zehn Prozent an Arena zu übernehmen, falls man dort bei der Rechtefinanzierung unter den Erwartungen der Liga bleibt. Bei Premiere fürchten manche, dies könne die eigenen Chancen im laufenden Vergabeverfahren für das Gaststätten-Liga-TV („Sportbars“) schmälern – auch für dieses Recht haben sowohl Arena als auch Premiere geboten.

BOULEVARD

Akte Gsell

Neue Untiefen der TV-Unterhaltung wird RTL II vom 8. Mai an ausloten: Im Fahrwasser der erfolgreichen ProSieben-Doku-Soap „Sarah & Marc in Love“ wird der Sender in vier jeweils 45-minütigen Episoden das Liebesleben des wohl schrägsten Pärchens vorführen, das derzeit die Boulevard-Gazetten bevölkert – Ferfried Prinz von Hohenzollern und Tatjana Gsell, aus einschlägigen Publikationen aufgrund ihrer früheren Ehe mit einem gewaltsam ums Leben gekommenen Schönheitschirurgen besser bekannt als „Busenmacherwitwe“. Der Höhepunkt der Reality-Seifenoper mit dem Namen „Tatjana & Foffi – Aschenputtel wird Prinzessin“ soll am 29. Mai ausgestrahlt werden – und Szenen von der (bis zum Wochenende noch streng geheim gehaltenen) Hochzeit von „Sweety“ und „Foffi“ enthalten. Bis dahin soll die Angebetete des Prinzen eine Einführung in den standesgemäßen Umgang mit Bestecken, Pferden und Golfschlägern und eine Einweisung in die Etikette der vermeintlich höheren Stände erhalten – man darf gespannt sein, ob vier Folgen da ausreichen. Auch Freunde und eher skeptische Weggefährten des Paares sollen zu Wort kommen. Produziert wird das Format von der Berliner Produktionsfirma Meta Productions von Ulrich Meyer („Akte 06“).

CHR. STIEFLER / BABIRAD PICTURE

Gsell, Hohenzollern

Der neue
Harvard Businessmanager

Spezial
KLUG ENTSCHEIDEN

Diese Ausgabe gibt Antworten auf die Frage, worauf es bei der Entscheidungsfindung ankommt. Manager lernen, Chancen zu erkennen, Alternativen zu bewerten und Fakten zu schaffen.

■ **Psychologie**
Wer sein eigenes Entscheidungsmuster kennt, kann kritische Situationen besser meistern.

■ **Management**
Was Manager von Ärzten lernen können, um wissenschaftliche Erkenntnisse beim Bewerten von Fakten einfließen zu lassen.

■ **Strategie**
Ein neues Modell zeigt, wie Sie mit kontinuierlicher und themenbezogener Planung schnellere und bessere Entscheidungen treffen.

■ **Plus Audio-CD:**
Nobelpreisträger Daniel Kahneman über erfolgreiches Projektmanagement

Jetzt im Handel!
Oder nutzen Sie unsere Vorteilsangebote im Abo:
018 03/42 78 27
(9 Cent/Min.)

www.harvardbusinessmanager.de

SAT 1

Nosbusch, Mehmet Kurtulus in „Eine Liebe in Saigon“

TV-MOVIE

„Das Grün von Afrika“

TV-Star Désirée Nosbusch, 41, über ihre Rolle im Sat.1-Zweiteiler „Eine Liebe in Saigon“ (Sendetermin: 11. und 12. April) und die erste Rolle auf der Bühne

SPIEGEL: Eine Ärztin und Abenteurerin reist in die Fremde und entdeckt ihre Sehnsucht nach wahrer Liebe und Heimat. Klingt ein bisschen nach Schnulze. Was reizte Sie trotzdem?
Nosbusch: Zunächst kommt es selten vor, dass man die Chance für einen Event-Zweiteiler bekommt und außerdem die Gelegenheit, in einer Rolle eine Entwicklung zu zeigen.
SPIEGEL: Am Ende steht ein Happy End. Die Liebe siegt. Ist das nicht ein bisschen einfach?
Nosbusch: In der Originalfassung gab es kein Happy End. Ein solcher Schluss wäre stärker aus dem Leben gegriffen gewesen. Er hätte geheißen: Du kriegst bei keiner Entscheidung eine Garantie fürs Glücklichsein. Aber ich verstehe auch den Sender, der ein gutes Ende für publikumswirksamer hielt.
SPIEGEL: Zur Frau auf der Suche nach einem festen Ort passt die Entstehung des Films: Er spielt in Vietnam, wurde aber zum größten Teil in Südafrika gedreht.
Nosbusch: Es war wirklich irre. Ich bin eigentlich ein großer Afrika-Fan und sauge die Atmosphäre dort in mich auf. Ich durfte dies aber beim Dreh nicht tun. Ich musste mir sagen: Désirée, alles, was du hier siehst, den Sonnenaufgang beispielsweise, die Giraffen am Straßenrand, das darf dich nicht beeindrucken, denn du bist eigentlich nicht hier, sondern in Vietnam.
SPIEGEL: Wie schwer ist das?
Nosbusch: Ziemlich schwer. Vor der Kamera spielten wir feuchtschwüles Vietnam, in Afrika war Winter. Die Heizstrahler arbeiteten, aber wir froren.
SPIEGEL: Und die Statisten, wo kamen die her?
Nosbusch: Das war auch unglaublich. In der Morgendunkelheit fuhren wir vom Hotel in Durban los, und am Set waren Asiaten. Ich wusste manchmal nicht mehr, wo ich war.
SPIEGEL: Aber Sie waren auch in Vietnam?
Nosbusch: Ja, aber nur sehr kurz. Ich hatte große Sorge, ich dachte, hoffentlich wird der Zuschauer nichts merken. Als wir für Autofahrdrehs aus Saigon herausgefahren sind, fielen mir die Brocken vom Herzen. Das war genau die Lichtstimmung, das Grün wie beim Dreh in Afrika.
SPIEGEL: Jetzt spielen Sie zum ersten Mal Theater, in einer Inszenierung von Shakespeares „Der Widerspenstigen Zähmung“ für die Ruhrfestspiele. Wie ist es in dieser Fremde?
Nosbusch: Ich würde sagen, hart, aber herzlich. Ich war zunächst eingeschüchtert. Das war ja absolutes Neuland. Du darfst nichts vernuscheln oder dich hinter einer Haarsträhne verstecken. Ich kam mir sehr nackt vor angesichts all dieser tollen erfahrenen Theaterkollegen. Aber irgendwann merkst du: Die suchen auch alle. Nach zwei Wochen bin ich zwar noch ein Baby, ich laufe noch nicht, aber ich krabbele.

TV-Vorschau

Vier Meerjungfrauen II – Liebe à la carte

Montag, 20.15 Uhr, ZDF

Mit Meer haben die vier Schönen vom Lokal am Ostseestrand viel zu tun, mit Jungfernschaft gar nichts. Im Gegenteil, es techtelt, mechtelt und kriselt in den Beziehungen zu Männern. Die Meer-Altjungfrau und Chefin (Hannelore Hoger) bekommt Ärger mit ihrem Mann Friedrich (Jürgen Schornagel), weil er in die Fänge seiner Ex-Frau (Michaela May) gerät. Wie die Mutter, so ihre drei Töchter. Mal erweist sich ein luschiger Pilot als fliegender Filou und ein kerniger Fischer als der Rechte, mal bringt ein Fehltritt einen überengagierten Hausmann (August Zirner) bei der Ehefrau (Nina Hoger) erotisch wieder auf Vordermann. Und auch das töchterliche Küken (bildschön: Lavinia Wilson) hat so seine Probleme mit der Liebe. Klingt alles nett, fällt aber letztlich zu dürftig aus. Ulrich Zrenner (Regie) und Andrea Kriegl (Buch) setzten einen fünf Jahre alten Film fort, der sanft im Reich des ewigen Vergessens hätte bleiben können.

Hitlers Berg – Vom Privathaus zur Machtzentrale

Montag, 22.45 Uhr, BR

SPIEGEL TV-Autor Michael Kloft beschäftigt sich mit Hitlers Zauberberg, dem magischen Ort Obersalzberg bei Berchtesgaden. In der Zeit vor 1933 nistete sich der spätere Führer als geheimnisumwitterter Außenseiter auf dem dörflich gepräg-

BR

Zerstörter Berghof (1945)

ten Gelände ein, baute später aber das Areal mit dem herrlichen Blick auf die Bergwelt zu einem bizarren, strengbewachten Herrschaftssitz aus. Kloft gelingt es, im Kleinen den ganzen Wahnsinn des Nazi-Reichs vorzuführen.

VOLKER ROLOFF / SWR / ARD

Kessel, Duck in „Ein langer Abschied“

Ein langer Abschied

Mittwoch, 20.15 Uhr, ARD

Das ist sicher ein Höhepunkt im Programm des Ersten, das sich in dieser Woche mit dem Schwerpunktthema Krebs beschäftigt. „Ein langer Abschied“ (Buch: Silke Zertz, Regie: Johannes Fabrick) zeigt mehr als das sich über Phasen der Verzweiflung und der Hoffnung hinziehende Sterben eines Mädchens (Maxi-Mari Duck) an Leukämie. Der Film beschäftigt sich intensiv mit den Eltern (Sophie von Kessel, Tim Bergmann). Die Mutter will nicht wahrhaben, dass das Leben ihrer Tochter zu Ende geht, und unternimmt regelrechte Wahnsinnsanstrengungen zur Rettung des Kindes. So fordert sie erfolgreich den Samen des mit ihr zerstrittenen Ehemanns für eine künstliche Befruchtung. Die Hoffnung: Ein neues Kind könne als Stammzellenspender in Frage kommen. Das Manöver geht schief, aber die Seele der Frau wird schließlich einigermaßen gesund. Die Mutter begreift, dass sie das Sterben ihres Kindes akzeptieren muss. Kessel und Bergmann spielen diese Tragödie eindringlich, ohne falsche Sentimentalität und ohne Pathos.

Polizeiruf 110: Tod im Ballhaus

Sonntag, 20.15 Uhr, ARD

Der Gegensatz könnte größer nicht sein. Hier lauter junge schöne Menschen, die sich in einem Tanzsaal zu heißen Rhythmen bewegen, dort die Kommissare Schmücke (Jaecki Schwarz) und Schneider (Wolfgang Winkler), die sich am liebsten nur noch um die richtige Zubereitung von Eisbein kümmern würden, das Regisseur Hans Werner dem Zuschauer liebevoll-boshaft in seiner ganzen fettigen Scheußlichkeit vor die Nase hält. Mörderische Geschehnisse verbinden die Sphären von Schwein und ballettösem Schein auf das Spannendste.

TV-Rückblick

Studio Friedman

30. März, N24

„Ist Multikulti gescheitert?“ war eigentlich das Thema, das Schnellsprechmoderator Michel Friedman mit Bayerns Innenminister Günther Beckstein (CSU) und Renate Künast, Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen, debattieren wollte. Aber es ging dann hauptsächlich um den fraglichen Nutzen von Fragebögen für Einwanderer, die ethische Berechtigung von Gesinnungstests und die Durchführbarkeit von Sprachkursen. Friedman, in seiner jetzigen Talkshow erfreulicherweise etwas adrenalingedämpfter als in seinen vorangegangenen Inquisitionsformaten, schaffte es sogar des Öfteren, den Redefluss von Renate Künast (gefühlte Redezeit: 75 Prozent) kurzfristig zu stoppen. Der Moderator bekam aber aus dem Politikerduo letztlich auch nicht mehr heraus als altbekanntes Wehklagen, Eigenlob und Schuldverteilung auf den jeweiligen politischen Gegner. Becksteins in jeder Hinsicht dünnes Fazit am Ende des werbefreien Talks: Die Integration der Ausländer sei halt „schwerer, als wir uns alle vorgestellt haben“.

N24

Moderator Friedman, Gäste Beckstein, Künast

HANS SCHERHAUFER (R.)

Questico-TV-Studio, Vorstände Leppi, Kohl, Bardt und Lang: *„Wenn das Feedback nicht gut ist, schmeißen wir den Experten raus“*

TV-SHOWS

Sternstunden des Fernsehens

Auf immer mehr Sendern wimmelt es neuerdings von Astrologen, Hellsehern und Kartenlesern. Das Programm ist billig, die Branche profitabel. Und fast immer steckt hinter dem grassierenden Zukunftsfirlefanz ein kleines Berliner Unternehmen namens Questico.

Iris hat Probleme, finanziell und überhaupt. Ob das mit ihrem neuen Geschäft für Kinderkleidung und Geschenkartikel wirklich was werden kann, weiß sie nicht. Deshalb hat Iris bei Annita Daigle angerufen. Und die hat für Iris eine gute Nachricht parat: Der Laden wird eine Goldgrube, der Rest auch ganz prima.

Annitas Wissen stammt aus einer Vase, die weißen Rauch ausstößt. Mit dem bizarren Utensil steht die angeblich original indianische Schamanin mit schwarzweißem Pünktchenkostüm und tiefrheinischem Akzent in einem Studio des Fernsehsenders Astro TV und gibt entsprechend wolkige Prognosen ab für die nächsten Tage, Wochen, aber auch Jahre.

Vor allem Frauen ab dreißig rufen die ständig eingeblendete Nummer an. Ob der Mann erkrankt oder der Hund entlaufen ist, ob die Schwiegertochter trotz Entziehungskur noch weitersäuft – bei Annita wird alles gut, für 49 Cent pro Anruf. Wobei das nur die Lockangebote sind. Wenn Annita & Co. Ernst machen, wird es so teuer wie weiland bei Sex-Hotlines.

Es gibt neuerdings viele Annitas im deutschen Fernsehen. Sie legen Karten oder Steine, stöbern im Rauch oder schauen in die Sterne. Wer Seelenheil sucht, kann es inzwischen fast überall finden. Bei Schamanen, Kartenlegern oder Hellsehern werden zu psychedelischer Entspannungshintergrundmusik im Drei- bis Fünf-Minuten-Takt auch die härtesten Probleme weggeraucht, -gedeutet und -gequatscht.

Und hinter fast allen dieser esoterischen TV-Shows steckt das Berliner Unternehmen Questico. Der eigene Sender Astro TV ist über Satellit in 15 Millionen Haushalten empfangbar und sendet täglich 20 Stunden live aus den Studios in Berlin, Düsseldorf und München. Zusätzlich versorgt Questico zahlreiche regionale Sender mit Hokuspokus. Auch bei Neun Live kann man sich zwischen Buchstabensalat und heiterem Bilderrätsel von Questico-Beratern in die Karten gucken lassen.

Die Berliner sind nicht nur im Fernsehen aktiv, Questico stellt ein ganzes Astro-Imperium: Die Zeitschrift „Zukunftsblick“ wird angeblich jeden Monat an den Kiosken der Republik mindestens 80 000-mal verkauft. Wer Horoskope in der Boulevard- und Klatschpresse liest, hat es meist ebenso mit Questico-Produkten zu tun wie die Nutzer von Internet-Horoskopen bei RTL, Sat.1, ProSieben, Yahoo oder AOL.

Das Kerngeschäft des Unternehmens allerdings ist esoterische Zukunftsdeutung via Telefon. Mehr als 1500 selbständige Lebensberater hat das Berliner Unternehmen angeblich zu bieten. Außerhalb der Drei-Minuten-Fernsehgrenzen gibt es noch mehr Muße für ganz viele Probleme und ganz lange Gespräche. Bei Zukunftsdeutungen über das Festnetz dürfen die Berater maximal zwei Euro pro Minute verlangen. Wenn die Telekom ihr Geld bekommen hat, bleiben dem Zukunftsdeuter 60 Prozent, den Rest streicht Questico ein.

Wer sich durch die Fern(seh)-Diagnosen zappt oder die Selbstdarstellungen der Laien-Seelenretter im Internet studiert, könnte glauben, dass hier vor allem reifere Hausfrauen oder unterbeschäftigte Ex-Sachbearbeiterinnen wirken, die eine Bergkristallkugel auf dem Dachboden ge-

Astrologe Noé, Lebensberater: *Zukunftsblicke am laufenden Band für die Zielgruppe weiblich, dreißig plus*

funden haben. Ein staatlich anerkanntes Hellseherdiplom gibt es nicht. Medium sein kann jeder. Dennoch glaubt Questico, gute Berater zu finden. „Sie müssen uns erklären, was sie vorher gemacht haben – und warum sie meinen, jetzt Astrologe werden zu können“, sagt Questico-Chef Sylvius Bardt. Nur einer von 20 Bewerbern komme in den Pool und sei dann stets dem Urteil der Verbraucher unterworfen. „Wenn das Feedback von den Kunden nicht gut ist, schmeißen wir den Experten raus“, sagt Bardt.

Die Idee für das Geschäft mit den Sternen stammt aus Amerika. Kurz vor der Jahrtausendwende trafen sich die angehenden Jungunternehmer Bryan Leppi und Dieter Lang in einer Bar in San Francisco. Sie wollten ein Geschäftsmodell aus den USA nach Deutschland bringen. Irgendeines. Fast hätten sie auf Tierfutter gesetzt. Schließlich wurde es dann aber doch ein Beratungsangebot per Telefon.

Leppi und Lang rekrutierten den Techniker Ulrich Kohl und den Manager Sylvius Bardt. Das Startkapital, sieben Millionen Euro, kam von dem Finanzinvestor Wellington Partners. Eigentlich wollte das Quartett Beratungen aller Art anbieten: Recht, Gesundheit, Alltägliches. Doch schnell konzentrierten sie sich auf den einzigen Bereich, der brummte: Astrologie und sonstige Hellsichtigkeit.

Heute residiert Questico in einem modernen Berliner Bürogebäude nahe beim alten Checkpoint Charlie. Umsatz im vergangenen Jahr: rund 45 Millionen Euro. „Wir sind ein schnell wachsendes Unternehmen, und wir sind profitabel“, sagt Questico-Boss Bardt, der sein eigenes Horoskop noch nie gelesen hat. Dafür hat er drei Abschlüsse in Wirtschaft, früher mal Suppen verkauft und schon beim Konsumgüterhersteller Procter & Gamble gearbeitet.

Für einen guten Teil seines Umsatzes ist Winfried Noé verantwortlich. Der 51-jährige Ex-Jurist mit der hohen Stirn ist eine Art Sternsinger des Unternehmens.

Anfang der achtziger Jahre entschloss er sich, sein Rechtsreferendariat bei der Münchner Staatsanwaltschaft hinzuschmeißen und Sterndeuter zu werden. Er träumte von Geld, Ruhm und einem Haus am Starnberger See, aber der Erfolg blieb erst einmal aus.

Doch dann, so erzählt er es jedenfalls, speiste er im Sommer 1982 mit Hubert Burda und fragte dessen Begleiterin nach ihrem Geburtstag. „Ich habe seiner Freundin ein Horoskop erstellt, eine kleine Persönlichkeitsanalyse aus dem Kopf“, sagt Noé. Kurz darauf war er Hausastrologe des Burda-Blattes „Bunte“, Radiosendungen folgten, schließlich das Fernsehen.

Inzwischen hat es auch mit dem Haus am Starnberger See geklappt – auch, wenn es seiner Frau gehört. Banker, Politiker und Unternehmer, sagt Noé, stiegen für den astrologischen Rat regelmäßig die Treppe zu seinem Beratungszimmer im Tiefparterre hinab, das – vom Sternzeichenkitsch an der Wand mal abgesehen – auch gut in jedes Finanzamt einer deutschen Kleinstadt passen könnte.

370 Euro kosten anderthalb Stunden. Trotzdem habe er mit Astrologie nie viel Geld verdient, sagt Noé. „Ich mache sehr viel an der Börse. Aber natürlich hilft mir die Astrologie dabei sehr.“ Für den Herbst kündigt er einen Kurssturz an: 20 Prozent wird es abwärtsgehen.

Seit 2003 gehört die Marke Noé samt Namensgeber offiziell zum Questico-Imperium und ist seitdem omnipräsent. Seine eigene Show heißt „Noé Astro TV“ und wird am Wochenende zur besten Sendezeit von zahlreichen Regionalsendern ausgestrahlt. Da sitzen Noé und seine Co-Moderatorin Andrea Plewig dann vor Blumengesteck und Laptop und reden zum Beispiel übers Autofahren.

Zwillinge brauchen einen Fuhrpark, Krebse sind grundsätzlich Technikluschen, aber bei Pannen total hilfsbereit. Und ganz wichtig: Niemals einen Wagen kaufen, wenn der Merkur rückläufig ist und auch noch Uranus-Spannungen auftreten. Das gibt nur Ärger. Sagt zumindest der Astrologe Michael Allgeier, den Noé und Plewig als Studiogast geladen haben.

Studiogast Claudia, die in der Werbung arbeitet, will wissen, wie es beruflich weitergeht. Sie befinde sich gerade in einer Phase des Neuanfangs, sagt Noé, und könne sehr gut mit neuen Projekten beginnen. Aber im kommenden Jahr brauche sie Verbündete, weil dann Pluto im Transit im Quadrat zu ihrer Sonne steht. Oder so ähnlich.

Die Zukunftsperspektiven für Noé und Co. sind – Mars hin, transitfreier Pluto her – nicht schlecht. Jeder fünfte Deutsche, so ermittelten Demoskopen, glaubt an die Macht der Sterne. „Ich denke schon, dass Questico auch in diesem Jahr wieder zwischen 30 und 50 Prozent wachsen wird“, sagt Questico-Vorstandschef Bardt. Der Markt sei „riesig – und wir machen ihn erst auf“.

CHRISTIAN BURGDORF

MODELS

„Erst mal optimistisch bleiben“

Lena Gercke, 18, Gewinnerin der Casting-Show „Germany’s Next Topmodel“, über das Geschäft mit der Schönheit und ihre Angst vor dem Scheitern

SPIEGEL: Frau Gercke, Sie sind am vergangenen Mittwoch zu „Germany’s Next Topmodel“ gekürt worden. Hat man Sie in Ihrem Gymnasium in Cloppenburg danach groß gefeiert?

Gercke: Ja, ziemlich. Die ganze Schule ist jetzt hinter mir her. Besonders die Kleinen sind scharf auf ein Autogramm.

SPIEGEL: Was sagen die Lehrer?

Gercke: Die fragen sich, ob ich die Schule jetzt schmeiße. Werde ich aber nicht. Bevor ich mit dem Modeln richtig loslege, mache ich auf jeden Fall noch mein Abitur.

SPIEGEL: Warum haben ausgerechnet Sie das Rennen um „Germany’s Next Topmodel“ gemacht?

Gercke: Keine Ahnung. Mein Sieg hat mich selbst überrascht, obwohl ich ja schon seit Wochen als Favoritin galt. Ich kam wohl in der Sendung besonders natürlich, symphatisch und hübsch rüber. Zumindest haben mir das viele Leute gesagt.

SPIEGEL: Und wie fanden Sie sich selbst in der Sendung?

Gercke: Nicht so besonders. Meine Stimme, meine Gestik und Mimik – schrecklich. Ich hatte das Gefühl, eine völlig Fremde vor der Nase zu haben.

SPIEGEL: Hinter Ihnen liegen mehr als zwei Monate harter Arbeit. Was hat Ihnen in dieser Zeit am meisten zu schaffen gemacht?

Gercke: Der Druck, der durch die Show bei uns Mädchen entstand, hat mich an meine Grenzen gebracht. Auch unter ständiger Beobachtung der Jury zu stehen, empfand ich irgendwann als lästig. Wir wurden oft schon frühmorgens gefilmt, rannten von einem Casting zum anderen und lagen meist erst spätabends total erledigt im Hotelzimmer. Entgegen vielen Berichten der Boulevardpresse haben wir immer etwas zu essen bekommen.

OLIVER S. / PRO 7

Casting-Siegerin Gercke: *„Immer was zu essen bekommen“*

SPIEGEL: Zu Beginn von „Germany’s Next Topmodel“ kam es zum Eklat, nachdem die Kandidatin Irina angeblich wegen zu üppiger Maße ausscheiden musste. Wie haben Sie das erlebt?

Gercke: Das hat sich die Presse aus den Fingern gesogen. Irina war nicht zu dick oder sonst irgendwas, sie hatte nur Proportionen, die eben für die Musterkollektionen der Designer, die meist in Größe 36 geschneidert werden, nicht gerade ideal sind.

SPIEGEL: Die Jury der Sendung galt bei den Zuschauern als streng und wenig einfühlsam. Wie fanden Sie’s?

Gercke: Genauso. Ich dachte mir aber: Das ist eben ihr Job. Uns zu disziplinieren und die Flausen aus den Köpfen zu treiben.

SPIEGEL: Das Modelgeschäft gilt als extrem hart. Hat die Sendung Sie nicht bestens darauf vorbereitet?

Gercke: Auf jeden Fall. Ich habe mir die Arbeit als Model lange nicht so anstrengend vorgestellt.

SPIEGEL: Haben Sie Angst vor dem, was auf Sie zukommt?

Gercke: Natürlich fürchte ich mich davor, die Erwartungen, die nun auf mir lasten, nicht erfüllen zu können. Ich habe jetzt zwar einen Modelvertrag mit der renommierten US-Agentur IMG, aber das muss ja noch nichts heißen.

SPIEGEL: Weil Sie bei IMG vielleicht doch nur eines von Hunderten Models in der Kartei werden?

Gercke: Genau. Außerdem trete ich da gegen Top-Models wie Gisele Bündchen an. Aber jetzt gilt: Erst mal optimistisch bleiben.

SPIEGEL: Sie werden ständig mit Heidi Klum, der Moderatorin von „Germany’s Next Topmodel“ verglichen. Ärgert Sie das?

Gercke: Die Leute vergleichen uns wohl gern, weil wir beide blond sind und meist fröhlich in die Kameras lachen. Ich finde aber, dass ich ein ganz anderer Typ bin als Heidi.

SPIEGEL: Die Erfahrungen mit der Original-Casting-Show in den USA sind ernüchternd. Die Siegerinnen hatten im Nachhinein wenig Erfolg. Was erhoffen Sie sich?

Gercke: Dass der Rummel um mich nicht sofort wieder verfliegt und ich mit dem Modeln nun richtig loslegen kann. Die Aufmerksamkeit für die Kandidatinnen der deutschen Sendung ist ja wenigstens jetzt noch sehr groß, im Gegensatz zur amerikanischen. Da läuft inzwischen schon die sechste Staffel, und keine der Siegerinnen machte eine besonders glanzvolle Modelkarriere. Das wird mir hoffentlich nicht passieren.

INTERVIEW: VERENA ARAGHI, DANIEL HERDER

HENNING KAISER / DDP

Moderatorin Klum: *Blond und meist fröhlich*

SAMSTAG, 25. 3.

WEISSRUSSLAND Der Konflikt zwischen Regierung und Opposition in Weißrussland verschärft sich. Tausende Menschen protestieren gegen den Verlauf der Präsidentenwahl.

SONNTAG, 26. 3.

AIRBUS Der Evakuierungstest des Airbus A380 in Hamburg verläuft erfolgreich. Alle 873 Passagiere und Crew-Mitglieder verlassen innerhalb von 78 Sekunden die Maschine.

MONTAG, 27. 3.

HAMBURG Der Bürgermeister der Hansestadt, Ole von Beust (CDU), entlässt Justizsenator Roger Kusch. Beust zieht damit Konsequenzen aus der sogenannten Protokoll-Affäre, bei der es um die Weitergabe vertraulicher Akten geht.

KARSTADT-QUELLE Der Handelskonzern KarstadtQuelle verkauft seine Immobilien und wird damit auf einen Schlag schuldenfrei. Nach Angaben von Konzernchef Thomas Middelhoff bringt der Verkauf dem Unternehmen knapp drei Milliarden Euro Erlös.

DIENSTAG, 28. 3.

SPORTWETTEN Staatliche Wettanbieter müssen künftig strengere Auflagen zur Suchtbekämpfung erfüllen, wenn sie ihr Marktmonopol behalten wollen. Das entscheidet das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe.

MOBILFUNK Das Telefonieren mit dem Handy im europäischen Ausland soll billiger werden. Die Kommission der Europäischen Union will im Juni den Entwurf für eine entsprechende Verordnung vorlegen.

WAHLEN In Israel gewinnt die Kadima-Partei von Ministerpräsident Ehud Olmert die Parlamentswahl. Allerdings fällt das Ergebnis mit 29 von 120 Sitzen unerwartet schwach aus.

Ein chinesisches Model präsentiert sich beim „Manhunt International Contest“ in Peking

ELIZABETH DALZIEL / AP

MITTWOCH, 29. 3.

RELIGIONSFREIHEIT Der zum Christentum übergetretene und von der Todesstrafe bedrohte Ex-Muslim Abdul Rahman hat Afghanistan verlassen und hält sich nun in Italien auf. Die Regierung in Rom bietet dem 41-Jährigen Asyl an.

DONNERSTAG, 30. 3.

IRAK Fast drei Monate nach ihrer Entführung im Irak wird die US-Journalistin Jill Carroll freigelassen. Sie sei gut behandelt worden, teilt Carroll mit.

RECHTSCHREIBREFORM Die umstrittene Rechtschreibreform wird geändert. Alle 16 Ministerpräsidenten stimmen den vom Rat für deutsche Rechtschreibung empfohlenen Korrekturen zu.

FREITAG, 31. 3.

FRANKREICH Der französische Staatspräsident Jacques Chirac kündigt die Unterzeichnung des umstrittenen Reformgesetzes zur Lockerung des Kündigungsschutzes an. Allerdings stellt er sofortige Nachbesserungen in Aussicht.

SPIEGEL TV

DONNERSTAG, 6. 4.
22.20 – 23.10 UHR VOX

SPIEGEL TV EXTRA

Expedition Dschungel – Reise ins Verborgene – Teil 1

Spinne in Peru

Eine internationale Gruppe von Biologen und Verhaltensforschern hat es sich zum Ziel gesetzt, Licht in das grüne Dickicht des Dschungels zu bringen. Ausgerüstet mit der modernsten Technik, hat sie sich auf die Pfade der Tiere von Borneo, Zentralamerika und Madagaskar begeben.

FREITAG, 7. 4.
22.05 – 0.05 UHR VOX

SPIEGEL TV THEMA

Expedition Dschungel – Reise ins Verborgene – Teil 2 + 3

Amazonien erstreckt sich über neun Länder und bedeckt fast fünf Prozent der gesamten Landfläche der Erde. Nur ein Bruchteil der dort lebenden Arten ist entdeckt, wie zum Beispiel eine Tarantel, die so groß ist, dass sie sogar Hühner jagt und verspeist. Im Kibale National Park in Uganda beobachten Primatenforscher Schimpansen, um mehr über die Entstehung menschlicher Aggressionen zu erfahren. SPIEGEL TV Thema über Rieseninsekten und das Sozialverhalten unserer nächsten Verwandten.

SAMSTAG, 8. 4.
22.00 – 00.00 UHR VOX

SPIEGEL TV SPECIAL

Einsatzkommando Cobra – Ausbildung einer Eliteeinheit

Bei Geiselnahmen, Amokläufen oder terroristischen Anschlägen werden weltweit Sondereinheiten der Polizei eingesetzt. Zu den härtesten Elitetruppen Europas gehört das Einsatzkommando Cobra. SPIEGEL TV Special über Durchhaltevermögen, Kampfgeist und Nervenzusammenbrüche bei der Ausbildung.

SONNTAG, 9. 4.
22.15 – 23.05 UHR RTL

SPIEGEL TV MAGAZIN

Die Hausbesetzer – Jugendliche in Köln nehmen ein ganzes Viertel in Beschlag; **Mit Blaulicht zum Puff –** wie Fahrzeuge in Moskau mit illegalem Martinshorn zum Ziel kommen; **Führerschein in Tschechien –** wie Deutsche im Ausland die Fahrprüfung machen können.

SPIEGEL ONLINE

WOLFGANG LANGENSTRASSEN / DPA

GEWALT MACHT SCHULE
Terror im Klassenzimmer, brutale Kämpfe im Kiez: Ist Deutschlands Integrationsmodell am Ende? SPIEGEL ONLINE analysiert, wie es weitergehen soll in der Multikulti-Republik.

▸▸ **PANORAMA**
Der GAU: Auch 20 Jahre nach Tschernobyl sterben Kinder an Strahlenschäden, leben Millionen in verseuchten Gebieten. SPIEGEL-ONLINE-Spezial über eine Katastrophe und ihre Folgen.

▸▸ **WIRTSCHAFT**
Grenzen des Wachstums: Spekulanten wollen Miami zur „City of the Future" machen – ohne Rücksicht auf die Umwelt. Eine SPIEGEL-ONLINE-Reportage aus einer Stadt, die zu schnell wächst.

▸▸ **NETZWELT**
Die Beifahrer: Immer mehr Unternehmen machen Geschäfte im Windschatten von Ebay. Die Zulieferindustrie des weltgrößten Auktionshauses – von Service-Software bis zum Mode-Import in Heimarbeit.

▸▸ **KULTUR**
Bildersturm: SPIEGEL-ONLINE-Porträt des polnischen Karikaturisten Andrzej Mleczko, der seine Landsleute mit zotigen Zeichnungen piesackt.

**Jeden Tag.
24 Stunden.**

**www.spiegel.de
Schneller wissen, was wichtig ist.**

Register

GESTORBEN

FORUM / REUTERS

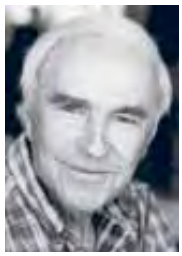
Stanislaw Lem, 84. Im Notfall ließ er seine Figuren schon mal in Zeitschleifen rotieren, damit sie sich selbst begegnen konnten, um Hilfe bei der Reparatur ihres Ein-Mann-Raumschiffs zu finden. Oft komisch und unheimlich zugleich sind die wissenschaftlich fundierten Phantasien des polnischen Autors Lem, der sich mit Kybernetik ebenso auskannte wie mit Psychologie. Seine raffinierte und gleichzeitig klare Sprache fesselte Millionen Leser weltweit. Dabei beschränkt sich seine Science-Fiction nicht auf das Erfinden neuer Welten; Lem verstand es, philosophische Betrachtungen anzustellen, die auch für die Erdenbürger der Jetztzeit relevant sind. Der im damals polnischen Lemberg geborene Sohn eines jüdischen Arztes – studierter Mediziner, Automechaniker aus Not und erfolgreichster polnischer Gegenwartsliterat – hat außer berühmten Romanen wie „Solaris" oder „Der futurologische Kongress" unter anderem Erzählungen, Hörspiele und philosophische Essays geschrieben. Der Spezialist für die Zukunft war bekennender Pessimist, denn er meinte, dass „diese Welt sich zum großen Teil aus Verrückten und Idioten zusammensetzt und dass ihr Schicksal weitgehend von diesen Idioten abhängt". Stanislaw Lem starb am 27. März in Krakau.

DOUG MILLS / AP

Caspar Weinberger, 88. Seinen Spitznamen „Cap the Knife" verdiente sich die kalifornische Ikone der amerikanischen Konservativen bereits als äußerst knauseriger Sozialminister von Präsident Richard Nixon. Jahre später in seiner einflussreichsten Position, der des Verteidigungsministers von Ronald Reagan, wäre „das Füllhorn" treffender gewesen, denn das ergoss sich Jahr für Jahr über das Pentagon, wenn Weinberger die Nation wie die Welt wieder einmal mit einer Hochglanzbroschüre über das „Reich der Finsternis", die Bedrohung durch das Sowjetimperium, erschreckt hatte. Er war der Wortführer eines mächtig gerüsteten Amerikas. Caspar Weinberger starb am 28. März in Bangor, Maine.

Angelo d'Arrigo, 44. Der Sizilianer zog Adlerküken auf und lernte von den Vögeln die Feinheiten des Segelflugs. Er überquerte im Drachen, begleitet von seinem Adler Nike, die Sahara. Gemeinsam mit Adler Gea überflog er den Mount Everest. Silvester 2005 hatte er in den Anden den Flug des Kondors imitiert und einen neuen Höhenweltrekord für Hängegleiter aufgestellt: 9100 Meter. Nächstes Jahr wollte er die Antarktis überfliegen. Am vorvergangenen Sonntag stürzte über dem sizilianischen Comiso der Kleinst-Motorsegler eines pensionierten Luftwaffengenerals aus 150 Meter Höhe in einen Olivenhain, als Passagier an Bord: Angelo d'Arrigo – der „König der Lüfte" starb am 26. März.

Richard Fleischer, 89. Der in New York geborene Sohn des Zeichentrickfilm-Pioniers Max Fleischer zählte drei Jahrzehnte lang zu Hollywoods bedeutendsten Regisseuren. Bei der Arbeit für Wochenschauen entwickelte er eine Vorliebe für harten Realismus und drehte einige Klassiker des Thrillers: Bis heute schildert kein Film die Angst eines Polizisten, von einer Kugel getroffen zu werden, eindringlicher als „Polizeirevier Los Angeles Ost" (1972), nie fand ein Regisseur für die Schizophrenie eines Mörders stärkere Bilder als Fleischer in „Der Frauenmörder von Boston" (1968). Ironischerweise verbuchte er seine größten kommerziellen Erfolge mit den Fantasy-Filmen „20000 Meilen unter dem Meer" (1954) und „Die phantastische Reise" (1966). Doch er zählte zu den wenigen Hollywood-Regisseuren, die mit gleicher Überzeugungskraft die Wirklichkeit einfangen und künstliche Welten erschaffen konnten. Richard Fleischer starb am 25. März in Los Angeles.



AP

Nikki Sudden, 49. Der „Pionier der englischen Rock-Avantgarde" („New York Times") war ein romantischer Exot unter den britischen Punk-Rockern, mit einer ausgeprägten Liebe für die Rolling Stones. Die Glam-Rocker T. Rex motivierten den als Adrian Nicholas Godfrey in London Geborenen, selbst zur Gitarre zu greifen. Mit seinem Bruder, der sich Epic Soundtracks nannte, startete Sudden in den Siebzigern die Art-Punk-Band Swell Maps. Ambitionierte Alben wie „A Trip to Marineville" verschafften ihnen den Ruf einer Kultband. Später gründete er die Jacobites und nahm zahlreiche Soloalben auf, zum Beispiel „The Jewel Thief" mit drei Musikern von R.E.M. Seit einigen Jahren lebte er in Berlin und arbeitete an seiner Autobiografie. Sein letztes Album „The Truth Doesn't Matter" konnte er nicht vollenden. Nikki Sudden starb am 26. März in New York.

KLEBER / IMAGES.DE

Papst Benedikt XVI., 78, Oberhaupt der römisch-katholischen Kirche, macht bei seinem Deutschland-Besuch im September um seinen oberbayerischen Geburtsort höchstwahrscheinlich einen Bogen. Offiziell ist der kleine Ort Marktl am Inn bereits aus dem vorläufigen Besuchsplan gestrichen. Grund ist der Erwerbstrieb mancher Marktler. Der anschwellende Pilgerstrom zum Geburtshaus Ratzingers war von geschäftstüchtigen Einheimischen mit einer Flut sonderbarer Devotionalien bedient worden. Gebäck in Mitra-Form wurde als „Papst-Mütze-Benedikt“, Schokoladenkuchen als „Ratzinger-Schnitte“, der heimische Trunk als „Marktler-Papst-Bier“ unters Volk gebracht. Das hat sich geändert, beteuert Bürgermeister Hubert Gschwendtner: „Alles, was Ratzinger oder Papst Benedikt im Namen hatte, ist verschwunden.“ Gleichwohl ist dem Erzbischof von München und Freising, Kardinal Friedrich Wetter, der Papst-Kommerz in Marktl ein Dorn im Auge. Was dort geschehe, entspreche nicht immer „der Würde und dem Amt des Papstes“, und „ob der Heilige Vater“ einen Abstecher nach Marktl sich „auch noch antun soll – oder antun will“, müsse man sehen.

ALESSANDRA BENEDETTI / CORBIS

Papst Benedikt

EVERETT COLLECTION/ACTION PRESS (L.); U. DECK/DPA (O.); CYBERIMAGE/SCHROEWIG (U.)

Stone

Clinton, Madonna

Sharon Stone, 48, Hollywood-Star mit beträchtlicher sexueller Ausstrahlung („Basic Instinct 1+ 2“), hält selbige für eher hinderlich beim Griff nach dem höchsten politischen Amt der USA. So findet die Aktrice die Senatorin **Hillary Clinton,** 58, Ehefrau eines Ex-Präsidenten, zwar „phantastisch“. Aber es sei für sie noch zu früh, sich um die US-Präsidentschaft zu bewerben. Das klinge seltsam, gibt die in ihren Filmen stets eiskalte Blondine zu, „aber eine Frau sollte ihr Sexualleben hinter sich haben, wenn sie kandidiert“. Hillary, so die fachkundige Sharon, versprühe „noch immer sexuelle Energie“, und das mögen die Leute nicht, „davor haben sie Angst“. In dieselbe Kerbe haut eine andere Sex-Ikone – nur mit anderem Ergebnis. Hillary sollte kandidieren, so **Madonna,** 47, sie glaube zwar nicht, „dass es notwendigerweise ihre Zeit ist“, aber irgendwann mal müsse auch in den USA eine Frau ans Ruder, wo doch in Europa, Asien und anderswo „Frauen über Millionen herrschen“. Doch in Amerika, weiß die Queen des Pop, „fürchten sich die Männer, und auch den Frauen ist die Idee von einer Frau an der Spitze unheimlich“. Sie finde das „erstaunlich“.

Bernard-Henri Lévy, 56, französischer Philosoph und Schriftsteller, wurde kürzlich unglückliches Opfer einer zweifachen Sahnetorten-Attacke. Der kurz BHL genannte Autor, der stets mit perfektem Styling besticht und am liebsten weitgeöffnete weiße Hemden trägt, stellte gerade gutgelaunt und nichts Böses ahnend auf der Pariser Buchmesse sein neues Werk „American Vertigo“ vor – einen Reisebericht über die Vereinigten Staaten auf den Spuren von Alexis de Tocqueville –, als plötzlich eine Sahnetorte in sein Gesicht platschte. Der berüchtigte belgische Tortenwerfer Noël Godin hatte ihn damit schon zum siebten Mal erfolgreich „eingetortet“. Doch der Leidensweg des Autors war an diesem Tag noch nicht zu Ende. Kaum hatte sich Lévy umgekleidet, um die unterbrochene Widmungsstunde wiederaufzunehmen, als unvermutet die zweite Torten-Ladung folgte. „Die Gelegenheit war einfach zu gut. Wir sagten uns: jetzt oder nie!“, schilderte Godin selbstzufrieden die beiden Attacken auf den renommierten Schriftsteller. Er halte BHL nun einmal für arroganter und aufgeblasener denn je. Wenn schon alle von seinem neuen Bestseller redeten, müsse ihn wenigstens auch jemand kritisieren. Bernard-Henri Lévy hat bereits Konsequenzen gezogen. Kurz nach dem Vorfall ließ er den Veranstalter wissen: Er habe zum ersten und zum letzten Mal die Pariser Buchmesse besucht.

BRUNO KLEIN / ABACA

Lévy

Ole von Beust, 50, Regierender Bürgermeister Hamburgs (CDU), gab sich bei der Bekanntgabe des Rausschmisses seines Justizsenators Roger Kusch reumütig. Er werde „in Zukunft keine persönlichen Freunde mehr“ auf politische Posten berufen, so Beust vergangenen Montag. „Man lernt dazu im Leben“, sagte er und deutete an, dass er an Kusch auch deshalb so lange festgehalten habe, weil die beiden seit mehr als 25 Jahren ein sehr enges freundschaftliches Verhältnis verband. Das führe dazu, „dass man jemanden zu positiv sieht oder zu negativ“. Kusch hatte mit teils selbstherrlichen politischen Alleingängen erst das Vertrauen seiner Fraktion und schließlich auch das des Bürgermeisters verspielt. Allerdings: Beust ist auch mit seinem neuen Justizsenator Carsten Lüdemann, 41, befreundet – wenn auch nicht so eng wie mit Kusch, wie Beust betont. Er kenne Lüdemann längst nicht so lange und telefoniere auch seltener mit ihm, es sei eher eine „gute Bekanntschaft“,

so Beust. Senatssprecher Lutz Mohaupt stellte hinterher sicherheitshalber klar, Beusts Eingeständnis, keine Freunde mehr zu berufen, könne nicht heißen, „dass alle Menschen, mit denen man freundschaftliche Verbindungen hat, ausgeschlossen werden von Postenvergaben“.

Tanja Karpela, 35, ehemalige „Miss Finnland“ und amtierende Kultusministerin in Helsinki, macht den Klatschgeschichten der Royals aus den nordischen Nachbarländern Schweden, Norwegen und Dänemark kräftig Konkurrenz. Den wohl berühmtesten finnischen Film „Mann ohne Vergangenheit“ des Vorzeigeregisseurs Aki Kaurismäki kennt die oberste Kulturbeauftragte nach eigenem Eingeständnis zwar nur aus „irgendeiner ausländischen Zeitung“. Dafür entschädigt das geschiedene Ex-Mannequin ansonsten offenherzig mit Details aus ihrem bewegten Privatleben, und die Nation nimmt an ihrem Liebesleben ähnlich regen Anteil wie die Nachbarn an dem ihrer Prinzessinnen und Thronfolger. Dafür sorgte unter anderem Karpelas Liaison mit dem ehemaligen Finanzminister Sauli Niinistö, der jetzt als Präsidentschaftskandidat nur knapp unterlegen war. Die Verlobung 2003 hielt indes nur ein Jahr. Gerüchte und Klatschgeschichten über eine frühere Affäre mit dem heutigen Regierungschef Matti Vanhanen gingen ihr so nahe, dass die Ministerin mehrere Wochen krankgeschrieben wurde. Nach dem Kniefall vor Papst Benedikt XVI. zu dessen Amtseinführung erregt ihre tief protestantischen Landsleute inzwischen die jüngste Liebesgeschichte: die Verlobung mit dem populären und skandalumwitterten Filmregisseur Olli Saarela, von dem eine andere Frau ein Kind erwartet.

LEHTIKUVA OY / ACTION PRESS

Karpela

Kemal Öncel, 43, Bauer aus dem südanatolischen Mersin, kommt eine lautstark geäußerte Kritik am türkischen Premierminister **Recep Tayyip Erdogan,** 52, teuer zu stehen. „Wie können Sie es wagen, hierherzukommen!“, hatte der Farmer den Ministerpräsidenten angebrüllt, als der im Februar die Mittelmeerprovinz besuchte, die Regierung ignoriere die Probleme der Landwirtschaft: „Sie sind dafür verantwortlich, dass unsere Mütter weinen, wir sind am Ende hier.“ Nun hat eine Staatsanwältin in Mersin den Farmer wegen Beleidigung eines Staatsbeamten angeklagt. Dafür drohen ihm bis zu zwei Jahre Haft. Die Konfrontation zwischen dem Bauern und Erdogan hatte landesweit für Aufsehen gesorgt – allerdings vor allem, weil auch Erdogan mit dem Protestler nicht zimperlich umging. Erdogan duzte den Mann, nannte ihn abfällig „Kerl“ und forderte ihn schließlich auf: „Nimm deine Mutter, und verschwinde hier.“ Ein solche Sprache, kritisierte der prominente Kolumnist Mehmet Ali Birand, „gehört sich nicht für einen Premierminister“.

MERSIN / DHA

Erdogan (l.), Öncel (r.)

Christian Wulff, 46, CDU-Ministerpräsident und nach wie vor einer der beliebtesten Politiker Deutschlands, erhält auf privaten Touren schon mal einen Dämpfer. Bei einem Besuch von Verwandten im rheinland-pfälzischen Frankenthal vorvergangenes Wochenende ging er morgens auf den Wochenmarkt. Bei einem Händler entdeckte er bemalte Ostereier. Der Politiker überfiel den Mann, der ihn staunend anguckte, mit einem Redeschwall. Nach längerem Monolog deutete der Wochenmarkt-Höker auf Wulff und sagte mit fester Stimme: „Ich kenne Sie, Sie sind doch der aus Nordrhein-Westfalen!“ Wulff: Nein, nein, mit dem habe er nun wirklich nichts zu tun. Aber die Richtung stimme schon mal. „Ich bin der Ministerpräsident aus Niedersachsen!“ Der wackere Eiermann ließ dennoch nicht locker: „Aber aus dem Fernsehen, ne.“ Wulff nickte höflich und sagte: „Ja, aber ich wollte jetzt eigentlich fünf toll bemalte Ostereier bei Ihnen für meine Familie kaufen.“ Darauf gab ihm der Händler Bescheid: „Fünf gibt es bei uns nicht und hat es auch noch nie gegeben. Entweder sechs oder zehn!“ Wulff wurde rot und bekannte: „Sehen Sie, manchmal ist man als Politiker doch zu abgehoben, dass man so was nicht mehr weiß.“

Hohlspiegel

Aus dem „Wochenkurier“ (Meißen/Radebeul): „Wenn es um Vorschriften für unsere geliebten Zweibeiner, konkret die Hunde, geht, hört bei vielen die Freundschaft auf.“

»Das können nicht meine sein!«
Neue Gruppe für Eltern pubertierender Eltern

Aus dem Schleidener „Wochenspiegel“

Aus der Illustrierten „Bunte“: „Selbst die olympische Flagge wurde diesmal von einer Frau entzündet, von Italiens Langlauflegende Stefania Belmondo.“

Fortbildung:
„Schwanger mit 14“

Aus der „Neuen Westfälischen“

Aus der „Welt“: „Einen Erfolg errang dagegen die Redaktion der Zeitung ‚Bild‘: Für ihre Schlagzeile ‚Wir sind Papst‘ bekam sie im Bereich Mediengestaltung die einzige Goldmedaille, die nach Hamburg ging.“

GERMANY
Federal Republic of Germany
Capital Berlin
Area sq km 357 022 Currency Euro
Area sq miles 137 849 Languages German, Turkish
Population 82 689 000

Aus dem „Times Atlas of the World“

Aus der „Kelkheimer Zeitung“: „Außerdem ist die Kelkheimer Polizei immer noch auf der Suche nach den vierköpfigen Personen, die in den letzten Wochen bereits zwei Mal einen Neunjährigen in der Bahnunterführung zwischen Gagernring und Berliner Ring in der Nähe der Pestalozzi-Schule angegangen haben.“

Aus der FDP-Parteizeitung „Liberales Rheinland-Pfalz“: „Mit Blick auf Rheinland-Pfalz sagte Brüderle: ‚Regieren mit der FDP heißt Zentrieren zur Mitte hin.‘“

Silberfarbenes Auto
soll sich melden
BIBERACH (sz) - Einen Unfall

Aus der „Schwäbischen Zeitung“

Rückspiegel

Zitate

Die „Frankfurter Allgemeine“ zur SPIEGEL-Meldung „Panorama – Spitzel bei Eurosport“, dass nach Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR der Kommentator Dirk Thiele jahrelang als Spitzel (Deckname: „Sommer“) für die Stasi geführt worden ist (Nr. 34/2005):

Als der SPIEGEL darüber im vergangenen August berichtete, reagierte der Eurosport-Reporter empört: „Ich lasse mir nichts ans Hemd kleben!“ Mit der Stasi habe er nur den für alle Auslandsberichterstatter des DDR-Fernsehens unerlässlichen Kontakt unterhalten. „Ich habe niemanden bespitzelt und kein Geld für irgendetwas bekommen“, erklärte er gegenüber der Potsdamer „Märkischen Allgemeinen“ … Die Rückübertragung sicherheitsverfilmter Stasi-Akten brachte jetzt auf Papier, was IM „Sommer“ Ende der siebziger Jahre der Stasi zu berichten wusste. Manches davon sprach der gelernte Reporter seinem MfS-Führungsoffizier gleich ins Mikrofon. „Randerscheinungen“ etwa, die ihm bei der Handball-Weltmeisterschaft der Frauen in Bratislawa im Dezember 1978 auffielen, wo sein Kollege vom DDR-Fernsehen intensiven Kontakt zu „Vertretern des westlichen Auslandes unterhielt. Dies äußerte sich sogar in gemeinsamen Zusammenkünften, auch auf Hotelzimmern“. Zwei ARD-Leute, die ihn selbst zu einem Drink aufs Hotelzimmer baten, hielt er für Agenten und regte an, das MfS solle „die Namen dieser beiden Journalisten aus der BRD festhalten, weil ich der Auffassung bin, dass sie den Kontakt nicht nur aus rein fachlichen Gründen suchen wollten“.

Die „taz“ zum SPIEGEL-Bericht „Geheimdienste – Falsche Zeit, falscher Ort“, wonach die USA schon Ende 2002 die Freilassung des in Guantanamo festgehaltenen Deutsch-Türken Murat Kurnaz angeboten hatten und die Deutschen ihn nicht wollten (Nr. 13/2006):

Er will von nichts gewusst haben: Bremens ehemaliger Innensenator Kuno Böse (CDU) hatte 2002 nach eigenen Angaben keine Kenntnis über die geplante Entlassung von Murat Kurnaz. Hintergrund ist ein Bericht des SPIEGEL, wonach der im US-Gefangenenlager Guantanamo inhaftierte Kurnaz schon seit Jahren frei sein könnte. Deutsche Behörden, so der Vorwurf, hätten die Rückführung des seit vier Jahren einsitzenden Mannes blockiert. Zwar habe es einen regen Informationsaustausch zwischen Berlin und Bremen über den in Guantanamo inhaftierten Bremer gegeben, verteidigte sich Böse gestern gegenüber Radio Bremen. Allerdings sei es dabei „nie“ um eine mögliche Freilassung gegangen, wird der Ex-Senator zitiert. Vielmehr sei erörtert worden, wie Kurnaz in Bremen integriert sei.